

**Die Stellung der Gewerkschaften
im Wirtschaftssystem
der Bundesrepublik und der DDR**

Alfons Schad

1973
—

Die Stellung der Gewerkschaften im Wirtschaftssystem
der Bundesrepublik und der DDR

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

Alfons Schad

1973



Referent: Prof. Dr. E. Weber

Korreferent: Prof. Dr. W. Mahr

Tag der mündlichen Prüfung: 23.7.1973

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	1
1 Charakterisierung des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik und der DDR	4
11 Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik	4
111 Gesellschaftliche und wirtschaftliche Leitbilder	4
112 Wesensmerkmale der sozialen Marktwirtschaft	9
12 Das Wirtschaftssystem der DDR	17
121 Gesellschaftliche und wirtschaftliche Leitbilder des Sozialismus	17
122 Grundzüge des Wirtschaftssystems der DDR	26
13 Die Gewerkschaften als Machtgruppen in den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen	34
131 Die Verteilung ökonomischer Macht in der Bundesrepublik	34
1311 Entscheidungsträger in der sozialen Marktwirtschaft	34
1312 Die Gewerkschaften der Bundesrepublik als Machtfaktor	39
132 Die Ausübung ökonomischer Macht in der DDR	47
1321 Entscheidungsträger im ökonomischen System des Sozialismus	47
1322 Der FDGB als Machtfaktor	51
2 Der gesetzliche Rahmen für die Aktivität der Gewerkschaften	57
21 Die rechtliche Stellung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland	57
211 Die Rechtsform der Gewerkschaften	57
212 Die gesetzlich institutionalisierte Einflusssphäre der Gewerkschaften	59

2121	Regelungen für den gewerkschaftlichen Einfluß im außerökonomischen Bereich	59
2122	Regelungen für den gewerkschaftlichen Einfluß im volkswirtschaftlichen Bereich	62
2123	Regelungen für den gewerkschaftlichen Einfluß im betrieblichen Bereich	74
22	Die rechtliche Stellung der Gewerkschaft in der DDR	81
221	Die Rechtsform des FDGB	81
222	Die institutionalisierte Einflußsphäre des FDGB	85
2221	Der außerökonomische Einflußbereich des FDGB	85
2222	Ordnungsfunktionen des FDGB im gesamtwirt- schaftlichen Bereich	87
2223	Ordnungsfunktionen des FDGB im betrieblichen Bereich	98
23	Legale Instrumente der gewerkschaftlichen Zieldurchsetzung	105
231	Gewerkschaftliche Machtinstrumente in der Bundesrepublik	105
2311	Machtinstrumente zur friedlichen Beilegung von Konflikten	105
2312	Legale Kampfmaßnahmen	108
232	Instrumente des FDGB zur Zieldurchsetzung	112
3	Gewerkschaftsideologie und Wirtschaftsordnung	116
31	Zielvorstellungen des DGB	116
311	Gesellschaftspolitische Zielvorstellungen des DGB	116
312	Gesamtwirtschaftliche Zielvorstellungen des DGB	120
313	Zielvorstellungen des DGB im betrieblichen Bereich	123
32	Zielvorstellungen des FDGB	127

	Seite
321 Gesellschaftspolitische Zielvorstellungen des FDGB	127
322 Gesamtwirtschaftliche Zielvorstellungen des FDGB	130
323 Zielvorstellungen des FDGB im betrieblichen Bereich	133
33 Die Wesensmerkmale der Wirtschaftsordnung in der Sicht der Gewerkschaften der Bundesrepublik	138
331 Wesensmerkmale der sozialen Marktwirtschaft in der Sicht des DGB	138
3311 Die Eigentumsordnung der Bundesrepublik in der Sicht des DGB	138
3312 Gewerkschaften und dezentrale Planung	146
3313 Die marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumente in der Sicht des DGB	149
3314 Gewerkschaften und das Prinzip der Vertragsfreiheit	152
3315 DGB und Leistungsprinzip	154
3316 Staatliche Wirtschaftspolitik in der Sicht des DGB	156
332 Wesensmerkmale des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Sicht des FDGB	160
3321 Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln in der Sicht des FDGB	160
3322 FDGB und zentrale staatliche Planung und Leitung des Wirtschaftsprozesses	161
3323 FDGB und Leistungsprinzip	163
34 Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Konzeption einer Wirtschaftsordnung	165
341 Hauptmerkmale der Konzeption des DGB für eine Wirtschaftsordnung	165
342 Hauptmerkmale der FDGB Leitbilder für eine Wirtschaftsordnung	166
4. Die Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Gestaltung und Entwicklung der Wirtschaftsordnung	167
41 Kriterien für die Beurteilung der Systemkonformität der gewerkschaftlichen Leitbilder	167

IV

Seite

42	Der Beitrag der Gewerkschaften zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik	170
421	Systemfördernde Aktivität des DGB	170
422	Systemadäquate Aktivität des DGB	174
423	Systemverändernde Aktivitäten des DGB	187
43	Der Beitrag des FDGB zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus	195
431	Systemfördernde Einflußnahme des FDGB	195
432	Systemadäquate Einflußnahme des FDGB	197
433	Systemverändernde Einflußnahme des FDGB	198
44	Gewerkschaftliche Tätigkeit und Konvergenz der Systeme	199
441	Thesen der Konvergenztheorie	199
442	Entwicklungstendenzen des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik bei Realisierung der Leitbilder des DGB	204
443	Entwicklungstendenzen des ökonomischen Systems des Sozialismus bei Verwirklichung der Leitbilder des FDGB	222
444	Wirkt die gewerkschaftliche Aktivität im Sinne der Konvergenztheorie?	223
5	Schlußbemerkungen	231
	Literaturverzeichnis	VII

Verwendete Abkürzungen

ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BKV	Betriebskollektivvertrag
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BWR	Bezirkswirtschaftsrat
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DBB	Deutscher Beamtenbund
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GBA	Gesetzbuch der Arbeit
GBI	Gesetzblatt
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GGO	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien
IG	Industriegewerkschaft
MitbG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
REFA	Verband für Arbeitsstudien
RKV	Rahmenkollektivvertrag
RKW	Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SVO	Verordnung über die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten
TVG	Tarifvertragsgesetz

VI

VEB	Volkseigener Betrieb
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
WAO	Wissenschaftliche Arbeitsorganisation
ZK	Zentralkomitee

Vorwort

Die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die Eingliederung in ideologisch gegensätzliche Machtblöcke hatte in der Bundesrepublik und in der DDR eine Neugestaltung auch des ökonomischen Bereiches zur Folge. Mit der sozialen Marktwirtschaft und dem ökonomischen System des Sozialismus entstanden zwei Wirtschaftssysteme, die sich an gegensätzlichen ordnungspolitischen Alternativen orientieren.

Im Rahmen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen beider deutscher Staaten entwickeln die Gewerkschaften eine vielfältige Aktivität, die in der folgenden Untersuchung gegenübergestellt wird.

Sowohl der Deutsche Gewerkschaftsbund der Bundesrepublik als auch der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund der DDR verstehen sich als Massenorganisationen, deren Aufgaben- und Tätigkeitsgebiet den ökonomischen Sektor überschreitet, und in den allgemeinen gesellschaftlichen Bereich hineinragt.

Ideengut und Argumentation der deutschen Arbeiterorganisationen manifestieren deutlich, daß die Wirtschaftsordnung eines Landes keinen isolierten Lebensbereich abgrenzt, sondern eng mit allen anderen gesellschaftlichen Teilsystemen, z.B. der politischen und der rechtlichen Ordnung verwoben ist.¹⁾ Deshalb sind die sozialphilosophischen Grundideen, der geistesgeschichtliche Hintergrund der Wirtschaftsordnungen, wichtige Markierungspunkte für die "Standortbestimmung" der Gewerkschaften. Diese Grenzen des Untersuchungsfeldes werden durch die

1) Eucken bezeichnet diesen Sachverhalt als "Interdependenz der Ordnungen". Vgl. Eucken, Walter: Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 7. Aufl.; J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1968, S. 180 ff.

einleitende typisierende Darstellung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen der Bundesrepublik und der DDR abgesteckt.

Ein deduktiver, von den übergeordneten Bezugssystemen der gewerkschaftlichen Aktivität ausgehender Denkansatz erwies sich als geeigneter Zugang zu dem behandelten Fragenkomplex. Als Richtschnur für den beschrittenen Lösungsweg diente eine derartige, von Halm vorgeschlagene Methode für den Vergleich von Teilproblemen in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen.¹⁾

Die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftsordnung und Gewerkschaften sind durch drei grundsätzliche Aspekte gekennzeichnet, die sich in der Gliederung der Arbeit widerspiegeln. Der erste Gesichtspunkt ist die gesetzlich institutionalisierte Stellung der Gewerkschaften im Rahmen des Wirtschaftssystems. Als zweiter Aspekt sind die gewerkschaftlichen Leitbilder für die Ordnung der Wirtschaft aufzuzeigen. Von dieser Bestandsaufnahme ausgehend wird die Frage untersucht, ob und wie sich die Wirtschaftsordnungen der Bundesrepublik und der DDR durch die Aktivität der Gewerkschaften verändern. Von Interesse ist dabei, ob die Einflußnahme der Gewerkschaften im Sinne einer Annäherung der beiden Wirtschaftssysteme wirkt oder nicht.

Ziel der Untersuchung ist eine wirklichkeitsnahe, umfassende Analyse und Gegenüberstellung des Einflusses der Gewerkschaften in der sozialen Marktwirtschaft und im ökonomischen System des Sozialismus.

Die für den dargestellten Problemkreis grundlegenden Begriffe "Wirtschaftssystem" und "Wirtschaftsordnung"

1) Vgl. Halm, George N.: Wirtschaftssysteme. Eine vergleichende Darstellung. Duncker & Humblot, Berlin 1960, S. 4

werden, dem allgemeinen Sprachgebrauch folgend, als Synonyma verwendet. Sie bezeichnen hier die Gesamtheit der normierenden Beziehungen und der jeweils realisierten Formen, in denen der Wirtschaftsprozess abläuft.¹⁾

1) Vgl. Gäfgen, Gérard: Allgemeine Wirtschaftspolitik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Band 2, 2. Aufl., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1969, S. 168, 170

- 1 Charakterisierung des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik und der DDR
- 11 Das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik
- 111 Gesellschaftliche und wirtschaftliche Leitbilder

In der Bundesrepublik Deutschland sollte nach dem Willen ihrer Gründer eine Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden, in der die Freiheitsrechte des Menschen garantiert sind.¹⁾

Die Betonung der Rechte des Individuums im Grundgesetz der Bundesrepublik leitet sich aus einer Auffassung vom Menschen als vernunftbegabter Einzelpersönlichkeit mit einem natürlichen Recht auf Entfaltung und Selbstverwirklichung als Individuum ab, die ihren Ursprung in der liberalistischen Aufklärungsphilosophie und hier speziell in der amerikanischen Aufklärungsphilosophie hat. Dort werden die als angeborene Naturrechte aufgefaßten Freiheitsrechte des Individuums als höchster ethischer Wert eingestuft, der die Grundlage für die Ordnung von Staat und Gemeinschaft bilden muß. Die Rechte des Einzelnen sind in dieser Sicht ein naturgegebenes, primäres Faktum, das außerhalb der geschichtlichen Entwicklung steht. Demnach ist der Staat eine sekundäre Erscheinung mit der Hauptaufgabe, die individuellen Freiheitsrechte der Staatsbürger zu schützen.²⁾

Die Freiheit des Menschen, die in der Bundesrepublik zum allgemeinen Prinzip der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung erklärt wurde, kann mit Krüger

1) Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1

2) Vgl. Weber, Christian Egbert: Die Integration eines Kontinents als Problem, Amerika, Europa, Duncker & Humblot, Berlin 1971, S. 24

definiert werden als "die dem Bürger von Staat und Recht eingeräumte und geschützte Fähigkeit, seine Auffassungen und sein Verhalten selbständig und eigenverantwortlich bestimmen zu dürfen".¹⁾

Die angestrebte, im Grundgesetz als "freiheitlich demokratische Grundordnung" bezeichnete Organisation von Staat und Gesellschaft soll durch die ordnungspolitischen Grundentscheidungen Bundesstaat, Republik, Demokratie und sozialer Rechtsstaat verwirklicht werden.²⁾ Diese Ordnungsprinzipien für das Gemeinwesen stellen nach der in der Bundesrepublik herrschenden politischen Meinung die notwendigen Voraussetzungen für die Verwirklichung der individuellen Freiheitsrechte dar, die im Grundrechtskatalog garantiert werden.³⁾

Grundsätzlich soll kein Mensch und keine Gruppe die Macht haben, ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt anzutasten.⁴⁾ Wichtig ist, daß die Bundesrepublik als weltanschaulich weitgehend neutraler Staat konzipiert wurde, dessen Eingriffe in die Freiheitssphäre des Individuums sich auf Maßnahmen beschränken, die zur Sicherung der verfassungsmäßigen Grundordnung erforderlich erscheinen.

1) Krüger, Herbert: Allgemeine Staatslehre, 2. Aufl., Kohlhammer Verlag, Stuttgart usw. 1966, S. 505

2) Vgl. Grundgesetz für die BRD, Art. 18, Art. 20, Art. 28

3) Im einzelnen sind dies: Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf freie Entfaltung der Persönlichkeit im Rahmen der Verfassungsordnung, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, freie Wahl des Berufs, des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte. Vgl. GG für die BRD, Art. 2-13

4) Vgl. a.a.O.: Art. 19

Das für die Ordnung der Gesellschaft und der Wirtschaft gleichermaßen bedeutende Recht auf Privateigentum spielt eine besondere Rolle in der Reihe jener Prinzipien, die im Liberalismus des 18. Jahrhunderts ihre geistige Wurzel haben.

Seit der frühen Aufklärungsphilosophie äußerte sich liberalistisches Denken in einer Vielzahl von Varianten. Nur wenige zentrale Ideen umspannen das gesamte Gedankengut des Liberalismus von seinen Anfängen im angelsächsischen Bereich bis hin zum "Neoliberalismus" zeitgenössischer Nationalökonomien und Gesellschaftswissenschaftler. Eines dieser geistigen Verbindungsglieder ist die These, daß die Verwirklichung der individuellen Freiheitsrechte erst durch das Recht auf Privateigentum gewährleistet wird.¹⁾

Eine Eigentumsordnung, die das Recht auf Privateigentum garantiert, stellt deshalb eine wesentliche Prämisse für eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dar. Gerade in der Behandlung des Eigentumsproblems im Grundgesetz wird deutlich, daß der Liberalismus nicht das einzige geistige Fundament der verfassungsrechtlichen Grundordnung der Bundesrepublik war. Privateigentum und Erbrecht werden garantiert, jedoch wird Eigentum gleichzeitig mit einer sozialen Verpflichtung verknüpft.²⁾ Neben dem Individualinteresse betont die Verfassungsordnung die Bedeutung der Gemeinschaftsbelange.

1) Vgl. z.B.: Locke, John: Two Treatises of Civil Government, J.M. Dent & Sons, London, New York 1955, S. 138, S. 206; Röpke, Wilhelm: Voraussetzungen und Grenzen des Marktes, in: Fronten der Freiheit, Seewald Verlag, Stuttgart 1965, S. 139. Über die Idee vom Privateigentum als unerläßlicher Bedingung der Freiheit bei Ludwig Erhard, Walter Eucken u.a. Vgl.: Nawroth, Egon Edgar: Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus, F.H. Kerle Verlag, Heidelberg 1961, S. 404

2) Vgl. GG Art. 14

Soziales Denken, vor allem aus dem Gedankengut des Kathedersozialismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, stellt den zweiten Bezugspunkt des Grundgesetzes dar.

Das Spannungsverhältnis von Einzel- und Gesamtinteresse und das daraus resultierende Harmonieproblem wird im Grundgesetz in jenen Artikeln angesprochen, die die Freiheitssphäre des Einzelnen und das Gesamtinteresse gegeneinander abwägen.¹⁾ So kann, wenn das Gemeininteresse es erfordert, unter bestimmten Voraussetzungen Privateigentum in Gemeineigentum überführt werden.²⁾

Die liberale Idee der individuellen Freiheitsrechte im Rahmen der Verfassung, und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit sind die beiden gleichwertigen Gegenpole, an denen sich die Ordnung der verschiedenen Lebensbereiche in der Bundesrepublik nach dem Grundgesetz zu orientieren hat. Dabei wird nicht der Anspruch erhoben, daß eine Formel für den harmonischen Ausgleich der möglichen Spannungen und Gegensätze zwischen den beiden genannten, in vieler Hinsicht konkurrierenden Zielen gefunden wurde. Die gesellschaftspolitische Aufgabe wird vielmehr so formuliert, daß eine Ordnung zu schaffen ist, die "Konflikte und Gegensätze weder ausschließt noch endgültig zu überwinden verspricht, aber doch gestaltend eingreift, um ein Maximum an Spannungen zu binden und eine realistische Basis der Gemeinsamkeiten aufzuzeigen".³⁾

1) Zum Harmonieproblem im neoliberalistischen Gedankengut vgl. Nawroth, Egon Edgar: a.a.O., S. 81, S. 195 f.

2) Vgl. GG Art. 14 Abs. 3, Art. 15

3) Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Verlag Rombach, Freiburg im Breisgau 1966, S. 303

Professor Müller-Armack, der an der Gestaltung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung maßgeblich mitgewirkt hat, apostrophierte eine zeitgerechte Gesellschaftsordnung als "Sozialhumanismus".¹⁾ In einer solchen Ordnung soll die Möglichkeit der individuellen Selbstentfaltung der Persönlichkeit und das Prinzip des sozialen Ausgleichs gleichermaßen Berücksichtigung finden.²⁾

"Solchem Sozialhumanismus widerstreiten die bisherigen Formen antimarktwirtschaftlicher Wirtschaftslenkung. Ihm widerstritt der radikale Liberalismus, indem er die Ausschließlichkeit des Freiheitsideals proklamierte".

Das im Grundrechtskatalog und im Grundgesetz gegebene Wertsystem findet seinen Mittelpunkt in der sich innerhalb der Gemeinschaft frei entfaltenden individuellen Persönlichkeit und ihrer Würde. Durch die Betonung des sozialen Prinzips unterscheidet sich dieses Wertsystem vom Freiheitsgedanken des radikalen Liberalismus, der ausschließlich die individuellen Freiheitsrechte der selbstherrlichen Persönlichkeit umschreibt.

Die Verbindung zweier unterschiedlicher Leitbilder in den gesellschaftlichen Zielvorstellungen der Bundesrepublik zeigt sich am augenfälligsten in der Namensgebung für die Wirtschaftsordnung, bei der die Begriffe "sozial" und "Marktwirtschaft", die verschiedenen Geistesrichtungen entstammen, zusammengefaßt werden, um die angestrebte neuartige Synthese im ökonomischen Bereich zu charakterisieren.

1) Vgl. Müller-Armack, Alfred: Diagnose unserer Gegenwart, C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh 1949, S. 276

2) Müller-Armack, Alfred: Diagnose unserer Gegenwart, a.a.O., S. 277

112 Wesensmerkmale der sozialen Marktwirtschaft

Während das Grundgesetz die Staatsform *expressis verbis* festlegt, äußert es sich zur Ordnung der Wirtschaft nicht ausdrücklich. Die liberalen Freiheitsrechte, z.B. Privateigentum, freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Vertragsfreiheit, stecken zwar einen rechtlich-institutionellen Rahmen ab, der aber einen weiten Spielraum für die praktische Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung beläßt.

Die soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik weicht in wesentlichen Zügen vom frühliberalistischen marktwirtschaftlichen Denkmodell ab, das jeglichen Eingriff des Staates in den Wirtschaftsablauf als Störfaktor ablehnte.

Die ursprüngliche liberalistische Forderung nach dem *laissez-faire* Staat entsprang dem Glauben, daß sich die "ordre naturel" erst nach Abschaffung aller staatlichen Bevormundung im ökonomischen Bereich durchsetzen könne. Adam Smith konzipierte diese natürliche Ordnung als ein sich selbst regulierendes ökonomisches Modell, in dem der Marktautomatismus im Rahmen der Wettbewerbsordnung die mannigfaltigen Wirtschaftspläne der unabhängigen privaten Wirtschaftssubjekte in ein harmonisches Gleichgewicht bringt.¹⁾

Die frühliberalistische Nationalökonomie behandelte die Harmonisierung der Einzelinteressen in der Volkswirtschaft als rein ökonomische Gesetzmäßigkeit, also unabhängig von ethischen Wertungen oder anderen außerökonomischen Erwägungen. Der Marktpreis als automatischer Knappheitsmesser und der Preismechanismus bewirken dem-

1) Vgl. Smith, Adam: Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, Alfred Kröner Verlag, Leipzig 1933, S. 66 ff.

nach, daß im marktwirtschaftlichen System das einzelne Wirtschaftssubjekt - auch ohne es zu wollen - die gesamtwirtschaftlichen Interessen besser fördert, als dies durch staatliche Eingriffe möglich ist. In dieser Sicht bedeutet Nichteinmischung des Staates in das Wirtschaftsleben nicht Unordnung und Chaos, sondern die Verwirklichung der freien Marktwirtschaft, also der Wirtschaftsordnung, von der man annahm, daß in ihr am ehesten das Ziel des größten Glücks der größten Zahl von Individuen verwirklicht werden könnte.¹⁾

Die Verfechter der sozialen Marktwirtschaft sind zwar der Meinung, daß eine marktwirtschaftliche Ordnung über erhebliche ökonomische Ausgleichskräfte verfügt, sie teilen aber nicht den liberalistischen Glauben an eine prästabilisierte Harmonie im Wirtschaftsleben, die, wenn sie ungehindert wirken könne, automatisch Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand in optimaler Weise verwirkliche:²⁾

"An die Stelle des Harmonieglaubens lassen wir die Feststellung treten, daß zweifellos die Marktwirtschaft ein Rechnungs- und Signalsystem darstellt, welches erlaubt, den Wirtschaftsablauf als Ganzes einigermaßen selbständig sich vollziehen zu lassen."

Die Erkenntnis, daß eine ausschließlich der individuellen ökonomischen Aktivität überlassene Marktwirtschaft nicht voll funktionsfähig ist und vor allem nicht die sozialen Zielsetzungen fördern würde, die im Grundgesetz formuliert sind, führte zur Konzeption der "sozialen

1) Vgl. Behlke, Reinhard: Der Neoliberalismus und die Gestaltung der Wirtschaftsverfassung in der Bundesrepublik Deutschland, Duncker & Humblot, Berlin 1961, S. 32

2) Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 114

Marktwirtschaft", in der neben den privatwirtschaftlichen Entscheidungsträgern dem Staat, öffentlich-rechtlichen Institutionen und sozialen Koalitionen wesentliche Aufgaben übertragen werden.

Ähnlich wie das Grundgesetz wird das System der sozialen Marktwirtschaft von zwei divergenten Leitbildern geprägt. Zum einen von dem Ziel möglichst weitgehender persönlicher Freiheit im wirtschaftlichen Bereich, zum anderen von dem den individuellen und auch den ökonomischen Bereich überschreitenden Ziel der Schaffung einer Wirtschaftsordnung, die der Idee des "Sozialhumanismus" gerecht wird.

Im erstgenannten Ziel kommt die liberale Überzeugung zum Ausdruck, daß das Grundrecht der autonomen Lebensgestaltung nur bei weitgehender persönlicher Entscheidungsfreiheit im wirtschaftlichen Bereich verwirklicht werden kann.¹⁾

Zur Realisierung dieses individuell orientierten Zieles werden in der sozialen Marktwirtschaft die Ordnungsgrundsätze des liberalen marktwirtschaftlichen Systems übernommen, nämlich Wettbewerb, Privateigentum und Vertragsfreiheit.²⁾

Die gemeinschaftsbezogenen, sozialen Ziele sollen durch den breiten Fächer staatlicher Einflußnahme und die Aktivität öffentlich-rechtlicher Organe und privatrechtlicher sozialer Koalitionen im Wirtschaftsleben der Bundesrepublik verwirklicht werden.

1) Vgl. Gutmann, G. u.a.: Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland, Entwicklung und ordnungspolitische Grundlagen, in: Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, Heft 4, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1964, S. 15

2) Vgl. Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Springer Verlag, Berlin usw. 1959, S. 52

Kennzeichen der in der sozialen Marktwirtschaft erfolgten Synthese am Individuum orientierter und sozial orientierter Wirtschaftslehren ist eine starke Relativierung und Modifizierung der liberalistischen marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien. Ihre Hauptmerkmale werden im folgenden skizzenhaft dargestellt.

Der in der Eigentumsordnung beschrittene Weg der Kopplung des Rechts auf Privateigentum mit einer aus Eigentum erwachsenden sozialen Verpflichtung wurde bereits angedeutet.¹⁾ Sozial relevant ist in erster Linie das Privateigentum an Produktionsmitteln, weil die daraus abgeleitete Verfügungsmacht der Eigentümer weit in den gesellschaftlichen Bereich ausstrahlt. Zur sozialen Bindung des Privateigentums tragen die staatliche Gesetzgebung, sowie die gesellschaftlichen Gegengruppen der Eigentümer von Produktionsmitteln bei.

Um im Sinne der oben geschilderten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Leitbilder voll funktionsfähig zu sein, bedarf das marktwirtschaftliche System einer Ergänzung des individualistischen Teils der Wirtschaftsordnung durch eine marktgerechte staatliche Wirtschaftspolitik, wobei hinsichtlich der zu beeinflussenden Erscheinungen die Zweige Ordnungspolitik, Strukturpolitik und Prozeßpolitik unterschieden werden können.²⁾

Jene Wesensmerkmale, die die soziale Marktwirtschaft als "gesteuerte" Marktwirtschaft kennzeichnen, sind besonders im "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" verankert, das die staatliche

1) Vgl. oben S. 6. .

2) Vgl. Gäfgen, Gérard: Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre Band 2, 3. neu bearbeitete Auflage, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1972, S. 3

Wirtschaftspolitik auf die Ziele: Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsgrad und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum der Wirtschaft im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung festlegt.¹⁾

Durch die Globalsteuerung unter Einsatz des im Stabilitätsgesetz vorgesehenen wirtschaftspolitischen Instrumentariums soll von staatlicher Seite unerwünschten konjunkturellen Schwankungen entgegengewirkt werden.²⁾

Während diese Konjunkturpolitik den zeitlichen Ablauf des ökonomischen Prozesses beeinflusst, bezieht sich die Ordnungspolitik auf die Gestaltung der Grundnormen des Wirtschaftslebens.³⁾ Hierbei kommt der Sicherung und Förderung des Wettbewerbs besondere Bedeutung zu.⁴⁾

Die Wettbewerbsordnung der Bundesrepublik orientiert sich nicht an der liberalistischen Modellvorstellung einer atomistischen Konkurrenz auf vollkommenem Markt. Vielmehr geht sie davon aus, daß die technologischen Gegebenheiten mancher Wirtschaftszweige für eine ökonomisch effektive Leistungserstellung Mindestbetriebsgrößen erfordern, die oligopolistische und auch monopolistische Marktstrukturen zur Folge haben. Derartige, aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht nicht negativ zu beurteilende Abweichungen vom marktwirtschaftlichen Modell der freien Konkurrenz werden vom Wettbe-

1) Vgl. Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8.7.1967, § 1

2) Vgl. a.a.O.: § 5, §§ 26 ff.

3) Vgl. Gäfgen, Gérard: a.a.O., S. 4

4) Wegen seiner Wichtigkeit für die Erhaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung wurde das "Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen" verschiedentlich als "Grundgesetz der sozialen Marktwirtschaft" bezeichnet.

werbsrecht toleriert.¹⁾

Möglichst intensivem Wettbewerb kommt jedoch entscheidende Bedeutung zu, weil parallel zur Abschwächung der Konkurrenz das wichtigste marktwirtschaftliche Lenkungsinstrument, nämlich der Marktpreismechanismus, an Wirkung verliert. Nur in einer Wettbewerbswirtschaft trifft freies Angebot am Markt auf freie Nachfrage. Diese Konstellation der Marktparteien schafft die besten Voraussetzungen dafür, daß sich in der Preisbildung die wechselnden Nachfrage- und Angebotsverhältnisse unverzerrt widerspiegeln.

Eine prägnante Charakterisierung der Marktwirtschaft unter dem Aspekt der Marktpreisbildung gibt Müller-Armack:²⁾

"Ihr Kennzeichen ist die Ausgestaltung einer beweglichen Preis- und Wertrechnung, durch die dem Konsum und der Produktion die Dringlichkeit der volkswirtschaftlichen Verwendungsbegehren auf der einen Seite, und der Knappheitsgrad der Erzeugungsmittel auf der anderen Seite signalisiert wird."

In dieser Sicht erzielt die Marktwirtschaft "ein rationales Verteilen knapper Güter nach der Intensität der Verwendungsbegehren".³⁾

Die Lenkungsinstrumente der Marktwirtschaft bedingen also freies Angebot und freie Nachfrage. Voraussetzung hierfür ist wiederum wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit der einzelnen Anbieter und Verbraucher. Damit kommt der autonomen dezentralen Wirtschaftsplanung als Ord-

1) Vgl. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Neufassung vom 15.9.1965, §§ 2 - 8, § 16

2) Müller-Armack, Alfred: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 112

3) Ebd., S. 113

nungsprinzip marktwirtschaftlicher Systeme fundamentale Bedeutung zu.¹⁾ Das gesamtwirtschaftliche Geschehen empfängt seine Impulse aus der selbständigen Planung der Haushalte und Unternehmen, des Bundes, der Länder und der Gemeinden, sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Institutionen und privatrechtlicher Verbände.

Privateigentum, dezentrale Planung, Wettbewerb und marktwirtschaftliche Preisbildung sind die grundsätzlichen Ordnungs- und Lenkungsfaktoren, die das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik als privatwirtschaftliches System interdependenter Märkte prägen.

Eine unabdingbare Voraussetzung, nicht nur für stetiges Wirtschaftswachstum, sondern für die Schaffung ökonomischer Werte überhaupt, ist die menschliche Arbeit in ihren mannigfachen Erscheinungsformen. Die für die spätere Nationalökonomie richtungsweisende Untersuchung von Adam Smith über Natur und Ursachen des Volkswohlstandes beginnt mit den Worten:²⁾

"The annual labour of every nation is the fund which originally supplies it with all the necessities and conveniences of life which it annually consumes," ...

Sieht man von dem auf die Periode eines Jahres bezogenen, zeitlichen Aspekt ab, so ergibt sich aus dieser grundsätzlichen Erkenntnis die Notwendigkeit, die Bereitschaft zur Arbeitsleistung, sei sie dispositiver oder ausführender Art, zu erhalten, und durch entsprechende Anreize und Motivationen zu fördern. Die Betonung des

1) Vgl. Mahr, Werner: Einführung in die Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1971, S. 24

2) Smith, Adam: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, 3rd edition, London 1789, S. 1

Leistungsprinzips in der sozialen Marktwirtschaft trägt diesem Erfordernis Rechnung.¹⁾

Nicht die ohne Zweifel unabdingbare ökonomische Arbeitsleistung, die ja kein letztendlicher Selbstzweck ist, sondern der arbeitende Mensch und seine soziale Stellung im Berufs- und Gesellschaftsleben muß nach Meinung der Begründer des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik der wichtigste Bezugspunkt auch wirtschaftspolitischer Überlegungen sein.²⁾ Als außerökonomische Komponente treten deshalb im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft die sozialen Zielsetzungen neben die Kombination privatwirtschaftlicher Initiative und staatlicher Wirtschaftspolitik.

Die gesellschaftlichen Leitbilder greifen im wesentlichen auf den Grundrechtskatalog zurück. Ihre Kernpunkte sind: Schaffung sozialer Gerechtigkeit, Gewährleistung humaner Arbeitsbedingungen, Milderung sozialer Spannungen durch die Förderung von Gegenkräften zu wirtschaftlichen Machtpositionen, Förderung sozialen Aufstiegs, breitgestreute Einkommensbildung, Förderung des selbständigen Mittelstands.

Die hier angesprochenen Probleme sind charakteristisch für jenen Bereich staatlicher Aktivität in der Bundesrepublik, in dem Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik zusammenfließen. Bei einer Vielzahl arbeitsrechtlicher Bestimmungen, steuer-, verteilungs-, und preispolitischer Maßnahmen, sowie staatlicher Transferzahlungen rangieren sozialpolitische Überlegungen vor einer rein ökonomischen Betrachtungsweise.

1) Vgl. Erhard, Ludwig: Marktwirtschaft und individuelle Freiheit, in: Schweizer Monatshefte, 49. Jg., Heft 3, Zürich Juli 1969, S. 262

2) Vgl. oben, S. 8

Zusammenfassend können folgende Hauptmerkmale der sozialen Marktwirtschaft genannt werden:

- (1) Privateigentum als vorherrschende Eigentumsform
- (2) Dezentrale Planung und Entscheidungsbildung
- (3) Freie Marktpreisbildung und Wettbewerb als prinzipielle Lenkungsinstrumente
- (4) Prinzip der Vertragsfreiheit
- (5) Betonung des Leistungsprinzips
- (6) Staatliche Wirtschaftspolitik (Ordnungspolitik, Strukturpolitik, Prozeßpolitik, Sozialpolitik)

Der enge Zusammenhang zwischen Wirtschaftsordnung und Gesellschaftsordnung offenbart sich deutlich beim Problem der Verteilung wirtschaftlicher Macht auf die verschiedenen Individuen und Gruppen. Der in der sozialen Marktwirtschaft beschrittene Lösungsweg und die den Gewerkschaften zugedachte Position werden eigens zu untersuchen sein.

12 Das Wirtschaftssystem der DDR

121 Gesellschaftliche und wirtschaftliche Leitbilder des Sozialismus

Lenin schrieb in einem Aphorismus, man könne Marx nicht begreifen, wenn man nicht Hegel studiert habe.¹⁾ Er verweist in diesem Zusammenhang auf die wesentlichen Einflüsse der Hegelschen Philosophie auf das marxistische Denken, sowohl hinsichtlich der Methode als auch der Begriffsbildungen.

1) Vgl. Barion, Jakob: Hegel und die marxistische Staatslehre, H. Bouvier u. Co. Verlag, Bonn 1963, S. 146

Für die Beziehung zwischen Individuum und Gemeinschaft in sozialistischen Staaten ist der Hegelsche Freiheitsbegriff, den Marx übernahm, von entscheidender Bedeutung. Für Hegel, Marx/Engels und Lenin bedeutet Freiheit nicht das Streben des Einzelnen nach Individualität und weitgehender Unabhängigkeit von der Gemeinschaft; das ist in ihrer Sicht Absonderung und egoistische Willkür. Freiheit ist für Hegel dadurch gekennzeichnet, daß der Einzelne seine Absonderung überwindet und seine ganze Persönlichkeit dem Staat zuordnet, in dem sich nach seiner Meinung die allgemeinen Prinzipien der Vernunft manifestieren.¹⁾

Dieser Freiheitsbegriff geht von einer völlig anderen Vorstellung vom Wesen des Menschen und des Staates aus als die oben erläuterte liberalistische Definition für die Freiheit des Individuums.

Der Liberalismus steht in der angelsächsischen, nominalistischen Denktradition, die lehrt, daß nur das Individuelle Realität besitzt. Die Hochschätzung der Einzelpersönlichkeit in dieser Denkrichtung ist eine logische Weiterentwicklung dieses Grundgedankens. Im Gegensatz dazu lebt in Hegels Philosophie die universalistische Denktradition wieder auf, die in den allgemeinen Prinzipien (Universalien) reale Mächte sieht, die dem Individuellen, Einmaligen übergeordnet sind. In dieser Sicht sind die einzelnen Individuen "nur Momente", in

1) "Bei der Freiheit muß man nicht von der Einzelheit, vom einzelnen Selbstbewußtsein ausgehen, sondern nur vom Wesen des Selbstbewußtseins, denn der Mensch mag es wissen oder nicht, dies Wesen realisiert sich als selbständige Gewalt, in der die einzelnen Individuen nur Momente sind; es ist der Gang Gottes in der Welt, daß der Staat ist; sein Grund ist die Gewalt der sich als Wille verwirklichenden Vernunft."
Hegel, G.W.F.: Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 258, Zusatz; Fr. Frommans Verlag, Stuttgart 1928, S. 336

denen sich ein übergeordnetes abstraktes Prinzip verwirklicht.¹⁾

Die Verfassung der DDR betont analog zur Hegelschen und Marxschen Philosophie die enge Bindung des Individuums an die Gesellschaft. Die Verwirklichung der Freiheit des Einzelnen wird folgendermaßen umschrieben:²⁾

"Frei von Ausbeutung, Unterdrückung und wirtschaftlicher Abhängigkeit hat jeder Bürger gleiche Rechte und vielfältige Möglichkeiten, seine Fähigkeiten in vollem Umfang zu entwickeln und seine Kräfte aus freiem Entschluß zum Wohle der Gesellschaft und zu seinem eigenen Nutzen in der sozialistischen Gemeinschaft ungehindert zu entfalten. So verwirklicht er Freiheit und Würde seiner Persönlichkeit."

Dieser Verfassungsformulierung liegt die Annahme zugrunde, daß im sozialistischen Staatswesen der DDR die für das kapitalistische System typischen pluralistischen Interessengegensätze zwischen Individuum und Gemeinschaft, sowie zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aufgehoben sind.

Existenzgrundlage des bürgerlichen Staates ist nach kommunistischer Lehre die kapitalistische Produktionsform. In dieser Sicht bildet das zeitgenössische bürgerliche Privateigentum die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, die auf Klassengegensätzen beruht.³⁾

1) Vgl. Hegel, G.W.F.: a.a.O., § 258 Zusatz; vgl. Zitat Fußnote 1) oben S. 18

2) Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6.4.1968, GBl der DDR I, 1968, S. 199, Art. 19, Abs. 3

3) Vgl. Marx/Engels: Werke, Band 13, Dietz Verlag, Berlin (Ost) 1961, S. 9

Die dogmatische Gültigkeit dieser marxistischen Thesen für das Staatsdenken der DDR wird aus dem folgenden Zitat deutlich:¹⁾

"Unsere Ideologie ist die Ideologie der Arbeiterklasse. Sie wurde begründet von den großen deutschen Wissenschaftlern Karl Marx und Friedrich Engels. Sie wurde von Wladimir Iljitsch Lenin in genialer Weise weiterentwickelt und in der Oktoberrevolution zum erstenmal zum Siege geführt. Sie ist, wie Lenin sagte, allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist wahr, weil sie die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft aufdeckte. Sie ist unbesiegbar, weil sie den Interessen der Arbeiterklasse, den Interessen aller Werktätigen entspricht,"

Die Ablösung der bürgerlich-kapitalistischen Produktionsform durch die kommunistische kennzeichnet nach marxistischer Lehre die unvermeidliche historische Entwicklung, als deren erste Stufe die Revolution des Proletariats gilt. Schon in dieser ersten Phase der Herbeiführung einer kommunistischen Gemeinschaft soll nach Marx/Engels das Kollektiveigentum an Produktionsmitteln eingeführt werden, denn sie sehen im Privateigentum an Produktionsmitteln die Wurzel allen Übels, vor allem die Ursache der Entfremdung und der Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Die DDR, die sich als proletarische Republik versteht, hat in den das Eigentum betreffenden Artikeln ihrer Verfassung diesen Kernsatz der marxistischen Ideologie verankert:²⁾

"Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik beruht auf dem sozialistischen Eigentum an den Pro-

1) Honecker, Erich: Rede auf dem 8. FDGB Kongreß. Abgedruckt in: Neues Deutschland, Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 27. Jg. Nr. 177, vom 28.6.1972, S. 4

2) Verfassung der DDR, a.a.O., Art. 9, Abs. 1

duktionsmitteln. Sie entwickelt sich gemäß den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus auf der Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse."

Die Konsequenz, mit der in der DDR die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln betrieben wird, verdeutlichen folgende statistische Zahlen:

Im Jahre 1950 wurden in den sozialistischen Betrieben 56,8 % des Nettoprodukts der DDR Volkswirtschaft erzeugt, in privaten Betrieben 43,2 %. Im Jahre 1970 produzierten nach vorläufigen Zahlen die sozialistischen Betriebe 85,6 %, Betriebe mit staatlicher Beteiligung und Kommissionsvertrag 8,7 % und private Betriebe nur noch 5,7 % des Nettoprodukts.¹⁾ Auch die Zahl von 2 391 539 Beschäftigten in sozialistischen Industriebetrieben gegenüber 353 033 in Betrieben mit staatlicher Beteiligung und 73 195 in Privatbetrieben, vor allem kleinen Firmen, zeigt die fast abgeschlossene Sozialisierung der Industriegewirtschaft der DDR.²⁾

Im handwerklichen Bereich vollzieht sich der Umstellungsprozeß auf sozialistische Produktionsverhältnisse langsamer. Am 31.12.1970 zählten die handwerklichen Produktionsgenossenschaften 245 378 Mitglieder und Kandidaten gegenüber 347 547 Berufstätigen im privaten Handwerk.³⁾ Die Zunahme der Zahl der Beschäftigten in den sozialistischen Produktionsgenossenschaften von 150 772 im Jahr 1960 auf 245 378 im Jahr 1970 zeigt jedoch, daß

1) Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, Staatsverlag der DDR, Berlin 1971, S. 39

2) Stand 31. Dezember 1970; vgl. a.a.O., S. 103.
Durch die jüngste Verstaatlichungswelle im Frühjahr und Sommer 1972 wurde die Sozialisierung der Produktionsmittel im Industriebereich praktisch abgeschlossen.

3) Vgl. a.a.O., S. 170, S. 176

auch im handwerklichen Sektor die Sozialisierung planmäßig vorangetrieben wird.¹⁾

Privateigentum sieht die DDR Verfassung grundsätzlich nur in Form des "persönlichen Eigentums" vor, das vor allem Konsumgüter des persönlichen Bedarfs umfaßt.²⁾

Für den Aufbau der sozialistischen Staatswesen wurde die Leninsche Staatstheorie richtungweisend. Sie fordert in der Epoche der Ablösung des Kapitalismus durch den Kommunismus eine straffe Organisation für den sozialistischen Staat. Als Vorbild dient Lenin die zentralistische französische Republik der Jahre 1792 bis 1798.³⁾

Die Aufteilung der Befugnisse zwischen Zentralgewalt und Lokalgewalten löst Lenin völlig zugunsten der Zentralgewalt, die allein darüber entscheidet, was für den Staat wesentlich ist und was nicht. Für alle wesentlichen Fragen ist die Zentralgewalt zuständig, die unwesentlichen Fragen überläßt sie den Lokalgewalten zur Regelung.⁴⁾ Nach Lenins Meinung ist der Kommunismus nicht ohne Subordination durchzuführen; dies bedeutet für ihn Subordination der Gesellschaft unter die kommunistische Partei.⁵⁾

Abschnitt III der Verfassung der DDR: "Aufbau und System der staatlichen Leitung", weist auf den demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip des Staatswesens

1) Stand 31. Dezember 1970; vgl. a.a.O., S. 170

2) Vgl. Verfassung der DDR, a.a.O., Art. 11

3) Vgl. Barion, J.: a.a.O., S. 156 ff.

4) Vgl. Odenthal, Willy: Der Begriff des demokratischen Zentralismus und seine Durchsetzung beim Staatsaufbau der Deutschen Demokratischen Republik; Dissertation Marburg 1961, S. 17

5) Vgl. Kessler, Ansgar: Wirtschaftsordnungspolitische Probleme der kommunistischen Gesellschaft; Dissertation Marburg 1966, S. 36

der DDR hin:¹⁾

"Die Souveränität des werktätigen Volkes, verwirklicht auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus, ist das tragende Prinzip des Staatsaufbaus."

Die schon von Lenin geforderte Ablehnung einer Teilung der Staatsgewalt in der proletarischen Demokratie ist im folgenden Verfassungsartikel festgelegt:²⁾

"Die Volkskammer ist das einzige verfassungs- und gesetzgebende Organ in der Deutschen Demokratischen Republik. Niemand kann ihre Rechte einschränken. Die Volkskammer verwirklicht in ihrer Tätigkeit den Grundsatz der Einheit von Beschlußfassung und Durchführung."

Das Verhältnis des Einzelnen und der organisierten gesellschaftlichen Gruppen zum Staat wird ferner dadurch bestimmt, daß die DDR nach dem Willen ihrer Gründer Trägerin der sozialistischen Ideologie sein soll, und nicht, wie etwa die Bundesrepublik, ein weltanschaulich weitgehend neutraler Staat.³⁾ Der marxistische Glaube an die unabänderliche Gesetzmäßigkeit der Entwicklung hin zum Kommunismus wurde zur Staatsdoktrin erhoben. Die sozialistische Einheitspartei fixiert für jeden Einzelnen verbindlich das Ziel der Entwicklung der Gesellschaft und den Weg zur Erreichung des Ziels.

Die wesentlichen Aspekte des oben erläuterten Wertsystems, das der DDR Gesellschaftsordnung zugrundeliegt, können wie folgt zusammengefaßt werden:

- (1) Der Mensch ist ein von sozialen Instinkten geprägtes Wesen, d.h. der individuelle Mensch ist in der Gattung Mensch aufgehoben.

1) Verfassung der DDR, a.a.O.: Art. 47, Abs. 2

2) Ebd., Art. 48, Abs. 2; vgl. auch Art. 49

3) Ebd., Präambel, Art. 1, Abs. 1

- (2) Die Freiheit des Einzelnen verwirklicht sich nur bei Übereinstimmung mit den Zielen der Gemeinschaft.
- (3) Die geschichtliche Entwicklung wird nicht von Menschen bestimmt, sondern von den ökonomischen Verhältnissen, die auf den Lauf der Geschichte wie Naturgesetze wirken. Im Marxismus wurden diese Gesetze richtig erkannt.
- (4) Im sozialistischen Staat bestimmt die kommunistische Partei für alle verbindlich Tempo und Ziel der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Teilung der Staatsgewalten wird abgelehnt.

Ein wichtiger Glaubenssatz im marxistischen Dogma lautet, daß im Kommunismus das durch die kapitalistische Entfremdung entstellte Wesen des Menschen sich wieder durchsetzen werde. Dem neuen Menschen ist die Arbeit für die Gesellschaft oberstes Lebensbedürfnis. Durch diesen prägenden Charakterzug der sozialistischen Persönlichkeit wird nach Ansicht der Marxisten der Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft aufgehoben. Der individualistisch orientierte Mensch ist in dieser Sicht von egoistischem, ausbeuterischem Denken bestimmt. Wie alle sozialistischen Staaten sieht die DDR eine ihrer Hauptaufgaben in der Erziehung der Menschen zu sozialistischen Persönlichkeiten.¹⁾

Freie Persönlichkeitsentwicklung bedeutet in der DDR die Übereinstimmung des Individuums mit der Auffassung der Gemeinschaft, also Zustimmung zu dem von der herrschenden kommunistischen Partei vorgegebenen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Programm. Ein Beitrag für den Philosophen-Kongreß der DDR 1970, bringt diese für die Beziehung zwischen Individuum und Gemeinschaft zen-

1) Vgl. Verfassung der DDR: a.a.O., Art. 25, Abs. 1,2

trale These zum Ausdruck:¹⁾

"Sie (die marxistisch-leninistischen Parteien) orientieren sich an den nie veraltenden philosophischen Grundsätzen des dialektischen und historischen Materialismus und wenden sie schöpferisch an bei der Leitung der Gemeinschafts- und Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus." "Es ist erforderlich" - sagte Genosse W. Ulbricht - "die objektiven gesellschaftlichen Erfordernisse immer mehr zu persönlichen Bedürfnissen und Interessen der Werktätigen zu machen. Dadurch wird der Prozeß der Persönlichkeitsentwicklung richtig gelenkt." Das ist die direkte Schlußfolgerung aus der materialistischen Grundlinie der marxistisch-leninistischen Philosophie und ihrer Anwendung auf die Probleme der Gemeinschafts- und Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus. Und nur an ihr orientiert, ihr entsprechend, durch ihre praktische Anwendung wird der Egoismus in der Wirklichkeit schrittweise überwunden und wird die allseitige freie Entfaltung der Persönlichkeit eines jeden in der sozialistischen Gemeinschaft gesichert."

Mit dem gleichen Begriff "freie Entfaltung der Persönlichkeit" werden also aufgrund der gegensätzlichen philosophischen Leitbilder der jeweiligen Gesellschaftsordnungen in der Bundesrepublik und in der DDR grundverschiedene Ideen umschrieben.

1) Steussloff, Hans: Über die Bedeutung materialistisch-philosophischer Grundsätze für die Fragen der Gemeinschafts- und Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus; Philosophen Kongreß der DDR 1970, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1970, S. 128

122 Grundzüge des Wirtschaftssystems der DDR

Für Marx sind Wirtschaftsordnungen durch die beiden morphologischen Ordnungselemente Eigentumsordnung und Plansystem hinreichend charakterisiert. Kennzeichen einer kommunistischen Wirtschaftsordnung ist in seiner Sicht das Gesellschaftseigentum an den Produktionsmitteln und die zentrale Planung des gesamten Wirtschaftsgeschehens.¹⁾

Die geschichtliche Entwicklung hin zur kommunistischen Gemeinschaft durchläuft nach Meinung der Marxisten zwei Phasen: eine niedere, den Sozialismus und eine höhere, mit dem Kommunismus als Endstufe.²⁾

Die DDR versteht sich als Staat, in dem die Stufe des Sozialismus erreicht wurde, wobei die sozialistische Produktionsweise als das ausschlaggebende Merkmal angesehen wird, durch das sich die sozialistische von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unterscheidet:

"Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bedeutet, daß mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sich die Klassen und Klassenbeziehungen grundlegend geändert haben."³⁾

Die Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie ist einer der Leitsätze im Wirtschafts- und Gesellschaftsdenken der DDR. Im Gegensatz zum Sozialsystem der Bundesrepublik, das verschiedene, oft konträre Zielsetzungen

1) Vgl. Kessler, Ansgar: a.a.O., S. 11

2) Vgl. Politische Ökonomie, Lehrbuch; Hrsg.: Akademie der Wissenschaften der UdSSR; nach der vierten überarbeiteten und ergänzten Ausgabe, deutsche Übersetzung, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 19

3) Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, 1. Aufl., Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 178

gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigt, stehen in der DDR sämtliche Teilsysteme im Dienste des von der kommunistischen Partei vorgegebenen Programmes. Nach der wirtschaftlichen Entmachtung der Individuen durch die Sozialisierung der Produktionsmittel verfügt die Staatspartei allein über die verantwortliche Macht zur Bestimmung der Wirtschaftsentwicklung.¹⁾

Nach sowjetischem Vorbild wurde in der DDR eine umfangreiche Wirtschaftsadministration aufgebaut, die die ökonomischen Beschlüsse des Zentralkomitees der SED auf allen Ebenen in die wirtschaftliche Wirklichkeit umzusetzen hat. In der Verwaltungshierarchie ist auch nach der Einführung des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" (NÖSPL) im Jahre 1963 ein dreistufiger Aufbau erkennbar.

Die Spitze bilden die zentralen Planungs- und Lenkungsorgane, von denen besondere Bedeutung dem Ministerrat, der Staatlichen Plankommission und den acht, Ende 1965 an Stelle des Volkswirtschaftsrates gebildeten Industrie ministerien zukommt.²⁾

Auf der mittleren Verwaltungsebene stehen die Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB), in denen große, bzw. gesamtwirtschaftlich bedeutende Industriebetriebe nach Branchengesichtspunkten zusammengefaßt werden. Das zweite Glied in der mittleren Verwaltungsebene stellen die Bezirkswirtschaftsräte (BWR) dar, denen alle nicht einer VVB zugeteilten Betriebe eines Bezirks unterstellt sind.³⁾

- 1) Vgl. Raupach, Hans: System der Sowjetwirtschaft, Theorie und Praxis, Rohwolt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 32
- 2) Vgl. Mitscherling, Peter u.a.: DDR-Wirtschaft, Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1971, S. 63
- 3) Vgl. Leptin, Gert: Das Neue ökonomische System Mitteldeutschlands, in: Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Hrsg.: K.C. Thalheim und H. Höhmann, Verlag Wissenschaft und Politik Köln 1968, S. 104

Diese Aufgliederung der mittleren Wirtschaftsverwaltungsebene, teils nach dem Regional-, teils nach dem Branchenprinzip bringt zusätzliche Koordinationsprobleme mit sich.

Auf der unteren Ebene der Verwaltungshierarchie stehen die Betriebe, unter denen die volkseigenen Betriebe (VEB) die größte Bedeutung haben.¹⁾

Bei der Verwirklichung des Organisationsprinzips des "demokratischen Zentralismus" in der Wirtschaftsordnung der DDR liegt - wie auch in den anderen gesellschaftlichen Bereichen - das Schwergewicht bei den zentralen Instanzen.

Seit der Einführung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR wurde der "demokratische Zentralismus" im ökonomischen Bereich in seiner realen Ausgestaltung mehrfach abgewandelt. Diese Variationen in der Aufteilung ökonomischer Kompetenzen zwischen Zentralinstanz und Partikularinstanzen stehen durchaus im Einklang mit der Leninschen These, nach der Demokratismus und Zentralismus eine dialektische Einheit bilden, wobei das Verhältnis von Demokratie und Zentralismus sich in jeder Entwicklungsphase ändert.²⁾

Die Reformen des neuen ökonomischen Systems brachten in den Jahren nach 1963 der mittleren Verwaltungsebene größere Selbständigkeit hinsichtlich der kurz- bis mittelfristigen Detailplanung. Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um eine Verlagerung von Entscheidungskompetenzen von einer staatlichen Instanz auf eine andere und

1) Vgl. Leptin, G.: a.a.O., S. 104/105

2) Vgl. Krupp, Hannelore: Der demokratische Zentralismus in der mitteldeutschen Wirtschaftsordnung, Dissertation Marburg 1961, S. 10

nicht etwa um eine Abschaffung der zentralistischen Organisation der Wirtschaft der DDR.¹⁾

Das zweite Kennzeichen des NÖSPL war die stärkere Betonung des Einsatzes indirekter, finanzieller Lenkungsinstrumente, der "ökonomischen Hebel", die zusätzlich zur administrativen Lenkung die bessere Erfüllung der Wirtschaftspläne fördern sollen. Die Konzeption des Einsatzes finanzieller Lenkungsinstrumente als Anreizsystem für ein hocheffektives wirtschaftliches Verhalten der Betriebe und der Werktätigen wird aus der Aufgabenbeschreibung für die ökonomischen Hebel deutlich:²⁾

"Die grundlegende Funktion der ökonomischen Hebel besteht darin, die Betriebe und die Werktätigen auf ökonomische Weise zur rationellsten Verausgabung der gesellschaftlichen Arbeit anzuregen und alle Bestrebungen zu fördern, die die Durchsetzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit im Maßstab der gesamten Volkswirtschaft gewährleisten, z.B. die Arbeitsproduktivität durch die komplexe sozialistische Automatisierung und Rationalisierung zu erhöhen,"

Folglich können zwei Bereiche ökonomischer Hebel unterschieden werden. Auf Betriebsebene sollen Kosten, Preise, Umsatz, Gewinn als direkte ökonomische Hebel die betriebliche Leistung beeinflussen; außerdem gehören zu dieser Gruppe die indirekten Hebel Kauf- und Lieferverträge, Leistungsverträge und Kredite.³⁾ Das Verhalten des einzelnen Werktätigen soll durch die Bemessung des Lohnes und der Prämie in die gewünschte Richtung gelenkt werden.⁴⁾

1) Vgl. Zinn, Karl Georg: Sozialistische Planwirtschaftslehre, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 1971, S. 169

2) Ökonomisches Lexikon, zweite neu bearbeitete Auflage, Bd. 1, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1970, S. 912

3) Vgl. Leptin, G.: a.a.O., S. 122

4) Vgl. Thalheim, Karl C.: Die Wirtschaft der SBZ in Krise und Umbau, a.a.O., S. 77

Mit dem Versuch der Einführung eines Systems von ökonomischen Hebeln wurden ökonomische Kategorien wie z.B. Preis, Rentabilität, Gewinn, Abschreibung in der DDR einer grundlegenden Analyse und Neubewertung unterzogen. Die Bedeutung des Gewinns als Indikator der betrieblichen Leistung, der allerdings durch einige gleichrangige Kriterien, wie z.B. Senkung der Selbstkosten oder Steigerung der Arbeitsproduktivität zu ergänzen sei, wurde mit der Einführung des NÖSPL hervorgehoben.¹⁾

"Im Gewinn spiegelt sich in bedeutendem Maße wider, wie der Betrieb seinen Aufwand an vergegenständlichter Arbeit senkt, wie er seine Erzeugnisse verkauft und der Volkswirtschaft bedarfsgerecht in hoher Qualität zur Verfügung stellt, und welchen Beitrag er für die Erhöhung des Akkumulationsfonds leistet. Wir haben deshalb allen Anlaß, den Gewinn in das Blickfeld aller Arbeiter und Ingenieure, aber auch der Partei- und Gewerkschaftsleitungen zu rücken. Das verlangt auch, die betrieblichen Prämiensysteme enger mit der Kennziffer des Gewinns zu verbinden." ...

Ebensowenig wie die Sowjetunion folgte jedoch die DDR den Vorschlägen des russischen Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Libermann, die Rentabilität als einzige Kennziffer für die Bemessung der Leistung der Betriebe heranzuziehen.

Auch nach der Umbenennung des Wirtschaftssystems der DDR in "Ökonomisches System des Sozialismus" im April 1967 wurde zunächst die mit der Einführung des Neuen ökonomischen Systems 1963 in die Wege geleitete Politik der

1) Ulbricht, Walter: "Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", Rede auf dem VI. Parteitag der SED, abgedruckt bei: Thalheim, Karl C., a.a.O., S. 147

Einschränkung der zentralen Planung zugunsten eines größeren Entscheidungsspielraums der mittleren und unteren Wirtschaftsadministration, und die Steuerung über finanzielle Lenkungsinstrumente unverändert fortgesetzt.¹⁾

Eine Rückkehr zu zentralistischeren Methoden der Leitung und Planung der Wirtschaft der DDR ist jedoch seit 1968 zu verzeichnen. Schöpferische Initiative und eigenverantwortliche Führung der nachgeordneten Ebenen treten seitdem gegenüber den Anweisungen und Plänen der Zentralinstanzen in den Hintergrund.

Die neuerliche Hinwendung zum Zentralismus läßt sich am Beispiel der Preisbildung verdeutlichen.

In den Jahren 1963 - 1967 wurde eine Reform des Preissystems durchgeführt, mit dem Ziel, die Verzerrungen des vorherigen Festpreissystems zu beseitigen und flexiblere, ökonomisch effizientere Preisbildungsformen zu erreichen. Die Einführung von Kostenpreisen ist eine der wichtigsten Änderungen, die das Neue ökonomische System brachte.

Dieser Übergang zu einer flexibleren Preisgestaltung bedeutete zu keinem Zeitpunkt eine Annäherung an eine marktwirtschaftliche Regulierung von Angebot und Nachfrage durch einen Preismechanismus. Zusammen mit der Forderung nach einer Industriepreisreform betonen die Politökonomien der DDR die Notwendigkeit der Preisplanung, die als "prinzipielles Problem" für sie dogmatischen Charakter hat.²⁾

-
- 1) Vgl. Gleitze, Bruno u.a.: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der Siebziger Jahre; Reihe Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa, Band 9, Duncker & Humblot, Berlin 1971, S. 7
 - 2) Vgl. Ebert, Georg u.a.: Ökonomische Gesetze im gesellschaftlichen System des Sozialismus; Dietz Verlag, Berlin 1969, S. 331

Hierin unterscheidet sich die Wirtschaftsreform der 60er Jahre in der DDR grundlegend von den Vorstellungen der tschechoslowakischen Reformpolitiker des Jahres 1968, die von der administrativen zur ökonomischen Leitung der Wirtschaft übergehen wollten, wobei eine "gewisse Marktkonkurrenz" und dadurch verursachte ständige Preisbewegungen - d.h. sozialistische Marktpreise - erzielt werden sollten.¹⁾

Im Gegensatz zu der am Beispiel Jugoslawiens orientierten Konzeption einer sozialistischen Marktwirtschaft beinhaltete die Preisreform in der DDR lediglich den Übergang von einer statischen zu einer dynamischen Preisbetrachtung. Die Ablehnung marktwirtschaftlicher Preisvorstellungen in der DDR wird in der Systemfibel von 1969 hervorgehoben:²⁾

"Die sozialistische Wirtschaft braucht außerhalb der bewußten Handlung der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme zur Verwirklichung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus keines objektiven Regulators."

Der Ministerpräsident der DDR erläuterte diesen Sachverhalt auf dem VIII. Parteitag der SED:³⁾

"Auf Grund der großen Bedeutung, die die Kosten- und Preisentwicklung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß hat, bleibt die Preisgestaltung fest in der Hand des Staates."

1) Vgl. Sik, Ota: Plan und Markt im Sozialismus, Molden Verlag, Wien 1967, S. 249

2) Ebert, Georg u.a.: a.a.O., S. 300

3) Zitiert in: Thalheim, Karl C.: Die neue Phase des ökonomischen Systems des Sozialismus, in: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, Band 9, Duncker & Humblot, Berlin 1971, S. 63

Durch die Rezentralisierungsmaßnahmen wurden den nachgeordneten Ebenen vor allem Entscheidungsbefugnisse hinsichtlich der Produktionsprogrammgestaltung, der betrieblichen Finanzpolitik und im Investitionsbereich wieder entzogen, die sie durch das Neue Ökonomische System erhalten hatten,¹⁾ Den Betrieben wird gegenwärtig eine Vielzahl von Plankennziffern zur Erfüllung verbindlich vorgeschrieben, so daß ihnen kaum noch ein eigenverantwortlicher Spielraum verbleibt.²⁾

Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage, also von Produktion und Konsum ist eines der schwierigsten Probleme staatlicher Wirtschaftslenkung. Der Verteilungsplanung für die Konsumgüter liegt im sozialistischen Wirtschaftssystem der DDR nicht die am Bedarfsdeckungsprinzip orientierte kommunistische Zielformel "jedem nach seinen Bedürfnissen" zugrunde, sondern das in der Verfassung der DDR formulierte, auf dem Leistungsprinzip basierende sozialistische Verteilungsprinzip: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung".³⁾

Der marktwirtschaftliche Preismechanismus soll im sozialistischen System durch die exakte Vorausplanung des gesamten Wirtschaftskreislaufs ersetzt werden. Die immer wieder auftretenden Planabweichungen und Störungen zeigen jedoch, daß bisher noch kein Weg gefunden wurde, um auf der Grundlage einer verbindlichen zentralen ex ante Planung Produktion und Konsum in Einklang zu bringen.⁴⁾

1) Vgl. Thalheim, Karl C.: a.a.O., S 96 f.

2) Vgl. Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971 vom 1. Dezember 1970; Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 100, S. 731 f., abgedruckt a.a.O., S 125 ff.

3) Vgl. Verfassung der DDR, a.a.O., Art. 2, Abs. 3

4) Vgl. Gleitze, Bruno: Planvollzug der abgelaufenen Perspektivpläne der DDR und die Zielsetzungen des Fünfjahrplans 1971 bis 1975, in: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa, Band 9, a.a.O., S. 14 ff., S. 27 f.

Zusammenfassend sind folgende Wesensmerkmale der Wirtschaftsordnung der DDR zu nennen:

- (1) Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln
- (2) Zentrale staatliche ex ante Planung des gesamten Wirtschaftskreislaufs. Staatliche Leitung der Wirtschaft durch eine dreistufige Wirtschaftsadministration.
- (3) Betonung des Leistungsprinzips.

13 Die Gewerkschaften als Machtgruppen in den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen

131 Die Verteilung ökonomischer Macht in der Bundesrepublik

1311 Entscheidungsträger in der sozialen Marktwirtschaft

Die Frage, ob das Wirtschaftsgeschehen durch die jeweiligen Machtverhältnisse oder durch ökonomische Gesetzmäßigkeiten bestimmt wird, hat bis in die Gegenwart zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen nationalökonomischen Lehrmeinungen geführt. Otto von Zwiedineck-Südenhorst ist wohl zuzustimmen, wenn er diese kontroverse Formulierung des Problems ablehnt, die von einem Gegensatz zwischen Macht und ökonomischen Gesetzen ausgeht. Die Beeinflussung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten durch Machtausübung ist nach seiner Meinung nicht eine Frage der ausschließlichen Wirksamkeit des einen oder anderen der beiden Prinzipien, sondern eine Frage, "wie weit innerhalb der elastischen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten Macht sich durchsetzen kann".¹⁾ Das

1) v. Zwiedineck-Südenhorst, Otto: Macht oder ökonomisches Gesetz, in: Mensch und Wirtschaft, Erster Band, Duncker & Humblot, Berlin 1955, S. 418

Geschehen an den Produkt- und Faktorenmärkten wird demnach nicht nur durch den Marktpreismechanismus - eine ökonomische Gesetzmäßigkeit - bestimmt, sondern es unterliegt auf den verschiedenen Teilmärkten in unterschiedlichem Ausmaß auch dem subjektiven Einfluß von Machttägern.

In der sozialen Marktwirtschaft basiert die Machtverteilung auf der pluralistischen Grundkonzeption für die Ordnung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche der Bundesrepublik. Ziel dieser Ordnung ist die Berücksichtigung möglichst vieler heterogener Gruppen bei der Entscheidungsfindung auch im ökonomischen Bereich.

Abgesehen von der ökonomischen Macht öffentlich rechtlicher Organe auf den verschiedenen Verwaltungsebenen, die direkt oder mittelbar aus dem politischen Mandat erwächst, läßt sich wirtschaftliche Macht in der sozialen Marktwirtschaft auf zwei Quellen zurückführen: auf Rechte, die aus Eigentum an einer Sache abgeleitet werden, oder auf Rechte, die aus Arbeit abgeleitet werden.

Wirtschaftliche Macht aus Eigentum äußert sich als Verfügungsgewalt der Eigentümer. Kapitalistische Systeme machen zwischen dem Eigentum an Produktionsmitteln und dem Eigentum für den persönlichen Bedarf keinen prinzipiellen Unterschied. Wirtschaftliche Macht aus Eigentum üben hier sowohl die Unternehmer als auch die Haushalte aus, ebenso die öffentliche Hand, soweit sie als Unternehmer, bzw. im Rahmen der Verwendung von Haushaltsmitteln als Nachfrager auftritt.

Der Machtspielraum der Vielzahl von Wirtschaftseinheiten in der Marktwirtschaft ergibt sich daraus, daß die ökonomischen Entscheidungen hier grundsätzlich dezentral erfolgen.

Macht im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung soll nicht absolute Macht sein, sondern relative, kontrollierte Macht. Galbraith hat für dieses pluralistische Wirtschaftssystem die Tendenz nachgewiesen, daß durch wirtschaftliche Machtpositionen Gegenkräfte auf den Plan gerufen werden, die zu einer Beschränkung dieser Machtpositionen führen.¹⁾

Aus der Wirksamkeit dieses Prinzips läßt sich die Entstehung vieler Interessengruppen und Verbände erklären, die in der sozialen Marktwirtschaft Einfluß ausüben. Hierzu gehören z.B. die Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Konsumenten, Sparer, Hausbesitzer, Mieter, oder die Interessenvertretungen bestimmter Wirtschaftszweige, etwa der Landwirtschaft durch den Deutschen Bauernverband.

Die Macht der Gruppen und Verbände wird im wesentlichen durch Zahl und Bedeutung ihrer Mitglieder, durch ihre rechtliche Stellung, durch die Stärke ihrer sozialen Gegenspieler und durch die Qualifikation ihrer leitenden Persönlichkeiten bestimmt, denn aus diesen Faktoren resultiert ihre Position gegenüber Staat, Gesellschaft und den anderen Verbänden.

Macht und ihre Einschränkung im pluralistischen Kräftefeld der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik wird hier zunächst für die Eigentümer an Produktionsmitteln kurz skizziert.

Von der gleichen Marktseite her und aus der gleichen gesellschaftlichen Interessengruppe wird die Marktmacht eines Unternehmers grundsätzlich durch Konkurrenzunter-

1) Vgl. Galbraith, John Kenneth: Der amerikanische Kapitalismus im Gleichgewicht der Wirtschaftskräfte, A.J. Walter Verlag, Stuttgart usw. 1956, S. 127

nehmen eingeschränkt. Verbotene wettbewerbswidrige Absprachen, gesetzeswidrige Kartelle und ordnungspolitisch unerwünschte Unternehmensfusionen sollen durch die Wettbewerbsordnung, insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verhindert werden, das nach herrschender Meinung allerdings dringend der Novellierung bedarf, um zu einem wirksamen Instrument zur Sicherung des Wettbewerbs zu werden. Auf der Gegenseite des Marktes steht der Position des Unternehmers als Anbieter die Marktmacht der Nachfrager nach seinen Produkten gegenüber. Auf dem Arbeitsmarkt ist in Zeiten der Überbeschäftigung, wie sie seit Jahren in der Bundesrepublik zu verzeichnen sind, die Position des Arbeitnehmers als Anbieter von Arbeitskraft gegenüber dem Unternehmer als Nachfrager durchaus nicht die Rolle eines Ohnmächtigen, der keine Chance hat, Forderungen durchzusetzen. Der individuellen Gestaltung der Marktverhältnisse kommt auf dem Arbeitsmarkt jedoch nur zweitrangige Bedeutung zu, weil dieser Bereich des Wirtschaftslebens weitgehend durch die Sozialpartner kollektiv geregelt wird; den einzelnen Unternehmungen und den Arbeitnehmern werden hier Daten in Form von Mindestbedingungen vorgegeben. Unternehmerische Macht wird nicht zuletzt durch die Aktivität des Staates beschränkt. Der Fächer staatlicher Gesetze und Maßnahmen, die die unternehmerische Entscheidungsfreiheit begrenzen, reicht vom schon erwähnten Wettbewerbsrecht über die arbeitsrechtlichen Vorschriften, das Betriebsverfassungsgesetz bzw. das Montan-Mitbestimmungsgesetz, wirtschaftspolitische Maßnahmen, Umweltschutzmaßnahmen, die Raumordnungspolitik, bis hin zu der vom Staat im Rahmen der Einkommens- und Steuerpolitik vorgenommenen Umverteilung des Volksvermögens im gesellschaftspolitisch erwünschten Sinn.

In Unternehmungen, die nicht von den Eigentümern geleitet werden, wie etwa bei den großen Kapitalgesellschaften,

entsteht mit der Trennung von Eigentum und Unternehmensführung ein weiteres Zentrum der Willensbildung, das Management, dessen Ziele nicht mit den eigentumsorientierten Vorstellungen der Aktionäre identisch sein müssen.¹⁾

Es zeigt sich also, daß die privatwirtschaftliche Unternehmung - ohne Zweifel eines der wichtigsten und auch der mächtigsten Schaltzentren der Wirtschaft in der Bundesrepublik - zwar autonom ihre Wirtschaftspläne erstellen kann, daß sie aber eine Vielzahl von Einflußgrößen berücksichtigen muß, die von anderen Trägern ökonomischer Macht gestaltet werden.

Die Sonderstellung der staatlichen Organe und der öffentlich rechtlichen Institutionen in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik wird durch den ständig wachsenden Anteil der öffentlichen Haushalte am Volkseinkommen noch verstärkt. Aufgabe der staatlichen Instanzen ist die Förderung des Gemeinwohls, der Belange der Gesamtheit der Nation. Hieraus erwächst dem Staat die Aufgabe, den Rahmen der Wirtschaftsverfassung abzustecken, innerhalb dessen die verschiedenen ökonomischen Machtträger ihre Aktivität entfalten können. Ferner sind die zuständigen staatlichen Organe gesetzlich verpflichtet, gegebenenfalls angemessene Machtmittel einzusetzen, um den Wirtschaftsablauf so zu beeinflussen, daß das im Stabilitätsgesetz vorgeschriebene Zielbündel möglichst weitgehend erreicht wird.²⁾

In manchen Teilbereichen des Wirtschaftslebens nehmen unabhängige öffentlich rechtliche Institutionen eine

1) Vgl. Gutenberg, Erich: Unternehmensführung, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1962, S. 15

2) Vgl. Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8.6.1967, § 1

Schlüsselstellung ein, etwa die Bundesbank, die das Geschehen im monetären Sektor entscheidend mitgestaltet, oder die Bundesanstalt für Arbeit in Fragen der Arbeitsvermittlung, der beruflichen Fortbildung und Umschulung.

Die geschilderten Beispiele zeigen, daß die wirtschaftliche Macht in der Bundesrepublik auf eine Vielzahl selbstverantwortlich disponierender Entscheidungsträger aufgeteilt ist.

Voraussetzung für den Bestand und das Funktionieren einer Wirtschaftsordnung mit so labiler Machtstruktur ist, daß alle maßgeblichen Marktparteien im Bewußtsein der Vielfalt der Interessenlagen grundsätzlich kompromißbereit sind. Träger von Wirtschaftsmacht mit totalitärem Machtanspruch würden das Ende des oben geschilderten, polyzentrischen Machtausgleichs bedeuten, wenn sie eine Position erringen könnten, die es ihnen ermöglicht, ihre Forderungen gegenüber den anderen Einflußgruppen voll durchzusetzen.

1312 Die Gewerkschaften der Bundesrepublik als Machtfaktor

Die verschiedenen Gewerkschaftstheorien und auch die Gewerkschaften selbst gehen in ihren Denkansätzen davon aus, daß die Bildung von Arbeitnehmerorganisationen eine Folgeerscheinung der liberal-kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Industriezeitalter war.

Ursprünglich konzentrierte sich die Aktivität der Gewerkschaften auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Oft gegen den Widerstand der staatlichen Organe übten sie eine Schutzfunktion für die Arbeiterschaft gegen die Macht des Kapitals aus. Götz Briefs nennt diese Arbeiterorganisationen, die für die Gewerkschaften des 19. Jahrhunderts typisch sind, "klassische"

Gewerkschaften.¹⁾ Zu diesem Gewerkschaftstyp zählen auch die im Jahre 1869 von August Bebel und Wilhelm Liebknecht ins Leben gerufenen marxistischen Internationalen Gewerksgenossenschaften, die bedeutendsten frühen gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse auf deutschem Boden.²⁾

Die historische Entwicklung des kapitalistischen Systems führte nach Meinung von Briefs zur Heranbildung eines neuen Gewerkschaftstyps, der "befestigten" Gewerkschaften.³⁾ Sie sind keine Organisationen mehr, die gegen Staat und Gesellschaftsordnung einen Kampf um die Anerkennung ihrer Existenzberechtigung führen müssen. Vielmehr werden für die "befestigten" Gewerkschaften vom Staat in vielfältiger Weise die Bedingungen für ein erfolgreiches Wirken geschaffen.⁴⁾

Folgt man der Typisierung von Briefs, so sind die Gewerkschaften der Bundesrepublik "befestigte" Gewerkschaften, denn nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde den Arbeitnehmerorganisationen von allen politisch wirksamen Gruppen große Bedeutung für den Aufbau einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beigemessen.

Bei der Neugründung deutscher Arbeiterorganisationen nach dem Zweiten Weltkrieg entbrannte eine Diskussion um die Schaffung der Gewerkschaftsform, die die beste Gewähr für die Vertretung und Durchsetzung der Interessen der abhängig Beschäftigten bieten sollte. Von den zur Debatte stehenden Organisationsprinzipien setzte sich schließlich der Zusammenschluß nach Industriezweigen

1) Vgl. Briefs, Götz: Das Problem des Ethos in der Gewerkschaft, in: Gewerkschaftsprobleme in unserer Zeit, Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/M. 1968, S. 15

2) Vgl. Streithofen, Heinrich: Wertmaßstäbe der Gewerkschaftspolitik, F.H. Kerle Verlag, Heidelberg, Verlag E. Nauwelaerts, Löwen 1967, S. 58, 61

3) Vgl. Briefs, Götz: a.a.O.

4) Vgl. ebd.

gegenüber der Idee der "Allgemeinen Gewerkschaft" durch, die eine regionale Vereinigung der Beschäftigten und eine Gliederung in Fachabteilungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte vorsah.¹⁾

In den Industriegewerkschaften der Bundesrepublik ist das aus dem Solidaritätsgedanken hervorgegangene Prinzip der Einheitsgewerkschaft insofern verwirklicht, als sie alle organisierten Beschäftigten eines Industriezweiges unabhängig von ihrem Beruf oder ihrem Beschäftigungsverhältnis zusammenfassen. Die Idee "Ein Betrieb - eine Gewerkschaft" wird in dieser Organisationsform realisiert.²⁾

Die Angleichung der Arbeitnehmerorganisationen der Bundesrepublik an die branchenmäßige Untergliederung der Wirtschaft ist für die Macht der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben und für die Gewerkschaftspolitik von entscheidender Bedeutung. Auf Unternehmensebene und für die verschiedenen Industriezweige wurde damit eine Konzentration der Macht der gewerkschaftlich zusammengeschlossenen Arbeitnehmerschaft bei einer Organisation erreicht. Die Zersplitterung in der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten bis hin zur Betriebsebene, wie sie z.B. für die Verhältnisse in England charakteristisch ist, wird in der Bundesrepublik vermieden. Für legale Teilstreiks zahlenmäßig kleiner Berufsverbände, die ganze Industriezweige lahmlegen können, fehlt hierzulande durch die Anwendung des Industrieverbandsprinzips die organisatorische Grundlage. Diese Organisationsform verschließt andererseits nicht die Möglichkeit differenzierter Strategien der einzelnen Industriegewerkschaften, die der unterschiedlichen Entwicklung in den ver-

1) Vgl. Limmer, Hans: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Günter Olzog Verlag, München 1966, S. 76

2) Vgl. Kaltenborn, Wilhelm: Einheitsgewerkschaft und Parteien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Bund Verlag Köln, 23. Jg., Heft 10/72, S. 621

schiedenen Wirtschaftszweigen Rechnung tragen.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen 16 Industriegewerkschaften schlossen sich 1949 zum Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen. Die DGB Gewerkschaften zählten im Jahre 1971 knapp 6,9 Millionen Mitglieder.¹⁾

1) Mitglieder der DGB Gewerkschaften

Gewerkschaft	Mitglieder insgesamt	in % der DGB Mitgl.
DGB 31.12.1969	6 482 390	
DGB 31.12.1970	6 712 547	
DGB 31.12.1971	6 868 662	
davon 31.12.1971		
1. Bau, Steine, Erden	511 699	7,4
2. Bergbau und Energie	392 571	5,7
3. Chemie, Papier, Keramik	613 057	8,9
4. Druck und Papier	150 831	2,2
5. Eisenbahner Deutschlands	425 693	6,2
6. Erziehung und Wissenschaft	124 819	1,8
7. Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	43 403	0,6
8. Handel, Banken und Ver- sicherungen	171 341	2,5
9. Holz und Kunststoff	129 830	1,9
10. Kunst	34 788	0,5
11. Leder	59 066	0,9
12. Metall	2 312 294	33,7
13. Nahrung, Genuß, Gaststätten	244 829	3,6
14. Öff. Dienste, Transport und Verkehr	993 879	14,5
15. Deutsche Postgewerkschaft	373 184	5,4
16. Textil - Bekleidung	287 388	4,2
DGB - Gesamt	6 868 662	100,0

Vgl.: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, Verlag W. Kohlhammer GmbH Stuttgart und Mainz 1972, S. 138

Die Macht der einzelnen Industriegewerkschaften im Bundeskongreß als höchster Instanz des DGB hängt von ihrer Mitgliederzahl ab.¹⁾

Gegenüber den Arbeitgebern wird die Macht der Industriegewerkschaften weniger durch ihre absolute Mitgliederzahl, als durch die einschlägigen Rechtsnormen und ihre Erfolge bei der Organisierung der Arbeiterschaft in ihrem Aktivitätsbereich bestimmt. Über den Organisationsgrad in den verschiedenen Branchen liegen keine umfassenden neuen Unterlagen vor. Das vorhandene Material zeigt jedoch, daß der Organisationsgrad in den verschiedenen Wirtschaftszweigen beträchtlich schwankt. So wird z.B. für das Jahr 1963 im Bereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten mit etwas über 4 % angegeben, für öffentliche Dienste, Transport und Verkehr werden 25 % genannt und für den Bereich der IG Bergbau und Energie rund 85 %.²⁾

Der Anteil der Organisierten an der Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten betrug im Jahr 1971 etwa 37 %.³⁾

In den DGB Gewerkschaften sind gegenwärtig rund 31 % aller Abhängigen zusammengeschlossen; in der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) ca. 2,3 % und im Deutschen Beamtenbund (DBB) ca. 3 %.⁴⁾ Berücksichtigt man ferner,

1) Vgl. Satzung des DGB, gültig ab 1. Juli 1971, Düsseldorf 1971, § 7 Ziffer 6.

Die beiden stärksten Einzelgewerkschaften, IG Metall und ÖTV stellten auf dem Satzungskongreß des DGB in Düsseldorf im Mai 1971 fast die Hälfte der Delegierten.

2) Vgl. Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1972, Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1972, Kapitel IV, Randnote 382, S. 195

3) Im April 1971 waren in der BRD rund 21,794 Millionen abhängig Beschäftigter zu verzeichnen, und zwar: 1,46 Millionen Beamte, 8,137 Millionen Angestellte und 12,197 Millionen Arbeiter. Vgl. Statist. Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, a.a.O., S. 123 und S. 138

4) Die DAG ist eine gewerkschaftliche Organisation auf be-

daß der Schwerpunkt der Tätigkeit des DBB, der die Interessen der Berufsbeamtenschaft vertritt, nicht im industriewirtschaftlichen Bereich liegt, so veranschaulichen diese Zahlen die zentrale Stellung der DGB Gewerkschaften als Repräsentanten der organisierten Arbeitnehmer im System der sozialen Marktwirtschaft.

Neben dem bereits behandelten Industrieverbandsprinzip wird in organisatorischer Hinsicht die gewerkschaftliche Einflußnahme auf das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik durch die hierarchische und territoriale Untergliederung der Arbeitnehmerorganisationen geprägt.

Die repräsentativen Instanzen der einzelnen Industrie-
gewerkschaften unterscheiden sich nur unwesentlich voneinander. Oberstes Organ ist der Gewerkschaftstag, der in der Regel alle drei Jahre stattfindet. Er entscheidet über alle grundsätzlichen Angelegenheiten der jeweiligen Gewerkschaften und wählt den Hauptvorstand und die Revisionskommission. Der Hauptvorstand als zweithöchstes, zentrales Organ vertritt die Gewerkschaft gegenüber den Arbeitgebern und Behörden, sowie im internationalen Bereich.¹⁾ Im Auftrag des Hauptvorstandes vertreten die Bezirksvorstände die Interessen der Gewerkschaft auf regionaler Ebene, etwa in einem Bundesland oder einem Regierungsbezirk. Die unterste territoriale Organisationseinheit bilden die Kreis- und Ortsverwaltungen der Industriegewerkschaften, die ihre Aktivität in der Regel innerhalb eines Arbeitsamtsbezirks entfalten.²⁾

ruflicher Grundlage. Sie erfaßt die Angestellten unabhängig davon, in welchem Industriezweig sie arbeiten. Die DAG hatte am 30.9.1971 469 932 Mitglieder, der DBB nannte zum gleichen Stichtag eine Mitgliederzahl von 706 605. Vgl. a.a.O., S. 138

1) Vgl. Sozialpolitik in Deutschland, Band 18, Hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, W. Kohlhammer-Verlag GmbH, Stuttgart 1961, S. 14

2) Vgl. ebd., S. 14, S. 16

Als zentrale Instanzen der Industriegewerkschaften sind noch der Gewerkschaftsbeirat, der zwischen den Gewerkschaftstagen die Aufgaben des Gewerkschaftstages wahrnimmt, und der Gewerkschaftsausschuß zu erwähnen, der als Beschwerdeinstanz fungiert.¹⁾

Ähnlich den Instanzen der Industriegewerkschaften sind die zentralen Organe des DGB gegliedert. Der Bundeskongreß entspricht etwa dem Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaften, der Bundesvorstand dem Hauptvorstand. Der Bundesausschuß des DGB hat allerdings wesentlich mehr Kompetenzen als die Gewerkschaftsausschüsse. Der Revisionskommission des DGB obliegt die Aufgabe der Prüfung der DGB Kassenführung.²⁾

Der DGB vertritt als Dachorganisation die gemeinsamen Interessen der autonomen 16 Industriegewerkschaften, wobei die Schwerpunkte seiner Tätigkeit auf der Wirtschafts-, der Sozial- und der Bildungspolitik liegen.³⁾

Die Einflußnahme der Gewerkschaften auf das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik gründet sich also organisatorisch auf eine straffe produktionsorientierte und territoriale Gliederung und auf die Ausschaltung gewerkschaftlicher Rivalität bei Auseinandersetzungen mit den sozialen Gegenspielern.

Den unbestrittenen Kern der gewerkschaftlichen Tätigkeit bildet die Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft

1) Vgl. Sozialpolitik in Deutschland, a.a.O.,

2) Vgl. Satzung des DGB, a.a.O., §§ 6 bis 10

3) Die finanziellen Mittel zur Erfüllung seiner Aufgaben erhält der DGB von den ihm angeschlossenen Gewerkschaften, die an den DGB einen bestimmten Anteil ihres Beitragsaufkommens (z.Zt. 12 %) abführen (§ 4 Satzung des DGB). Vgl. Satzung des DGB, a.a.O., § 2

in materieller und rechtlicher Hinsicht.¹⁾ Aus diesem Aufgabenkreis leiten sich die gewerkschaftliche Tarifpolitik, sowie sozialpolitische und arbeitsrechtliche Forderungen ab.

Als größte autonome Massenorganisationen der Bundesrepublik können die Gewerkschaften auch im politischen Bereich massiven Einfluß ausüben.²⁾ Dabei ist festzustellen, daß die Aktivität der bundesdeutschen Arbeitnehmerorganisationen durch zwei antagonistische Vorstellungen beeinflußt wird. Zum einen haben die Gewerkschaften Ordnungsfunktionen in der sozialen Marktwirtschaft übernommen, zum anderen verstehen sie sich traditionell als systemüberwindende antikapitalistische Gegenmacht.³⁾

Immer von neuem stellt sich den DGB Gewerkschaften die Frage der Mitwirkung und Mitgestaltung auf den verschiedenen ökonomischen Entscheidungsebenen, oder der Konfrontation mit einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die nach traditioneller Gewerkschaftslehre ungerecht und deshalb abzuschaffen ist. Die Stellung der Arbeitnehmerorganisationen in der sozialen Marktwirtschaft kann deshalb nicht einseitig als ein Problem der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik betrachtet werden, sie ist in gleichem Maße ein Problem der autonomen Gewerkschaften und ihres Selbstverständnisses.

-
- 1) Vgl. Drewes, Günter: Die Gewerkschaften in der Verwaltungsordnung, Verlagsgesellschaft "Recht und Wirtschaft" MbH, Heidelberg 1958, S. 13/14
 - 2) Von den 518 Abgeordneten des VII. Deutschen Bundestages gehören 244 einer Gewerkschaft an; davon 218 SPD Abgeordnete, 23 CDU/CSU Abgeordnete und 3 FDP Abgeordnete.
Vgl. Der neue Bundestag: Jung und progressiv, in: Handelsblatt Deutsche Wirtschaftszeitung vom 14.12.1972, S. 1
 - 3) Vgl. Grebing, Helga: Ordnungsmacht oder Gegenmacht?, in: Zur Debatte, Themen der Katholischen Akademie in Bayern, 2. Jg., Nr. 9, München, Oktober 1972, S. 6

132 Die Ausübung ökonomischer Macht in der DDR

1321 Entscheidungsträger im ökonomischen System des Sozialismus

Mit der Abschaffung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln wurden in der DDR die individualistischen Kategorien als Quellen ökonomischer Macht beseitigt. Die Machtausübung durch Kollektivorgane, bzw. deren Beauftragte gründet sich auf drei bereits aufgezeigte Wesensmerkmale des Sozialismus in der DDR, nämlich die führende Rolle der kommunistischen Partei bei der Gestaltung aller Lebensbereiche, die zentrale Planung und Leitung der Wirtschaft und die These von der Übereinstimmung der Interessenlage von Individuum und Gesellschaft im sozialistischen Staat.

Für die Leitung der Wirtschaft sehen sich die sozialistischen Staaten vor der Aufgabe, "ein außerordentlich kompliziertes und feines Netz von neuen organisatorischen Beziehungen herzustellen, die die planmäßige Produktion und Verteilung der Produkte erfassen, wie sie für die Existenz von Dutzenden Millionen Menschen notwendig sind, die Produktion tatsächlich zu vergesellschaften."¹⁾

Richtungsweisend für die Abgrenzung der Entscheidungsbefugnisse zwischen den verschiedenen Führungsebenen im ökonomischen System des Sozialismus der DDR ist die Leninsche Idee des "demokratischen Zentralismus" als Grundprinzip der Gestaltung der Gesellschaftsordnung. Nach diesem Grundsatz steht der kommunistischen Partei die absolute Führungsrolle zu. Prof.Dr. Kalweit, Stellvertretender Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED begründet diesen totalen Machtanspruch durch folgende drei Hauptaspekte:

1) Lenin, W.J.: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Werke Bd. 27, Berlin 1960, S. 231

- a) "Der erste und wichtigste ist, daß die marxistisch-leninistische Partei, von der Erkenntnis und bewußten Ausnutzung der objektiven Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung ausgehend, die soziale Kraft darstellt, die eine wissenschaftlich begründete Voraussicht der Entwicklung und damit ein Ziel für alle sozialen Klassen und Schichten der Gesellschaft geben kann."¹⁾
- b) Die Partei bildet als Vortrupp der Arbeiterklasse zugleich die gesellschaftliche Hauptkraft, "um alle Werktätigen der sozialistischen Gesellschaft im politischen und ökonomischen Kampf zur Erreichung der gesteckten Ziele und damit zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Klasseninteressen zu organisieren und zu mobilisieren".²⁾
- c) Die Partei hat die Aufgabe, das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen zu entwickeln und in der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System die ideologischen Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus zu schaffen.³⁾

Die politische Führungsspitze leitet also im ökonomischen System des Sozialismus die Wirtschaft im Sinne der Zielvorstellungen der SED.

In Verwirklichung dieser Thesen vom Primat der politischen Führung gegenüber allen gesellschaftlichen Organisationen hat in den vergangenen Jahren der Ministerrat als höchstes Regierungs- und Verwaltungsorgan zunehmend

1) Kalweit, Werner: Lenins Plan für den Aufbau des Sozialismus und seine Verwirklichung, in: Lenin und die Arbeiterbewegung heute, Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M. 1970, S. 64

2) Ebd., S. 65

3) Vgl. ebd., S. 66/67

an Bedeutung gewonnen. Er kontrolliert und koordiniert die Tätigkeit aller anderen zentralen Organe. Empfehlungen und Beschlüsse der SED werden in den ökonomischen Grundsatzentscheidungen des Ministerrats realisiert.¹⁾

Als wichtigste Instanz im Rahmen des sozialistischen Planungssystems fungiert die staatliche Plankommission, das zentrale Organ des Ministerrats für die Planung der Volkswirtschaft.²⁾ Ihr obliegt die Ausarbeitung der langfristigen Perspektivpläne (7-9 Jahre), sowie auf deren Grundlage die Erstellung der mittelfristigen Fünfjahrespläne, außerdem die volkswirtschaftliche Gesamtbilanzierung, und die Zusammenfassung der Jahrespläne der nachgeordneten Instanzen.³⁾

Im Perspektivplan sind die wichtigsten Investitionen, die Produktion volkswirtschaftlich bedeutender Erzeugnisse, sowie die langfristig von den Betrieben und Kombinen an den Staat abzuführenden Nettogewinne festgelegt. Ferner erfolgt im Rahmen des Perspektivplans die langfristige staatliche Industrie- und Konsumplanung. Damit soll der von der staatlichen Plankommission erstellte Perspektivplan zum entscheidenden Führungsinstrument für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR werden.⁴⁾ Die zentralen Volkswirtschaftspläne erhal-

1) Vgl. DDR Wirtschaft, Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Fischer Bücherei GmbH, Frankfurt/M. 1971, S. 62

2) Vgl. Zinn, Karl Georg: Sozialistische Planwirtschaftstheorie, Verlag W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart 1971, S. 169

3) Vgl. Richtlinie für das "Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft", abgedruckt in: Thalheim, Karl C., Die Wirtschaft der SBZ in Krise und Umbau, Duncker & Humblot Verlag, Berlin 1964, S. 160

4) Vgl. Anordnung Nr. Pr. 13 über die Ermittlung der ökonomischen Planinformationen für die Industriepreisplanung im Perspektivplanzeitraum 1971-1975 vom 30.9.1968, GBl der DDR III Nr. 9, 1968, S. 29/30

ten mit der Verabschiedung durch die Volkskammer verbindliche Gesetzeskraft.¹⁾

Auf der zweiten Führungsebene wird die Wirtschaft der DDR in acht Wirtschaftszweige aufgegliedert, denen jeweils ein Industrieministerium vorsteht.²⁾ Diese Zentralinstanz hat vor allem die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die mittlere Wirtschaftsverwaltungsebene mit möglichst hohem Nutzeffekt arbeitet.³⁾

Den Industrieministerien sind die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) unterstellt, die auf Branchenebene das Verbindungsglied zwischen den zentralen Planungsinstanzen und den einer VVB angeschlossenen Einzelbetrieben bilden. Ihre Aufgabe ist es, die zentralen staatlichen Pläne in Planvorgaben für die Einzelbetriebe umzuformen. Die VVB ist für die Erfüllung der Pläne der ihr angehörenden Betriebe verantwortlich und hat außerdem die Vervollkommnung der Qualität der Erzeugnisse und der Fertigungstechnik in ihrem Bereich zu fördern.⁴⁾

Ähnliche Aufgaben wie sie die VVB auf Branchenebene zu erfüllen hat, fallen dem Bezirkswirtschaftsrat (BWR) im regionalen Bereich zu. Ihm sind die kleineren und gesamtwirtschaftlich nicht als bedeutend eingestuften Betriebe eines Bezirks zugeordnet.

Den Volkseigenen Betrieben (VEB) als unterster Entscheidungsebene im ÖSS fällt die Aufgabe zu, auf der Grundlage

1) Vgl. DDR Wirtschaft: a.a.O., S. 62

2) Im einzelnen sind dies die Ministerien für: Grundstoffindustrie, Erzbergbau Metallurgie und Kali, Chemische Industrie, Elektrotechnik und Elektronik, Schwermaschinen- und Anlagenbau, Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau, Leichtindustrie, Ministerium für Bezirksgleitete Industrie und Lebensmittelindustrie; vgl. a.a.O., S. 63

3) Vgl. Richtlinie für das Neue ökonomische System, a.a.O., S. 160

4) Vgl. ebd., S. 161

der vorgegebenen Kennziffern den betrieblichen Jahresplanentwurf zu erstellen, und den dann durch die übergeordneten Behörden mit den volkswirtschaftlichen Zielen abgestimmten und genehmigten Jahresplan zu erfüllen.¹⁾

Ökonomische Machtausübung in der DDR ist eine Frage der Delegierung von Entscheidungsbefugnissen durch die politische Führungsspitze an nachgeordnete Instanzen. In der Bundesrepublik ist ökonomische Machtausübung durch den Einfluß autonomer Entscheidungsträger geprägt, deren pluralistische Interessen und Ziele im Verlauf der Entscheidungsfindung harmonisiert werden müssen. Der pluralistischen Rollenverteilung im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft steht die funktionelle Arbeitsteilung im monistischen ökonomischen System des Sozialismus gegenüber.

1322 Der FDGB als Machtfaktor

In ihrer dialektischen Analyse des historischen Wandels der Gesellschaftsformen sahen Marx und seine Anhänger bei der Entstehung von Gewerkschaften im frühindustriellen Zeitalter jene antagonistische Gegenkraft am Werk, die den bürgerlichen Kapitalismus beseitigen und den Kommunismus als ethisch höhere Stufe menschlichen Zusammenlebens herbeiführen würde. Eine derartige gesellschaftliche Entwicklung ist in marxistischer Sicht - wie bereits oben erläutert wurde - eine unabänderliche historische Gesetzmäßigkeit. Aus dieser Deutung des Laufs der Geschichte resultiert auch der klare Kampfauftrag gegen das System, den Marx und Lenin den Gewerkschaften in bürgerlichen Staaten erteilen, mit dem Ziel, die

1) Vgl. DDR Wirtschaft: a.a.O., S. 67

Produktionsmittel in Gesellschaftseigentum zu überführen.

Der Marxismus/Leninismus geht davon aus, daß durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln die Klassengegensätze überwunden würden, und daß die gesellschaftliche Lage in den sozialistischen Ländern durch die Interessenidentität aller Menschen gekennzeichnet sei. Deshalb ist die Aufgabe, die Lenin den Gewerkschaften im sozialistischen Staat zuweist, grundverschieden von der revolutionären Mission, die er ihnen in der bürgerlichen Gesellschaft überträgt. Im Sozialismus sollen die Gewerkschaften nicht mehr Schulen des Klassenkampfes sein, sondern Schulen des Kommunismus, und zwar in dem Sinne, daß sie als "Transmissionsriemen" die kommunistische Partei mit den Massen verbinden.¹⁾

Das Primat der kommunistischen Partei gegenüber den Gewerkschaften und auch gegenüber den Staatsorganen der DDR wird im Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands klar ausgesprochen. Als wichtige Aufgaben und Pflichten der Bezirks- und Staatsorganisationen, der ländlichen, städtischen und betrieblichen Kreisorganisationen der SED werden hervorgehoben:²⁾

- 1) Vgl. Lenin: Über Gewerkschaften, in: Marxistische Bibliothek, Werke des Marxismus-Leninismus, Band 10, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1927, S. 11
- 2) Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Art. 49 c, abgedruckt in: Riklin, Alois und Westen, Klaus: Selbstzeugnisse des SED Regimes, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1963, S. 204.

Auch nach der Übernahme der Parteiführung durch Erich Honecker hat sich am absoluten Führungsanspruch der SED nichts geändert, wie z.B. folgendes Zitat zeigt: "Die politische Macht der Arbeiterklasse wird im gesamtgesellschaftlichen Maßstab und in allen entscheidenden Bereichen des gesellschaftlichen Lebens unter Führung der Partei ausgeübt."

Honecker, Erich: Die Verwirklichung der Leninschen Lehre von der führenden Rolle der Partei durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der

"die Anleitung der staatlichen Organe, ihre Unterstützung bei der Durchführung der Beschlüsse und Direktiven der Partei und der übergeordneten Organe der Staatsmacht; die Anleitung der Gewerkschaft, der Jugend- und Frauenorganisationen, durch die in ihnen bestehenden Parteigruppen, mit dem Ziel, immer breitere Massen der Werktätigen in die Arbeit dieser Organisationen einzubeziehen und ihre Initiative und Aktivität zu fördern."

Im Sinne dieser gesellschaftspolitischen Leitlinien ist der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund nicht als autonomer Verband definiert wie die Gewerkschaften der Bundesrepublik, sondern als "umfassende Klassenorganisation der in der DDR herrschenden Arbeiterklasse, die im festen Bündnis mit allen anderen Werktätigen unter Führung der SED erfolgreich den Sozialismus aufbaut".¹⁾

Die These von der Führungsrolle der Partei in allen Lebensbereichen ist richtungsweisend für Möglichkeiten und Grenzen der gewerkschaftlichen Einflußnahme auf das Wirtschaftsleben der DDR. Gewerkschaftliche Macht in der DDR erwächst nicht aus dem Kräftespiel zwischen autonomen Verbänden mit konkurrierenden Zielsetzungen, sondern ausschließlich aus der Delegation bestimmter Verantwortungsbereiche durch die SED an den FDGB.

Trotz des Postulats der Interesseneinheit wird die Möglichkeit von Konflikten zwischen den verschiedenen Funktionsträgern, z.B. zwischen den staatlichen Leitungsorganen und den Werktätigen, von den Führern der DDR eingeräumt. Sie betonen aber, daß es sich dabei nicht um unüberwindliche Klassengegensätze wie im Kapitalismus

Deutschen Demokratischen Republik, in: Internationale wissenschaftliche Konferenz, Berlin 16. bis 18. Juni 1970, Dietz Verlag, Berlin 1970, S. 38

1) Ökonomisches Lexikon, Band 1, 2. neu bearbeitete Aufl., Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1970, S. 714

handle, sondern lediglich um Entwicklungsprobleme auf dem Weg zur kommunistischen Gemeinschaft.¹⁾ Nicht etwa Fehler des Systems, sondern der noch unbefriedigende Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis, oder menschliche Unzulänglichkeiten werden als Ursachen dieser Entwicklungsstörungen genannt. Ihre Lösung finden diese Konflikte durch kollektive Anstrengungen aller Beteiligten, die von dem gemeinsamen Bestreben angespornt werden, das von der SED vorgegebene Ziel zu erreichen. Die Gewerkschaft der DDR entwickelt ihre Aktivität nicht aus einer gesellschaftlichen Gegenposition heraus, sondern als Massenorganisation im Gefolge der SED, die einen wesentlichen Beitrag bei der Entwicklung und Gestaltung des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der DDR zu leisten hat.

Die konkrete Mitwirkung der Gewerkschaften an den ökonomischen und gesellschaftlichen Entscheidungen in der DDR regelt sich nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus.²⁾ Auch die Gliederung der DDR Gewerkschaften, und die Regelung der Zuständigkeiten zwischen den Zentralinstanzen des FDGB und seinen Teilorganen erfolgt auf dieser organisatorischen Grundlage.

Ähnlich wie die Mitgliedsgewerkschaften des DGB in der Bundesrepublik sind die im FDGB zusammengeschlossenen 15 Industriegewerkschaften bzw. Gewerkschaften nach Wirtschaftszweigen gegliedert.³⁾ Auch für die Gewerkschaft-

1) Vgl. Ohm, Wolfgang: Mitwirkungsbefugnisse in der DDR - Mitbestimmung in der Bundesrepublik, Berichte des Deutschen Industrieinstituts zu Gewerkschaftsfragen, Jg. 6, Nr. 13, August 1972, S. 7

2) Vgl. oben, S. 22

3) Im FDGB sind folgende 15 Industriegewerkschaften bzw. Gewerkschaften vereinigt: IG Metall, IG Chemie, IG Bau/Holz, IG Bergbau und Energie, IG Wismut, IG Transport und Nachrichtenwesen, Gewerkschaft Land und Forst, Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß, IG Druck und Papier, IG Textil, Bekleidung, Leder, Gewerkschaft Wissenschaft, Unterricht und Erziehung,

ten der DDR gilt der Grundsatz "Ein Betrieb - eine Gewerkschaft".

Verglichen mit der weitgehenden Selbständigkeit der 16 Industriegewerkschaften der Bundesrepublik gegenüber dem DGB sind die Einzelgewerkschaften der DDR gegenüber dem FDGB relativ unselbständig. Im Gegensatz zum DGB verfügt der FDGB als zentrale Dachorganisation sowohl über die Organisationsgewalt als auch über die Finanzhoheit.¹⁾

Die Mitgliederzahl des FDGB wird für 1971 mit ca. 7,241 Millionen, davon etwa 3,7 Millionen Männer und ca. 3,5 Millionen Frauen angegeben.²⁾

Bei einer Gesamtzahl der Berufstätigen von ca. 8,26 Millionen (einschl. 456 000 Lehrlingen) errechnet sich für die Beschäftigten in der DDR ein Organisationsgrad von knapp 88 %.³⁾ Die Mitgliedschaft im FDGB ist zwar freiwillig, doch bildet sie die Voraussetzung für den beruflichen Aufstieg und für eine Vielzahl von Vergünstigungen, die nur Gewerkschaftlern gewährt werden.⁴⁾ Dieser Sachverhalt dürfte die Ursache für den - verglichen mit den 37 % gewerkschaftlich Organisierter in der Bundesrepublik - sehr hohen Organisationsgrad der Arbeitnehmer in der DDR sein.

Gewerkschaft Gesundheitswesen, Gewerkschaft Kunst, Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft.

Vgl. Ökonomisches Lexikon: a.a.O., S. 947

- 1) Vgl. Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1972, a.a.O., Randnote 396, S. 206
- 2) Vgl. Statistisches Jahrbuch 1972 der Deutschen Demokratischen Republik, Staatsverlag der DDR, Berlin 1972, S. 503
- 3) Vgl. ebd., S. 19 und S. 503
- 4) Vgl. Berichte der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1972, a.a.O., Randnote 395, S. 205

Höchstes Gewerkschaftsorgan der DDR ist der FDGB Kongreß, der alle 4 Jahre zusammentritt, um die Grundsätze der Gewerkschaftspolitik festzulegen und den Bundesvorstand und die Revisionskommission als wichtigste Zentralorgane zu wählen.¹⁾ Dem Bundesvorstand obliegt zwischen den Kongressen die zentrale Leitung der gesamten Tätigkeit des FDGB.²⁾ Auf den nachgeordneten Führungsebenen folgen die 15 Einzelgewerkschaften und die Gewerkschaftskomitees der Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) als zentrale fachliche Führungsorgane, die Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL), sowie die Gewerkschaftsgruppen als dezentrale fachliche Organisationseinheiten.³⁾ Regional ist der FDGB in Bezirks- und Kreisvorstände untergliedert, zu deren Aufgaben die Anleitung und Kontrolle der Betriebsgewerkschaftsleitungen und der lokalen Orts- und Dorfgewerkschaftsleitungen zählt.⁴⁾

Auf den genannten fünf Funktionsebenen nehmen die Gewerkschaften der DDR ihre Aufgaben wahr.

1) Vgl. Ökonomisches Lexikon: a.a.O., S. 715

2) Vgl. ebd., S. 414

3) Vgl. ebd., S. 715

4) Vgl. ebd., S. 715

2 Der gesetzliche Rahmen für die Aktivität der Gewerkschaften

21 Die rechtliche Stellung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland

211 Die Rechtsform der Gewerkschaften

Allgemeine Rechtsnorm für die Legalität der Bildung von Gewerkschaften ist das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit. Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes garantiert das Recht, "zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden".¹⁾

Auf dieser Rechtsgrundlage sind die Gewerkschaften der Bundesrepublik privatrechtliche Zusammenschlüsse im Sinne des Vereinsrechts des BGB. Fast alle Gewerkschaften sind nicht in das Vereinsregister der zuständigen Amtsgerichte eingetragen, bestehen also in der Form des nicht rechtsfähigen Vereins.²⁾

Wie für alle gesellschaftlichen Zusammenschlüsse in der Bundesrepublik gelten auch für die Gewerkschaften die in Art. 2 Abs. 1, Art. 9 Abs. 2 und Art. 18 des Grundgesetzes formulierten Einschränkungen der Koalitionsfreiheit. Danach dürfen der Zweck, oder die Tätigkeit der Vereinigungen nicht gegen die Strafgesetze, die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstoßen, oder sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten.³⁾ Außerdem wird das Recht auf Vereinigungsfreiheit verwirkt, wenn es "zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht" wird.⁴⁾

1) GG: Art. 9, Abs. 3

2) Vgl. BGB § 54; vgl. auch: Fitting-Auffahrt, Betriebsverfassungsgesetz, Handkommentar, 10. Aufl., Verlag Franz Vahlen, München 1972, S. 94

3) Vgl. GG Art. 9 Abs. 2, Art. 2 Abs. 1

4) Art 18 GG

Die genannten einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes sind die Grenzen, innerhalb deren die Arbeitnehmerorganisationen ihre Zielsetzungen und ihr Arbeitsfeld unabhängig von allen staatlichen Instanzen festlegen können. Solange sich die Gewerkschaften der Bundesrepublik in diesem verfassungsmäßigen Rahmen bewegen, gibt es keine Rechtsgrundlage für eine Beschränkung des gewerkschaftlichen Tätigkeitfeldes durch staatliche Organe. Die in Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes allgemein formulierte Aufgabenstellung "Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" kann nicht als Einschränkung des Aktionsspielraums gewertet werden. Sie umschreibt zwar das vom Gesetzgeber vorausgesetzte, zentrale Ziel der Gewerkschaften, schließt andere Betätigungsbereiche jedoch nicht aus.

Die Kontrolle der Gewerkschaften der Bundesrepublik erfolgt nicht durch gesetzliche Vorschriften und staatliche Organe, sondern in der unverbindlichen Form der Öffentlichkeitskontrolle, vor allem durch die Massenmedien und durch die gesellschaftlichen Gegenspieler der Arbeitnehmerorganisationen.

Die im Kommentar von Fitting-Auffahrt gegebene Definition gibt die übereinstimmende Meinung der arbeitsrechtlichen Literatur zu den rechtlich relevanten Wesensmerkmalen der Gewerkschaften wieder:¹⁾

"Gewerkschaften sind Vereinigungen von Arbeitnehmern, die auf freiwilligem Zusammenschluß beruhen, unabhängig vom Wandel ihrer Mitglieder sind, keine Arbeitgeber der in Frage kommenden Berufskreise als Mitglieder haben, unabhängig von der Gegenseite sind, die sich zur Aufgabe ge-

1) Fitting-Auffahrt: Betriebsverfassungsgesetz, Handkommentar, a.a.O., S. 94 (Die Klammerbemerkungen im Kommentar wurden beim Zitat weggelassen, da sie nur erläuternden Charakter haben.)

macht haben, die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder - insbesondere durch Abschluß von Tarifverträgen - zu regeln."

- 212 Die gesetzlich institutionalisierte Einflußsphäre der Gewerkschaften
- 2121 Regelungen für den gewerkschaftlichen Einfluß im außerökonomischen Bereich

Die Mitwirkung bei der Zusammensetzung und bei den Entscheidungen vieler staatlicher und sonstiger öffentlich-rechtlicher Instanzen ist eine der Hauptquellen der Macht der Gewerkschaften. Der vielfältige Komplex der allgemeinen politischen Einflußnahme der Arbeitnehmerorganisationen kann in dieser Untersuchung nur summarisch dargestellt werden, wobei jene Bereiche besonders zu berücksichtigen sind, die als außerökonomischer Datenkranz die reale Ausgestaltung des Wirtschaftssystems mitprägen.¹⁾ Hierbei ist selbstverständlich im Auge zu behalten, daß die Grenzen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen fließend sind.

Auf der Ministerialebene des Bundes und der Länder können die Gewerkschaften zwei Wege beschreiten, um ihren Einfluß geltend zu machen. Zum einen erhalten sie über die §§ 23, 26 und 74 der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGÖ), in denen die Verbandsanhörung vorgeschrieben ist, Zugang zur Ministerialbürokratie.²⁾

- 1) Eine ausführliche Darstellung auch des außerökonomischen Einflusses der Gewerkschaften findet sich in: Drewes, Günter, Die Gewerkschaften in der Verwaltungsordnung, Verlagsgesellschaft "Recht und Wirtschaft" mbH, Heidelberg 1958
- 2) Vgl. Hennis, Wilhelm: Verfassungsordnung und Verbandseinfluß, in: Politische Vierteljahresschrift, 2. Jg., Heft 1, Westdeutscher Verlag Köln und Opladen 1961, S. 27 ff.

Zum zweiten entsenden sie Vertreter in viele Beiräte und Ausschüsse der staatlichen Organe auf Bundes- und Landesebene.¹⁾ Hirsch weist darauf hin, daß die Beiräte einen institutionellen Rahmen für die Koordination der gesellschaftlichen Machtträger bilden und die Funktion einer "Clearingstelle" für die Interessengegensätze zwischen staatlichen Organen und Verbänden und den Verbänden untereinander ausüben. Er folgert richtig, daß durch diese Arbeit in den Beiräten die Verbände ein selbständiges politisches Gewicht erhalten.²⁾

Die engste Form der Verbindung der Gewerkschaften mit staatlichen Organen liegt vor, wenn Gewerkschaftsvertreter direkt in Behörden mitarbeiten, wie dies z.B. in der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, und der Versorgungsanstalt der Bundespost der Fall ist.³⁾ Auch die Entsendung von Gewerkschaftsvertretern in die Aufsichtsorgane kulturpolitischer Institutionen, wie z.B. in die Rundfunkräte, die Max-Planck-Gesellschaft und die Stiftung Volks-

1) Vgl. Hirsch, Joachim: Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1966, S. 161-167; vgl. auch: Drewes, Günter: a.a.O., S. 74 ff. Beispielhaft können folgende Beiräte und Ausschüsse mit Gewerkschaftsbeteiligung genannt werden: Beim Bundesarbeitsministerium: Beirat für die Neuordnung der sozialen Leistungen, insg. 15 Mitglieder; davon 9 auf Vorschlag der im Bundestag vertretenen Parteien, je zwei Vertreter des DGB und der Arbeitgeberverbände, je ein Vertreter der Ärzte und der sozialwissensch. Institute; ferner ist der DGB im Sozialbeirat beim Bundesarbeitsminister vertreten. Beim Bundesministerium für Ernährung Landwirtschaft und Forsten: Verbraucherausschuß; Im Ausschuß zur Beratung zollpolitischer Fragen, und im Ausschuß für ländliches Siedlungswesen hat der DGB je einen Sitz, außerdem entsendet er Verbrauchervertreter in den Verwaltungsrat der Einfuhr- und Vorratsstelle. Beim Bundeswirtschaftsministerium sind die Gewerkschaften z.B. im Außenhandelsbeirat vertreten. In der Verkehrsverwaltung entsenden sie 5 der 27 Mitglieder des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Güterfernverkehr.

2) Vgl. Hirsch, Joachim: a.a.O., S. 73/74

3) Vgl. ebd., S. 167

wagenwerk zählt zu den Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmerorganisationen im öffentlich-rechtlichen Bereich.¹⁾

Der hier gegebene fragmentarische Abriß der gewerkschaftlichen Präsenz im außerökonomischen Bereich der öffentlichen Verwaltung läßt verschiedene Intensitätsstufen für die Beteiligung der Arbeitnehmerorganisationen an gesellschaftlichen, vor allem an politischen Entscheidungsprozessen erkennen.

Die loseste Form der Partizipation sind die nicht institutionalisierten Einflußmöglichkeiten, die sich den Gewerkschaften z.B. in ihrem Verhältnis zum Parlament bieten. Gespräche, Konferenzen, Öffentlichkeitsarbeit, die Gewinnung von Abgeordneten, Fraktionen oder Parteien für gewerkschaftliche Vorschläge zählen zu dieser Art der Einflußnahme. Die vielfältigen auf dieser Stufe angewendeten Methoden sind dem jeweiligen Einzelfall angepaßt.

Auf der zweiten Stufe stehen die institutionalisierten Anhörungs-, Beratungs- und Vorschlagsrechte der Gewerkschaften, die sie durch ihre Mitgliedschaft in Beiräten, und Ausschüssen, oder im Rahmen der gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien wahrnehmen.

Eine weitere Intensivierung der gewerkschaftlichen Einflußnahme bedeutet die Entsendung von Gewerkschaftsvertretern direkt in staatliche Verwaltungsbehörden und Anstalten des öffentlichen Rechts.

Institutionalisierte und nicht institutionalisierte Mitwirkungsformen unterscheiden sich nicht nur in der Form und Intensität der Machtausübung, sondern auch dadurch, daß die institutionalisierte Einflußnahme dauerhaften

1) Vgl. Hirsch, Joachim: a.a.O., S. 185 f.

Charakter hat, während die nicht institutionalisierten Formen von den jeweiligen politischen Gegebenheiten abhängen und damit einem häufigen Wandel unterworfen sind.

2122 Regelungen für den gewerkschaftlichen Einfluß im volkswirtschaftlichen Bereich

Im gesamtwirtschaftlichen Sektor der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik können drei prinzipielle Stufen der Beteiligung der Gewerkschaften am ökonomischen Entscheidungsprozeß unterschieden werden: Die verbandsautonome Rechtsetzung im Rahmen des Tarifwesens, die verschiedenen Formen der direkten Mitgliedschaft der Gewerkschaften in Behörden der staatlichen Wirtschaftsadministration und in öffentlich-rechtlichen Körperschaften, und die institutionalisierten Informations-, Anhörungs- und Beratungsrechte der Gewerkschaften. Die zweite und die dritte Stufe der gewerkschaftlichen Einflußnahme können wiederum jeweils in Teilbereiche untergliedert werden.

Im Tarifvertragsgesetz (TVG) wird den Tarifvertragsparteien die Befugnis übertragen, Rechtsnormen zu schaffen, "die den Inhalt, den Abschluß und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie betriebliche und betriebsverfassungsrechtliche Fragen ordnen können".¹⁾

Als Tarifvertragsparteien, denen diese verbandsautonome Rechtssetzungsbefugnis zukommt, werden in § 2, Abs. 1 TVG die Gewerkschaften, einzelne Arbeitgeber, sowie Vereinigungen von Arbeitgebern genannt. Durch diese Bestimmung wird die Tariffähigkeit der Arbeitnehmerorganisationen gesetzlich festgelegt.²⁾

1) Tarifvertragsgesetz vom 9.4.1949 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 11.1.1952, § 1, Abs. 1

2) Vgl. auch Schaub, Günter: Arbeitsrechtshandbuch, Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1972, S. 749

Die Rechtsverbindlichkeit der zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelten Tarifverträge bedeutet, daß im arbeitsrechtlichen Bereich das Prinzip des Kollektivvertrags Vorrang vor dem Individualvertrag hat, bei dem der Arbeitgeber gegenüber dem einzelnen Arbeitnehmer den Inhalt weitgehend diktieren könnte.¹⁾ Hierbei ist zu beachten, daß nach § 3 Abs. 2 TVG Regelungen betrieblicher und betriebsverfassungsrechtlicher Fragen im Tarifvertrag auch für nichtorganisierte Arbeitnehmer zwingend gelten. In dieser Vorschrift wird die Rechtssetzungsbefugnis der Sozialpartner im normativen Teil der Tarifverträge besonders deutlich.²⁾

Der in § 5 TVG geschaffenen Möglichkeit der staatlichen Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen kommt gesamtwirtschaftlich keine große Bedeutung zu, denn außer in der Bauwirtschaft sind sie in keinem wichtigen Wirtschaftszweig üblich.³⁾

Die Gestaltung und Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Bundesrepublik erfolgt fast ausschließlich durch die von den Sozialpartnern autonom getroffenen Regelungen in den Tarifverträgen.⁴⁾ Staatliche Maßnahmen auf diesem Gebiet sind lediglich subsidiärer Natur.

In Anbetracht der Bedeutung der Tarifautonomie für die Stellung der Sozialpartner im Wirtschaftssystem haben Gewerkschaften und Arbeitgeber verbandsautonome Schlich-

1) Vgl. Hueck, Alfred und Nipperdey, Hans C.: Lehrbuch des Arbeitsrechts Band 2, 7. Aufl., Verlag Franz Vahlen GmbH, Berlin und Ffm. 1967, S. 234

2) Vgl. TVG, § 3 Abs. 2

3) Vgl. Hirsch, Joachim: Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1966, S. 45

4) Vgl. Hueck, Alfred und Nipperdey, Hans C.: Kommentar zum TVG, 4. Aufl., Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München und Berlin 1964, S. 122

tungsverfahren vereinbart, die Anwendung finden, wenn bei den Tarifverhandlungen zunächst keine Verständigung erzielt werden kann. Richtungweisend für die Schlichtungsregelungen zwischen den Tarifvertragsparteien ist die "Schlichtungsvereinbarung zwischen dem DGB und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände", die eine paritätische Besetzung der Schlichtungsstellen vorsieht.¹⁾

Die in der Tarifaufonomie verwirklichte Idee der Regelung möglichst vieler gesellschaftlicher Belange ohne Mitwirkung des Staates ist, geistesgeschichtlich betrachtet, eine liberalistische Maxime. Ebenfalls aus dem Gedankengut der Aufklärungsphilosophie stammt die Konzeption der Selbstverwaltung, die in Deutschland ihren Ausgangspunkt in den Reformen des Freiherrn vom Stein in der preußischen Städteordnung des Jahres 1808 hatte.²⁾ Die damals verwirklichte politische Selbstverwaltung der Städte in den ihnen spezifischen Belangen wurde später auf den sozialen Bereich übertragen, mit dem Ziel, eine soziale Selbstverwaltung zu schaffen, in der den jeweils betroffenen gesellschaftlichen Schichten Mitverantwortung für die Regelung ihrer sozialen Sicherung übertragen wird.

In der Sozialversicherung vereinigen sich humanitäre Zielsetzungen der Sozialpolitik und wirtschaftspolitische Aspekte. Die ökonomische Problematik der Sozialversicherung kann mit Mahr charakterisiert werden als "Wirtschaftspolitik zugunsten der sozial Schwachen, aufgebaut

1) Vgl. Schlichtungsvereinbarung zwischen dem DGB und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, § 2 Abs. 1, abgedruckt in: Hueck-Nipperdey, Kommentar zum TVG, a.a.O., S. 430

2) Vgl. Brackmann, Kurt: Handbuch der Sozialversicherung, Bd. 1, 1.-7. Aufl., Asgard Verlag GmbH, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 154 b IV

auf einer mehr oder minder vollkommenen versicherungs-technischen Grundlage".¹⁾

In der Bundesrepublik gliedert sich das System der Sozialversicherung räumlich und auch funktional in verschiedene Zweige. Als wesentliche Sozialversicherungsträger waren im Jahre 1969 rund 1850 Krankenkassen, 22 Einrichtungen der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, eine Bundesanstalt für Arbeit mit 9 Landesarbeitsämtern und den dazugehörigen Bezirksarbeitsämtern, 94 Träger der Unfallversicherung, 19 landwirtschaftliche Alterskassen und zahlreiche auf Landesgesetzen beruhende Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen zu verzeichnen.²⁾

Die Sozialversicherungsträger, die Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts sind, erhielten nach der Unterbrechung im Dritten Reich durch das Selbstverwaltungsgesetz vom 22.2.1951 das Selbstverwaltungsrecht zurück.³⁾ Als Selbstverwaltungsorgane bilden sie eine Vertreterversammlung mit legislativen Kompetenzen und einen Vorstand als Exekutivorgan.⁴⁾ Grundsätzlich sind diese Organe paritätisch mit Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber besetzt.⁵⁾

Nach § 4 Abs. 1 des Selbstverwaltungsgesetzes zählen die Arbeitnehmerorganisationen zu den vorschlagsberechtigten Stellen für die Vertreter der Versicherten. Nicht zuletzt

1) Vgl. Mahr, Werner: Einführung in die Versicherungswirtschaft, Duncker & Humblot, Berlin 1951, S. 333

2) Vgl. Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971, Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1971, Randnote 360, S. 158

3) Vgl. Brackmann, K.: a.a.O., S. 154 d II

4) Diese Organe werden in § 1 Abs. 1 des Selbstverwaltungsgesetzes vorgeschrieben.

5) Vgl. Brackmann, K.: a.a.O., S. 154 r/S

durch den angewendeten Wahlmodus beherrschen die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände die Wahlen zu den Vertreterversammlungen und damit auch die Organbildung auf Vorstandsebene, so daß davon ausgegangen werden kann, daß in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in gleicher Stärke präsent sind.¹⁾ Die gewerkschaftliche Position im Bereich der Sozialversicherung wurde durch den jetzt für alle Versicherungszweige geltenden Grundsatz der paritätischen Besetzung der Organe wesentlich verstärkt, denn damit wurden Arbeitnehmervertreter auch Mitglieder in den Organen der Berufsgenossenschaften.²⁾

Das Selbstverwaltungsrecht wird jedoch notwendigerweise durch staatliche Aufsichtsbehörden eingeschränkt, die darauf zu achten haben, daß die Sozialversicherungsträger ihre Aufgaben im Sinne der Versicherten und des Gemeinwohls wahrnehmen.³⁾ Verstärkt wird der staatliche Einfluß noch durch die Zuschußzahlungen an die Sozialversicherung.⁴⁾

Die Grenzen der Selbstverwaltung werden durch die Reichsversicherungsordnung und durch das Bundesversicherungsamts-gesetz vom 9.5.1956 gezogen. Trotz dieser Einschränkungen verbleibt den Sozialversicherungsträgern ein weites Feld selbstverantwortlicher Tätigkeit, was die Satzung, die Verwaltung der Mittel und vor allem die Personalpolitik betrifft. Bei der Gestaltung dieser Bereiche üben die Gewerkschaften als vorschlagsberechtigter Verband für die Organwahl beträchtlichen Einfluß aus.

1) Vgl. Drewes, Günter: a.a.O., S. 60/61

2) Vgl. ebd., S. 63

3) Vgl. Mahr, Werner: Einführung in die Versicherungswirtschaft, a.a.O., S. 342/343

4) Vgl. ebd., S. 338

Die für die Sozialversicherung in der Bundesrepublik aufgewendeten Mittel haben eine Größenordnung erreicht, die sie zu einem volkswirtschaftlichen Faktor von größter Bedeutung werden läßt, auch wenn man von ihren sozialpolitischen Hauptfunktionen einmal ganz absieht. Den Institutionen der Sozialversicherung obliegt eine Redistribution des Volkseinkommens zugunsten der sozial Schwachen. Die Tarifautonomie der Sozialpartner für die Bestimmung des Einkommens der abhängig Beschäftigten findet auf anderer rechtlicher und administrativer Basis, und hinsichtlich der Entscheidungsfreiheit in stark abgeschwächter Form, eine Ergänzung in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger, denen die Betreuung jener Menschen obliegt, deren Erwerbstätigkeit aus irgendwelchen Gründen gestört oder ganz beendet ist.

Die paritätische Zusammensetzung von Entscheidungsträgern findet sich nicht nur bei den verbandsautonomen Schlichtungsstellen und den Organen der Sozialversicherungsträger, sondern auch bei den auf Landesebene gebildeten staatlichen Schlichtungsbehörden und in der Arbeitsgerichtsbarkeit.

Die Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte als erste und zweite Instanz der Arbeitsgerichtsbarkeit werden von den Ländern berufen. Als oberste Instanz fungiert das Bundesarbeitsgericht in Kassel, eine Bundesbehörde, der die wichtige Aufgabe obliegt, die Rechtseinheit auf dem Gebiet des Arbeitsrechts in der Bundesrepublik zu wahren.¹⁾

Das Arbeitsgerichtsgesetz vom 3.9.1953 sieht für alle drei Arbeitsgerichtsinstanzen eine gleichartige Zusammen-

1) Vgl. Hueck-Nipperdey: Lehrbuch des Arbeitsrechts, Bd. 1, 7. Aufl., Verlag Franz Vahlen GmbH, Berlin 1953, S. 904, 907

setzung aus Berufsrichtern als Vorsitzenden und Laienrichtern als Beisitzern vor. Die paritätische Besetzung der Laienrichterstellen mit Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen und der Arbeitgeberseite ergibt sich aus den §§ 16 Abs. 2; 20 Abs. 1; 37 Abs. 2 und 43 Abs. 1, Abs. 3.¹⁾

Die Entsendung von Vertretern als Laienrichter in die Kammern der Arbeitsgerichtsbarkeit verleiht den Gewerkschaften erheblichen Einfluß auf die Rechtsprechung und richterliche Rechtsfortbildung im Zuständigkeitsbereich dieser Sondergerichte, der sich praktisch auf das gesamte individuelle und kollektive Arbeitsrecht erstreckt.

Eine maßgebliche Beteiligung konnten sich die Gewerkschaften bei der Besetzung der Organe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sichern, deren Errichtung durch Gesetz vom 10.3.1952 geregelt wurde. Sie gliedert sich in die Zentrale mit Sitz in Nürnberg, die Landesarbeitsämter und die Arbeitsämter.²⁾

Als Träger der Arbeitslosenversicherung zählt die Bundesanstalt in Nürnberg gleichzeitig zu den Sozialversicherungsträgern. Der Selbstverwaltungscharakter dieser öffentlich-rechtlichen Körperschaft ist daraus ersichtlich, daß ihre Organe mit Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften zu je einem Drittel besetzt sind.³⁾ Das Vorschlagsrecht, das die Gewerkschaften für die Vertreter der Arbeitnehmer-

1) Vgl. Arbeitsgerichtsgesetz (ArbGG) (BGBl I, 1953, S. 1267) vom 3.9.1953 mit einem Kommentar von Fritz Auffahrt und Rudolf Schönherr, 2. Aufl., Erich Schmidt Verlag, Bielefeld 1968, §§ 16, 20, 37, 43

2) Vgl. Hueck-Nipperdey: Lehrbuch des Arbeitsrechts, Bd. 1, 7. Aufl., a.a.O., S. 102

3) Vgl. Drewes, Günter, Die Gewerkschaften in der Verwaltungsordnung, a.a.O., S. 31/32

seite haben, kommt faktisch einem Entsendungsrecht gleich.¹⁾

Über ihre Vertreter in den Organen der Arbeitsämter und der Zentralstelle in Nürnberg sind die Gewerkschaften an der Gestaltung der Arbeitslosenversicherung, der Arbeitsvermittlung und der Berufsberatung maßgeblich beteiligt.

Auf privatrechtlicher Ebene ist die Mitgliedschaft des DGB im Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft (RKW) und im Verband für Arbeitsstudien (REFA) besonders wichtig, weil durch die Arbeit dieser beiden Institutionen die Arbeitsbedingungen häufig Änderungen unterworfen sind.²⁾

Allen bisher aufgezeigten Instanzen ist gemeinsam, daß die Gewerkschaftsvertreter als Mitglieder der Entscheidungsgremien direkt die gewerkschaftlichen Interessen fördern und je nach Stimmenverhältnis zur Geltung bringen können. Die nachfolgend beschriebenen institutionalisierten Rechte der Gewerkschaften im überbetrieblichen Bereich sind dadurch gekennzeichnet, daß die Gewerkschaften nicht in den Entscheidungsgremien selbst vertreten sind, sondern nur über beratende Organe, oder auf Grund von Anhörungsrechten Einfluß auf die verantwortlichen Entscheidungsträger ausüben.

Für diese Stufe des Zugangs der Verbände, und damit auch der Gewerkschaften, zur staatlichen Wirtschaftsadministration haben sich zwei institutionalisierte Formen herausgebildet. Einmal die Anhörung der zuständigen Verbände im Referentenstadium der Gesetzesvorbereitung nach § 23 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der obersten Staats-

1) Vgl. Hirsch, Joachim: a.a.O., S. 167

2) Der Beirat des RKW setzt sich aus je 12 Vertretern der Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände, der Verwaltung und der Wissenschaft zusammen. Vgl. Drewes, G., a.a.O., S. 96

organe (GGO), zum anderen die Beteiligung der Verbände an den beratenden Gremien der obersten Behörden.¹⁾

Aus der Vielzahl von Beiräten, Ausschüssen und Sachverständigengremien, in denen die Gewerkschaften mitwirken, wird die umstrittene "Konzertierte Aktion" nach § 3 des Stabilitätsgesetzes ausgewählt, weil an diesem Beispiel besonders deutlich die Funktionsweise, aber auch die Problematik dieser Form der Verbandseinflußnahme demonstriert werden kann.

In § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft wird die Konzertierte Aktion als ein institutionalisierter Dialog konzipiert, in dem Vertreter der Bundesregierung gemeinsam mit Bevollmächtigten der großen autonomen Verbände die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die erforderlichen Maßnahmen der Konjunktur-, Wachstums- und Einkommenspolitik beraten.²⁾ Gesprächspartner der Bundesregierung in der Konzertierten Aktion sind nach dem Gesetz Repräsentanten der Gebietskörperschaften, der Gewerkschaften, der Arbeitgeberverbände, der Bundesbank und des Sachverständigenrates. Auf Gewerkschaftsseite sind sowohl der DGB als auch die großen Einzelgewerkschaften, wie z.B. IG Metall und ÖTV vertreten.³⁾

Ziel dieses wechselseitigen Informationsaustausches zwischen der Regierung und den Verbänden ist die Erarbeitung

-
- 1) Vgl. Hennis, Wilhelm: Verfassungsordnung und Verbandseinfluß, in: Politische Vierteljahresschrift, 2. Jg., Heft 1, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1961, S. 27
 - 2) Vgl. Schlecht, Otto: Konzertierte Aktion als Instrument der Wirtschaftspolitik, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968, S. 17
 - 3) Vgl. Werner, Josua: Funktionswandel der Wirtschaftsverbände durch die Konzertierte Aktion, in: Hoppmann, Erich (Hrsg.) Konzertierte Aktion, Athenäum Verlag GmbH, Frankfurt 1971, S. 190

von Orientierungsdaten, die als Instrumente zur Erreichung der in § 1 des Stabilitätsgesetzes genannten Ziele dienen.¹⁾ Damit liegt in der Konzertierten Aktion eine Umkehr der in der Bundesrepublik üblichen Verhaltensweise von Staat und Verbänden vor. In der Regel sind es die Verbände, die Forderungen an die staatliche Wirtschaftspolitik stellen. In der Konzertierten Aktion versucht die Bundesregierung, die organisierten Gruppen für die Zielsetzungen der staatlichen Wirtschaftspolitik zu verpflichten, insbesondere auch in Bereichen, die der autonomen Regelung durch die Sozialpartner vorbehalten sind.

Diese besondere Interessenlage, zusammen mit der Schwierigkeit, in einem so heterogen zusammengesetzten Gremium einen Konsensus zu erreichen, hat zu heftigen Angriffen gegen die Konzertierte Aktion in der vom Gesetzgeber vorgesehenen Form geführt. Die gegebenen Orientierungsdaten konnten zwar wegen der Tarifautonomie der Sozialpartner nicht bindend sein, doch kam ihnen trotzdem erhebliche Bedeutung zu, wegen des Gewichts in der Öffentlichkeit, das derartige Publikationen von staatlich institutionalisierten Gremien haben. Außerdem bestand für die Sozialpartner die Gefahr, bei stärkerem Abweichen von den Orientierungsdaten unglaubwürdig zu werden, da ihre Spitzenorganisationen an der Festlegung der Richtwerte beteiligt waren. Wegen des heftigen Widerstands der Sozialpartner, vor allem der Gewerkschaften, gegen eine Einengung der Tarifautonomie wird der Begriff "Lohnpolitische Orientierungsdaten" seit dem Jahr 1970 im Jahreswirtschaftsbericht vermieden.²⁾

1) Vgl. Rupp, Hans Heinrich: Konzertierte Aktion und freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie, in: Hoppmann, Erich (Hrsg.), a.a.O., S. 10

2) Vgl. Wirtschaftswoche/Der Volkswirt, Zeit Verlag GmbH, Frankfurt/M., Nr. 32/1972 vom 11.8.1972, S. 23/24

Der Wunsch des Begründers der Konzertierten Aktion, des damaligen Bundeswirtschaftsministers Schiller, durch diese Institution ein abgestimmtes Verhalten aller für die Wirtschaftspolitik bedeutenden gesellschaftlichen Kräfte, insbesondere der Tarifparteien zu erreichen, ging nicht in Erfüllung. Im Verlauf der seit der Gründung vergangenen mehr als 5 Jahre hat sich gezeigt, daß auf diesem Wege keine stabilitätskonforme Globalsteuerung der Volkswirtschaft erreicht werden kann. In Zeiten der Hochkonjunktur treten die Interessengegensätze zwischen den autonomen Verbänden zu sehr in den Vordergrund, als daß jenes Ausmaß an Gemeinsamkeit erreicht werden könnte, das für eine abgestimmte Globalsteuerung im Sinne der Konzertierten Aktion erforderlich wäre. Dieses Maß an Übereinstimmung kommt offensichtlich nur in Phasen der Wirtschaftsdepression zustande, denn dann bildet der Wille, die Krise zu überwinden, ein gemeinsames Element in den Zielvorstellungen aller Beteiligten, das die Basis für ein abgestimmtes Verhalten unter Zurücksetzung von gegensätzlichen Gruppeninteressen bietet.

Einer der Hauptansatzpunkte der Kritik knüpft an die verhaltenstheoretische Grundvorstellung der Konzertierten Aktion an. Die Kritiker heben zu Recht hervor, daß die gegensätzlichen Gruppeninteressen grundsätzlich nicht mit dem Gemeinwohl identisch sind. Deshalb fehlt ihrer Meinung nach die Voraussetzung für ein harmonisch abgestimmtes Verhalten von Regierung und autonomen Verbänden in den wirtschaftspolitischen Bereichen, die durch die Konzertierte Aktion behandelt werden sollten.¹⁾

1) Vgl. Werner, Josua: Funktionswandel der Wirtschaftsverbände durch die Konzertierte Aktion, in: Hoppmann, Erich, a.a.O., S. 190 ff. und
Watrin, Christian: Geldwertstabilität, Konzertierte Aktion und autonome Gruppen, in: Hoppmann, Erich: a.a.O., S. 207 ff.

Die Konzertierte Aktion in ihrer ursprünglichen Form ist insofern ein Extremfall der gewerkschaftlichen Mitarbeit in staatlichen Institutionen, als hier die Kooperation mit staatlichen Instanzen und anderen Verbänden in der Sicht der Gewerkschaften gleichzeitig eine Konfrontation mit ihren elementaren Verbandsinteressen beinhaltet. Durch die vorgesehenen Empfehlungen in Form von lohnpolitischen Orientierungsdaten sehen sie das gesetzlich verankerte Recht auf Tarifautonomie beeinträchtigt. Außerdem impliziert diese Art der Kooperation erhebliche innergewerkschaftliche Spannungen, da die Gefahr besteht, daß die Einzelgewerkschaften ihre speziellen Interessen durch die an der Konzertierten Aktion teilnehmenden Vertreter des DGB und der großen Industriegewerkschaften nicht gewahrt sehen.

Die Mitwirkung in sonstigen beratenden Gremien birgt für die Gewerkschaften schon deshalb bei weitem nicht so viel Konfliktstoff in sich, weil kein Gremium von der behandelten Thematik her in solcher Weise in den Kernbereich der autonomen gewerkschaftlichen Tätigkeit eindringt wie die Konzertierte Aktion.

Der institutionalisierte Meinungs- und Informationsaustausch, der in der Bundesrepublik in grundsätzlichen gesamtwirtschaftlichen Fragen zwischen den staatlichen Instanzen und den beteiligten Verbänden stattfindet, verwirklicht das in der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verankerte Prinzip der pluralistischen Entscheidungsbildung möglichst weitgehend auch bei den zentralen staatlichen Behörden. Gleichzeitig soll diese Art der Kommunikation dazu beitragen, daß die Austragung der Interessengegensätze der autonomen organisierten Gruppen untereinander ohne Verbandsscheuklappen erfolgt.

2123 Regelungen für den gewerkschaftlichen Einfluß im betrieblichen Bereich

Die rechtliche Stellung der Gewerkschaften auf Unternehmensebene wird durch drei Gesetze festgelegt. Allgemeine einschlägige Rechtsvorschrift ist das Betriebsverfassungsgesetz in der neuen Fassung vom 19.1.1972. Als lex specialis gelten in den Unternehmen des Bergbaus, der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie und in Konzernen, bei denen ein Übergewicht mitbestimmter Konzernunternehmen gegeben ist, das Mitbestimmungsgesetz vom 21.5.1951 und das Mitbestimmungsergänzungsgesetz vom 7.8.1956.¹⁾

Alle drei gesetzlichen Regelungen gehen davon aus, daß das sozialpolitische Geschehen auf betriebswirtschaftlicher Ebene im wesentlichen durch die vier Entscheidungsträger Unternehmensleitung, Betriebsrat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bestimmt wird. Gegenüber der Regelung von 1952 brachte das neue Betriebsverfassungsgesetz Verschiebungen in der rechtlichen Konstellation dieser vier Einflußgruppen zugunsten der Arbeitnehmerseite.

Das neue BetrVG setzt das BetrVG 1952 mit Ausnahme jener Bestimmungen außer Kraft, die die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat von Unternehmungen regeln. Nach § 76 Abs. 1 BetrVG 1952 sind 1/3 der Aufsichtsrats-

1) Den beiden letztgenannten Gesetzen, deren Titel hier in der üblichen Kurzfassung wiedergegeben wurde, kann noch das als "Lex Rheinstahl" bekanntgewordene Sicherungsgesetz vom 27.8.1967 zugerechnet werden, das als Zusatz zum Mitbestimmungsergänzungsgesetz festlegt, daß die Montanmitbestimmung für Konzerne wegfällt, wenn der Anteil ihres Montanumsatzes während fünf aufeinanderfolgender Jahre unter 50 % des relevanten Umsatzes liegt.

mitglieder Arbeitnehmervertreter.¹⁾ Diese werden gemäß den Bestimmungen des BetrVG direkt von der Arbeitnehmerschaft der Unternehmung gewählt. Die ersten beiden Arbeitnehmervertreter müssen Arbeitnehmer in einem Betrieb der Unternehmung sein, eventuelle weitere Arbeitnehmervertreter sind frei wählbar.²⁾ Damit eröffnet sich den Gewerkschaften die Möglichkeit, den Arbeitnehmern von Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit neun Aufsichtsratsmitgliedern und mehr - das bedeutet mehr als zwei Arbeitnehmervertreter -, außerbetriebliche Gewerkschaftsmitglieder zur Wahl in den Aufsichtsrat vorzuschlagen.

Auch das neue Betriebsverfassungsgesetz hält an dem Grundsatz der friedlichen Zusammenarbeit der sozialen Gruppen im Betrieb fest. Es übernimmt von der früheren Regelung die Auffassung, daß Betriebsrat und Gewerkschaften eine unterschiedliche Aufgabenstellung im Betrieb und im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes haben, und daß sie voneinander unabhängig sind.³⁾ Gegenüber der früheren Regelung erhalten die Gewerkschaften jedoch neue Rechte, die keine so klare Trennungslinie mehr zwischen Betriebsrat und Gewerkschaften ziehen lassen.

Jene Änderungen gegenüber dem BetrVG 1952, die die Gewerkschaften nicht unmittelbar betreffen, können hier nur kurz erwähnt werden. Die wichtigsten derartigen Neuerungen betreffen die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des

1) Vgl. § 76 Abs. 1 BetrVG 1952

Der Verweis in § 96 Abs. 1 des Aktiengesetzes bekräftigt die Geltung dieser Bestimmung des BetrVG im Geltungsbereich des Aktiengesetzes.

Vgl. auch: Aktiengesetz. Großkommentar, Dritte neu bearbeitete Auflage, Erster Band, 3. Lieferung, Walter de Gruyter & Co., Berlin, New York 1971, S. 767

2) Vgl. § 76 Abs. 2 Satz 2 und 3 BetrVG 1952

3) Vgl. Fitting-Auffahrt: a.a.O., S 92

Betriebsrats, vor allem in Personalfragen,¹⁾ in sozialen Angelegenheiten,²⁾ sowie in Fragen der Arbeitsplatzgestaltung und des Arbeitsablaufs,³⁾ und die erstmalige Festlegung der Rechte des einzelnen Arbeitnehmers innerhalb der Betriebsverfassung.⁴⁾

Zu den Bestimmungen des neuen BetrVG, die sich mit den Arbeitnehmerorganisationen direkt befassen, zählt die Verstärkung der Teilnahmerechte von Gewerkschaftsbeauftragten an Betriebsratssitzungen.⁵⁾ Außerdem wird im neuen Betriebsverfassungsgesetz betont, daß Betriebsratsmitglieder gleichzeitig auch Aufgaben für ihre Gewerkschaften im Betrieb übernehmen können, was eine Personalunion zwischen betrieblicher Organisation der Gewerkschaften und Betriebsratsmitgliederschaft ermöglicht.⁶⁾

Die wesentlichste Stärkung der rechtlichen Präsenz der Gewerkschaften im Betrieb bringt das Initiativrecht der Arbeitnehmerorganisationen für die Bildung eines Betriebsrates, das vorsieht, daß ggf. durch das Arbeitsgericht nicht dem Betrieb angehörige Gewerkschaftsmitglieder in den Wahlvorstand für die Betriebswahlen berufen werden können.⁷⁾ Ebenso erhalten die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen die Einberufung von Betriebsversammlungen zu erzwingen.⁸⁾

1) Vgl. BetrVG 1972, §§ 92 ff.

2) Vgl. ebd., § 87

3) Vgl. ebd., §§ 90 f.

4) Vgl. ebd., §§ 81 ff.

5) Vgl. ebd., §§ 31, 46 Abs. 1,2

6) ebd., § 74 Abs. 3

7) Ebd., §§ 14 Abs. 7; 16 Abs. 2; 17 Abs. 2. Durch § 19 Abs. 2 erhalten die Gewerkschaften das Recht, Betriebsratswahlen anzufechten.

8) Ebd., § 43 Abs. 4

Das Zutrittsrecht, das die im Betrieb vertretenen Gewerkschaften nach vorheriger Unterrichtung der Geschäftsleitung in § 2 Abs. 3 erhalten,¹⁾ bedeutet einen besonderen Erfolg der Arbeitnehmerorganisationen, weil gerade diese Forderung auf heftigen Widerstand von seiten der Arbeitgeber stieß.

Die starke Machtstellung, die die Gewerkschaften als eine der beiden Tarifvertragsparteien gegenüber der Unternehmung haben, unterstreicht § 2 Abs. 1 BetrVG. Er lautet:²⁾

"Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammen."

Durch diese Klausel wird die für den einzelnen Betrieb verbindliche Rechtssetzungsbefugnis der Tarifvertragsparteien hervorgehoben.

Der wesentliche Unterschied zwischen der alten und der neuen Regelung liegt darin, daß das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 außer den Regelungen über die Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat keine Passagen enthielt, die den Gewerkschaften die rechtliche Möglichkeit direkter Initiative in den Betrieben eröffneten, während die Neufassung des Gesetzes vom 19.1.1972 den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften viele Aufgaben zuweist. Als wichtigste davon ist die Kontrollfunktion anzusehen, die ihnen hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes vom Gesetzgeber übertragen wurde.

1) Vgl. Reform der Betriebsverfassung, Hrsg. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, Dezember 1971, S. 23

2) BetrVG, § 2 Abs. 1

Eine erheblich stärkere betriebliche Machtstellung der Gewerkschaften als das Betriebsverfassungsgesetz sieht das "Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie" (MitbG) vor. In § 4 Abs. 1 dieser Vorschrift wird die paritätische Besetzung des Aufsichtsrats mit Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer für die unter das Gesetz fallenden Gesellschaften festgelegt.¹⁾

Die Spitzenorganisationen der im Betrieb vertretenen Gewerkschaften haben für zwei der vier Vertreter und für das weitere Mitglied der Arbeitnehmerseite ein Vorschlagsrecht, das in der Praxis einem Entsendungsrecht gleichkommt, weil das Wahlorgan an die Vorschläge der Betriebsräte und der Spitzenorganisationen gebunden ist.²⁾

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats soll nach dem Willen des Gesetzgebers die Gewähr für die Verwirklichung der Idee der paritätischen Mitbestimmung bieten. Mittel zur Erreichung dieses Ziels ist die genaue Festlegung der Mitgliederzahl der Aufsichtsräte in mitbestimmten Unternehmen und die Bindung der Aufsichtsratssitze in dem vorgesehenen Verhältnis an die im Gesetz genannten sozialen Gruppen.³⁾

1) MitbG § 4 Abs. 1 lautet:

"Der Aufsichtsrat besteht aus 11 Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus

- a) vier Vertretern der Anteilseigner und einem weiteren Mitglied
- b) vier Vertretern der Arbeitnehmer und einem weiteren Mitglied
- c) einem weiteren Mitglied."

2) Vgl. Kötter, Hans-Wilhelm: Mitbestimmungsrecht, Guttentagsche Sammlung Deutscher Gesetze, Walter de Gruyter & Co., Berlin 1952, S. 88

3) Vgl. ebd., S. 61

Eine weitere Verstärkung des Arbeitnehmereinflusses in mitbestimmten Unternehmen gegenüber Betrieben, die dem BetrVG unterliegen, bedeutet die in § 13 Abs. 1 MitbG vorgesehene Bestellung eines Arbeitsdirektors. Dieser soll gleichberechtigtes Vorstandsmitglied sein und nicht gegen den Willen der Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ernannt oder abberufen werden können.¹⁾

Durch die Mitgliedschaft in den Aufsichtsräten erhalten die Gewerkschaften entscheidenden Einfluß auf die höchsten Kontrollorgane der mitbestimmten Unternehmen, denen unter anderem die Aufgabe obliegt, den Vorstand als zur gesetzlichen Vertretung berufenes, geschäftsführendes Organ zu bestellen. Bei der Bestimmung der personellen Zusammensetzung des Vorstands verleiht das MitbG der Arbeitnehmerseite insofern eine besondere Machtposition, als es die Bestellung eines Arbeitsdirektors vorschreibt und gleichzeitig festlegt, daß dieser nicht gegen den Willen der Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat ernannt werden kann. Mit dieser Regelung soll gewährleistet werden, daß der Personal- und Sozialbereich mitbestimmter Unternehmen in einer Weise geführt wird, die die Zustimmung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen findet.²⁾

1) Vgl. MitbG § 13 Abs. 1

2) Dem Mitbestimmungsgesetz unterlagen im Jahr 1971 56 Unternehmungen.
Vgl. Aktiengesetz, Großkommentar, a.a.O., S. 792
Als Beispiel für die expansive Verwirklichung der Montanmitbestimmung kann die Ruhrkohle AG dienen, an deren Gründung die Bundesregierung und die IG Bergbau und Energie maßgeblich beteiligt waren. Sie ist als Dachgesellschaft mit sieben Tochtergesellschaften organisiert. Für die Organe der acht Gesellschaften wird folgende Beteiligung der Arbeitnehmerseite genannt: 59 Gewerkschafts- und Belegschaftsmitglieder in den Aufsichtsräten, 8 Arbeitsdirektoren in den Vorständen, über 50 Mitbestimmungspositionen in der Form von Personal- und Sozialdirektoren, 105 "Betriebsratskörper" mit ca. 1500 Betriebsratsmitgliedern. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.4.1971, S. 17

Das Mitbestimmungsergänzungsgesetz beinhaltet keine qualitative Neuordnung der rechtlichen Stellung der sozialen Gruppen in den betroffenen Unternehmungen, sondern lediglich eine neue Abgrenzung des Geltungsbereiches der Mitbestimmungsregelungen und quantitative Änderungen der Zahl der Aufsichtsratsmitglieder in mitbestimmten Konzernen. Auch dem Sicherungsgesetz vom 27.8.1967 kommt keine grundsätzliche Bedeutung für die gesetzliche Machtverteilung nach dem Mitbestimmungsrecht zu. Es regelt lediglich die Geltungsdauer der paritätischen Mitbestimmung für Unternehmen, die auf Grund eines Wandels im Produktionsprogramm ihre Umsätze nicht mehr überwiegend im Montanbereich tätigen.

Betrachtet man zusammenfassend die Einflußmöglichkeiten der Arbeitnehmerseite und speziell die der Arbeitnehmerorganisationen in der Unternehmung, so beinhalten die gesetzlichen Regelungen ein erhebliches Machtgefälle zwischen dem Montanbereich und den übrigen Wirtschaftszweigen. In der Montanindustrie, deren Aufsichtsräte paritätisch besetzt sind, haben die Gewerkschaften ein gesetzlich verankertes, das Wahlorgan bindendes Vorschlagsrecht für die Hälfte plus eins der Vertreter der Arbeitnehmerseite. Außerdem verfügen sie über entscheidenden Einfluß auf die Bestellung des Arbeitsdirektors, also eines Mitglieds des obersten Management. In den nicht dem MitbG unterliegenden Gesellschaften, deren Aufsichtsrat nach den Bestimmungen des BetrVG 1952 zusammengesetzt ist, besitzen die Gewerkschaften kein spezifisches Vorschlagsrecht. Das Gesetz läßt ihnen hier nur die Möglichkeit offen, in Gesellschaften, deren Aufsichtsräte mehr als zwei Arbeitnehmer aufweisen, den Arbeitnehmern der jeweiligen Unternehmung eigene Wahlvorschläge zu unterbreiten, über die die betrieblichen Mitarbeiter dann in freier Wahl entscheiden.

Die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen der Unternehmung bildet gegenwärtig das wohl am heftigsten umstrittene Problem der Gesellschaftspolitik und der Ordnung der Wirtschaft der Bundesrepublik. In der Diskussion um die zukünftigen rechtlichen Normen für Arbeitnehmermitbestimmung markieren die aufgezeigten unterschiedlichen Regelungen des BetrVG und des MitbG die Orientierungspunkte. Alle Seiten betonen, daß sie eine möglichst weitgehende Verwirklichung der gesellschaftspolitischen Leitidee eines sozialen Humanismus, bei gleichzeitiger Erhaltung einer im internationalen Leistungsvergleich erfolgreichen, d.h. ökonomisch effizienten Volkswirtschaft anstreben. Hinsichtlich der Frage, wie in den Unternehmungen als den Keimzellen der volkswirtschaftlichen Leistungserstellung die Machtverteilung zwischen den sozialen Gruppen gesetzlich geregelt werden soll, klaffen die Meinungen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite, und auch die programmatischen Äußerungen der politischen Parteien auseinander. Die gewerkschaftlichen Vorstellungen zu diesem Problemkreis werden in einem späteren Abschnitt dieser Arbeit ausführlich behandelt.

- 22 Die rechtliche Stellung der Gewerkschaft in der DDR
- 221 Die Rechtsform des FDGB

Das in der Verfassung der DDR vom 9. April 1968 gewährleistete Koalitionsrecht der Bürger schränkt die Vereinigungsfreiheit in zweifacher Hinsicht ein. Zum einen enthält Artikel 29 eine Aufzählung der Art von Vereinigungen, in denen die Bürger gemeinsames Handeln entfalten können. Als mindestens ebenso gravierende Einschränkung ist jedoch die zweite Spezifizierung anzusehen, die besagt, daß den Bürgern das Recht zusteht, durch ihr gemeinsames

Handeln "ihre Interessen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der Verfassung zu verwirklichen."¹⁾

Eine verfassungsbezogene Einschränkung der Koalitionsfreiheit enthält auch Art. 9 GG der Bundesrepublik, doch ist die praktische rechtliche Auswirkung auf die Koalitionsfreiheit, die die Verpflichtung der Vereinigungen zu verfassungsgemäßem Handeln impliziert, sehr verschieden. Das Grundgesetz der Bundesrepublik ist ein allgemein gehaltener Rechtskodex, der in groben Zügen eine verfassungsmäßige Rahmenordnung entwirft. Die detaillierte Ausgestaltung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird in der Bundesrepublik nicht durch die Verfassung präjudiziert. Deshalb steht den Koalitionen der Bundesrepublik ein sehr weites Betätigungsfeld offen, ehe sie an jene Grenzen stoßen, die ihnen durch die Verpflichtung zur Verfassungsmäßigkeit gezogen sind. Im Gegensatz dazu werden in der Verfassung der DDR die gesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Grundsätze und Ziele bis ins Detail festgelegt, so daß die Verpflichtung zur Verfassungsmäßigkeit für eigenständiges Handeln und selbständige Zielsetzungen der Koalitionen nur wenig Spielraum läßt.

Der grundsätzlich verschiedene Charakter der Verfassungen der Bundesrepublik und der DDR zeigt sich auch in der rechtlichen Stellung der Gewerkschaften. In der Bundesrepublik wird die Rechtmäßigkeit auf die Bildung von Arbeitnehmerorganisationen aus dem Grundrecht auf Koalitionsfreiheit abgeleitet. In der DDR werden "Die Gewerk-

1) Art. 29 der Verfassung der DDR lautet vollständig:
"Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben das Recht auf Vereinigung, um durch gemeinsames Handeln in politischen Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Vereinigungen und Kollektiven ihre Interessen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Zielen der Verfassung zu verwirklichen."

schaften und ihre Rechte" expressis verbis in einem eigenen Verfassungskapitel behandelt.¹⁾

Art. 44 Abs. 1 Satz 1 gibt folgende Definition:²⁾

"Die freien Gewerkschaften, vereinigt im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, sind die umfassende Klassenorganisation der Arbeiterklasse."

Ferner werden die Gewerkschaften als unabhängige Organisationen charakterisiert, die durch niemand in ihrer Tätigkeit eingeschränkt oder behindert werden dürfen.³⁾ Diese Garantie der Unabhängigkeit kann jedoch nicht als verfassungsrechtlicher Freibrief für die Aktivität der Gewerkschaften der DDR im Sinne von autonomen Verbänden gewertet werden, da in den darauf folgenden Bestimmungen die Tätigkeit der Gewerkschaften im Sinne der sozialistischen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung festgelegt wird.⁴⁾

Die oben zitierte Bestimmung des Art. 44 der Verfassung verleiht durch die namentliche Nennung dem FDGB als Spitzenorganisation der organisierten Arbeitnehmerschaft der DDR eine verfassungsrechtlich garantierte Monopolstellung. Auch § 5 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzbuches der Arbeit wirkt in diesem Sinne, denn er garantiert den Werktätigen lediglich das Recht, sich "in den Gewerkschaften zusammenzuschließen", womit nur die Koalition in schon bestehenden Organisationen angesprochen ist.⁵⁾

1) Vgl. Verfassung der DDR a.a.O., Abschnitt II, Kapitel 3

2) Ebd., Art. 44 Abs. 1 Satz 1

3) Ebd., Art. 44 Abs. 2

4) Vgl. Ebd., Art. 44 Abs. 3; Art. 45

5) Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzbuches der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik vom 23.11.1966 (GBI I Nr. 15/1966, S. 111); § 5 Abs. 1 Satz 1. Im Wortlaut: "Die Werktätigen haben das Recht, sich zur Wahrung ihrer Interessen in den Gewerkschaften zusammenzuschließen."

Von seiner Gründung am 13.6.1945 her betrachtet ist der FDGB eine Vereinigung privatrechtlicher Natur.¹⁾ Durch Art. 44 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung wird der FDGB jedoch in den Kreis jener gesellschaftlichen Massenorganisationen eingereiht, die in der Nationalen Front der DDR zusammengeschlossen sind. Daraus erwächst dem FDGB die verfassungsmäßige Verpflichtung, gemeinsam mit den Parteien und anderen Massenorganisationen die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu fördern.²⁾ Damit wird schon im Verfassungstext der DDR der Leninsche Gedanke der engen Bindung der Gewerkschaften an die Kommunistische Partei verwirklicht, wobei der Partei die absolute Führungsrolle zukommt.

Unterordnung unter die kommunistische Partei ist ein gemeinsames Merkmal aller gesellschaftlichen Organisationen der DDR, einschließlich der Staatsmacht.³⁾ Die zentrale verbindliche Zielsetzung von seiten der SED bedeutet nicht notwendigerweise Willensübereinstimmung der untergeordneten Organisationen. Bei der Formulierung von Subzielen zur Erreichung der vorgegebenen Oberziele und für die Erfüllung der ihnen gesetzlich übertragenen Funktionen verbleibt ihnen ein Spielraum der eigenständigen Willensbildung. Dem FDGB als größter Massenorganisation der DDR wurde innerhalb dieses Rahmens eine Vielzahl von Aufgaben übertragen, die ihn nach der SED zur zweitstärksten gesellschaftlichen Macht machen.

-
- 1) Vgl. Mampel, Siegfried: Beiträge zum Arbeitsrecht in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Deutscher Bundesverlag, Bonn 1963, S. 49/50
 - 2) Diese Verpflichtung ergibt sich insbesondere aus Art. 3 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung, der lautet: "In der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigen die Parteien und Massenorganisationen alle Kräfte des Volkes zum gemeinsamen Handeln für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft."
 - 3) Als einzige Ausnahme können die Kirchen angesehen werden.

Eine Betrachtung der geschilderten, rechtlich relevanten Definitionsmerkmale des FDGB und der Gewerkschaften der Bundesrepublik verdeutlicht jedoch, daß der FDGB ein Willensbildungszentrum sekundärer Art darstellt, das verpflichtet ist, die von der politischen Zentralinstanz vorgegebenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zielsetzungen zu fördern. Demgegenüber können die Gewerkschaften der Bundesrepublik als gesellschaftliche Willensbildungszentren primärer Art angesehen werden, die unabhängig von den Leitbildern anderer gesellschaftlicher Organisationen eigene Zielvorstellungen zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen entwickeln.

In der kommunistischen Sozialphilosophie wird dieser entscheidende Unterschied in der gesellschaftlichen Stellung der FDGB- und der DGB Gewerkschaften mit der angeblichen Überwindung der Interessengegensätze im sozialistischen Staat begründet. Der Lehre Lenins folgend ergibt sich daraus die grundverschiedene Position der Gewerkschaften in kapitalistischen und in sozialistischen Staaten.

222 Die institutionalisierte Einflußsphäre des FDGB

221 Der außerökonomische Einflußbereich des FDGB

Die enge Verzahnung des FDGB mit der Staatsmacht der DDR wird in jenen Verfassungsartikeln vorgezeichnet, die sich mit den Rechten und Aufgaben der Gewerkschaften befassen.¹⁾ In Verwirklichung dieser Rechtsnormen entsendet der FDGB Vertreter in die gewählten politischen Organe des Staates. So bilden in den örtlichen Volksvertretungen die vom FDGB aufgestellten Delegierten nach der SED

1) Vgl. Verfassung der DDR: a.a.O., Art. 44; Art. 45

meist die stärkste Fraktion. Ebenso ist der FDGB durch eigene Abgeordnete in der Volkskammer repräsentiert.¹⁾

Neben den Einflußmöglichkeiten der gewerkschaftlichen Mandatsträger in den politischen Organen hat der Bundesvorstand des FDGB beim Ministerrat der DDR ein Vorschlagsrecht für die Weiterentwicklung der sozialistischen Arbeitsgesetzgebung. Auch die Zentralvorstände der Einzelgewerkschaften können bei den zuständigen Leitern der zentralen Staatsorgane Gesetzesvorschläge für spezielle arbeitsrechtliche Bestimmungen unterbreiten.²⁾

Besondere Bedeutung ist dem erzieherischen Einfluß beizumessen, den der FDGB als "Schule des Sozialismus" auszuüben hat. Diese politisch-erzieherische Funktion findet im Verfassungsauftrag an die Gewerkschaften, bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft maßgeblich mitzuwirken, ihre gesetzliche Bestätigung.³⁾ In Erfüllung dieser Pflicht hat der FDGB ein umfassendes Bildungs- und Schulungssystem aufgebaut, das die ideologische Schulung, die Vermittlung von Fachwissen und auch die berufliche Weiterbildung von Werktätigen zum Ziele hat.

Gemeinsam ist allen Formen der Einflußnahme des FDGB im außerökonomischen Bereich, daß sie von der marxistisch/leninistischen These der Interesseneinheit aller gesellschaftlichen Kräfte im sozialistischen Staat ausgehen. Das hat zur Folge, daß die Gewerkschaften nicht aus einer

1) Vgl. Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1972: a.a.O., Randnote 397, S. 206

2) Diese Rechte stützen sich insbesondere auf Art. 45 Abs. 2 der Verfassung der DDR, der lautet: "Die Gewerkschaften nehmen aktiven Anteil an der Gestaltung der sozialistischen Rechtsordnung. Sie besitzen das Recht der Gesetzesinitiative sowie der gesellschaftlichen Kontrolle über die Wahrung der gesetzlich garantierten Rechte der Werktätigen."

3) Vgl. Verfassung der DDR: a.a.O., Art. 44 Abs. 3

gesellschaftlichen Gegenmachtsposition heraus aktiv werden, sondern eher in der Rolle einer staatlichen Organisation mit einem gesetzlich zugewiesenen Aufgaben- und Kompetenzbereich.

2222 Ordnungsfunktionen des FDGB im gesamtwirtschaftlichen Bereich

Anders, als in der Bundesrepublik, wo der institutionalisierte Einfluß der Gewerkschaften mosaikartig aus einer Vielzahl arbeits- und wirtschaftsrechtlicher Bestimmungen zusammengefügt werden muß, sind die ökonomischen Funktionen des FDGB - abgesehen von den Artikeln 44 und 45 der Verfassung - in einem einzigen Gesetz, dem Gesetzbuch der Arbeit festgelegt, welches das gesamte Arbeitsrecht der DDR kodifiziert.

Die Vielzahl der den Gewerkschaften im Gesetzbuch der Arbeit zugewiesenen Kompetenzen läßt sich in folgende vier Aufgabenbereiche einordnen: Sozialversicherung, Arbeits- und Lohnbedingungen, Arbeitsgerichtsbarkeit, Beiträge zur Planerfüllung und Mitwirkung bei der Planung.

Die höchste Stufe selbstverantwortlicher gewerkschaftlicher Tätigkeit in der DDR stellt die Leitung der Sozialversicherung dar, die den Gewerkschaften in Art. 45 Abs. 3 der Verfassung übertragen wird, der lautet:¹⁾

"Die Gewerkschaften leiten die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten. Sie nehmen an der umfassenden materiellen und finanziellen Versorgung und Betreuung der Bürger bei Krankheit, Arbeitsunfall, Invalidität und im Alter teil."

1) Verfassung der DDR: a.a.O., Art. 45 Abs. 3

Diese Verfassungsregelung wird im Gesetzbuch der Arbeit dahingehend präzisiert, daß die "gesamte politische, organisatorische und finanzielle Leitung der Sozialversicherung" in den Händen des FDGB liegt und durch seine gewählten Organe erfolgt.¹⁾ Die Organisationsstufen der Gewerkschaften: Bundesvorstand, Bezirks- und Kreisvorstände des FDGB, Zentralvorstände, Bezirks- und Kreisvorstände der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, und die Betriebsgewerkschaften sind gleichzeitig die Leitungsebenen der Sozialversicherung.²⁾ Dabei hat der Bundesvorstand des FDGB Kontroll- und Richtlinienkompetenzen, sowie das Recht, den zuständigen staatlichen Organen Vorschläge und Entwürfe für Gesetze auf dem Gebiet der Sozialversicherung zu unterbreiten.³⁾

Die Erstellung des jährlichen Haushaltsplans der Sozialversicherung, der Bestandteil des Staatshaushalts der DDR ist, obliegt nach § 3 Abs. 3 der Verordnung über die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten dem Bundesvorstand des FDGB. Die Entscheidungsbefugnis des FDGB Bundesvorstandes über die finanziellen Mittel wird jedoch durch die Bestimmung eingeschränkt, daß die Richtlinien für die Aufstellung der Haushaltspläne für Sozialversicherung in den Betrieben in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden der staatlichen Planungskommission, dem Gesundheits- und dem Finanzminister beschlossen werden.⁴⁾

-
- 1) Vgl. Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. April 1961 (GBI I S. 27) in der gegenwärtig gültigen Fassung, in: Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär, 2. Aufl., Verlag Tribüne, Berlin 1970, S. 24; § 89 Abs. 2
 - 2) Vgl. Verordnung über die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten - SVO - vom 21. Dezember 1961 (GBI II S. 533, Ber. 1962 S. 4); § 1 Abs. 1
 - 3) Vgl. ebd., § 3 Abs. 1,2
 - 4) Vgl. ebd., § 3 Abs. 4

Über die Gewährung von Leistungen entscheiden die Verwaltungen der Sozialversicherung, die bei den FDGB Organen auf den verschiedenen Ebenen eingerichtet sind.¹⁾

Die selbstverantwortliche Leitung und Kontrolle der Sozialversicherung durch die Gewerkschaften wird in der DDR als bedeutender Fortschritt auf dem Wege zum Kommunismus angesehen, weil sie ein Beispiel für die Übernahme vorher staatlicher Funktionen durch gesellschaftliche Organisationen darstellt. Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist demnach das Tätigkeitsfeld, in dem den Gewerkschaften der DDR der größte eigenständige Handlungsspielraum verbleibt.

Bei der Beurteilung dieser Form der sozialen Selbstverwaltung dürfen jedoch jene Faktoren nicht unbeachtet bleiben, die den staatlichen Einfluß auf die Sozialversicherung gewährleisten. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß der FDGB eine voll in die sozialistische Herrschaftsorganisation integrierte Massenorganisation ist, in der sich nur solche Kandidaten durchsetzen können, die mit den Zielsetzungen der SED konform gehen.²⁾ Hieraus ergibt sich, daß die Gewerkschaften der DDR nicht als Interessenverband aufgefaßt werden können, der seine Macht ausschließlich zugunsten der Versicherten einsetzt. Vielmehr stehen bei ihrer Leitung und Durchführung der Sozialversicherung die Belange des Staates im Vordergrund, die entgegen der kommunistischen Theorie durchaus nicht mit den Interessen aller gesellschaftlichen Teilgruppen, z.B. der Versicherten, identisch zu sein brauchen.

In dem durch die Staatliche Plankommission vorgegebenen "Normativ für den Kultur- und Sozialfonds" erfolgt die

1) Vgl. SVO: a.a.O., § 11

2) Vgl. Mampel, Siegfried: Das System der sozialen Leistungen in Mitteldeutschland und in Ost-Berlin, Deutscher Bundes-Verlag, Bonn 1961, S. 18

zentrale Planung der Haushaltsmittel der Sozialversicherung. Die Gewerkschaften sind an der Erstellung dieser volkswirtschaftlichen Plankennziffer zwar maßgeblich beteiligt¹⁾, doch ist der Einfluß der Staatlichen Plankommission als politischer Zentralinstanz höher einzuschätzen.

Ein Vergleich zwischen den Systemen der Sozialversicherung der Bundesrepublik und der DDR führt zu dem Ergebnis, daß eine Reihe übereinstimmender Regelungen besteht, die auf den gemeinsamen historischen Hintergrund zurückzuführen sind. Im Zusammenhang dieser Untersuchung ist vor allem die Anwendung des Prinzips der sozialen Selbstverwaltung zu nennen, in dessen Rahmen die Gewerkschaften erheblichen Einfluß ausüben. Hierbei kommt den Gewerkschaften der DDR aufgrund der Übertragung der alleinigen Leitung und Durchführung der Sozialversicherung eine wesentlich einflußreichere öffentlich-rechtliche Funktion zu als den Gewerkschaften der Bundesrepublik.

Für die Beurteilung des eigenständigen gesetzlichen Handlungsspielraums in der Sozialversicherung ist jedoch das Finanzierungssystem von ausschlaggebender Bedeutung. In der Bundesrepublik sind die Haushalte der Sozialversicherungsträger von den öffentlichen Haushalten getrennt. Lediglich Bundeszuschüsse an die Sozialversicherung erscheinen auf der Ausgabenseite des Bundeshaushalts.²⁾ Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen liegt die Verwaltung der Finanzierungsmittel im Verantwortungsbereich der Sozialversicherungsträger. In der DDR sind die Haushaltspläne der Sozialversicherung in den Staatshaushalt einbezogen.³⁾ Daraus ergibt sich eine enge finanzielle Ver-

1) Vgl. SVO, a.a.O., § 3 Abs. 4

2) Vgl. Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971: a.a.O., Randnote 369, S. 160

3) Vgl. SVO: a.a.O., § 3, Abs. 3

bindung zwischen Staatsfinanzen und finanziellen Mitteln der Sozialversicherung. Die Gewerkschaften der DDR wirken zwar maßgeblich an der Erstellung des Sozialbudgets mit, doch liegt die letzte Entscheidung in den finanziellen Fragen bei den staatlichen Zentralinstanzen. Aufgrund der stärker ausgeprägten Finanzhoheit, die sich vor allem in der selbständigen Haushaltsführung äußert, können die paritätisch zusammengesetzten Sozialversicherungsträger der Bundesrepublik im Rahmen der Selbstverwaltung eine eigenständigere Aktivität entfalten als der FDGB im Rahmen der sozialen Selbstverwaltung der DDR.

Die gewerkschaftlichen Kollektivvertragsrechte als zweiter volkswirtschaftlicher Einflußbereich sind im Art. 45 Abs. 1 der Verfassung festgelegt, der lautet:¹⁾

"Die Gewerkschaften haben das Recht, über alle die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen betreffenden Fragen mit staatlichen Organen, mit Betriebsleitungen und anderen wirtschaftsleitenden Organen Vereinbarungen abzuschließen."

Bei der Konkretisierung dieses Rechtes unterscheidet das Gesetzbuch der Arbeit zwischen den überbetrieblichen Rahmenkollektivverträgen (RKV) und den Betriebskollektivverträgen.

Vertragsparteien der Rahmenkollektivverträge sind die zentralen staatlichen Organe einerseits, und der Bundesvorstand des FDGB andererseits, bzw. nachgeordnete administrative Stellen und Gewerkschaftsorgane.²⁾ In den RKV werden auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen die besonderen Lohn- und Arbeitsbedingungen für Bereiche der Volkswirtschaft, Personengruppen, oder bestimmte Gebiete

1) Vgl. Verfassung der DDR: a. a. O., Art 45 Abs. 1

2) Vgl. Gesetzbuch der Arbeit der DDR: a. a. O., § 7 Abs. 1

verbindlich für Betriebe und Werktätige geregelt.¹⁾ Insbesondere enthalten diese Kollektivverträge die konkreten Detailwerte für das Tarifsystern und die Eingruppierung der Arbeitsaufgaben in die verschiedenen Lohn- und Gehaltsgruppen.²⁾

Mit der Registrierung bei der Kommission für Arbeit und Löhne, einer Abteilung der Staatlichen Plankommission, treten die Rahmenkollektivverträge in Kraft.³⁾

In der Planwirtschaft der DDR bleibt aus systemimmanenten Gründen die Regelung der Lohnhöhe nicht freien Vereinbarungen überlassen, denn dann würden sich mit großer Wahrscheinlichkeit Diskrepanzen zwischen der staatlichen Planung und der dann außerstaatlichen Lohnbestimmung ergeben. Allein schon aus diesem Grund wird der Lohnfonds als volkswirtschaftliche staatliche Plankennziffer vorgegeben.⁴⁾

Die Ausarbeitung der Grundsätze für das planmäßige Verhältnis zwischen dem Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Entwicklung der Durchschnittslöhne, sowie die Versorgung der Schlüsselindustrien mit Arbeitskräften obliegt der Kommission für Arbeit und Löhne bei der Staatlichen Plankommission. In dieser Behörde ist der FDGB zwar vertreten, doch stellt dies keine Form der Einflußnahme auf die Festsetzung der Löhne dar, wie sie den Gewerkschaften der Bundesrepublik im System der Tarif-

1) Vgl. Gesetzbuch der Arbeit der DDR: a.a.O., § 7 Abs. 2

2) Vgl. Autorenkollektiv: Arbeitsrecht der DDR, a.a.O., S. 231

3) Vgl. GBA: a.a.O., § 7 Abs. 3

4) Vgl. Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971 vom 1.12.1970, GBl der DDR, Teil II, Nr. 100, S. 731, abgedruckt in: Gleitze, B., Thalheim, K.C. u.a.: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre, a.a.O., S. 143

autonomie offensteht. Die Gewerkschaften der DDR handeln beim Abschluß von Kollektivverträgen nicht autonom, sondern sie sind an die von einer staatlichen Behörde vorgegebenen Richtwerte gebunden.

Die Ähnlichkeiten zwischen den Tarifvertragssystemen der Bundesrepublik und der DDR beschränken sich also auf rein äußerliche Merkmale. In der DDR beinhalten die Kollektivverträge lediglich Regelungen zur ökonomisch möglichst wirksamen Verwendung der vom Volkswirtschaftsplan vorgegebenen Mittel; sie stehen also ganz im Dienste der Planerfüllung. Das Tarifwesen der Bundesrepublik kennt keine verbindlichen staatlichen Richtwerte für den Inhalt der kollektiven Vereinbarungen.

Im Gegensatz zur Lohnpolitik spielen die Gewerkschaften der DDR eine dominierende Rolle in den Instanzen zur Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten, bei denen vier Stufen unterschieden werden können, und zwar: Betriebliche Konfliktkommissionen, Beschwerdekommisionen für Sozialversicherung des FDGB, Senate bzw. Kammern für Arbeitsrechtssachen bei den Bezirks- und Kreisgerichten, und der Senat für Arbeitsrechtssachen beim Obersten Gericht als höchste arbeitsgerichtliche Instanz.¹⁾ Die personelle Zusammensetzung aller dieser Stellen unterliegt dem ausschließlichen, oder zumindest maßgeblichen Einfluß des FDGB.

Die Konfliktkommissionen werden in den Gesetzestexten nicht als gerichtliche Instanzen, sondern als "gewählte gesellschaftliche Organe zur Erziehung und Selbsterziehung der Werktätigen" definiert.²⁾ Daß sie dennoch Institutionen mit Gerichtscharakter sind, beweist ihre ausführ-

1) Vgl. GBA: a.a.O., § 142 Abs. 3

2) Vgl. Richtlinie über die Wahl und die Arbeitsweise der Konfliktkommissionen vom 30. März 1963 (GBI II, S.237), Vorwort

liche Behandlung im Erlaß des Staatsrates der DDR für die Organe der Rechtspflege.¹⁾ Hier wird den Konfliktkommissionen die Zuständigkeit für die Ahndung geringfügiger Straftaten, und die Beilegung kleinerer zivilrechtlicher Streitigkeiten übertragen.²⁾ Ihre Kompetenz beschränkt sich also nicht auf arbeitsrechtliche Sachverhalte, sondern sie entscheiden z.B. auch über leichte Körperverletzungen, Sachbeschädigungen und Verkehrsdelikte.³⁾

Die Tätigkeit der Konfliktkommissionen ist darauf gerichtet, die Entwicklung der neuen Einstellung der Werktätigen zur Arbeit und zum sozialistischen Eigentum, die kameradschaftliche Hilfe, und die Einhaltung der Gebote der sozialistischen Moral und des Rechts zu fördern, wobei der Schwerpunkt auf der Entwicklung der sozialistischen Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin liegt.⁴⁾

In Betrieben mit über 50 Mitarbeitern ist die Wahl von Konfliktkommissionen obligatorisch.⁵⁾ Die beherrschende Stellung der Gewerkschaften in den Konfliktkommissionen ergibt sich aus dem alleinigen Vorschlagsrecht der betrieblichen Gewerkschaftsleitungen für die zur Wahl gestellten Kandidaten⁶⁾, und der Richtlinienkompetenz des Bundesvorstands des FDGB für die Wahl und Arbeitsweise der Konfliktkommissionen.⁷⁾

1) Vgl. Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege vom 4. April 1963, abgedruckt in: Petzold, Siegfried: Die Gewerkschaften und das neue sozialistische Recht in der Deutschen Demokratischen Republik, Verlag Tribüne, Berlin (Ost) 1963, Zweiter Abschnitt, S. 169 ff.

2) Vgl. ebd., S. 170, 171

3) Vgl. ebd., S. 171

4) Vgl. Richtlinie über die Wahl und die Arbeitsweise der Konfliktkommissionen, a.a.O., Vorwort und Ziff. 1

5) Vgl. ebd., Ziff. 4. Im Jahre 1968 waren in der DDR 21130 Konfliktkommissionen tätig. Vgl. Neues Deutschland Organ des ZK der SED vom 26.6.1972, S. 3

6) Vgl. ebd., Ziff. 7; vgl. auch GBA, a.a.O., § 143

7) Vgl. GBA: a.a.O., § 143

In noch stärkerem Ausmaß als die Zusammensetzung der Konfliktkommissionen, deren Mitglieder auf Vorschlag der Gewerkschaften von den Mitarbeitern der Betriebe gewählt werden, unterliegt die Bildung der Beschwerdekommisionen für Sozialversicherung dem gewerkschaftlichen Einfluß, denn ihre Mitglieder werden direkt von den FDGB Organen der jeweiligen Ebene gewählt.¹⁾

Die verschiedenen Instanzen der Beschwerdekommisionen sind für Streitfälle über die Gewährung von Leistungen der Sozialversicherung, Streitfälle über den Entzug von Krankengeld und Lohnausgleich und für Streitfälle über die Anerkennung eines Unfalls als Arbeitsunfall zuständig.²⁾

Im rein arbeitsgerichtlichen Sektor hat der FDGB für die Senate und Kammern für Arbeitsrechtssachen bei den Bezirks- und Kreisgerichten sowohl für die Schöffen, als auch für die Richter ein Vorschlagsrecht.³⁾ Für den Senat für Arbeitsrechtssachen beim Obersten Gericht erstreckt sich dagegen das Vorschlagsrecht des Bundesvorstands des FDGB nur auf die Schöffen.⁴⁾

Einfluß in der Arbeitsgerichtsbarkeit ergibt sich ferner aus § 153 GBA, der den Gewerkschaften das Recht verleiht, in allen arbeitsrechtlichen Verfahren mitzuwirken, insbesondere ihre Auffassungen darzulegen und die Werktätigen zu vertreten. Daß die Gewerkschaften hierbei nicht als Interessenpartei für die Arbeitnehmer, sondern als

1) Vgl. Richtlinie über die Wahl und die Arbeitsweise der Beschwerdekommision für Sozialversicherung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 23. Juni 1961 (GBI der DDR II, 1961, S. 311), Abschnitt I, Ziff. 4

2) Vgl. ebd., Abschnitt I, Ziff. 1; Abschnitt II, Ziff. 1

3) Vgl. GBA: a.a.O., § 150

4) Vgl. ebd., § 149

Organisationen im Dienste der Zielsetzungen des sozialistischen Staates anzusehen sind, wird aus der Arbeitsgerichtsordnung deutlich, die die enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitsgerichten und Gewerkschaften zur Durchsetzung des sozialistischen Arbeitsrechts betont.¹⁾

Die in Art. 44 Abs. 3 erwähnte Mitwirkung der Gewerkschaften an der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wird in der Mitgliedschaft von Vertretern des FDGB in verschiedenen staatlichen Planungsbehörden realisiert. Jedoch erwächst dem FDGB hieraus kein ins Gewicht fallender Einfluß auf die volkswirtschaftliche Planung, da er in die Staatliche Plankommission beim Ministerrat und auch in die Plankommissionen auf Bezirks- und Kreisebene jeweils nur einen Vertreter entsendet, gegenüber einer Vielzahl von Vertretern der Wirtschaftszweige.²⁾ Auch für die bereits erwähnte Kommission für Arbeit und Löhne, deren Mitglieder leitende Funktionäre der wichtigsten Wirtschaftszweige und der Gewerkschaften sind, ist keine paritätische Besetzung vorgesehen, so daß auch hier der FDGB keinen ausschlaggebenden Einfluß ausüben kann.³⁾

Im Gegensatz zur Planung selbst wurden den Gewerkschaften für den Bereich der Planerfüllung wichtige Aufgaben übertragen. Eine zentrale Bedeutung kommt dabei dem sozialistischen Wettbewerb zu, den die Gewerkschaften organisieren.⁴⁾ Wettbewerb bedeutet hier nicht Konkurrenz von Be-

1) Vgl. Verordnung über die Tätigkeit der Kreis- und Bezirksarbeitsgerichte (Arbeitsgerichtsordnung) vom 29.6.1961 (GBl der DDR II, 1961, S. 271), insb. §§ 3, 4, 17

2) Vgl. Mampel, Siegfried: Beiträge zum Arbeitsrecht in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, a.a.O., S. 67 f.

3) Vgl. ebd., S. 68

4) Vgl. GBA: a.a.O., § 16. Zur Gestaltung des sozialistischen Wettbewerbs auf gesamtwirtschaftlicher und betrieblicher Ebene als Aufgabe der Gewerkschaften vgl. auch Ulbricht, Walter: Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1968, S. 337

trieben an Märkten, sondern "die umfassendste Form der Masseninitiative" zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, also eine Leistungskonkurrenz der Werktätigen untereinander.¹⁾

Die geschilderten gesetzlichen Aufgaben des FDGB lassen eine starke Differenzierung der gewerkschaftlichen Einflußnahme in den verschiedenen gesamtwirtschaftlichen Bereichen erkennen. Am unbedeutendsten ist die Einflußnahme des FDGB auf die Erstellung der volkswirtschaftlichen Pläne.

Der enge Zusammenhang zentraler staatlicher Planung und Lohnpolitik in der DDR wird daraus ersichtlich, daß die zwischen den Gewerkschaften und den staatlichen Leitungsorganen der Wirtschaft geschlossenen Rahmenkollektivverträge lediglich eine Detailausgestaltung der staatlichen Plankennziffern für die Lohnpolitik darstellen. Im Gegensatz zur Tarifautonomie der Bundesrepublik dominiert in der DDR hinsichtlich der Lohnpolitik die Macht der staatlichen Zentralorgane.

Wesentlich stärker als auf dem Planungssektor und in der Lohnpolitik ist der gewerkschaftliche Einfluß auf die Planerfüllung. Hier wird der FDGB jedoch nicht als Interessenvertreter der Werktätigen aktiv, sondern als Förderer der Interessen des sozialistischen Staates.

Auf den Gebieten der Sozialversicherung und der Arbeitsgerichtsbarkeit wurden dem FDGB zum Teil staatliche Lenkungs- und Kontrollbefugnisse, nicht nur über seine Mitglieder, sondern über alle Bürger verliehen. Auf diesen Gebieten haben die Gewerkschaften Rechtssetzungskompetenzen, und sie üben hier auch entscheidenden Einfluß auf die Rechtsprechung aus, der sich bei den Konfliktkommis-

1) Vgl. GBA: a.a.O., § 16 Abs. 1, Abs. 2

sionen sogar über den arbeitsrechtlichen Bereich hinaus auf allgemeine rechtliche Tatbestände erstreckt.

2223 Ordnungsfunktionen des FDGB im betrieblichen Bereich

Aus den zu Beginn der Untersuchung dargestellten gesellschaftsphilosophischen und ökonomischen Thesen des Marxismus ergibt sich, daß die gewerkschaftliche Einflußnahme in der DDR auch auf betrieblicher Ebene nicht im Sinne eines Machtausgleichs zwischen Kapital und Arbeit erfolgt, denn die mit der Gegenüberstellung dieser Begriffe skizzierten gesellschaftspolitischen Gegenpositionen sind nach kommunistischer Theorie durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln im sozialistischen Staat nicht mehr vorhanden. Die gesetzlichen Vorschriften zur Gestaltung der gewerkschaftlichen Mitwirkung in den Betrieben der DDR gehen deshalb grundsätzlich von einer Identität der Interessenlage von Betriebsleitung und betrieblichen Gewerkschaftsorganen aus. Interessenkollisionen zwischen anordnenden und ausführenden Stellen der Betriebe werden mit dem noch nicht ausreichend entwickelten sozialistischen Bewußtsein, sei es auf seiten der Betriebsleitung, sei es auf seiten der Arbeiterschaft, erklärt. Deshalb nimmt die erzieherische Funktion in der umfangreichen betrieblichen Aufgabenstellung des FDGB eine wichtige Rolle ein.

Als gesetzliche Generalklausel für die Regelung des gewerkschaftlichen Einflusses in den Betrieben kann § 12 des Gesetzbuches der Arbeit angesehen werden. Die dort gegebene Erläuterung der betrieblichen Rechte der Gewerkschaften dient als Grundlage für die in weiteren Passagen des Gesetzbuches der Arbeit festgelegten Ein-

zelregelungen.¹⁾

Die Vielfalt der Einzelaufgaben läßt sich in fünf grundsätzliche Bereiche gliedern: Betriebliche Planung, Betriebskollektivverträge, Planerfüllung, Erziehung zu sozialistischem Denken und Vertretung sozialer Interessen der Werktätigen.²⁾

Der Gedanke der Mitwirkung der Gewerkschaften an der betrieblichen Planung und Leitung fand seinen Niederschlag im § 17 des Gesetzbuches der Arbeit von 1961, in dem "Ständige Produktionsberatungen" als gewählte Organe der Betriebsgewerkschaftsorganisation vorgesehen sind, die bei der Ausarbeitung, Erfüllung und Kontrolle der betrieblichen Pläne mitwirken sollen. Die "Ständigen Produktionsberatungen" erwiesen sich in der Folgezeit als eine Institution, in der bei der betrieblichen Planung von der Betriebsgewerkschaftsleitung gegenüber der Führungsspitze des Betriebes die Belange der Werktätigen vorgebracht wurden. Obwohl die alleinige Verantwortung für den Betriebsplan beim Betriebsleiter liegt³⁾, die diesbezügliche Einflußnahme der Gewerkschaften also nur beratender und informatorischer Art sein konnte, ergaben sich unerwünschte Interessenkonflikte zwischen den Wünschen der Betriebsgewerkschaftsleitungen und den staatlichen Plankennziffern als Grundlage für die Betriebsplanung.⁴⁾ Deshalb wurde der Einfluß der "Ständigen

1) Dies sind insb. die §§ 13-19 GBA, die den Betriebskollektivvertrag, den sozialistischen Wettbewerb, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, die ständigen Produktionsberatungen, die ökonomischen Konferenzen und die Neuererbewegung behandeln.

2) Vgl. GBA: a.a.O., § 12 Abs. 2 Ziff. 1-15

3) Vgl. GBA: a.a.O., §§ 9,10

4) Vgl. Pichert, Hermann: Der Beitrag des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Lösung des betrieblichen Leistungsproblems in der Deutschen Demokratischen Republik, Dissertation Marburg, 1967, S. 211/212

Produktionsberatungen" auf die Planung zur Bedeutungslosigkeit abgemindert, und zwar durch die Schaffung von Produktionskomitees, die weitgehend die Aufgaben der "Ständigen Produktionsberatungen" übernahmen.¹⁾ Die Bildung der Produktionskomitees bedeutete einen entscheidenden Machtverlust für die Gewerkschaften, denn die Leitung dieser Institution obliegt nicht mehr der Betriebsgewerkschaft, sondern der Betriebsparteiorganisation der SED.²⁾ Das Mitspracherecht der Betriebsgewerkschaftsleitung in den Produktionskomitees ist lediglich insofern gegeben, als ein Gewerkschaftsvertreter in das Produktionskomitee gewählt werden soll.³⁾

Die Übernahme der Leitung der betrieblichen Produktionskomitees durch die entsprechenden Führungsorgane der kommunistischen Partei verhinderte, daß sich die bei den Betriebsgewerkschaftsleitungen beobachtete Tendenz einer gleichrangigen Behandlung der Belegschaftsinteressen gegenüber den staatlichen Planinteressen auf das betriebliche Planverhalten auswirkten.⁴⁾ Der direkte Einfluß der parteilichen Instanzen auf betriebliche Führungsentscheidungen erfuhr damit auf Kosten der gewerkschaftlichen Mitwirkung eine weitere Stärkung.⁵⁾

Die Abhängigkeit der betrieblichen Planung und Leitung von den übergeordneten Planungsinstanzen zeigt sich besonders deutlich an den Aufgaben, die den Betriebskollek-

1) Vgl. Pichert, Hermann: a.a.O., S. 212

2) Vgl. ebd., S. 213

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. Ohm, Wolfgang: Mitwirkungsbefugnisse in der DDK-Mitbestimmung in der Bundesrepublik, in: Berichte des Deutschen Industrieinstituts zu Gewerkschaftsfragen, Jg. 6, Nr. 13, August 1972, S. 41

5) Vgl. Endler, Kurt und Wenzel, Manfred: Führungsentscheidungen im sozialistischen Betrieb, Dietz Verlag Berlin 1967, S. 15, S. 33

tivverträgen zugewiesen werden. Sie sollen dazu beitragen, "eine den Erfordernissen des Gesamtsystems entsprechende Ordnung der sozialistischen Arbeit im Betrieb zu entwickeln, mit der die Übereinstimmung der persönlichen Interessen mit den kollektiven Interessen des Betriebes und den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen für den einzelnen Werktätigen spürbar verwirklicht wird."¹⁾

Vertragspartner sind der Betriebsleiter, der den Betrieb als Beauftragter der Staatsmacht nach dem Prinzip der Einzelleitung führt²⁾, und die Betriebsgewerkschaftsleitung.³⁾ Von einer freien Gestaltung des Kollektivvertragsinhalts durch die Vertragspartner kann keine Rede sein. Die Richtlinie zur Gestaltung der Betriebskollektivverträge, die in § 13 f. des Gesetzbuches der Arbeit gegebenen gesetzlichen Hinweise, und die schon behandelten Rahmenkollektivverträge legen den Inhalt der Betriebskollektivverträge qualitativ und, so weit Planzahlen vorgegeben sind, auch quantitativ fest.

Obwohl in der Richtlinie zur Gestaltung der Betriebskollektivverträge im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975 der Eigenverantwortung der Betriebe größere Beachtung geschenkt wird, manifestiert sich im Betriebskollektivvertrag keine autonome Entscheidungsgewalt der Betriebsführung oder der Betriebsgewerkschaftsleitungen. Die in ihm gesetzten betrieblichen Normen dienen der Planerfüllung im Sinne der staatlichen Planziele. Neben dieser Planerfüllungsfunktion wird im Gesetzbuch der Arbeit die politisch-ideologische Erziehungsfunktion des Betriebs-

1) Vgl. Richtlinie des Ministerrats der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB zur Gestaltung der Betriebskollektivverträge im Perspektivplanzeitraum 1971 bis 1975 vom 17. Juni 1970, GBl der DDR II, 1970, S. 432 abgedruckt in: Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär, a.a.O., S. 188

2) Vgl. GBA: a.a.O., § 9 f.

3) Vgl. ebd., § 13 Abs. 1

kollektivvertrages hervorgehoben.¹⁾

Damit erweist sich der Betriebskollektivvertrag nicht als Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern als eine gemeinsame Erklärung der Betriebsleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung, hinsichtlich der im Betrieb zur Erreichung des Planziels zu treffenden Maßnahmen. Diesem Ziel dient auch die im Betriebskollektivvertrag auf der Grundlage des vorgegebenen Lohnfonds geregelte Verteilung der betrieblichen Löhne und Prämien, die streng nach dem Leistungsprinzip erfolgen soll, um einen Anreiz für eine möglichst hohe betriebliche Arbeitsproduktivität zu schaffen.²⁾

Weitere gesetzlich postulierte Beiträge der Gewerkschaften sind die Maßnahmen zur Mobilisierung der Werktätigen für die Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb, einem Leistungswettbewerb zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.³⁾ Die gleiche Funktion wie dem sozialistischen Wettbewerb kommt der "sozialistischen Gemeinschaftsarbeit" im Sinne des § 16 GBA zu, die von den Gewerkschaften zu fördern ist.⁴⁾ Ebenfalls dem Ziel der Planerfüllung dient die von den Gewerkschaften organisierte "Plandiskussion", bei der die Betriebsangehörigen mit der staatlichen Planaufgabe vertraut gemacht werden.⁵⁾

Einige Aspekte der Erziehung der Werktätigen zu sozialistischem Denken und Handeln, einer zentralen Aufgabe der Gewerkschaften der DDR, wurden bereits im Zusammenhang mit der Arbeitsgerichtsbarkeit behandelt. Nochmals zu erwähnen sind hier die betrieblichen Konfliktkommissionen,

1) Vgl. GBA, a.a.O., § 13 Abs. 1

2) Vgl. ebd., § 13 Abs. 2

3) Vgl. ebd., § 16

4) Vgl. ebd., § 17 Abs. 3

5) Vgl. Pichert, Hermann: a.a.O., S. 65 ff.

die als sozialistische Ehrengerichte auch geringfügige nicht arbeitsrechtliche Sachverhalte verhandeln, sowie die leistungsorientierten Erziehungsmethoden des sozialistischen Wettbewerbs und des Betriebskollektivvertrags. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch Auszeichnungen und Fördermaßnahmen für Werktätige, die hervorragende Arbeitsleistungen erbracht haben. Diese Ehrungen sind von den Betrieben im Einvernehmen mit den zuständigen Gewerkschaftsleitungen vorzunehmen.¹⁾

Im Rahmen der Grenzen, die durch die Plananforderungen markiert werden, nehmen die Gewerkschaften der DDR auf betrieblicher Ebene Mitwirkungsrechte wahr, die die sozialen Interessen der Betriebsangehörigen zur Geltung bringen. Hierbei können die drei Stufen Selbstverwaltungsrechte, Kontrollrechte und Zustimmungsrechte unterschieden werden.

Selbstverwaltungsrechte üben die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen im Bereich der Sozialversicherung aus. Sie entscheiden über die Gewährung von Leistungen, sofern die Geldleistungen der Sozialversicherung im Betrieb ausbezahlt werden.²⁾

Die Kontrollrechte der Gewerkschaften auf Betriebsebene erstrecken sich auf die Überwachung der Einhaltung der in den Betriebskollektivverträgen getroffenen Vereinbarungen und auf die Durchführung der Bestimmungen des Gesundheits- und Arbeitsschutzes.³⁾

Die Zustimmung der jeweiligen Abteilungs- bzw. Betriebs-gewerkschaftsleitung ist bei Kündigung des Arbeitsver-

1) Vgl. GBA: a.a.O., § 108 Abs. 2

2) Vgl. ebd., § 100 Abs. 1

3) Vgl. ebd., § 12 Abs. 2; § 88. Zur Durchführung dieser Kontrollaufgaben bildet der FDGB Arbeitsschutzinspektionen.

hältnisses oder bei fristloser Entlassung erforderlich,¹⁾ ebenso bei Überstundenregelungen,²⁾ und bei der Verteilung der Prämien.³⁾ Das Inkrafttreten der betrieblichen Arbeitsordnung setzt Einvernehmen mit der Betriebsgewerkschaftsleitung voraus.⁴⁾ Die gleiche Regelung gilt für die Festlegung von Leistungszuschlägen.⁵⁾

Die institutionalisierten betrieblichen Aufgaben nehmen in der Aktivität der DDR Gewerkschaften eine wesentlich bedeutendere Rolle ein als bei den Gewerkschaften der Bundesrepublik. Seit dem Jahr 1948 existieren in der DDR keine belegschaftsgebundenen Betriebsräte mehr.⁶⁾ An ihre Stelle traten die Gewerkschaftsorgane Betriebsgewerkschaftsleitung bzw. Abteilungsgewerkschaftsleitung. Die Betriebsbelegschaften in der DDR werden also ausschließlich durch gewerkschaftliche Stellen vertreten, die nach dem Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus an die Beschlüsse und Anweisungen der übergeordneten Organe gebunden sind. Diese Regelung gewährleistet, daß eventuell von seiten der Belegschaften vorgebrachte, betriebsindividuelle Partikularinteressen stets der Kontrolle zentraler Gewerkschaftsinstanzen unterworfen sind. Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied zwischen der einschlägigen arbeitsrechtlichen Gesetzgebung in der Bundesrepublik und der DDR.

In der Bundesrepublik sieht der Gesetzgeber in dem von den Gewerkschaften unabhängigen Betriebsrat das wichtigste Organ für die Vertretung der spezifischen Belegschafts-

1) Vgl. GBA: § 34 Abs. 2

2) Vgl. ebd., § 73 Abs. 2

3) Vgl. ebd., § 53 Abs. 2

4) Vgl. ebd., § 107 Abs. 4

5) Vgl. ebd., § 47 Abs. 2

6) Vgl. Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1972: a.a.O., Randnote 418, S. 216

interessen. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik kommt den Gewerkschaften in der betrieblichen Alltagsarbeit lediglich eine unterstützende Rolle zugunsten des Betriebsrats zu. In der DDR ist die Gewerkschaftsorganisation als Mitwirkungsorgan unmittelbar in den Betrieben verankert.

Im breit gefächerten betrieblichen Aufgabenkatalog der DDR Gewerkschaften treten inhärente Zielkonflikte im Wirken des FDGB zutage. In diesem Sektor offenbaren sich am deutlichsten die Widersprüche zwischen der Forderung nach Maximierung der Arbeitsproduktivität und des ökonomischen Nutzeffekts, der die Gewerkschaften aufgrund ihrer Planerfüllungsfunktion Geltung zu verschaffen haben, und den persönlichen Interessen der Belegschaftsangehörigen, deren Schutz den Gewerkschaften ebenfalls obliegt. Im betrieblichen Sektor der gewerkschaftlichen Arbeit zeigt sich am offenkundigsten, daß die marxistische Idee der umfassenden Interessenidentität in der Wirtschaftsordnung der DDR nicht verifiziert werden konnte.

- 23 Legale Instrumente der gewerkschaftlichen Zieldurchsetzung
- 231 Gewerkschaftliche Machtinstrumente in der Bundesrepublik
- 2311 Machtinstrumente zur friedlichen Beilegung von Konflikten

Der Wahrscheinlichkeitsgrad für die Verwirklichung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen steht in engem Zusammenhang mit den differenzierten gesetzlichen Einflußmöglichkeiten. Den abgestuften Machtpositionen sind die verschiedenen Mittel angepaßt, die von Arbeitnehmerorga-

nisationen eingesetzt werden. Deshalb ist die Darstellung der institutionalisierten Stellung der Gewerkschaften durch eine Betrachtung der instrumentalen Methoden zu ergänzen, die die Gewerkschaften in den verschiedenen Bereichen des Wirtschaftslebens zur Erreichung ihrer Ziele anwenden können.

In der Vielzahl von Beiräten und Ausschüssen bei staatlichen Organen, in denen die Arbeitnehmerorganisationen vertreten sind, und auch beim Anhörungsverfahren für Gesetzesentwürfe erfolgt die gewerkschaftliche Mitwirkung grundsätzlich durch Stellungnahmen zu den jeweiligen Problemen und durch Sachberatung. Daneben stehen den Gewerkschaften in der Öffentlichkeitsarbeit und im Lobbyismus weitere Einflußmittel offen. Jedoch beschränkt sich der gewerkschaftliche Einfluß im parlamentarischen Bereich nicht auf die Lobby, sondern er wirkt schon deshalb unmittelbar im Parlament, weil etwa die Hälfte der Bundestagsabgeordneten einer Gewerkschaft angehört.¹⁾

Bei aller Vielfalt ihrer Erscheinungsformen ist die gesetzlich verankerte gewerkschaftliche Mitwirkung in den politischen Organen der Wirtschaftsadministration dadurch gekennzeichnet, daß den Arbeitnehmerorganisationen keine entscheidende, mitbestimmende Beteiligung eingeräumt wird. Die Gewerkschaften werden hier als ein - wenn auch sehr starker - Interessenverband unter vielen behandelt, der seine Teilinteressen in verschiedenen Graden informierend, beratend und vorschlagend vertreten kann. Die jeweiligen politischen Instanzen behalten jedoch die volle Entscheidungsgewalt und damit auch die Machtmittel zur Durchsetzung von Maßnahmen auch gegen den Willen der Gewerkschaften.

1) Vgl. oben: S. 46, Fußnote 2

Die nächste Stufe der gewerkschaftlichen Einflussnahme erfolgt im Rahmen der den Sozialpartnern übertragenen Funktionen. Für das institutionalisierte Verhältnis der Arbeitgeber- zur Arbeitnehmerseite spielt in der Bundesrepublik der Paritätsgedanke eine wichtige Rolle. Die Idee des Gleichgewichts der Verbandsmacht drückt sich in der gesetzlich festgelegten Entsendung der gleichen Anzahl von Vertretern in die jeweiligen Organe aus, die dann allerdings in ihren Entscheidungen unabhängig sind. Auf betrieblicher Ebene wurde dieser Grundsatz im Montanbereich verwirklicht. Charakteristisch für die paritätische Mitbestimmung auf Unternehmensebene ist jedoch die Aufteilung der Arbeitnehmersitze im Aufsichtsrat zwischen von den Gewerkschaften entsandten außerbetrieblichen Repräsentanten und von der Belegschaft gewählten betriebsangehörigen Arbeitnehmern. Das für diese Machtstufe typische Instrument der Interessendurchsetzung sind Verhandlungen und, aufgrund des institutionalisierten Gleichgewichts der Macht der Interessengruppen, Kompromißlösungen.

Soweit Betriebe dem BetrVG unterliegen, haben die Arbeitnehmerorganisationen Kontroll- und Initiativrechte, über die sie die Einhaltung der Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes gerichtlich erzwingen können, jedoch räumt ihnen das BetrVG keine paritätischen Mitbestimmungsrechte ein.

Die größte ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung erlangt die Macht der Sozialpartner im System der Tarifautonomie. Auch die verbandsautonome Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geht von einem grundsätzlichen Gleichgewicht in der Machtposition der Arbeitgeber- und Gewerkschaftsseite aus. Die tatsächliche Verhandlungsmacht der Sozialpartner in den jeweiligen Tarifgesprächen wird jedoch durch eine Vielzahl ökonomischer und gesellschaftlicher Faktoren bestimmt, insbesondere durch die Konjunktur- und die Arbeitsmarktlage. Diese Einflußfak-

toren können die Gewichte zugunsten der einen oder der anderen Seite verlagern, was sich in einem höheren oder niedrigeren Grad der Zielerreichung ausdrückt. Tarifverhandlungen, und der Abschluß von Tarifverträgen, in denen das Verhandlungsergebnis für die Tarifvertragsparteien bindend fixiert wird, sind die Methoden der friedlichen Beilegung von Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Der den Sozialpartnern zur Verfügung stehende Handlungsspielraum hängt davon ab, ob es sich um die Ausübung öffentlich-rechtlicher Funktionen im Rahmen der sozialen Selbstverwaltung handelt, oder um die Durchsetzung von Gruppenzielen. Die öffentlich-rechtliche Machtentfaltung der sozialen Koalitionen im Bereich der Sozialversicherung, der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Arbeitsverwaltung unterliegt einer weitgehenden gesetzlichen Formalisierung, die zur Wahrung der Rechtssicherheit und des Gemeinwohls in diesen Sektoren erforderlich erscheint. Dagegen haben die Sozialpartner im privatrechtlichen Bereich der Gruppeninteressen und im Tarifwesen weitgehende Freiheit in der Wahl der Instrumente zur Durchsetzung ihrer Zielvorstellungen.

2312 Legale Kampfmaßnahmen

Aus § 9 Abs. 3 des Grundgesetzes ergibt sich nach in der Bundesrepublik eindeutig herrschender Auffassung das Recht der Sozialen Koalitionen, im Falle von Tarifkonflikten Arbeitskämpfe gegen die gegnerische Tarifpartei zu führen.

Das charakteristische Merkmal von Kampfmaßnahmen ist, daß ihr unmittelbares Ziel "in einer Schädigung der Gegen-

partei besteht."¹⁾

Als Instrument des Arbeitskampfes kommt dem Streik gegenüber dem Boykott und den anderen Methoden eine überraschende Bedeutung zu.

Der Boykott kann als planmäßige Absperrung eines Gegners vom geschäftlichen Verkehr durch Ablehnung von Vertragsabschlüssen oder durch Auflösung von Verträgen definiert werden.²⁾ Die Weigerung, Verträge abzuschließen kann sich sowohl auf Arbeitsleistungen als auch auf Waren beziehen und sie kann sowohl von Arbeitgeber- als auch von Arbeitnehmerseite ausgehen.³⁾ Dagegen ist der Streik eine ausschließliche Kampfmaßnahme der Arbeitnehmerseite.⁴⁾

Mit Rüthers kann der arbeitsrechtliche Streik definiert werden als "die gemeinsame, planmäßig durchgeführte Arbeitseinstellung einer Mehrzahl von Arbeitnehmern, welche darauf gerichtet ist, den bestreikten Sozialpartner bei der Gestaltung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen."⁵⁾

Das Wesen des Streiks als Ultima ratio wird durch die Schlichtungsversuche verdeutlicht, die bei erfolglosen Tarifverhandlungen zunächst unternommen werden.⁶⁾ Erst

1) Vgl. Steiner, Kurt: Die Gewerkschaften in der heutigen Wirtschaftsordnung, Polygraphischer Verlag Zürich und St. Gallen, 1960, S. 133.

Vgl. auch Hueck-Nipperdey: Lehrbuch des Arbeitsrechts Bd. II, Zweiter Halbband Kollektives Arbeitsrecht, 7. Aufl., a.a.O., S. 872 ff.

2) Vgl. Hueck-Nipperdey: Lehrbuch des Arbeitsrechts, Bd. II, Zweiter Halbband, a.a.O., S. 909 f.

3) Vgl. Steiner, Kurt: a.a.O., S. 137

4) Dem Streikrecht steht als Äquivalent der Arbeitgeberseite das neuerdings umstrittene Recht auf Aussperrung gegenüber.

5) Rüthers, Bernd: Streik und Verfassung, Bund Verlag GmbH, Köln 1960, S. 16

6) Vgl. oben, S. 63 f

wenn auch die Schlichtungsverfahren zu keiner Einigung führen, leitet die betreffende Gewerkschaft bei positivem Ergebnis der Urabstimmung die ihr erforderlich erscheinenden Streikmaßnahmen ein.

Beim Aufruf zum Streik haben die Gewerkschaften zwei Faktoren zu berücksichtigen, die ihre diesbezügliche Entscheidungsfreiheit begrenzen. Die erste Einschränkung ergibt sich aus dem vom Bundesarbeitsgericht entwickelten Grundsatz des Arbeitskampfrechts, daß Streikmittel und Streikzweck in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen müssen. Der reale Inhalt dieser mit dem Begriff "Sozialadäquanz" umschriebenen Forderung, der ein Streik gerecht werden muß, ist dem jeweiligen Fall entsprechend zu beurteilen.

Die zweite Einschränkung des Streikrechts ist prinzipieller Natur und betrifft den Streikzweck. Der Verfassungsschutz des Art. 9 Abs. 3 GG bezieht sich nur auf den arbeitsrechtlichen Streik, d.h. auf den Arbeitskampf unter den Sozialpartnern.¹⁾ Die verfassungsrechtlich gewährleisteten arbeitsrechtlichen Kampfmaßnahmen erstrecken sich jedoch nach allgemein herrschender Lehre nicht auf den politischen Streik.²⁾ Die maßgeblichen Wesensmerkmale des politischen Streiks sind, daß er gegen eine staatliche Instanz oder gegen die staatliche Ordnung gerichtet ist.³⁾ Dies bedeutet eine Zielverlagerung aus der sozial-ökonomischen in die staatspolitische Sphäre. Kampfgegner ist nicht mehr die Unternehmerseite, die auch gar nicht in der Lage wäre, politische Forderungen zu erfüllen, sondern staatliche Organe.⁴⁾

1) Vgl. Rüthers, B.: a.a.O., S. 77

2) Vgl. Nikisch, Arthur: Arbeitsrecht, Bd. II, 2. Aufl., J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1959, S. 137 ff.

3) Vgl. Rüthers, B.: a.a.O., S. 80; vgl. auch Nikisch, A.: a.a.O.

4) Vgl. Rüthers, B.: a.a.O., S. 80

Der politische Streik kann nicht aus dem Recht auf Koalitionsfreiheit abgeleitet werden, sondern zu seiner Rechtfertigung wird auf Art. 1 Abs. 1 und Abs. 2 GG verwiesen, die ein Widerstandsrecht für jedermann beinhalten, wenn die Grundwerte der Verfassung in Gefahr sind. Die Rechtmäßigkeit des Widerstands setzt regelmäßig eine reale Erfolgchance voraus, da das "Chaos der Unrechtsordnung", das gegeben sein muß, wenn die Ausübung dieses Widerstandsrechts zu Recht erfolgen soll, sonst noch verschlimmert wird.¹⁾ Eine ernsthafte Gefahr für die Grundwerte der Verfassungsordnung, die die Voraussetzung für die Rechtmäßigkeit des politischen Kampfstreiks ist, war in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik nicht zu verzeichnen und ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch nicht abzusehen. Zu Recht betont Rüthers, daß auch bei Vorliegen eines schwerwiegenden Verfassungsbruchs der Widerstand der zivilen und militärischen Instanzen, sofern er Erfolg verspricht, dem politischen Kampfstreik vorzuziehen ist, da jener Widerstand in der Regel unmittelbarer wirkt und das Gemeinwohl nicht so stark beeinträchtigt.²⁾

Eine Sonderstellung unter den Arten des politischen Streiks kommt dem politischen Demonstrationsstreik zu, der grundsätzlich für verfassungsmäßig erlaubt angesehen wird.³⁾

Die unterschiedliche rechtliche Beurteilung des arbeitsrechtlichen und des politischen Streiks läßt die verfassungsmäßige Absicht des Arbeitskampfrechts erkennen. Den konkurrierenden gesellschaftlichen Gruppen der Arbeitneh-

1) Rüthers, B.: a.a.O., S. 114

2) Ebd.

3) Vgl. ebd., S. 132. Als Rechtsgrundlage dient das Recht der freien Meinungsäußerung in Art. 5 GG und Art. 118 Abs. 1 GG.

merschaft und der Arbeitgeber wird die Möglichkeit gegeben, in sachlich bedingten, tariflichen Auseinandersetzungen Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer arbeitsrechtlichen Ziele zu ergreifen. Der Versuch der Ausübung eines Zwanges darf sich jedoch nur gegen den sozialen Gegenspieler, nicht gegen die für das Gemeinwohl verantwortlichen staatlichen Instanzen richten. Der klar umrissene Bereich des arbeitsrechtlichen Streiks schließt die Anwendung von Arbeitskämpfen zur Durchsetzung politischer Zielsetzungen der Gewerkschaften aus.

232 Instrumente des FDGB zur Zieldurchsetzung

Bei der Aktivität des FDGB dominieren klar die öffentlich-rechtlichen Aufgaben und Vollmachten gegenüber einer vom Staat nicht direkt beeinflussten Vertretung von Gruppeninteressen. Die enge Verflechtung mit dem Staatsapparat spiegelt sich auch in den Machtinstrumenten, die dem FDGB zur Zieldurchsetzung zur Verfügung stehen.

Die Vorschlags- und Initiativrechte des FDGB bei den zentralen politischen Instanzen in arbeitsrechtlichen Fragen und im Bereich der Sozialversicherung bedeuten, daß auf diesen Gebieten die Gewerkschaften durch Sachberatung, sowie durch die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen und über die FDGB Abgeordneten in den politischen Gremien Einfluß ausüben. In der Regel erhalten die vom Bundesvorstand des FDGB in den genannten Problemkreisen ausgearbeiteten Verordnungen in unveränderter Form Gesetzeskraft, was als Beweis dafür gewertet werden kann, wie konform die Gewerkschaften der DDR mit der politischen Führungsspitze gehen.¹⁾

1) Beispiele für vom Bundesvorstand des FDGB ausgearbeitete Bestimmungen sind die "Richtlinie über die Wahl und die Arbeitsweise der Konfliktkommission vom 30.3.1963, GBl II, S. 237, und die "Verordnung über die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten - SVO - vom 21.12.1961; GBl II, S. 533; Berlin 1962, S. 4; GBl II, 1964, S. 14

Im wirtschaftlichen Sektor werden die Gewerkschaften der DDR vom Gesetzgeber auf überbetrieblicher und betrieblicher Ebene zur Zusammenarbeit mit den leitenden Organen und zu deren Unterstützung beim Planvollzug angewiesen. Sie erfüllen diese Aufgabe durch Agitation und Propaganda, um eventuell vorhandene Leistungsreserven bei den Werktätigen zu mobilisieren, und erzieherisch auf sie einzuwirken. Betriebskollektivvertrag, Sozialistischer Wettbewerb, Sozialistische Gemeinschaftsarbeit und "Neuererbewegung" stellen die gesetzlich festgelegten Instrumente zur Durchführung, der gewerkschaftlichen Planerfüllungsaufgaben dar.¹⁾ Zur Durchsetzung ihrer Planerfüllungsfunktionen gegenüber den Belegschaftsmitgliedern stehen den Gewerkschaften der DDR außerordentlich starke, öffentlich-rechtliche Machtmittel zur Verfügung. In den gewerkschaftlich geleiteten Konfliktkommissionen können Werktätige, die gegen die sozialistische Arbeitsmoral verstoßen, faktisch gerichtlich belangt werden.²⁾

Hinsichtlich der Einflußnahme auf die Leistungen der Betriebe an die Werktätigen steht den Gewerkschaften der DDR kein entscheidendes Einflußmittel zur Verfügung, da der Lohnfonds eine von den zentralen politischen Instanzen vorgegebene Plangröße darstellt, deren Höhe von den Gewerkschaften nicht mitbestimmt wird. Sie haben über die Rahmenkollektivverträge und den Betriebskollektivvertrag lediglich Einfluß auf die leistungsorientierte Aufschlüsselung der Löhne und Prämien.

Grundsätzlich haben die Gewerkschaften der DDR gegenüber den wirtschaftsleitenden Organen nur Beratungs- und Vor-

1) Vgl. GBA: a.a.O., §§ 12 bis 19. Die Neuererbewegung ist eine dem betrieblichen Vorschlagswesen vergleichbare Einrichtung.

2) Vgl. Die oben auf S. 93 f. gegebene Darstellung der Konfliktkommissionen.

schlagsrechte, so daß ihnen in ökonomischen Planungs- und Führungsfragen keine Machtmittel zur Verfügung stehen, die eine erfolgreiche Durchsetzung eigener Zielvorstellungen im Falle von Meinungsverschiedenheiten ermöglichen würden. Eine Ausnahme bilden die Bereiche der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Sozialversicherung, in denen nicht die wirtschaftsleitenden Organe, sondern die Gewerkschaften staatliche Funktionen erfüllen. Außerdem kann der FDGB auf dem Gebiet des Gesundheits- und Arbeitsschutzes, wo er Kontrollfunktionen ausübt, gerichtliche Sanktionen gegen pflichtwidrige Verhaltensweisen von Betriebsleitungen erwirken.¹⁾

Charakteristisch ist, daß die von den Gewerkschaften der DDR einsetzbaren Methoden im Gesetzbuch der Arbeit bis ins Detail fixiert sind. Eine Interessenvertretung auf der Basis vom Staat unabhängiger Verhandlungen, und autonome vertragliche Regelungen im Sinne der Tarifverträge in der Bundesrepublik sind mit dem System der sozialistischen zentralen Planwirtschaft nicht vereinbar.

In konsequenter Befolgung der sozialistischen Lehre verloren in der DDR die gesellschaftlichen Organisationen ihre Machtinstrumente an den Staat. Für die Gewerkschaften bedeutete dies auch den Verlust des Streikrechts, und damit der allein durch ihre Existenz wirksamsten Waffe zur Durchsetzung eigener Zielvorstellungen der Arbeitnehmerorganisationen. In der ersten Verfassung der DDR war in Art. 14 Abs. 1 das Streikrecht der Gewerkschaften noch gewährleistet.²⁾ Im Gesetzbuch der Arbeit und in der Verfassung von 1968 ist das Streikrecht nicht mehr erwähnt. Begründet wird der Wegfall des Rechts auf Arbeitskampfmaßnahmen mit der Abschaffung des Privateigentums

1) Vgl. GBA: a.a.O., §§ 12,93 Abs. 2

2) Vgl. Mampel, Siegfried: Beiträge zum Arbeitsrecht in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, a.a.O., S. 84

an Produktionsmitteln in der DDR. Die Argumentation eines FDGB Funktionärs zu diesem Thema veranschaulicht diese These von der Rechtswidrigkeit eines Streiks im sozialistischen Wirtschaftssystem:¹⁾

Die Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik ist Besitzer der Produktionsmittel, sie übt die Macht aus, sie schafft sich ihre Gesetze, wie zum Beispiel das sozialistische Arbeitsgesetzbuch. Wollte die Arbeiterklasse unter diesen Bedingungen streiken, würde sich das gegen ihre ureigensten Interessen richten. Unsere Arbeiter wissen ohnehin, daß ihnen nur das zur Verfügung stehen kann, was sie sich selbst erarbeitet haben. Wir brauchen in unserem sozialistischen Arbeitsgesetz keinen Passus über das Streikrecht aufzunehmen, weil wir keinen Gegner haben, gegen den wir dieses Streikrecht in Anwendung bringen müssen."

Die marxistische These der allgemeinen Interessenidentität nach Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln bedeutet das Ende einer außerstaatlichen Geltendmachung und Durchsetzung differenzierter Interessen in der DDR. Die völlige Eingliederung in den Staatsapparat bedingt den Charakter des FDGB als Staatsinstrument zur Beeinflussung der Werktätigen im Sinne der von der kommunistischen Partei bestimmten Ziele.

1) Zitiert in: Mampel, Siegfried, a.a.O., S. 85

3 Gewerkschaftsideologie und Wirtschaftsordnung

31 Zielvorstellungen des DGB

311 Gesellschaftspolitische Zielvorstellungen des DGB

Ein Abschnitt in der Präambel des Grundsatzprogramms des DGB von 1963 lautet:¹⁾

"Parlamente, Regierungen, Parteien, Kirchen und alle, die guten Willens sind, sind aufgerufen, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen in der modernen Gesellschaft zu unterstützen. Darauf haben sie um so mehr Anspruch, als ihre Bestrebungen über die Interessenvertretung hinaus dem Gesamtwohl dienen."

Das gleiche Postulat formulierte der frühere DGB Vorsitzende Ludwig Rosenberg wie folgt:²⁾

Die Gewerkschaften der Bundesrepublik verstehen sich "als eine über die Interessen der Arbeitnehmer hinausreichende, staaterhaltende, gesellschaftsformende und der Gesamtheit verantwortliche Organisation".

Diese beispielhaften Zitate zeigen, daß sich die Gewerkschaften der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Aktivität nicht lediglich als pluralistischer Interessenverband betrachten. Sie nehmen vielmehr für sich in Anspruch, bei ihrem allgemeinen politischen Engagement die Interessen des Gemeinwohls zu vertreten, und nicht nur die Partikularinteressen einer starken Teilgruppe der Gesellschaft.

1) Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes; beschlossen auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß des DGB am 21. und 22. November 1963 in Düsseldorf, Nachdruck April 1971, Präambel, S. 5

2) Rosenberg, Ludwig: Entscheidungen für morgen - Gewerkschaftspolitik heute, Econ Verlag, Düsseldorf 1969, S. 111/112

Die langfristigen politischen und gesellschaftlichen Ziele der Gewerkschaften sind in der Satzung des DGB und im Grundsatzprogramm von 1963 festgelegt. Als politische Aufgaben werden neben der Stärkung der internationalen Gewerkschaftsbewegung und der Verteidigung der Rechte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, vor allem der Ausbau und die Sicherung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates und seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das Eintreten für eine weltweite kontrollierte Abrüstung und für die Verwirklichung der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung genannt.¹⁾ Neben außenpolitischen Fragen und allgemeinen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungsproblemen liegt ein Schwerpunkt der außerökonomischen gewerkschaftlichen Aktivität im kulturpolitischen - speziell im bildungspolitischen Bereich. Hier fordert der DGB die Verwirklichung von Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Demokratisierung.²⁾

Die in der DGB Satzung unter "§ 2 Zweck, Aufbau und Aufgaben des Bundes" stichwortartig skizzierten Verbandsziele werden im Grundsatzprogramm konkretisiert. In dessen Präambel legen die Gewerkschaften ein Bekenntnis zu den unveräußerlichen Rechten des Menschen ab, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik definiert sind.³⁾

Wie dem Schlußabschnitt der Präambel des Grundsatzprogrammes zu entnehmen ist, gehen die Gewerkschaften davon aus, daß in der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik "die Freiheit des einzelnen, die Freiheit der Gemeinschaft und eine wahrhaft demokratische Gesellschaft in

1) Vgl. DGB Satzung: Beschlossen vom 3. Außerordentlichen Bundeskongreß 1971 in Düsseldorf, gültig ab 1. Juli 1971, § 2 Ziff. 3a

2) Vgl. ebd., § 2 Ziff. 3d

3) Vgl. Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, a.a.O., Präambel, S. 3

allen ihren Lebensformen" nicht verwirklicht wurde.¹⁾ Als dringlichste Forderung unserer Zeit bezeichnen sie die demokratische Gestaltung des gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens, "damit jeder Mensch seine Gaben nützen, seine Persönlichkeit frei entwickeln und verantwortlich mitentscheiden kann".²⁾

Die Forderung nach Demokratisierung aller Lebensbereiche zieht sich als roter Faden durch das gesellschaftspolitische Programm des DGB.

Demokratie im Bildungssektor bedeutet für die Gewerkschaften in erster Linie Chancengleichheit für alle beim Zugang zu den Ausbildungsmöglichkeiten. In gewerkschaftlicher Sicht ist dieses Ziel nur über eine erhebliche quantitative Ausweitung des Bildungsangebots zu erreichen.³⁾ Argumente, die die qualitative Seite des Bildungsproblems betreffen, z.B. Forderungen nach einer verbesserten Begabtenauslese zur Erreichung einer den persönlichen Anlagen und Befähigungen entsprechenden Ausbildung treten in den kulturpolitischen Grundsätzen des DGB nicht hervor.

Die Idee der Mitbestimmung in allen Lebensbereichen ist besonders eng mit dem gewerkschaftlichen Leitbild einer demokratischen Gesellschaftsordnung verknüpft. Diese Forderung ist nicht lediglich als ordnungspolitische Maßnahme im wirtschaftlichen Bereich einzustufen, wie folgender Abschnitt aus dem Düsseldorfer Grundsatzprogramm zeigt:⁴⁾

"Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umge-

1) Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 5

2) Vgl. ebd., S. 5

3) Vgl. ebd.: Kulturpolitische Grundsätze, S. 16 ff.

4) Ebd., a.a.O., Präambel, S. 4

staltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen."

Der DGB geht davon aus, daß die gleichberechtigte Einflußnahme aller Bürger auf die gesellschaftliche Willensbildung durch verstärkte gewerkschaftliche Mitwirkung realisiert wird. Der auf die Gesamtgesellschaft bezogene Repräsentationsanspruch der Gewerkschaften findet gegenwärtig bei manchen führenden Politikern eine positive Resonanz, wie eine Passage des vom DGB Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter zitierten Grußtelegramms des Bundespräsidenten an den 9. ordentlichen Bundeskongreß in Berlin verdeutlicht:¹⁾

"Die Aufgaben der Gewerkschaften sind längst nicht mehr auf die Bereiche Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung beschränkt. Vielmehr stehen sie heute in besonderer Verantwortung mit dem Ringen um größere soziale Gerechtigkeit. Sie nehmen zu Recht für sich in Anspruch, bei der Verbesserung der Qualität des Lebens für alle Bürger im vollen Umfange beteiligt zu sein."

Wesentlich ist, daß die Gewerkschaften im außerökonomischen Bereich keinen Teilvertretungsanspruch, sondern einen Gesamtvertretungsanspruch erheben, wie er in der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik vom Gesetzgeber nur für die durch allgemeine Wahlen legitimierten politischen Instanzen vorgesehen ist.

1) DGB (Hrs.): Protokoll 9. Ordentlicher Bundeskongreß Berlin, 25. bis 30. Juni 1972, S. 7

312 Gesamtwirtschaftliche Zielvorstellungen des DGB

Auf dem Gründungskongreß im Jahre 1949 entwarf der erste DGB Vorsitzende Hans Böckler in seiner programmatischen Rede über "Die Aufgaben der deutschen Gewerkschaften in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft" ein wirtschaftspolitisches Programm, das als Alternative zum marktwirtschaftlichen System konzipiert war. Das von den Gewerkschaften damals angestrebte Wirtschaftssystem ist durch die Ordnungselemente Planwirtschaft, Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und Demokratisierung der Wirtschaft durch Mitbestimmung der Arbeitnehmerorganisationen auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens gekennzeichnet.¹⁾

Nach der Zerstörung eines Großteils des Wirtschaftspotentials durch den Zweiten Weltkrieg - so erklärten die Gewerkschaftsführer - könne auf der Grundlage einer liberalen marktwirtschaftlichen Ordnung keine entscheidende Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse erreicht werden. Deshalb bleibe nur die Möglichkeit "vom Individualprinzip in der Wirtschaft zum Gemeinschaftsprinzip zu kommen".²⁾

Diese ökonomischen Ordnungsvorstellungen lehnen sich stark an das Leitbild der Wirtschaftsdemokratie an, das in der Endphase der Weimarer Republik von den Arbeitnehmerorganisationen entwickelt worden war. Die Begründer dieses Konzepts, allen voran Fritz Naphtali, sahen einen engen Zusammenhang zwischen der Einführung der Wirtschaftsdemokratie und dem Übergang zum Sozialismus:³⁾

1) Vgl. DGB (Hrsg.): Protokoll Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, München, 12.-14. Oktober 1949, Bund Verlag, Köln 1950, S. 198 ff.

2) Vgl. ebd., S. 189

3) Naphtali, Fritz: Wirtschaftsdemokratie, Ihr Wesen, Weg und Ziel, 5. erweiterte Auflage, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, Berlin 1931, S. 7

"Der Begriff 'Sozialisierung' stellt die Veränderung der Eigentumsordnung in den Vordergrund. Er ist mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln unmittelbar verknüpft. Der Begriff 'Wirtschaftsdemokratie' ersetzt den Begriff 'Sozialisierung' nicht, sondern er ergänzt ihn. Er zeigt eine besondere Seite der erstrebten Neuordnung. Nämlich die mit der Wandlung der Eigentumsordnung verbundene oder zu verbindende Wandlung der Art der Wirtschaftsführung. An die Stelle der Autokratie einer Minderheit von Kapitalisten tritt in der Wirtschaftsführung die Demokratie, d.h. die Führerauslese aus der Gesamtheit der Arbeitenden und die Verantwortung gegenüber der Gesamtheit der Arbeitenden. Vollendete Wirtschaftsdemokratie ist nur nach der Sozialisierung, d.h. nach der Wandlung der Eigentumsordnung möglich. Aber der Prozeß der Demokratisierung, der Kampf um die Einschränkung der autokratischen Wirtschaftsführung, vollzieht sich gleichzeitig, zum Teil sogar dem Prozeß der Veränderung der Eigentumsordnung vorangehend."

Trotz einiger, durch die tatsächlich eingetretene Wirtschaftsentwicklung bedingter Modifikationen läßt sich in den ökonomischen Zielvorstellungen der Gewerkschaften in den 23 Jahren seit der Gründung des DGB Kontinuität in der Einstellung zu Grundsatzfragen feststellen. Ein Vergleich mit dem Programm von 1949 zeigt, daß die wesentlichen Punkte des traditionellen wirtschaftsdemokratischen Konzepts auch in das Grundsatzprogramm des DGB von 1963 aufgenommen wurden. Nach wie vor verlangen die Gewerkschaften eine Ausweitung der Demokratie über den politischen Bereich hinaus auch auf das Wirtschaftsleben.¹⁾ Sie sehen in der Demokratie ein universales Ordnungsprinzip, das sich zur Anwendung in allen Gesell-

1) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB, a.a.O.: Grundlagen der Wirtschaftspolitik, S. 6

schaftsbereichen gleichermaßen eignet. Die These, daß sich dieses Regierungssystem lediglich zur Regelung des politischen Zusammenlebens eigne, daß aber anderen gesellschaftlichen Sektoren andere Ordnungsformen angemessen sind, lehnen die Gewerkschaften ab. Das Schlagwort: "Politische Demokratie - das ist erst die halbe Sache!"¹⁾ bringt den Willen der Gewerkschaften zur Ausweitung des demokratischen Prinzips auf eine kurze Formel. Wie in den Gründungsjahren des DGB kann auch gegenwärtig noch davon ausgegangen werden, daß der DGB in der Demokratisierung der Wirtschaft das Hauptinstrument für eine schrittweise Umgestaltung des privatkapitalistischen Systems in eine freiheitlich-sozialistische Ordnung sieht.²⁾

In diesem Sinne würde sich auch die "Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum" auswirken, die von den Gewerkschaften gerade jetzt wieder mit Nachdruck gefordert wird.³⁾

Die Mitbestimmungskonzeption der Gewerkschaften auf volkswirtschaftlicher Ebene ist in dem Plan für "Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich" niedergelegt, der vom DGB 1969 veröffentlicht wurde und folgende Forderungen enthält:⁴⁾

-
- 1) Vgl. DGB Aktionsprogramm, Hrsg.: Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Juli 1970, S. 26
 - 2) Vgl. Brenner, Otto: Mitbestimmung - eine Idee im Wandel der Zeit, in: Soziologische Texte, Bd. 35, Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1968, S. 70
 - 3) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 9; vgl. auch: Vetter, Heinz Oskar: Gewerkschaftliche Forderungen an die politischen Parteien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/72, Bund Verlag, Köln, Oktober 1972, S. 609
 - 4) Vgl. Otto, Bernd: Die überbetriebliche Mitbestimmungskonzeption des DGB, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Hans Böckler Gesellschaft e.V., Düsseldorf, 15. Jg., Heft 6/7 1969, S. 113

- (1) Die Errichtung eines Wirtschafts- und Sozialrates auf Bundesebene, der mit Informations-, Beratungs- und Initiativrechten ausgestattet ist, und in dem Arbeiter und Unternehmer paritätisch vertreten sind.
- (2) Die Bildung vergleichbarer Räte in den Ländern.
- (3) Die paritätische Besetzung der Industrie- und Handelskammern, sowie der Handwerks- und Landwirtschaftskammern.

Die hier vorgebrachten Ordnungsvorstellungen stimmen weitgehend mit dem gesamtwirtschaftlichen Teil des im Jahr 1950 vom DGB vorgelegten Gesetzentwurfes zur Neuordnung der Wirtschaft überein.

Ein Vergleich der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Forderungen mit den gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen in der Gründungsphase des DGB zeigt, daß die Gewerkschaften der Bundesrepublik ihre ursprünglichen Zielvorstellungen nur unwesentlich modifiziert haben. Führende Vertreter erklären, daß die traditionellen Gewerkschaftsziele unverändert Gültigkeit haben. Die gegenüber 1949 wesentlich veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten sind in der Sicht des DGB kein Anlaß für eine kritische Überprüfung der historischen gewerkschaftlichen Leitbilder.

313 Zielvorstellungen des DGB im betrieblichen Bereich

Die Gewerkschaften gehen davon aus, daß die im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehene Unternehmensordnung sozial ungerecht sei, weil sie die vom DGB geforderte Gleichberechtigung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital nicht beinhalte. Deshalb fordern sie eine gesetzliche Neuordnung auf der Grundlage der paritätischen Mitbestim-

mung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. In einer solchen Regelung erblicken die Arbeitnehmerorganisationen das beste Instrument, um den Gleichheitsgrundsatz im ökonomischen Bereich durchzusetzen.

Der DGB Entwurf eines Mitbestimmungsgesetzes sieht vor, daß die seit 1952 in Montanunternehmen geltende qualifizierte Mitbestimmung auf Kapitalgesellschaften ausgedehnt wird, für die mindestens zwei der folgenden drei Betriebsgrößenkriterien zutreffen: Mindestens 2000 Beschäftigte, eine Jahresbilanzsumme von 150 Millionen DM, und ein Grundkapital von 75 Millionen DM.¹⁾

Die Gewerkschaften fordern ferner ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte für alle unternehmerischen Entscheidungen, "die wirtschaftliche, technische und soziale Folgen haben"²⁾, das heißt in der Praxis, für alle betrieblichen Entscheidungen.

Der auf Privateigentum basierenden Unternehmerwirtschaft der Bundesrepublik wirft der DGB soziales und ökonomisches Versagen vor. Die gegenwärtige soziale Lage der Arbeitnehmer der Bundesrepublik ist nach Meinung der Gewerkschaften durch die schon von Marx gegeißelte Entfremdung der Arbeiter im kapitalistischen System gekennzeichnet. Eugen Loderer, der Vorsitzende der IG Metall vertrat z.B. in einer Rede diese gewerkschaftliche These:³⁾

"In anderen Bereichen aber ist noch vieles beim alten geblieben: Entfremdung und Abhängigkeit im Betrieb gehören

1) Vgl. DGB Aktionsprogramm Juli 1970, a.a.O.: S. 26

2) Vgl. ebd., S. 24, S. 26

3) Loderer, Eugen: Die Rolle des DGB in der modernen Gesellschaft, Rede am 30.9.1972 auf einer Tagung der katholischen Akademie in Bayern zum Thema: "DGB wohin?", abgedruckt in: Zur Debatte: Themen der Katholischen Akademie in Bayern, 2. Jg., Nr. 9, München, Oktober 1972, S. 7

zum Alltag des Arbeitnehmers. Investitions- und beschäftigungspolitische Entscheidungen, die für das Schicksal von Zehntausenden weitreichende Folgen haben können, werden in kleinen abgekapselten Gremien ausgehandelt, in denen die Unternehmer unter sich geblieben sind. Ausmaß, Tempo und Richtung der Produktion werden an Gewinnerwartungen orientiert, statt am gesellschaftlichen Bedarf. Mit diesem Zustand können und wollen die Gewerkschaften sich nicht abfinden."

Wenn man von den tagespolitischen Fragen absieht, sind hinsichtlich der grundsätzlichen Forderungen der Gewerkschaften auf Unternehmensebene zwei Leitbilder erkennbar.

Das erste und gegenwärtig mit dem größten Nachdruck verfolgte Ziel der Gewerkschaften überhaupt ist die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in allen Großunternehmen durch eine gesetzliche Neuregelung der Unternehmensverfassung. Außer den bereits ausführlich behandelten gesellschaftspolitischen Überlegungen stützen die Gewerkschaften ihre diesbezügliche Forderung auf folgende ökonomische Thesen:¹⁾

- (1) Die qualifizierte Mitbestimmung in den Großunternehmen ist mit der Wettbewerbsordnung vereinbar.
- (2) Die Optimierung des Sozialprodukts wird durch die Mitbestimmung nicht beeinträchtigt.
- (3) Die Mitbestimmung trägt zu einer Verbesserung der Qualität des Produktionsfaktors Arbeit und damit zu einer verbesserten gesamtwirtschaftlichen Faktorkombination bei.
- (4) Das Problem der Marktanpassung industrieller Großunternehmen ist genereller Natur. Die sich aus der

1) Vgl. Nemitz, Kurt und Becker, Richard: Mitbestimmung und Wirtschaftspolitik, Bund Verlag, Köln 1967, S. 155

Einführung der Mitbestimmung ergebende Veränderung des unternehmerischen Entscheidungsprozesses kann nicht einseitig als Beeinträchtigung der Marktanpassungsfähigkeit der Unternehmen interpretiert werden.

- (5) Der Aufsichtsrat wird durch die paritätische Besetzung als Entscheidungsorgan der großen Kapitalgesellschaften aufgewertet.
- (6) Die vermittelnde Funktion des neutralen "Elften Mannes" im Aufsichtsrat trägt zu einer sachgerechten Entscheidungsfindung bei.
- (7) Die Institution des Arbeitsdirektors bietet neue Chancen zur Verbesserung der innerbetrieblichen Faktorkombination.
- (8) Die durch die Mitbestimmung bewirkte Verbesserung des Betriebsklimas löst entscheidende Impulse für eine mögliche Produktivitätssteigerung aus.

Die zweite betriebliche Zielvorstellung des DGB mit langfristigem Charakter bezieht sich auf die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und auf eine wesentliche Stärkung des gemeinwirtschaftlichen Prinzips gegenüber dem privatwirtschaftlichen. So fordert z.B. das Landespolitische Aktionsprogramm des DGB Landesbezirks Bayern in dem Abschnitt Wirtschaftspolitik unter anderem eine "Förderung und Stärkung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmensformen als Wettbewerbskorrektiv zur Privatindustrie".¹⁾

Der Schwerpunkt der DGB Argumentation zur Ordnung des betriebswirtschaftlichen Bereichs liegt eindeutig auf dem gesellschaftlichen Fragenkomplex der Herleitung, Ver-

1) DGB Landesbezirk Bayern: Landespolitisches Aktionsprogramm, München, ohne Jahresang., S. 7

teilung und Ausübung von Macht in der Unternehmung.

32 Zielvorstellungen des FDGB

321 Gesellschaftspolitische Zielvorstellungen des FDGB

"Der FDGB legte in den von der SED vorgezeichneten Entwicklungsetappen auf seinen Kongressen die gewerkschaftlichen Aufgaben fest. Er trug wesentlich dazu bei, daß die Arbeiter, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz an der gesellschaftlichen Umwälzung, die sich in den vergangenen 20 Jahren in unserer Republik vollzog, teilnehmen und den wachsenden Anforderungen gerecht wurden."¹⁾

Diese Passage aus einer Rede des Direktors der Hochschule des FDGB illustriert die beiden wesentlichen Aspekte der gesamtgesellschaftlichen Zielvorstellungen der Gewerkschaften der DDR, nämlich die Anerkennung der gesellschaftlichen Führungsrolle der SED und die Betonung der Erziehungsfunktion im gewerkschaftlichen Aufgabekatalog.²⁾

Im Einklang mit den Lehren Lenins bejahen die Gewerkschaften der DDR den einheitlichen, unteilbaren Charakter der gesellschaftlichen Macht im sozialistischen Staat. Träger dieser Macht ist allein die kommunistische Partei. Der FDGB versteht sich nicht als Verband, der ein eigenständiges gesellschaftspolitisches Programm entwickeln könnte, sondern als eine der SED verpflichtete Massenorgani-

1) Oehler, H.: Gewerkschaftliche Interessenvertretung bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, in: Menzzer, Heinz: Sozialistisches Gesellschaftssystem, Sozialistische Demokratie und Gewerkschaften, Materialien der 2. theoretischen Konferenz des Bundesvorstandes des FDGB, Teil I, Verlag Tribüne, Berlin 1970, S. 14/15

2) Vgl. Satzung des FDGB, beschlossen auf dem 7. FDGB Kongreß 1968, in: Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär, Verlag Tribüne, Berlin 1970, S. 67 ff.

sation. Darauf weisen die Treuebekenntnisse führender FDGB Funktionäre hin:

"Alle Versuche, die Gewerkschaften durch eine Propagierung ihrer 'Autonomie' oder 'Neutralität' von der Partei zu trennen, die Funktion der Partei auf bestimmte Teilbereiche - wie etwa der Propaganda - zu reduzieren, werden stets auf den entschlossenen, vom Massenbewußtsein getragenen Widerstand der Gewerkschaften der DDR stoßen."¹⁾

Deutlicher äußerte sich Herbert Warnke, der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB in seinem Bericht an den 8. FDGB Kongreß:²⁾

"Wir versprechen dem Zentralkomitee der Partei, noch besser, noch wirkungsvoller, noch gründlicher für die Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages zu arbeiten. Das ist die beste gewerkschaftliche Interessenvertretung."

Die auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossene und vom FDGB zu fördernde gesellschaftliche Hauptaufgabe liegt in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes.³⁾

Die materielle, d.h. ökonomische Seite der gewerkschaftlichen Aufgaben bei der Realisierung der Beschlüsse des VIII. Parteitags wird gesondert zu behandeln sein. Die kulturelle Aufgabenstellung an die Gewerkschaften beinhaltet vor allem die Erziehung der Werktätigen zu soziali-

1) Oehler, a.: a.a.O., S. 19

2) Aus dem Bericht des Bundesvorstandes des FDGB an den 8. FDGB-Kongreß, Berichterstatte Herbert Warnke, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB, in: Neues Deutschland, Organ des ZK der SED, 27. Jg./Nr. 176 vom 27.6.1972, S. 3

3) Vgl. ebd.

stischen Persönlichkeiten, wobei der FDGB von folgendem Leitbild ausgeht:¹⁾

"Das Menschenbild des Sozialismus in seiner Einheit zu verwirklichen setzt die Maßstäbe für den Inhalt und das Niveau der Kulturarbeit der Gewerkschaften."

"Diese sozialistische Persönlichkeit zeichnet sich aus durch universelle Bildung an Körper und Geist, durch gesunde, schöpferische und optimistische Lebensweise. Sie besitzt wertvolle Charakter- und Willenseigenschaften und ist fest überzeugt vom Sieg der Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus."

Der Entwicklung jedes einzelnen Werktätigen in den sozialistischen Arbeitskollektiven zu einer sozialistischen Persönlichkeit im Sinne der oben gegebenen Definition mißt der FDGB größte Bedeutung bei, was nicht zuletzt durch die große Zahl der ehrenamtlichen gewerkschaftlichen Kulturobmänner dokumentiert wird, in deren Tätigkeit dieser Erziehungsauftrag eine zentrale Rolle spielt. Bei den Gewerkschaftswahlen in der DDR im Jahre 1970 wurden auf der untersten Organisationsebene, in den 220 001 Gewerkschaftsgruppen, etwa 900 000 Funktionäre gewählt, davon über 200 000 Kulturobleute.²⁾ Das bedeutet, daß bei einer Mitgliederzahl von 7,3 Millionen im Durchschnitt auf 35 Gewerkschaftsmitglieder ein ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionär kommt, der schwerpunktmäßig eine sozialistische Erziehungsmission zu erfüllen hat. Diese Relation veranschaulicht, wie engmaschig allein schon das vom FDGB um seine Mitglieder gewobene Netz der gezielten ideologischen Beeinflussung im Sinne der gesellschaftlichen Leitlinien der SED ist.

1) Autorenkollektiv: Handbuch für den Kulturobmann
(Hrs.: Bundesvorstand des FDGB Abteilung Kultur) Verlag Tribüne, Berlin 1970, S. 10

2) Vgl. Handbuch für den Kulturobmann, a.a.O., S. 5

322 Gesamtwirtschaftliche Zielvorstellungen des FDGB

"Steigendes Realeinkommen bei verbesserter Qualität und stabilen Preisen für Konsumgüter, mehr Wohnungen für die Arbeiter, hohe Zuwendungen aus den gesellschaftlichen Fonds, bessere Arbeitsbedingungen, aktive Gesundheitsförderung sowie ein gehaltvolles geistig - kulturelles Leben - dies sind Ziele für die es sich zu arbeiten lohnt. Und wir erreichen sie dank der Schöpferkraft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, dank der Vervollkommnung der Leitung und Planung und nicht zuletzt auch dank der immer aktiveren Mitwirkung und dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften in der sozialistischen Gesellschaft."¹⁾

Dieser nationalökonomische Zielkatalog kann unter dem Sammelbegriff "Soziale Sicherung der Werktätigen" zusammengefaßt werden. Der angesprochene Themenkreis entspricht dem traditionellen Tätigkeitsfeld der Arbeitnehmerorganisationen; die Mehrzahl der vorgebrachten Punkte könnte auch aus dem Forderungskatalog von Gewerkschaften in marktwirtschaftlichen Systemen stammen.

Die Förderung der sozialen-- und das heißt vor allem auch der ökonomischen Sicherung der Arbeiterschaft bildet ein gemeinsames Oberziel des DGB und des FDGB.

Im volkswirtschaftlich bedeutenden Bereich der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer kann nicht davon ausgegangen werden, daß der FDGB lediglich ein Befehlsempfänger der SED ist. Vielmehr entwickeln die Gewerkschaften in diesem Sektor im Rahmen der ihnen delegierten Befugnisse eigene Zielvorstellungen, die sie in Form von Gesetzesvorschlä-

1) Oehler, Heinz und Rinke, Rudolf: Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes - Kernstück gewerkschaftlicher Interessenvertretung, in: Die Arbeit, Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Hrsg.: Bundesvorstand des FDGB, Berlin, Jg. 1972, Heft 6, S. 25

gen vorbringen, und die sich die politischen Zentralinstanzen zu eigen machen.

Zu den vom FDGB initiierten sozialen Verbesserungen zählt das seit 1. Juli 1968 geltende neue Rentenrecht und die ab 1. März 1971 eingeführte freiwillige Zusatzversicherung, die nach Meinung der Gewerkschaftsführung die Entwicklungsrichtung der Sozialversicherung in der DDR für die nächsten Jahrzehnte abstecken.¹⁾ Ebenso wirkten die Gewerkschaften maßgeblich an dem gemeinsamen Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates vom 24. April 1972 mit, der eine Erhöhung der Renten- und Sozialfürsorgeleistungen für 3,4 Millionen Bürger der DDR brachte.²⁾

Während der FDGB in dem von ihm geleiteten Bereich der Sozialversicherung konkrete Ziele formuliert und verfolgt, gehen seine Forderungen in sonstigen ökonomischen Belangen der Arbeiterschaft über Feststellungen allgemeiner Art nicht hinaus, da die qualitative und quantitative Festlegung der nationalökonomischen Größen verbindlich in dem von den politischen Instanzen erstellten Volkswirtschaftsplan erfolgt. Typisch für derartige allgemeine Zielformulierungen ist folgende gewerkschaftliche Feststellung zur Verteilung des Nationaleinkommens:³⁾

-
- 1) Vgl. Die Arbeit: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewerkschaften, a.a.O., Jg. 1972, Heft 6, S. 19. Einzelheiten der neuen Regelungen der Rentenversicherung vgl. Handbuch des Bevollmächtigten für Sozialversicherung, Hrsg. Bundesvorstand des FDGB, Verwaltung der Sozialversicherung, Verlag Tribüne, Berlin 1970, S. 19 ff., S. 35 ff. Einzelheiten über die Zusatzversicherung vgl. a.a.O., S. 243 ff.
 - 2) Vgl. Aus dem Bericht des Bundesvorstandes des FDGB an den 8. FDGB Kongreß, in: Neues Deutschland vom 27.6.1972, a.a.O., S. 3
 - 3) Heintze, Horst: Aufgaben der Gewerkschaften in der Lohnpolitik nach dem 8. FDGB Kongreß, in: Die Arbeit, a.a.O., Jg. 1972, Heft 9, S. 8

"Die Arbeiterklasse ist es, die den entscheidenden Beitrag zur Vergrößerung des Nationaleinkommens leistet; das muß auch im Anteil, der für sie für die individuelle Konsumtion zur Verfügung steht, seinen gerechten Ausdruck finden."

Diese Forderung richtet sich an die Planungsinstanzen, die ohne maßgebliche Beteiligung des FDGB die Mittel für die Lohnfonds verbindlich festlegen.

Größeres Gewicht kommt den gewerkschaftlichen Zielvorstellungen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu, die sich auf die grundsätzliche Formel bringen lassen, daß die Rationalisierung in den Betrieben nicht einseitig auf ökonomisch-technische Aspekte ausgerichtet werden soll, sondern daß damit eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen verbunden sein müßte.¹⁾ In ihren Kontrollfunktionen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes verfügen die Gewerkschaften über ein wirksames Instrumentarium, um ihre Vorstellungen hinsichtlich der Gestaltung der Arbeitsbedingungen zumindest teilweise zu verwirklichen.

Der vorstehend skizzierte Bereich der sozialen und ökonomischen Interessenvertretung der Werktätigen kann als spezifisches Leitbild der Gewerkschaften angesehen werden, zu dessen Verwirklichung der FDGB eigenständige gesamtwirtschaftliche Zielvorstellungen entwickelt, die von den politischen Zentralinstanzen in der Regel respektiert werden.

Gleichrangig neben den erwähnten Zielvorstellungen, die Leistungen der wirtschaftsleitenden Organe an die Werktätigen beinhalten, steht der vom FDGB im Rahmen seiner Planerfüllungsfunktion entwickelte Forderungskatalog, der sich an die Arbeiter richtet. Die in diesem Sektor der

1) Vgl. Die Wirtschaft: Zeitung für Politik, Wirtschaft und Technik, Jg. 7, Berlin, vom 5. Juli 1972, S. 4

gewerkschaftlichen Aktivität entwickelten Ideen haben rein instrumentalen Charakter und beziehen sich auf die Erreichung eines Planzieles, das von den wirtschaftsleitenden Organen vorgegeben wird. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Bemühungen der Gewerkschaften um die Erhöhung der ökonomischen Effektivität, insbesondere durch Steigerung der Arbeitsproduktivität zu nennen. Diese hauptsächlich den betrieblichen Bereich betreffenden Maßnahmen sollen die Erreichung der im Jahresplan, bzw. in den längerfristigen Zielprojektionen vorgegebenen volkswirtschaftlichen Wachstumsziele gewährleisten.¹⁾

323 Zielvorstellungen des FDGB im betrieblichen Bereich

Wie im gesamtwirtschaftlichen Bereich, so bilden auch auf der betrieblichen Ebene die Planverwirklichung, und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zwei wesentliche Bezugspunkte der gewerkschaftlichen Leitbilder. Ferner ist die Erziehung der Werktätigen zu sozialistischem Verhalten in den Betrieben und zu sozialistischen Persönlichkeiten als drittes, gleichrangiges Oberziel zu beurteilen, das allerdings in engem Zusammenhang mit dem Ziel der ökonomischen Planerfüllung steht.

Mit Blick auf die zur Planerfüllung erforderlichen Leistungssteigerungen betonte der 8. FDGB Bundeskongreß die Notwendigkeit einer verstärkten Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation (WAO) in den Betrieben:²⁾

1) Vgl. 8. FDGB Kongreß-Kampfgemeinschaft von Partei und Gewerkschaften fester denn je, in: Die Wirtschaft, Zeitung für Politik, Wirtschaft und Technik, a.a.O., Jg. 7, vom 5. Juli 1972, S. 5

2) Entschließung des 8. Kongresses des FDGB zum Bericht des Bundesvorstandes, in: Die Arbeit, a.a.O., Heft 7/8, 1972, S. 149

"Alle Betriebsgewerkschaftsleitungen müssen verstärkt auf die Anwendung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation Einfluß nehmen und den Grundsatz "Neue Technik - neue Normen" verwirklichen helfen. Die Bereitschaft der Arbeiter, exakte Normen mit auszuarbeiten und Reserven zu erschließen, ist durch erhöhte Grundlöhne verbunden mit der Anwendung sowjetischer Erfahrungen wie der Schtschokino-Methode materiell zu fördern."

Nach gewerkschaftlicher Meinung bietet die wissenschaftliche Organisation der betrieblichen Arbeit eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der plangemäßen Wachstumsrate der betrieblichen Leistungserstellung und der gesamten Volkswirtschaft. Der FDGB geht davon aus, daß durch verbesserte Arbeitsverfahren die angestrebte Steigerung der ökonomischen Effektivität und eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht werden kann. Die Gewerkschaften fordern, daß bei Einführung neuer Technologien die Leistungsnormen den verbesserten Arbeitsverfahren angepaßt, das heißt in aller Regel erhöht werden sollen.¹⁾ Die FDGB Führung appelliert an die Werktätigen, bei der Ausarbeitung und Verwirklichung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden schöpferisch mitzuarbeiten und fordert die Betriebsgewerkschaftsleitungen auf, klare Neuerungs- und Rationalisierungsziele auf Betriebsebene zu formulieren.²⁾

Gleichrangig mit der Förderung des technischen Fortschritts haben die Betriebsgewerkschaftsleitungen dafür Sorge zu tragen, daß die sozialpolitischen betrieblichen Zielsetzungen des FDGB möglichst weitgehend realisiert

1) Vgl. Entschließung des 8. Kongresses des FDGB zum Bericht des Bundesvorstandes, a.a.O.,

2) Vgl. 8. FDGB Kongreß-Kampfgemeinschaft von Partei und Gewerkschaften fester denn je, in: Die Wirtschaft, a.a.O.: Jg. 7, vom 5. Juli 1972, S. 4

werden.¹⁾ Die angestrebte Verbesserung der Arbeitsbedingungen soll durch Nutzung aller Möglichkeiten zur Erleichterung der Arbeit, die frühzeitige Ermittlung und Beseitigung von Gefahren am Arbeitsplatz und von schädigenden Umwelteinflüssen, also durch verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben erreicht werden.²⁾

Der Kern der sozialpolitischen Zielvorstellungen des FDGB im betrieblichen Bereich wird in den folgenden beiden Sätzen skizziert:³⁾

"In der Wirtschaft muß ständig davon ausgegangen werden, daß im Mittelpunkt aller Maßnahmen der Mensch und seine Bedürfnisse stehen. Ein moderner sozialistischer Betrieb darf sich nicht nur durch moderne Maschinen und Anlagen, sondern muß sich auch durch vorbildliche Arbeits- und Lebensbedingungen auszeichnen, und jede Rationalisierungsmaßnahme muß neben der Verbesserung der Technik auch günstigere Arbeitsbedingungen einschließen!"

Orientierung an den Bedürfnissen des Menschen bedeutet für den FDGB jedoch nicht vorrangige Berücksichtigung der Belange des Individuums, sondern die Förderung der in den Volkswirtschaftsplänen formulierten Bedürfnisse der gesamten Arbeiterklasse:⁴⁾

"Den Gewerkschaften geht es dabei nicht um dieses oder jenes persönliche Bedürfnis, sondern um die Erstrangigkeit der Bedürfnisse der Arbeiterklasse, wie es vom VIII. Parteitag vorgezeichnet wurde."

1) Vgl. Entschließung des 8. Kongresses des FDGB zum Bericht des Bundesvorstandes, a.a.O., S. 149

2) Rösel, Fritz: Das sozialpolitische Programm des VIII. Parteitages wird konsequent verwirklicht, in: Die Arbeit, a.a.O., Jg. 1972, Heft 6, S. 21

3) Ebd.

4) Vgl. 8. FDGB Kongreß - Kampfgemeinschaft von Partei und Gewerkschaften fester denn je: a.a.O., S. 5

Diese Feststellung dokumentiert, daß die betrieblichen Zielvorstellungen des FDGB auf der marxistischen Hypothese von der Interessenidentität im Sozialismus basieren. Freiheit und Selbstverwirklichung sind demnach keine individualistische, sondern gesellschaftsbezogene Kategorien. In die Praxis des sozialen Lebens umgesetzt hat diese Denkweise die völlige Unterordnung individueller Bedürfnisse und Ansprüche gegenüber den Gesellschaftszielen zur Folge.

Im betrieblichen Leben der DDR kann offensichtlich nicht davon ausgegangen werden, daß sich die Werktätigen die geschilderte sozialistische Denkweise zu eigen gemacht haben, die sich nach marxistischem Glauben dadurch auszeichnet, daß die Arbeit für die Gemeinschaft dem Einzelnen zum wichtigsten Bedürfnis wird. Die Förderung dieser, nach Ansicht der Gewerkschaftsführung der DDR noch nicht genügend verbreiteten sozialistischen Mentalität bei den Belegschaftsmitgliedern ist das dritte Hauptziel des FDGB.

Das Leitbild der sozialistischen Persönlichkeit soll durch die umfassende Anwendung der den Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Erziehungsinstrumente verwirklicht werden, z.B. durch entsprechende Verpflichtungen im Betriebskollektivvertrag, oder in der Bewegung "sozialistisch arbeiten, lernen und leben", und vor allem durch den sozialistischen Wettbewerb.

Die ideologische Agitationsarbeit der Gewerkschaften in den Betrieben der DDR hat schwerpunktmäßig die Leistungssteigerung, und damit die Planverwirklichung zum Ziel.¹⁾ Der FDGB unternimmt vielfältige Anstrengungen, um den einzelnen Arbeiter davon zu überzeugen, daß die Erfüllung und möglichst Übererfüllung der planmäßigen ökonomischen Leistungsanforderungen wesentlich zu seiner Selbstver-

1) Vgl. Pichert, Hermann, a.a.O., S. 262

wirklichung als sozialistische Persönlichkeit beiträgt, Auf die Gesamtheit der Arbeiterschaft bezogen bedeutet dies, daß sie ihre sozialistische Mission im wesentlichen durch intensiven Leistungswettbewerb erfüllt. Diese Zielvorstellung brachte der 8. FDGB Kongreß in seiner EntschlieÙung klar zum Ausdruck:¹⁾

"Der Kongreß stellt fest, daß der sozialistische Wettbewerb zum entscheidenden Betätigungsfeld der Arbeiterklasse geworden ist, auf dem sich ihr weiteres Wachstum als führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft vollzieht."

Die Erziehungsarbeit der Gewerkschaften in den Betrieben bedeutet die Übermittlung und Durchsetzung des im Plan fixierten Partei- und Staatsauftrages durch die Gewerkschaften. Sie wirken hier im Leninschen Sinn als "Transmissionsriemen der Partei."²⁾

Bei den Aktivitäten zur Planerfüllung und bei der ideologischen Erziehungsarbeit nehmen die Gewerkschaften Unterstützungsfunktionen für die Betriebsleitung wahr. Die beiden genannten Aspekte der Arbeit des FDGB sind dadurch gekennzeichnet, daß die gewerkschaftlichen Beiträge völlig im Dienste übergeordneter Zielsetzungen der wirtschaftsleitenden Organe stehen. Im Unterschied dazu kann davon ausgegangen werden, daß die betriebliche Sozialpolitik der Gewerkschaften eigenständige Zielvorstellungen der Führungsgremien des FDGB verwirklicht, die zuvor mit den politischen Zentralinstanzen abgestimmt wurden.

Von den drei grundsätzlichen Tätigkeitsgebieten des FDGB in den Betrieben kann also nur eines, die sozialpolitische Aktivität, als Wahrnehmung traditioneller Gewerkschaftsziele gewertet werden.

1) EntschlieÙung des 8. Kongresses des FDGB zum Bericht des Bundesvorstandes, a.a.O., S. 151

2) Vgl. Pichert, Hermann: a.a.O., S. 262 f.

- 33 Die Wesensmerkmale der Wirtschaftsordnung in der Sicht der Gewerkschaften der Bundesrepublik
- 331 Wesensmerkmale der sozialen Marktwirtschaft in der Sicht des DGB
- 3311 Die Eigentumsordnung der Bundesrepublik in der Sicht des DGB

"Die Gewerkschaften haben sich niemals gegen das Eigentum an sich gewandt. Sie haben auch das Eigentum im Privatbesitz niemals grundsätzlich verneint. Was auch immer über sie gesagt oder geschrieben worden ist - die Gewerkschaften haben sich stets zu dem Grundsatz bekannt, daß Privateigentum an sich weder verwerflich noch unsittlich sei."¹⁾

Diese Aussage des ehemaligen DGB Vorsitzenden läßt einer Interpretation der gewerkschaftlichen Einstellung zum Rechtsinstitut des Privateigentums weiten Spielraum. Soweit sie eine Zustimmung enthält, trifft diese in erster Linie für das von den Gewerkschaften bejahte Privateigentum an Konsumgütern und der damit verbundenen Verfügungsmacht über Sachen zu. Das persönliche Eigentum an Gebrauchsgegenständen oder Verbrauchsgütern, das auch in sozialistischen Wirtschaftssystemen garantiert wird, kann deshalb bei der Analyse der Haltung der Gewerkschaften zur Eigentumsordnung der Bundesrepublik außer Betracht bleiben. Die im obigen Zitat zum Ausdruck kommenden erheblichen Vorbehalte richten sich gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln und die daraus im System der sozialen Marktwirtschaft abgeleitete Macht, wie sie sich in den Unternehmungen manifestiert.²⁾

1) Rosenberg, Ludwig: Entscheidungen für morgen - Gewerkschaftspolitik heute, a.a.O., S. 166

2) Vgl. ebd., S. 168

In den Äußerungen der Gewerkschaften der Bundesrepublik zum Privateigentum an Produktionsmitteln sind drei verschiedene Aspekte erkennbar.¹⁾

Der rechtliche Aspekt bezieht sich auf die im Grundrechtskatalog garantierten Freiheits- und Gleichheitsrechte des Individuums. Als zweiter Aspekt ist die historische Relativierung der gegenwärtigen ökonomischen Machtverteilung in der Bundesrepublik und deren Deutung aus politischen Kräfteverhältnissen zu nennen. Der dritte Aspekt ist rein ökonomischer Natur. Aus diesem Blickwinkel stellen die Gewerkschaften zur Diskussion, in welcher Eigentumsform die Kapitalbildung am zweckmäßigsten erfolgen sollte, um ein unter gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten möglichst effektives Wirtschaftssystem zu erreichen.

Hinsichtlich der Rangordnung sind die naturrechtlichen Leitbilder letztendliche Oberziele, da die Wirtschaft nach Meinung des DGB "der freien und selbstverantwortlichen Entfaltung der Persönlichkeit innerhalb der menschlichen Gemeinschaft" zu dienen hat.²⁾ Die politischen und ökonomischen Zielsetzungen haben demgegenüber instrumentalen Charakter. Sie sollen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die freie Selbstentfaltung und die Würde der arbeitenden Menschen in der von den Gewerkschaften angestrebten Art und Weise gewährleistet wird.³⁾

In der sozialen Marktwirtschaft ergibt sich die Verfügungsmacht der Eigentümer von Produktionsmitteln über

1) Zu den grundsätzlichen Aspekten der Beurteilung der Institution des Privateigentums vgl. Weber, Christian Egbert: Lohnwertbildung und Eigentumsordnung in der modernen Marktwirtschaft, a.a.O., S. 100 ff.

2) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 6

3) Vgl. Rosenberg, Ludwig: a.a.O., S. 170 f.

die Unternehmungen aus der Verbindung des Grundrechts auf Privateigentum mit dem Prinzip der Vertragsfreiheit.¹⁾ Die bisher in der Bundesrepublik vorherrschende liberale Interpretation des Grundgesetzes geht davon aus, daß die mit dem Privateigentum verbundenen Befugnisse eine Garantie für die Verwirklichung des Grundrechts auf freie Selbstentfaltung der Persönlichkeit darstellen, weil sie den wirksamsten Schutz der Individualsphäre gegenüber Eingriffen - vor allem des Staates - bieten.²⁾

Im Gegensatz dazu erklären die Gewerkschaften, daß durch die Verfügungsrechte aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln Privilegien geschaffen wurden, die gegen den demokratischen Gleichheitsgrundsatz verstoßen und die freie Selbstentfaltung der weitaus überwiegenden Mehrzahl der arbeitenden Menschen verhindern.³⁾ Eine humane Gesellschaft, "die jedem wahrhaft gleiche Chancen gewährt, sich frei zu entfalten", ist in der bisherigen Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik nach Meinung der Gewerkschaftsführer nicht verwirklicht worden.⁴⁾ Ihr Hauptvorwurf richtet sich gegen die aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln entspringende Herrschaft über Menschen, die in ihrer Sicht Entfremdung und Abhängigkeit, und damit eine ungerechte Einschränkung der Freiheitsrechte der Arbeiterschaft zur Folge hat.⁵⁾

1) Vgl. GG Art. 14 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1

2) Vgl. oben, Abschnitt 11, insb. S. 4

3) Vgl. Vetter, Heinz Oskar: Rede auf dem dritten außerordentlichen Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 22. Jg., Heft 6, Juni 1971, S. 325

4) Ebd.

5) Vgl. Loderer, Eugen: Die Rolle des DGB in der modernen Gesellschaft, a.a.O., S. 7

Der DGB geht bei seiner Deutung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik davon aus, daß ein Spannungsverhältnis zwischen dem Demokratieprinzip und der Eigentumsordnung vorliegt. Dieser Konflikt wird auf die liberale Interpretation und Ausgestaltung der im Grundgesetz vorgezeichneten Rechts- und Staatsordnung durch die Regierungen der ersten zwanzig Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik zurückgeführt.¹⁾

Das DGB Grundsatzprogramm kritisiert, daß die Wirtschaftsmacht in der Bundesrepublik sich bei den Eigentümern, d.h. auf der Kapitaleseite konzentrierte, obwohl die Arbeit als produktivster Faktor zur Bildung wirtschaftlicher Werte anzusehen sei.²⁾ Aus der in der sozialen Marktwirtschaft gegebenen ökonomischen Machtverteilung schließen die Gewerkschaften, daß die Entwicklung der Bundesrepublik lediglich zu einer Wiederherstellung ungerechter alter Besitz- und Machtverhältnisse führte.³⁾

Neben schweren rechtlichen und gesellschaftlichen Mängeln werfen die Arbeitnehmerorganisationen dem System der sozialen Marktwirtschaft Versagen im ökonomischen Bereich vor, das sie zum Teil auf das Privateigentum an Produktionsmitteln zurückführen. Die grundsätzlichen Thesen dieser Kritik faßte der DGB Vorsitzende in seiner Rede auf dem Satzungskongreß in Düsseldorf im Mai 1971 zusammen:⁴⁾

1) Vgl. Hartwich, Hans-Hermann: Der soziale Rechtsstaat - Motor erweiterter Mitbestimmung oder restriktive Bedingung der Gesellschaftsreform?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Bund Verlag, Köln, 22. Jg., Heft 10, Oktober 1971, S. 579 f.

2) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 4

3) Ebd.

4) Vetter, Heinz Oskar: Rede auf dem dritten außerordentlichen Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes: a.a.O., S. 325

"Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem gewinnt seine Dynamik aus der Erzeugung privater Güter und der Befriedigung privater Bedürfnisse. Privatwirtschaftliche Rentabilität heißt das Gesetz seines Fortschritts. Wachstum wird gemessen an privaten Kosten und Erträgen. Zahlreiche gesellschaftliche Bedürfnisse werden nicht gedeckt."

Hier wird der gewerkschaftlichen These Ausdruck verliehen, daß die gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung auf der Basis des Privateigentums, und das privatwirtschaftliche Rentabilitäts- und Gewinnstreben verhängnisvolle gesellschaftliche und wirtschaftliche Fehlentwicklungen zur Folge hat.¹⁾

Der DGB nimmt für sich in Anspruch, daß seine Alternative zur Eigentumsordnung der Bundesrepublik die rechtlichen, machtpolitischen und ökonomischen Mängel der sozialen Marktwirtschaft beseitigt, d.h. eine freiere Selbstentfaltung der Menschen, eine gerechtere Verteilung der ökonomischen Macht auf die Produktionsfaktoren und eine die gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse besser berücksichtigende wirtschaftliche Leistungserstellung ermöglicht.²⁾

Voraussetzung für die angestrebte gleichberechtigte Teilnahme der Arbeitnehmer an der wirtschaftlichen Willensbildung und für die gerechte Verteilung des ökonomischen Einflusses ist nach Meinung des DGB eine entscheidende Abschwächung der gegenwärtig aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln entspringenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Macht. Nicht eine quantita-

1) Vgl. Vetter, Heinz Oskar: Gewerkschaftliche Forderungen an die politischen Parteien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 23. Jg., Heft 10, Oktober 1972, S. 604

2) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 6

tive Aufteilung des Eigentums an Produktionsmitteln ist hier das Ziel, sondern die Neubildung eines Rechtsbegriffes, durch den die Individualgarantien des Grundgesetzes einer einschränkenden Neuinterpretation unterzogen, und in ein neues Verhältnis zur sozialen und kollektiven Rechtssphäre gebracht werden.

Die Mitbestimmungsforderungen des DGB gründen sich auf einen aus der Arbeit abgeleiteten Rechtsanspruch. Dem Produktionsfaktor Arbeit stehen in gewerkschaftlicher Sicht nicht nur mengenmäßige Anteile am Produktionsertrag in Form des Arbeitsentgelts und sonstiger Ertragsbeteiligungen zu, sondern eine Verfügungsmacht über die Produktionsmittel, wie sie bisher in der Bundesrepublik dem Produktionsfaktor Kapital vorbehalten war. Aus dem großen Produktivitätsbeitrag des Faktors Arbeit folgern die Gewerkschaften, daß Arbeit eine zweite, dem Rechtsinstitut des Privateigentums an Produktionsmitteln gleichzusetzende, Rechts- und Machtquelle darstellt.

Das vom DGB in seiner Mitbestimmungskonzeption formulierte neue Rechtsinstitut zur gleichberechtigten Verfügung über Produktionsmittel unterscheidet sich grundlegend von der aus Privateigentum und dem Prinzip der Vertragsfreiheit erwachsenden Verfügungsgewalt: Die direkt aus der Arbeit abgeleiteten Verfügungsrechte gründen sich nicht auf das Prinzip der Vertragsfreiheit, sie sind also kaufvertraglich nicht erwerbbar oder übertragbar.¹⁾ Sie beinhalten nicht eine umfassende Verfügungsgewalt über Sachen, sondern sie sind nur Teilrechte.²⁾ Ferner sind diese Verfügungsrechte nicht für den einzelnen Arbeiter als Träger des Produktionsfaktors Arbeit

1) Vgl. Weber, Christian Egbert: Lohnwertbildung und Eigentumsordnung in der modernen Marktwirtschaft: a.a.O., S. 41

2) Ebd.

exakt definierbar und realisierbar, sondern nur für die Gruppe. Es handelt sich also um Kollektivrechte, die repräsentativ geltend zu machen sind.¹⁾ Die Gewerkschaften erheben als Interessengruppe der organisierten Arbeiterschaft einen umfassenden Repräsentationsanspruch hinsichtlich der Wahrnehmung der von ihnen postulierten Mitbestimmungsrechte auch auf Unternehmensebene.

Eine gesetzliche Verankerung der paritätischen Mitbestimmung schafft nach Ansicht des DGB die Bedingungen für die optimale Verwirklichung der Chancengleichheit und der freien Selbstentfaltung des Individuums. Ferner soll dadurch die von den Gewerkschaften angestrebte formalrechtliche Machtgleichheit zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in allen Wirtschaftsbereichen gewährleistet werden. Die individualrechtlichen und gesellschaftspolitischen Mängel, die der DGB an der bisherigen sozialen Marktwirtschaft kritisiert, sollen also dadurch behoben werden, daß dem individuellen, abstrakten Eigentum der Kapitalgeber ein gleich starkes Kollektivrecht der Arbeitnehmerseite gegenübergestellt wird.

In der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung nimmt die Mitbestimmungsdiskussion einen so breiten Raum ein, daß die rein ökonomischen Alternativen des DGB zur gegenwärtigen Eigentumsordnung der Bundesrepublik in der Öffentlichkeit relativ wenig Beachtung finden. In seinen ökonomischen Zielvorstellungen geht der DGB davon aus, daß die auf Privateigentum basierende privatwirtschaftliche Kapitalbildung zu keiner befriedigenden Lösung gesamtwirtschaftlicher Probleme führen kann. Deshalb wird der am individuellen Eigentum

1) Vgl. Weber, Christian Egbert: Lohnwertbildung und Eigentumsordnung in der modernen Marktwirtschaft: a.a.O.

an Produktionsmitteln orientierten Eigentumsordnung der Bundesrepublik das Leitbild des Kollektiveigentums und der kollektivwirtschaftlichen Kapitalbildung entgegengesetzt. Die kollektivwirtschaftlichen Zielvorstellungen des DGB gipfeln in der Forderung nach "Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum."¹⁾ Dies bedeutet, daß das Rechtsinstitut des Privateigentums an Produktionsmitteln nur noch als Relikt in unbedeutenden Randbereichen der Wirtschaft zu finden wäre.

Bei einer Verwirklichung der kollektivwirtschaftlichen Zielvorstellungen des DGB wären die gegenwärtig heftig diskutierten Mitbestimmungsforderungen irrelevant, da es keine auf Privateigentum gestützte individualrechtliche Gegenmachtsposition mehr gäbe.

Als entscheidendes Kriterium der gewerkschaftlichen Alternative zur gegenwärtigen Eigentumsordnung der Bundesrepublik ist der Glaube an die Erreichung einer individuell und sozial gerechteren und gesamtwirtschaftlich effektiveren Verbindung der Menschen mit der Güterwelt durch eine einschneidende Ausdehnung der kollektivistischen und öffentlich-rechtlichen Sphäre anzusehen. Dabei wird unterstellt, daß die gleichzeitig erforderliche proportionale Einschränkung der individualistischen und privatrechtlichen Sphäre ausschließlich die Privateigentümer von Produktionsmitteln betrifft und nicht die breite Allgemeinheit. Diese gewerkschaftliche These wird im abschließenden Kapitel im größeren Zusammenhang zu prüfen sein.

1) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 9;
vgl. auch Vetter, Heinz Oskar: Gewerkschaftliche Forderungen an die politischen Parteien: a.a.O., S. 609

3312 Gewerkschaften und dezentrale Planung

Die Kritik des DGB am System der dezentralen Planung in der sozialen Marktwirtschaft richtet sich zum einen dagegen, daß die einzelne Unternehmung den Rang eines selbstverantwortlichen Planungs- und Entscheidungszen-trums einnimmt, und Daten setzt, die in den gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bereich ausstrahlen. Zum zweiten erheben die Gewerkschaften den Vorwurf, daß privatwirtschaftliche Planung grundsätzlich den öffentlichen Bedürfnissen nicht genügend Rechnung trage, weil privatwirtschaftliche Rentabilität und privatwirtschaftliche Rationalität als Entscheidungsmaximen die autonome Unternehmerpolitik prägen.¹⁾ Der DGB unterstellt, daß privatwirtschaftliche Rentabilität und Rationalität in offenem Widerspruch zur gesamtwirtschaftlichen Rentabilität und Rationalität stehe.²⁾

Diese gewerkschaftliche Hypothese bedeutet eine Umkehr der in sehr abgeschwächter Form auch in der sozialen Marktwirtschaft geltenden liberalistischen Prämisse, daß die Vernunft des Individuums und die Geltung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, sowie in der modernen sozialen Marktwirtschaft die vielfältige staatliche und gesellschaftliche Kontrolle der Unternehmensentscheidungen dazu führen, daß die einzelnen Wirtschaftseinheiten bei der Verfolgung ihrer individuellen Ziele gleichzeitig das Gemeinwohl fördern.³⁾

Die Negierung der sozialphilosophischen und nationalökonomischen Prämissen der dezentralen Planung führt zu

1) Vgl. Vetter, Heinz Oskar: Die Sozialpolitik als Herausforderung an die Industrienationen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, a.a.O., 23. Jg., Nr. 6, Juni 1972, S. 203

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. oben S.9 f.

Alternativvorstellungen des DGB, die für eine autonome unternehmerische Planung auf betriebswirtschaftlicher Basis nur noch wenig Raum lassen.

Im Grundsatzprogramm von 1963 ist eine volkswirtschaftliche Rahmenplanung vorgesehen, die den einzelnen Wirtschaftsbereichen und den Einzelwirtschaften Orientierungsdaten für freie Entscheidungen liefert.¹⁾ Grundlage für die Investitionslenkung sollen laufende Bedarfs- und Nachfragevorausschätzungen sein, durch die die private wirtschaftliche Investitionstätigkeit im Sinne des unter Mitwirkung des DGB zu erstellenden volkswirtschaftlichen Rahmenplanes gesteuert werden, "ohne die letzte Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen aus dem Bereich des einzelnen Unternehmens herauszunehmen."²⁾ Es werden also gesamtgesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich abgestimmte, staatliche Investitionsleitlinien empfohlen, da nach Meinung des DGB hierdurch Fehlleitungen von Kapital und Arbeitskraft vermieden werden können.³⁾

Neuere Äußerungen des DGB Vorsitzenden lassen erkennen, daß die Gewerkschaften die Investitionsentscheidungen völlig aus dem selbstverantwortlichen Entscheidungsfeld des Unternehmers herauslösen wollen:⁴⁾

"Die inhaltliche Ausrichtung unserer Wirtschaft muß öffentlicher Kontrolle unterworfen werden; wir brauchen eine gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Planung; wir brauchen namentlich eine globale Investitionsplanung."

1) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 8

2) Ebd.

3) Ebd.

4) Vetter, Heinz Oskar: Die Sozialpolitik als Herausforderung an die Industrienationen: a.a.O., S. 204

Nicht mehr auf der Grundlage privatwirtschaftlicher Kapitalbildung, sondern über öffentlich kontrollierte Fonds soll die Investitionstätigkeit geplant und finanziert werden.¹⁾

Gemeinsames Ziel aller planungsbezogenen Forderungen des DGB ist eine entscheidende Einschränkung des ökonomischen Planungs- und Entscheidungsspielraums der Unternehmerseite. Eine derartige Notwendigkeit ergibt sich für die Gewerkschaften aus dem privatwirtschaftlichen unternehmerischen Zielbündel, dessen Verfolgung in ihrer Sicht verhindert, daß die wesentlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben gelöst werden.

Parallel zu diesen Bemühungen um eine Lahmlegung der autonomen privatwirtschaftlichen Entscheidungsmöglichkeiten sind die Gewerkschaften bestrebt, ihre eigenen Planungs- und Entscheidungskompetenzen auszuweiten und ihre Eigenständigkeit zu wahren. Hohen Rang im Forderungskatalog des DGB an die politischen Parteien vor der Bundestagswahl 1972 hatte die Sicherung der gewerkschaftlichen Autonomie, mit der Begründung, daß Gewerkschaften, die nicht autonom sind, als Faktoren der Gesellschaftsgestaltung ausscheiden.²⁾ Diese Feststellung, aus der die Notwendigkeit selbständiger Gewerkschaften ableitbar ist, trifft für alle Gruppen der pluralistischen Gesellschaft der Bundesrepublik zu. Der Verlust der Möglichkeit selbstverantwortlicher Planung und Entscheidung hat zur Folge, daß die betroffene Gruppe keine autonomen, gestaltenden Beiträge mehr leistet, sondern als heteronomes Organ vorgegebene Ziele verfolgt.

1) Vgl. Vetter, Heinz Oskar: Die Sozialpolitik als Herausforderung an die Industrienationen, a.a.O., S. 203/204; vgl. auch Rosenberg, Ludwig: a.a.O., S. 177/178

2) Vgl. Vetter, Heinz Oskar: Gewerkschaftliche Forderungen an die politischen Parteien: a.a.O., S. 603

313 Die marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumente in der Sicht des DGB

Die dezentrale Lenkung marktwirtschaftlicher Systeme erfolgt über frei bewegliche Preise und freie Märkte bei möglichst intensivem Wettbewerb. Die Lenkung und Koordination der Produktivkräfte durch den Marktmechanismus, und die freie Marktpreisbildung sind nach gewerkschaftlichem Urteil in der Wirtschaft der Bundesrepublik nur sehr beschränkt wirksam, weil sich in vielen Industriezweigen oligopolistische und monopolistische Marktstrukturen herausgebildet haben. Diese Entwicklung, und kartellartige Absprachen zwischen Unternehmen haben zur Folge, daß viele marktwirtschaftliche Bereiche nicht mehr dem Druck des Wettbewerbs unterliegen.¹⁾ Die oligopolistischen und monopolistischen Anbieter können ihre Machtpositionen zu Preismanipulationen zu Lasten der Abnehmer mißbrauchen.

Die Veränderung der grundlegenden marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien durch marktbeherrschende Unternehmen zum Nachteil der Verbraucher erfordert nach Meinung der Gewerkschaften eine wirksame Überwachung und Kontrolle der Konzentrationsbewegung und eine Stimulierung des Wettbewerbs. Hierzu schlagen sie ein Bündel rechtlicher und ökonomischer Maßnahmen vor.

Die wichtigste Rolle kommt den angestrebten gesetzlichen Regelungen zu, wobei eine wirksamere Gestaltung des Wettbewerbsrechts im Vordergrund steht. Der DGB verlangt, daß die Kartellgesetzgebung auf dem Verbotsprinzip aufbauen sollte, und daß die Preisbindung der zweiten Hand zu verbieten sei.²⁾ Ferner sollen konzentrationsfördernde

1) Vgl. Vetter, Heinz Oskar: Die Sozialpolitik als Herausforderung an die Industrienationen: a.a.O., S. 203

2) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 9

Rechtsvorschriften, z.B. auch entsprechende Steuerbestimmungen beseitigt werden.¹⁾

Die gezielte Förderung und der Ausbau gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen wird im Grundsatzprogramm als geeignetes wirtschaftspolitisches Mittel zur Mobilisierung des Wettbewerbs genannt.²⁾ Bei der angestrebten Gegenmachtsposition gemeinwirtschaftlicher Unternehmen³⁾ steht allerdings der Aspekt der Einführung anderer einzelwirtschaftlicher Ziele im Vordergrund. Die gemeinwirtschaftlichen Forderungen des DGB gewinnen ihre Bedeutung als eines der Instrumente zur Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, nicht als Maßnahme zur Intensivierung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs.

Die dritte Forderung der Gewerkschaften zur Erreichung unverzerrter Wettbewerbs- und Marktbedingungen zielt auf genaue Erhebungen über den Umfang der Konzentration ab, um aufgrund der dadurch gewonnenen Informationen eventuell erforderliche Kontroll- oder Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.⁴⁾

Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch die gewerkschaftliche Forderung nach einer Erhöhung der Markttransparenz durch verbesserte Verbraucherinformation zu erwähnen.⁵⁾

Streng zu trennen vom Wettbewerb auf den Produktmärkten, den die oben genannten gewerkschaftlichen Vorschläge fördern sollen, ist die Wettbewerbsproblematik auf dem Arbeitsmarkt. Hier treffen Angebot und Nachfrage nach

1) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O.

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. Goldberg, Jörg: Gemeinwirtschaft als Gegenmacht, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Bund Verlag Köln, 23. Jg., Heft 3, März 1972, S. 154

4) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 9

5) Vgl. ebd.

menschlicher Arbeitskraft aufeinander, die nicht als "Ware" im Sinne der auf den Produktmärkten gehandelten Waren angesehen werden kann. Die Persönlichkeitsrechte der arbeitenden Menschen, ihre sozialen Bindungen, und die ungleiche Verhandlungsposition des einzelnen Anbieters von Arbeitskraft gegenüber dem Nachfrager bei freier Konkurrenz bewirken, daß die Voraussetzungen für ein freies Spiel der Marktkräfte auf dem Arbeitsmarkt nicht gegeben sind.

Durch eine möglichst umfassende Organisation der Arbeitnehmer versuchen die Gewerkschaften, auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes die Kräfte der Konkurrenz möglichst weitgehend zu eliminieren.¹⁾ Die Zusammenfassung des Arbeitsangebots und die Kollektivverhandlungen zur Fixierung der Lohnhöhe verbessern gleichzeitig die Transparenz des Arbeitsmarktes sowohl für die Arbeitnehmer- als auch für die Arbeitgeberseite.²⁾

Die gegensätzliche Interessenkonstellation auf den Produktmärkten und dem Arbeitsmarkt spiegelt sich in der gewerkschaftlichen Einschätzung der marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumente hinsichtlich ihrer Wirkung in den genannten Wirtschaftsbereichen. Auf den Produktmärkten versuchen die Gewerkschaften den Wettbewerb auf der Angebotsseite zu intensivieren, um zu verhindern, daß sich durch Verringerung der Zahl der konkurrierenden Firmen die Anbietermacht so stark konzentriert, daß die Marktstellung der Verbraucher entscheidend geschwächt wird. Auf dem Arbeitsmarkt haben die Gewerkschaften durch Zusammenfassung der Vielzahl von Anbietern von Arbeits-

1) Vgl. Weber, Christian Egbert: Der freie und der gebundene Arbeitsmarkt, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1953, S. 81 ff.

2) Vgl. Steiner, Kurt: Die Gewerkschaften in der heutigen Wirtschaftsordnung, Polygraphischer Verlag, Zürich und St. Gallen 1960, S. 163

kraft erst eine gleichgewichtige Verhandlungsposition gegenüber der relativ geringen Zahl von Nachfragern geschaffen.¹⁾

3314 Gewerkschaften und das Prinzip der Vertragsfreiheit

Das Prinzip der individuellen Vertragsfreiheit hat in der sozialen Marktwirtschaft für die Güter- und Dienstleistungsmärkte weitgehende Gültigkeit. Aufgrund der sozialen Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen, die die individuelle freivertragliche Regelung der Arbeitsbedingungen im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts zur Folge hatte, wurde das Prinzip der Vertragsfreiheit im Bereich des Arbeitsmarktes in der sozialen Marktwirtschaft in abgewandelter Form realisiert.

Auf der Grundlage der in Art. 9 Abs. 3 garantierten Koalitionsfreiheit der Arbeitsmarktparteien und ihrer Tarifautonomie wird für den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik das Prinzip der individuellen Vertragsfreiheit weitgehend durch ein System autonomer kollektiver Normenverträge ersetzt.²⁾ Die Rechtssphären der individuellen und der kollektiven Vertragsfreiheit werden durch die arbeitsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere durch das Tarifvertragsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz voneinander abgegrenzt.³⁾

Die Gewerkschaften erblicken in ihrer uneingeschränkten Tarifautonomie, die das Streikrecht beinhaltet, die zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchsetzung

1) Vgl. Elvers, Gerd: Gewerkschaftspolitik und Marktwirtschaft, Verlag Uni Druck, München 1968, S. 170

2) Vgl. Bericht und Materialien zur Lage der Nation 1972, a.a.O., Randnote 316, S. 167

3) Vgl. ebd.

ihrer lohn- und arbeitspolitischen Zielsetzungen. Folgende Äußerung des gegenwärtigen Vorsitzenden der IG Metall illustriert diese gewerkschaftliche Grundsatzforderung:¹⁾

"Der einzige Anlaß gewerkschaftlichen Handelns ist der arbeitende Mensch. Unser Ziel ist die Humanisierung der Arbeitswelt in einem freiheitlichen Staat. Diese Freiheit wäre undenkbar ohne die Tarifautonomie. Jede Tarifbewegung ist eine Auseinandersetzung zwischen Tarifvertragsparteien, in die sich kein Außenstehender ungebeten einzumischen hat."

Autonomie der Tarifvertragsparteien beim Abschluß der kollektiven Vereinbarungen ist nach übereinstimmender Ansicht des Gesetzgebers der Bundesrepublik und der Gewerkschaften die Voraussetzung für tarifvertragliche Regelungen, in denen die Interessen aller beteiligten sozialen Gruppen angemessen berücksichtigt werden. Die juristische Gleichheit individueller Vertragsparteien könnte in diesem Bereich nicht zu Ergebnissen führen, die vom Standpunkt sozialer Gerechtigkeit aus zu billigen wären.

Für den Arbeitsmarkt ist charakteristisch, daß den Kollektivverträgen eine Leitfunktion für die allgemeine arbeitsrechtliche Entwicklung, also auch für die Arbeitsbedingungen der nicht organisierten Arbeitnehmer zukommt.²⁾ Die Gewerkschaften beanspruchen und haben als gesetzlich anerkannte Tarifvertragsparteien entscheiden-

1) Loderer, Eugen: Begrüßungsansprache auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall, in: Der Gewerkschafter, Monatsheft für die Funktionäre der IG Metall, Jg. 19, Heft 10, Oktober 1971, S. 372; vgl. auch Vetter, Heinz Oskar: Gewerkschaftliche Forderungen an die politischen Parteien: a.a.O., S. 603

2) Vgl. Bericht und Materialien zur Lage der Nation 1972: a.a.O., Randnote 316, S. 167

den Anteil an der vom Prinzip autonomer kollektiver Vertragsfreiheit ausgehenden Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

3315 DGB und Leistungsprinzip

Wie im vorhergehenden Abschnitt dargelegt wurde, sind in der Bundesrepublik die aus den Arbeitsverhältnissen erwachsenden Rechte und Pflichten normativ festgelegt. Im Rahmen des Arbeitsverhältnisses geht der Arbeitnehmer die Verpflichtung ein, seine Arbeit mit jenem Einsatz der körperlichen und geistigen Kräfte zu verrichten, "der ihm auf Dauer ohne Gefährdung seiner Gesundheit im Sinne einer individuellen Normalleistung zugemutet werden kann".¹⁾

Die Förderung der Produktivität der Wirtschaft liegt im beiderseitigen Interesse der Arbeitsmarktparteien. Auch die Gewerkschaften gehen davon aus, daß eine hohe Produktivitätsleistung der Betriebe eine wesentliche Voraussetzung für die Erhöhung des individuellen und sozialen Lebensstandards ist.²⁾ Die Erhaltung und der sinnvolle Ausbau des gegenwärtigen Systems sozialer Sicherung erfordert auch für die Zukunft eine leistungsorientierte Wirtschaft, weil nur auf dieser Grundlage die ökonomischen Mittel für eine langfristige Erfüllung der vielfältigen Anforderungen des öffentlichen Sektors, vor allem auch für die Alters- und Krankenversicherung erarbeitet werden können.³⁾

1) Vgl. Bericht und Materialien zur Lage der Nation 1972: a.a.O., Randnote 334, S. 174

2) Vgl. Elvers, Gerd: a.a.O., S. 53

3) Vgl. Auszug aus Schoeck, Helmut: Ist Leistung unanständig?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.10.1971, S. 17

Das gemeinsame Interesse am Produktivitätsfortschritt hebt jedoch die gegensätzlichen Positionen von Gewerkschaften und Unternehmern nicht auf, wenn die Verteilung des Produktivitätsgewinnes zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zur Diskussion steht.¹⁾

Die dem Wesen nach leistungsorientierte Bezugsgröße der Produktivität wird von den Gewerkschaften keinesfalls als einzige Richtschnur für die Bestimmung der Lohnhöhe anerkannt. So erklärte ein Tarifexperte der IG Metall:²⁾

"Die IG Metall lehnt es in tarifpolitischer Hinsicht ab, sich fest am Produktivitätszuwachs zu orientieren, denn damit gäbe sie Grundforderungen nach Änderung der Einkommens- und Vermögensbildung praktisch auf. Uns geht es, um es deutlich zu sagen, um das größere Stück aus dem Kuchen.

Wer sich für den Produktivitätslohn ausspricht, hält den gegenwärtigen Anteil des Lohnes am Gesamteinkommen für richtig und verzichtet auf eine Änderung der Einkommensstruktur. Das war und ist nicht unsere Position."

Die allgemeine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Situation, insbesondere die Konjunkturlage, haben Einfluß auf die von den Gewerkschaften zur Begründung ihrer Lohnforderungen ins Feld geführten wirtschaftlichen Daten. Die Produktivität ist lediglich eine der verwendeten Größen. Daneben spielen die Preisentwicklung, und die damit verbundene Mindestforderung eines Inflationsausgleichs zur Vermeidung von Reallohnverlusten, der Anspruch auf einen bestimmten Lebensstandard, die Höhe und Entwicklung der Unternehmergewinne, und Lohnvergleiche

1) Vgl. Elvers, Gerd: a.a.O., S. 54

2) Mayr, Hans: Zielbewußte Tarifpolitik, in: Der Gewerkschafter, Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, Jg. 19, Heft 9, September 1971, S. 345

mit anderen Wirtschaftszweigen eine bedeutende Rolle.¹⁾

Grundsätzlich erhebt der DGB die Forderung, daß unabhängig von Person oder Geschlecht gleiche Arbeitsleistung gleich entlohnt werden sollte.²⁾

Wirtschaftsfremde, utopische Ideen, in denen die "Leistungsgesellschaft" angeprangert wird, fanden beim DGB wenig Anklang, wie die prinzipielle Bejahung des Leistungsprinzips beweist. Ziel des DGB ist nicht Abschaffung der Leistung, sondern Leistungsgerechtigkeit und Berücksichtigung der durch die Humanität im weitesten Sinn gesetzten Grenzen für die Leistungsanforderungen.

3316 Staatliche Wirtschaftspolitik in der Sicht des DGB

"Die Kontrolle der Wirtschaft ist eine der wichtigsten Aufgaben der modernen Gesellschaft, wenn sie in ihr ein Instrument des Volkswillens und nicht der Herrschaft über das Volk sieht ... Deshalb ist eine politische, eine demokratische Kontrolle wirtschaftlichen Geschehens in einer Wirtschaft der Konzentration eine Lebensfrage der Demokratie, die sich selbst aufgibt, wenn sie sich nur auf den Sektor der Gesetzgebung beschränken wollte."³⁾

Wirtschaftsordnungspolitik, Strukturpolitik, Prozeßpolitik und vor allem auch die Sozialpolitik des Staates haben nach Meinung der Gewerkschaften die Entwicklung des ökonomischen Bereichs über das bisherige Ausmaß hinaus wirksam zu kontrollieren und unerwünschte Tendenzen auszuschalten.

1) Vgl. Steiner, Kurt: a.a.O., S. 146 ff.

2) Vgl. DGB Aktionsprogramm, a.a.O., Juli 1970, S. 10 f.

3) Rosenberg, Ludwig: a.a.O., S. 144

Im ordnungspolitischen Konzept des DGB steht die Forderung nach Einführung der paritätischen Mitbestimmung in allen Wirtschaftsbereichen, die Ausdehnung des gewerkschaftlichen Sektors, und die Förderung des Wettbewerbs durch ein verschärftes Kartellrecht im Mittelpunkt.¹⁾

Die geforderte weitgehende Einschränkung der dezentralen privatwirtschaftlichen Planungsautonomie bei gleichzeitiger Verstärkung der zentralen und kollektiven Wirtschaftsplanung würde nach Meinung der Gewerkschaften eine von ihnen häufig kritisierte Störung des sozialen Gleichgewichts beseitigen, die viele Gewerkschaftsfunktionäre allein darauf zurückführen, daß der wirtschaftliche Wachstumsprozeß in der Bundesrepublik marktwirtschaftlich organisiert und privatwirtschaftlich motiviert ist.²⁾

Die vom DGB angestrebte Zentralisierung und Kollektivierung der Planung hätte prozeßpolitisch weitgehende Folgen. Nicht mehr Globalsteuerung und Konjunkturpolitik unter Beschränkung auf den Einsatz des bisherigen wirtschaftspolitischen Instrumentariums wird angestrebt, sondern eine volkswirtschaftliche Rahmenplanung mit Orientierungsdaten auch für die Entscheidungen der Einzelwirtschaften.³⁾

Als oberstes Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik nennt der DGB die Vollbeschäftigung, die durch Schaffung der Voraussetzungen für ein stetiges Wirtschaftswachstum zu sichern sei.⁴⁾ Das Vollbeschäftigungsziel rangiert

1) Vgl. oben, S. 122 ff.

2) Vgl. Katterle, Siegfried: Infrastrukturpolitik und Wirtschaftsordnung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, a.a.O., 22. Jg., Oktober 1971, Heft 10, S. 592 ff.

3) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 8

4) Vgl. ebd., S. 6

in gewerkschaftlicher Sicht noch vor der ebenfalls als wirtschaftspolitisches Hauptziel eingereichten Stabilität des Geldwertes.¹⁾

Die Brücke von der Wirtschaftspolitik zur Gesellschaftspolitik wird in den gewerkschaftlichen Thesen zur Mitbestimmung und zur staatlichen Einkommens- und Vermögenspolitik geschlagen.²⁾

"Die Veränderung der Vermögensbildung zugunsten der Arbeitnehmer ist eine der großen gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Nur durch Mitbestimmung und Vermögensbildung läßt sich eine gerechte, soziale und daher glaubwürdige Ordnung erreichen und erhalten."

Die Gewerkschaften betonen, daß der von ihnen geforderte "gerechte Anteil" der Arbeitnehmer am volkswirtschaftlichen Ertrag ein Ergebnis des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses sei.³⁾ Der DGB hebt dabei die Bedeutung der gewerkschaftlichen Tarifarbeit für eine sozial gerechte Verteilung des Volkseinkommens hervor.⁴⁾ In Ergänzung der von den Gewerkschaften erreichten tariflichen Verbesserungen soll durch die staatliche Einkommens- und Vermögenspolitik die Verteilung des Volkseinkommens mehr aus der ökonomischen Kosten- Einkommensproblematik herausgelöst - und durch ethische und soziale Gesichtspunkte determiniert werden. Dabei schweben dem DGB keine vermögensbildenden Sparförderungsmaßnahmen für die einzelnen Arbeitnehmer im bisherigen Stil vor, sondern die Bildung kollektiver Fonds.⁵⁾

1) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 7

2) DGB Aktionsprogramm, Juli 1970: a.a.O., S. 14

3) Vgl. ebd., S. 10

4) Vgl. ebd.

5) Vgl. Vetter, Heinz Oskar: Die Sozialpolitik als Herausforderung an die Industrienationen: a.a.O., S. 203; vgl. auch: Ders., Rede auf dem dritten außerordentlichen Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, a.a.O., S. 325

"Wollen wir gerade die ungleiche Machtverteilung abbauen, so bedarf es der Schaffung gesellschaftlichen Eigentums. Aus diesem Grunde setzen sich die Gewerkschaften für ein System der überbetrieblichen Ertragsbeteiligung durch von den Arbeitnehmern und dem öffentlichen Interesse demokratisch kontrollierte Fonds ein. Wir erwarten, daß wir auf diese Weise gesellschaftliche Macht durch demokratisch legitimiertes kollektives Eigentum schaffen können - als Gegengewicht gegen die bereits bestehende private Macht weniger Vermögender."

Zusammenfassend ist festzustellen, daß das gewerkschaftliche Programm für die staatliche Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik parallel zu einer entscheidenden Abschwächung der privaten Verfügungsmacht über die Produktionsmittel eine wesentliche Einschränkung der privatwirtschaftlichen Bildung von Produktionskapital und Vermögen vorsieht. Die freiwerdenden Mittel sollen nicht unmittelbar auf die einzelnen Arbeitnehmer verteilt werden, sondern kollektiven Fonds zufließen, die repräsentativ verwaltet werden.

In den gewerkschaftlichen Thesen zur staatlichen Wirtschaftspolitik treten zwei grundsätzliche Aspekte der Haltung des DGB zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem der Bundesrepublik besonders deutlich hervor: Der erste Aspekt ist der Glaube an die Überlegenheit kollektiver, und ihrem Wesen nach administrativer Lenkung der Wirtschaft auf allen Ebenen, gegenüber einzelwirtschaftlicher, unternehmerischer Entscheidungsautonomie. Der zweite Aspekt ist die - verglichen mit der gegenwärtigen Eigentumsordnung - sehr weitgehende Interpretation der Eigentumsrechte als gesellschaftsgebundene und nicht als dem Individuum zuzuordnende Kategorien.

- 332 Wesensmerkmale des ökonomischen Systems des Sozialismus
in der Sicht des FDGB
- 3321 Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln in der
Sicht des FDGB

Durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln wurde nach Meinung des FDGB die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer beseitigt.¹⁾ In dieser revolutionären Ausmerzung der privatwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse sieht der FDGB die größte soziale Errungenschaft des Sozialismus.

Die uneingeschränkte Befürwortung des sozialistischen Eigentums, bei gleichzeitiger radikaler Ablehnung des Privateigentums an Produktionsmitteln kommt schon im ersten Teil der Satzung des FDGB zum Ausdruck. Als Aufgaben der Gewerkschaftsleitungen gegenüber den arbeitenden Menschen werden dort u.a. genannt:²⁾

"Sie erklären ihnen, volkswirtschaftlich zu denken, sozialistisch zu arbeiten, zu lernen und zu leben, das sozialistische Eigentum zu achten, zu mehrern und zu schützen."

Die in der Verfassung der DDR formulierte, das sozialistische Eigentum betreffende Pflicht, wurde vom FDGB fast wörtlich als erzieherische Hauptaufgabe übernommen.³⁾

Die Zielvorstellungen des FDGB zum Rechtsinstitut des Eigentums stimmen völlig mit der in der Verfassung der DDR gegebenen Eigentumsordnung überein.

1) Vgl. Satzung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes: beschlossen auf dem 7. FDGB Kongreß, in: Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär, 2. Aufl., Verlag Tribüne, Berlin 1970, S. 68

2) Ebd., S. 67

3) Art. 10 Abs. 2 der Verfassung der DDR lautet: "Das sozialistische Eigentum zu schützen und zu mehrern ist Pflicht des sozialistischen Staates und seiner Bürger."

3322 FDGB und zentrale staatliche Planung und Leitung des
Wirtschaftsprozesses

Hier steht nicht das planwirtschaftliche Ordnungsprinzip an sich zur Diskussion, das der FDGB vorbehaltlos anerkennt¹⁾, sondern die Anwendung des "demokratischen Zentralismus" im Bereich der Wirtschaftsplanung. Es ist also zu untersuchen, ob der FDGB im Plansystem eigene Zielvorstellungen entwickelt. Ein Hinweis darauf könnte die Passage in der Satzung des FDGB sein, die besagt, daß die Gewerkschaften an der Planung der Volkswirtschaft teilnehmen.²⁾ Zur Beurteilung dieser Frage ist der Ablauf der Planung zu berücksichtigen, der zwei Phasen durchläuft, ehe die Planvorstellungen zum Volkswirtschaftsplan werden.

In der ersten Phase werden die zentralen staatlichen Vorgabenwerte, "Orientierungsdaten" genannt, aus den Perspektivplänen erarbeitet und über die verschiedenen Instanzen der Wirtschaftsadministration auf die Betriebe aufgeschlüsselt.³⁾ Auf der Basis der vorgegebenen Richtwerte erarbeiten die Betriebsleitungen Planprojekte, die den Instanzenweg zurücklaufen, und jeweils von der übergeordneten Stelle zu genehmigen sind.⁴⁾

In dieser ersten Phase der staatlichen Planung ist kein eigenständiger Beitrag des FDGB ersichtlich, obwohl er formal in vielen Planungskommissionen vertreten ist.

Zu Beginn der zweiten Planungsphase werden die Planvorschläge zentral ausgewertet. Davon ausgehend beschließt

1) Vgl. Satzung des FDGB: a.a.O., S. 69

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. Pichert, Hermann: a.a.O., S. 59

4) Vgl. ebd.

der Ministerrat die Mindestanforderungen an alle Wirtschaftsorgane und Betriebe, die als "Staatliche Aufgabe" vorgegeben werden.¹⁾ Diese Staatliche Aufgabe durchläuft den Instanzenweg wie die Planvorgabe und wird auf Betriebsebene den Belegschaften zur Diskussion gestellt. In den Plandiskussionen sind die in der staatlichen Aufgabe formulierten Zielvorgaben verbindliche Mindestrichtwerte, so daß nur noch Planerhöhungen zur Debatte stehen können. Erst in dieser Phase nehmen die Gewerkschaften aktiv am Planungsprozeß teil.²⁾

"Die umfassende Plandiskussion ist also nach wie vor wichtigster Bestandteil der Mitwirkung der Gewerkschaften an der Ausarbeitung der Pläne."

Hieraus wird ersichtlich, daß die Aktivität des FDGB in erster Linie auf die Planerfüllung, nicht auf die Planerstellung gerichtet ist.

Das in der Satzung des FDGB ausgesprochene und bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen stets bekräftigte Bekenntnis zur Führungsrolle der SED schließt die im ökonomischen System des Sozialismus vorgesehene Konzentration der Planungs- und Lenkungsmacht bei den politischen Zentralbehörden ein.³⁾

Alternativvorschläge des FDGB zum Planungs- und Lenkonzept der SED im Rahmen der Wirtschaftsordnung der DDR sind nicht festzustellen.

1) Vgl. Pichert, Hermann: a.a.O., S. 60

2) Mittag, G.: Zu einigen Problemen der Gewerkschaftsarbeit beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, in: Die Arbeit, a.a.O., Heft 4, 1966, S. 9, zitiert in: Pichert, H., a.a.O., S. 63

3) Vgl. Satzung des FDGB: a.a.O., S. 67; vgl. auch Warnke, Herbert: Bericht des Bundesvorstandes des FDGB in den VIII. FDGB Kongreß, in: Neues Deutschland, a.a.O., vom 27.6.1972, S. 3, 5

3323 FDGB und Leistungsprinzip

Der in Art. 2 Abs. 3 der Verfassung der DDR niedergelegte Grundsatz: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" gilt dem FDGB als Maxime für die Leistungsanforderungen an die Werktätigen und für eine gerechte Einkommensverteilung.

In der Verwirklichung beider Aspekte des sozialistischen Leistungsprinzips, nämlich der die persönlichen Fähigkeiten voll ausschöpfenden Leistungsanforderungen an die Werktätigen, und deren leistungsorientierter Entlohnung, sieht der FDGB sein zentrales Aufgabengebiet.

Dieser wesentliche Aspekt der gewerkschaftlichen Tätigkeit kennzeichnet den FDGB als eines der wichtigsten leistungsfordernden Organe zur Erfüllung und wenn möglich ~~Übererfüllung~~ der Pläne durch die Werktätigen.

Auf dem 8. Bundeskongreß in Berlin skizzierte der FDGB Vorsitzende u.a. die Grundsätze der sozialistischen Lohnpolitik, die von den Gewerkschaften der DDR verfolgt werden. Dabei hob er besonders die dialektische Einheit der beiden Seiten des sozialistischen Leistungsprinzips hervor:¹⁾

"Der Lohn muß erarbeiteter Lohn sein und seine Entwicklung soll jedem Werktätigen sichtbar machen, daß höhere Leistungen zu höheren Löhnen führen und sein Lebensstandard mit wachsenden Leistungen planmäßig steigt. Die Beziehungen zwischen Tarif, Leistung und Lohn sind so zu gestalten, daß die Werktätigen stärker daran interessiert werden, die erforderliche Qualifikation zu erwerben, größere Verantwortung zu übernehmen und hohe Arbeitsleistungen zu vollbringen."

1) Warnke, Herbert: Aus dem Bericht des Bundesvorstandes des FDGB an den 8. FDGB Kongreß, abgedruckt in: Neues Deutschland vom 27.6.1972, S. 3

Der FDGB fordert die konsequente Ausmerzung aller seiner Meinung nach in der DDR noch vorhandenen Tendenzen zur "Gleichmacherei" durch nicht leistungsbezogene Arbeitsentgelte.¹⁾

Neben dem Ziel der ausschließlichen Leistungsbezogenheit der Einkommensbildung bei den Werktätigen kommt in der vom FDGB geforderten Koppelung der Lohnentwicklung an die Steigerung der Arbeitsproduktivität seine Einschätzung der in der DDR gegebenen Einkommensverteilung zum Ausdruck. Wenn der FDGB Vorsitzende betont, daß Lohnerhöhungen nur als Folge einer planmäßigen Steigerung der Arbeitsproduktivität zu rechtfertigen sind, so geht er davon aus, daß im ökonomischen System des Sozialismus ein gerechter Verteilungsschlüssel für das Volkseinkommen gegeben ist.

Der nach sozialistischer Meinung unlösbare Zusammenhang zwischen der angestrebten Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Steigerung der Arbeitsproduktivität ist in dem in der DDR häufig zitierten Leitsatz: "Nur was wir erarbeiten, können wir verbrauchen", kurz zusammengefaßt.²⁾ Diese Feststellung wirkt wie eine freie Übersetzung der oben wiedergegebenen Anfangsworte des von Adam Smith verfaßten klassischen Werkes der kapitalistischen Marktwirtschaftstheorie.³⁾ Diese Übereinstimmung zeigt, daß das Leistungsprinzip sowohl in marktwirtschaftlichen als auch in planwirtschaftlichen Ordnungen Berücksichtigung findet. Unterschiedlich ist jedoch das Ausmaß, in dem es in den verschiedenen Ordnungen zur Geltung gebracht wird. Im ökonomischen System des Sozialismus der DDR wird dem Leistungsprinzip größeres

1) Vgl. Warnke, Herbert: a.a.O., S. 3

2) Vgl. z.B. Die Wirtschaft: a.a.O., vom 5. Juli 1972, S. 4

3) Vgl. oben, S. 15

Gewicht verliehen als in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik. Hierzu tragen vor allem auch die vielfältigen Aktivitäten des FDGB zur Leistungssteigerung bei.

34 Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Konzeption einer Wirtschaftsordnung

341 Hauptmerkmale der Konzeption des DGB für eine Wirtschaftsordnung

Ausgehend von den dargestellten gewerkschaftlichen Zielvorstellungen können folgende Wesensmerkmale einer vom DGB angestrebten Wirtschaftsordnung genannt werden:

- (1) Paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften auf allen Wirtschaftsebenen
- (2) Gemeineigentum als vorherrschende Form des Eigentums an Produktionsmitteln
- (3) Planung und Wettbewerb als Lenkungsinstrumente
- (4) Verstärkung der wirtschaftspolitischen Aktivität des Staates
- (5) Autonomie der Tarifvertragsparteien

Die Verwirklichung einer so gestalteten Wirtschaftsordnung gewährleistet nach Meinung des DGB in optimaler Weise die Erreichung der fünf im Grundsatzprogramm von 1963 formulierten Ziele der Wirtschaftspolitik, nämlich: Vollbeschäftigung und stetiges Wirtschaftswachstum, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, Stabilität des Geldwertes, Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher

Macht, und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit.¹⁾

Der Grad der Systemadäquanz der DGB Leitbilder, bezogen auf die bestehende Wirtschaftsordnung ist im folgenden Kapitel zu analysieren.

342 Hauptmerkmale der FDGB Leitbilder für eine Wirtschaftsordnung

Die bisherige Untersuchung der Zielvorstellungen des FDGB ergibt für die von den Gewerkschaften der DDR angestrebte Wirtschaftsordnung folgende Wesensmerkmale:

- (1) Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln
- (2) Zentrale staatliche Planung und Leitung des Wirtschaftsprozesses unter Führung der kommunistischen Partei
- (3) Betonung des Leistungsprinzips

Ein so gestaltetes Wirtschaftssystem bietet nach Meinung des FDGB die Gewähr dafür, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer beseitigt ist, und daß die in der Volkswirtschaft geschaffenen Werte gerecht auf alle Mitglieder der Gemeinschaft verteilt werden.

Die Bedeutung der Aktivität des FDGB für die bestehende Wirtschaftsordnung der DDR und ihre Entwicklung wird im folgenden Kapitel untersucht.

1) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 6 f.

- 4 Die Einflußnahme der Gewerkschaften auf die Gestaltung und Entwicklung der Wirtschaftsordnung
- 41 Kriterien für die Beurteilung der Systemkonformität der gewerkschaftlichen Leitbilder

Die Charakterisierung der Wirtschaftssysteme der Bundesrepublik und der DDR, sowie die Analyse des institutionalisierten Einflusses der Gewerkschaften und ihrer Wertvorstellungen über die sozioökonomischen Verhältnisse, ermöglichte eine systematische Darstellung der gegenwärtig bestehenden Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftssystem und Gewerkschaftsorganisationen. Speziell in der Bundesrepublik erkennbare Diskrepanzen zwischen den Leitbildern des herrschenden Wirtschaftssystems und den Zielvorstellungen der Gewerkschaften legen die Frage nach der Systemkonformität des wirtschaftspolitischen Konzepts des DGB und des FDGB nahe.

Bezugssysteme für die Beurteilung sind die soziale Marktwirtschaft, bzw. das Ökonomische System des Sozialismus. Mit der Berücksichtigung sowohl der ökonomischen als auch der gesellschaftlichen Aspekte soll die Reduktion der Bezugssysteme auf einem engen Kreis abstrakter Modellvorstellungen vermieden werden.

Die zur Klassifizierung notwendige Einteilung in Konformitätsgrade lehnt sich teilweise an die bei Thalheim gegebenen Beurteilungskriterien an.¹⁾

Als "systemfördernd" werden jene gewerkschaftlichen Aktivitäten eingestuft, bei denen die Ziele und die Mittel zur Zielerreichung weitgehend mit der herrschenden Wirtschaftsordnung übereinstimmen. Die Realisierung dieser

1) Vgl. Thalheim, Karl, C.: Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung, Duncker & Humblot, Berlin 1965, S. 28 ff.

Kategorie gewerkschaftlicher Leitbilder bedeutet ohne Einschränkung gleichzeitig eine bessere Verwirklichung der eingangs beschriebenen Wesensmerkmale der Wirtschaftssysteme.

Der Konformitätsgrad "systemadäquat" umfaßt gewerkschaftliche Tätigkeiten und Zielsetzungen, die dem herrschenden Wirtschaftssystem gegenüber neutral sind oder systemhemmend wirken, ohne jedoch die Grenzen der Assimilationsfähigkeit der Wirtschaftsordnung hinsichtlich inkonformer Eingriffe zu überschreiten. Diese Konformitätsstufe wird wesentlich weiter gefaßt als bei Thalheim¹⁾, weil unter Berücksichtigung der sozialen Komponente in den ökonomischen Systemen auch wirtschaftspolitische Maßnahmen als systemadäquat eingestuft werden können, die bei rein ökonomischer Betrachtungsweise anders zu klassifizieren wären.

Die Abgrenzung der Kategorie "systemadäquat" zur Kategorie "systemverändernd" erfolgt nach zwei Kriterien: Die als systemadäquat eingeordneten wirtschaftspolitischen Maßnahmen dürfen zunächst in der Wahl der Mittel und in der Dosierung nicht so gravierend sein, daß sie die Grenzen der ordnungspolitischen Elastizität des Wirtschaftssystems überschreiten. Ferner müssen eventuellen systemwidrigen Konsequenzen systemerhaltende Wirkungen ausgleichend gegenüberstehen. Wenn beide Voraussetzungen zu bejahen sind, können wirtschaftspolitische Eingriffe, die einem oder mehreren Ordnungsgrundsätzen der Wirtschaftssysteme entgegenwirken, in die Kategorie "dem System angemessen" eingereiht werden.

Unter die Rubrik "systemverändernd" fallen jene Zielsetzungen der Arbeitnehmerorganisationen, die grundsätzliche Ordnungsvorstellungen der bestehenden Wirtschaftssysteme

1) Vgl. Thalheim, Karl C.: a.a.O., S. 30 f.

destruktiv in Frage stellen. Ihre Verwirklichung würde die Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft bzw. des Ökonomischen Systems des Sozialismus in ihrer gegenwärtigen Form aufheben. Diese Gruppe entspricht der bei Thalheim als "systemzerstörend" klassifizierten Kategorie.¹⁾

Die Erreichung eines zufriedenstellenden Objektivitätsstandards bei der Klassifizierung der von den Gewerkschaften postulierten wirtschaftspolitischen Ziele und Instrumente hinsichtlich ihres Konformitätsgrades bereitet erhebliche Schwierigkeiten, weil bei der Einschätzung verschiedener relevanter Sachverhalte subjektive Wertvorstellungen eine Rolle spielen. Zum einen gehen die verschiedenen Konformitätsstufen fließend ineinander über und sind deshalb nicht mathematisch exakt voneinander zu trennen. Dies gilt insbesondere für Ziele und Instrumente, die im Grenzbereich zwischen den Konformitätsstufen "systemadäquat" und "systemverändernd" angesiedelt sind, weil deren Klassifizierung ein Abwägen der ordnungspolitischen Elastizität erfordert. Erst ein Überschreiten jener Toleranzgrenzen, in denen inkonforme Eingriffe absorbiert werden können, bewirkt eine faktische Veränderung des Wirtschaftssystems.²⁾ Da die Ansichten über die Toleranzgrenzen der Wirtschaftsordnungen erheblich differieren, kann in Grenzfällen die Zuordnung eines Zieltes oder Mittels zu einem Konformitätsgrad strittig sein.

Eine beträchtliche Bandbreite für subjektive Wertungen ergibt sich nicht nur bei der Beurteilung der Systemkonformität, sondern auch beim Abwägen der Eignung bestimm-

1) Vgl. Thalheim, K.C.: a.a.O., S. 31

2) Vgl. Ohm, Hans: Allgemeine Volkswirtschaftspolitik, Band I, Systematisch-Theoretische Grundlegung, Walter De Gruyter & Co., Berlin 1962, S. 106

ter Instrumente zur Erreichung angestrebter Ziele. Auch die teleologische Zweck-Mittel-Betrachtung kann sich für den behandelten Fragenkomplex nicht auf exakt definierbare allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten stützen, nach denen sich die Zielerreichungsgrade unterschiedlicher Mittel ex ante genau fixieren lassen.

Die detaillierte Analyse der Wirtschaftssysteme und der gewerkschaftlichen Aktivität lieferte jedoch empirisch gesichertes Material, auf dessen Grundlage eine Klassifizierung der wirtschaftspolitischen Leitbilder der Arbeitnehmerorganisationen unter weitgehender Ausschaltung subjektiver Verzerrungen möglich erscheint.

42 Der Beitrag der Gewerkschaften zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik

421 Systemfördernde Aktivität des DGB

Eine Förderung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems geht zunächst von jenen gewerkschaftlichen Aktivitäten aus, die die marktwirtschaftlichen Grundsätze verstärkt zur Geltung bringen.

Der Wettbewerb als konstituierendes Ordnungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft ist nach Ansicht des DGB zu intensivieren, um Verzerrungen der marktwirtschaftlichen Preisbildung weitestmöglich zu beseitigen.¹⁾ Zur Erreichung dieses Ziels fordern die Gewerkschaften vor allem eine Verschärfung der Kartellgesetzgebung.²⁾

1) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 9

2) Vgl. ebd.

Als Beitrag zur Stärkung des Wettbewerbs und zur Verhinderung monopolistischer Marktstrukturen und Preismanipulationen ist ferner die unternehmerische Tätigkeit der Gewerkschaften zu werten. Die Bank für Gemeinwirtschaft als viertgrößte Geschäftsbank der Bundesrepublik, die Baugesellschaft "Neue Heimat", die etwa 10 % des gemeinnützigen Wohnungsbaus der Bundesrepublik erstellt, die Versicherungsgesellschaft "Alte Volksfürsorge", und die Konsumgenossenschaften entfalten ihre geschäftliche Aktivität in allen Regionen der Bundesrepublik.¹⁾ Sowohl ihre regionale Präsenz als auch ihre durch die jeweilige Unternehmensgröße bedingte Marktmacht lassen die gewerkschaftlich kontrollierten Unternehmen zu Marktfaktoren werden, die in ihren Geschäftsbereichen oligopolistischen oder monopolistischen Manipulationen anderer Unternehmen erfolgreich entgegenwirken können, wenn sie dies für erforderlich halten.

Der Wettbewerb auf der Anbieterseite muß nach Meinung des DGB durch eine bessere Verwirklichung der vor allem für die Entscheidungen der Nachfrageseite maßgebenden marktwirtschaftlichen Prämissen zusätzlich stimuliert werden. Eine umfassende Verbraucherinformation soll die Markttransparenz erhöhen, so daß die Konsumenten sachgerechte Preis- und Qualitätsvergleiche vornehmen können.²⁾

Die Verwirklichung der genannten wettbewerbsorientierten Forderungen der Gewerkschaften würde gleichzeitig marktwirtschaftliche Ordnungs- und Lenkungsprinzipien verstärkt zur Geltung bringen. Die vom DGB angestrebte gesetzgeberische Initiative des Staates als Instrument zur Intensivierung des Wettbewerbs ist systemkonform, weil schon die Prämissen der sozialen Marktwirtschaft davon ausgehen, daß sich die gewünschte Wettbewerbsintensität

1) Vgl. Elvers, G.: a.a.O., S. 176 f.

2) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 9

am Markt nicht automatisch einstellt und erhalten bleibt, sondern daß sie durch wirtschaftspolitische und gesetzgeberische Maßnahmen des Staates gesichert werden muß.¹⁾

Die genannten gewerkschaftlichen Ziele und Instrumente für eine Steigerung der Konkurrenz fördern die im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft konzipierte Wettbewerbsordnung, die anstrebt, daß am Markt verschiedene Anbieter ohne wettbewerbswidrige Absprachen mindestens so stark miteinander konkurrieren, daß die Preise für die einzelnen Unternehmungen den Charakter von Daten behalten. Nicht die Erzwingung einer atomistischen Konkurrenz auf den Produktmärkten steht in diesem Zusammenhang zur Debatte, sondern die verbindliche Definition der Mindestbedingungen, die zur Sicherung eines erwünschten, funktionsfähigen Wettbewerbs erfüllt sein müssen.²⁾

Eine Parallelität in den Leitbildern des Wirtschaftssystems und der Gewerkschaften ergibt sich ferner aus der Untersuchung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Auf diesem Gebiet wird die Abkehr der sozialen Marktwirtschaft von den liberalistischen Modellvoraussetzungen der freien Marktwirtschaft besonders deutlich. Aus sozialen Erwägungen stellt die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik hinsichtlich der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht individuelle, sondern kollektive Vertragsfreiheit an die Spitze ihrer Überlegungen und schafft damit die Voraussetzungen für eine weitgehende Ausschaltung des Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt. In der Zusammenfassung der Marktmacht der Arbeitnehmer und in der Garantie der Tarifautonomie sehen die führenden Ver-

1) Vgl. Müller-Armack, A.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 116 ff., insb. S. 118

2) Vgl. Ganlen, Bernhard: Hat die Soziale Marktwirtschaft versagt?, in: Wirtschaftswoche Nr. 4/71, vom 22.1.1971, S. 33

treter der sozialen Marktwirtschaft ein wesentliches Instrument zur Erreichung einer sozial befriedigenden Verteilung des Produktionsertrages zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital.¹⁾ Auch in den Zielvorstellungen der Arbeitnehmerorganisationen spielt die Erhaltung der Tarifautonomie zur Gewährleistung einer selbständigen gewerkschaftlichen Lohnpolitik eine zentrale Rolle.

Die Zielvorstellungen des DGB zur Tarifautonomie sind aus drei Gründen als systemfördernd einzustufen: Erstens ist die Dominanz kollektiver Regelungen für die Lohn- und Arbeitsbedingungen ein fester Bestandteil im ordnungspolitischen Zielkatalog des Wirtschaftssystems, wie die benannten gesetzlichen Bestimmungen zum Tarifwesen zeigen. Gemeinsamkeit besteht ebenfalls in der Überzeugung, daß die Lohnbildung außerhalb der staatlichen Sphäre erfolgen sollte. Ferner sind nicht die zentralen Spitzenverbände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, sondern die Organisationen der einzelnen Industriegewerkschaften in den regionalen Tarifbezirken und die entsprechenden Arbeitgebervereinigungen bzw. einzelne Unternehmungen Tarifvertragsparteien. Die von den Gewerkschaften befürwortete Praktizierung der Tarifautonomie entspricht damit einem pragmatischen Prinzip, das bei ordnungspolitischen Regelungen in der sozialen Marktwirtschaft häufig als Richtschnur dient. Es besagt, daß Entscheidungen so weit wie möglich zu dezentralisieren und so weit wie nötig zu zentralisieren sind. In der Beurteilung des wünschenswerten Grades der Dezentralisation bzw. Zentralisierung des Tarifwesens zur Erreichung sozial befriedigender Lösungen stimmen die gewerkschaftlichen Leitbilder und die Ordnungskonzeption der sozialen Marktwirtschaft überein.

1) Vgl. Müller-Armack, A.: a.a.O., S. 308

422 Systemadäquate Aktivität des DGB

Das Oberziel der sozialen Marktwirtschaft umfaßt die drei in einem Spannungszustand zueinander stehenden Größen Wirtschaftswachstum, persönliche Freiheit und Initiative, soziales Gleichgewicht.¹⁾

Die Zieldefinition des DGB für die Wirtschaft lautet:²⁾

"Die Wirtschaft hat der freien und selbstverantwortlichen Entfaltung der Persönlichkeit innerhalb der menschlichen Gemeinschaft zu dienen. Wie jedes Glied der Gesellschaft muß auch der Arbeitnehmer sein Leben in freier Selbstbestimmung gestalten können."

Vergleicht man die beiden Zielformulierungen, so fällt auf, daß das DGB Grundsatzprogramm die Sozialbindung des Individuums stärker akzentuiert, als sie im Zielbündel der sozialen Marktwirtschaft zum Ausdruck kommt. Ein schwerwiegender Widerspruch zwischen den beiden Oberzielen würde sich hieraus jedoch nur dann ergeben, wenn der DGB unter "freier und selbstverantwortlicher Entfaltung der Persönlichkeit innerhalb der menschlichen Gemeinschaft" die Vergesellschaftung des Einzelnen, d.h. die Aufhebung des Individuums in einer kollektivistischen Gemeinschaft im marxistischen Sinne verstehen würde, etwa analog zum oben zitierten Art. 19 Abs. 3 der Verfassung der DDR.³⁾ Davon kann jedoch nicht ausgegangen werden, weil der DGB einen individualbezogenen Freiheitsbegriff zugrundelegt, wie sich aus der Präambel des Grundsatzprogrammes und aus den Äußerungen von Gewerkschaftsführern zum Wesen der Freiheit ergibt. Das Freiheitsziel

1) Vgl. Müller-Armack, A.: a.a.O., S. 303

2) Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., Grundlagen der Wirtschaftspolitik, S. 6

3) Vgl. oben, S.19

des DGB kann demnach so interpretiert werden, daß die möglichst weitgehende Verwirklichung der im Grundgesetz der Bundesrepublik garantierten Freiheitsrechte für eine möglichst große Zahl von Menschen, insbesondere für die Arbeitnehmer angestrebt wird.

Ferner könnte sich eine Unvereinbarkeit der zitierten Oberziele ergeben, wenn im Zielkatalog der sozialen Marktwirtschaft die Arbeitnehmer von der freien Selbstentfaltung der Persönlichkeit ausgeschlossen würden. Dies ist jedoch nicht der Fall, weil dieses Freiheitsrecht analog zu der allgemeingültigen, im Grundgesetz gegebenen Fassung formuliert wird, und weil das gleichrangige Ziel des sozialen Gleichgewichts als zusätzliche Verpflichtung gegenüber den sozial schwächeren Bevölkerungsschichten zu werten ist.

Das Wirtschaftswachstum schließlich wird von den Gewerkschaften zwar nicht als allgemeines Oberziel eingeordnet; als eines der wichtigsten spezifisch ökonomischen Ziele der Wirtschaftspolitik nimmt es aber eine Rangstufe tiefer im Zielkatalog des DGB eine Schlüsselrolle ein.¹⁾

Die allgemeinen Zielsetzungen für das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik und die diesbezüglichen Vorstellungen der Gewerkschaften sind, wie die vergleichende Interpretation zeigt, miteinander vereinbar. Die Divergenzen sind lediglich gradueller Natur und bedingen keinesfalls eine kategorische Unvereinbarkeit.

Im System der sozialen Marktwirtschaft und in den gewerkschaftlichen Leitbildern ist ein breiter Fächer wirtschaftspolitischer Maßnahmen i.w.S. zur Erreichung der allgemeinen Oberziele vorgesehen.²⁾ Nach der Beurteilung

1) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., Ziele der Wirtschaftspolitik, S. 6

2) Zur thesenhaften Zusammenfassung der jeweiligen instrumentalischen Zielvorstellungen s. oben S. 17 und S. 165

der systemfördernden Vorstellungen und der als systemadäquat einzustufenden Grundsatzziele sind nun weitere Aktivitäten des DGB zu prüfen, die gegenüber den Grundsatzzielen den Charakter instrumentaler Subziele haben. Bei ihrer Beurteilung muß sowohl die System- als auch die Zielkonformität Berücksichtigung finden.

Der Kategorie "systemfördernd" kommen jene Eingriffe in das Wirtschaftsleben am nächsten, die einen wesentlichen Beitrag zur besseren Verwirklichung eines oder mehrerer der drei genannten Oberziele leisten, marktwirtschaftliche Grundsätze aber nur unwesentlich beeinträchtigen.

Dies trifft vor allem für die Instanzen der Arbeitsgerichtsbarkeit, für die Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherung und für die Arbeitsverwaltung zu. In diesen öffentlich-rechtlichen Organen verfügen die Gewerkschaften über maßgebliche institutionalisierte Einflußmöglichkeiten.

Die Tätigkeit der genannten drei Institutionen dient in verschiedenen Sektoren des Wirtschaftslebens der Verwirklichung sozialer Zielsetzungen. Die Arbeitsgerichte, die für das gesamte individuelle und kollektive Arbeitsrecht zuständig sind, gewährleisten, daß sich die Wirtschaftstätigkeit innerhalb des in erster Linie zum Schutz der Arbeitnehmer geschaffenen Rahmens der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung abspielt. Im Sozialversicherungswesen treten sozialetische Prinzipien am augenfälligsten in Erscheinung, denn hier übernimmt die Gemeinschaft die Verantwortung für die Sicherung des Lebensunterhalts jener Menschen, deren Erwerbstätigkeit unterbrochen oder beendet ist. Die Arbeitsverwaltungsinstanzen schließlich fördern die Transparenz des Arbeitsmarktes, tragen zur Milderung sozial negativer Auswirkungen von Strukturveränderungen

in der Wirtschaft bei und sind für die Arbeitslosenunterstützung zuständig.

Die entscheidende Mitwirkung der Gewerkschaften in diesen Institutionen erfolgt gemäß der in die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft integrierten Sozialpolitik, durch die die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Marktes in bestimmten Bereichen und in unterschiedlichem Maße präventiv eingeschränkt, überwacht, oder in ihren Auswirkungen korrigiert werden, falls sie sich als sozial inakzeptabel erweisen.

Manche Gemeinsamkeiten, aber auch erhebliche Unterschiede sind zwischen den von den Gewerkschaften zur Förderung des strukturpolitischen Zieles einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung vorgeschlagenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und dem in der sozialen Marktwirtschaft vorgesehenen Instrumentarium zur Verwirklichung des sozialen Gleichgewichts festzustellen, denn die Aussagen des DGB zu diesem Fragenkomplex sind widersprüchlich.

Als Grundkonstante der gewerkschaftlichen Einkommenspolitik kann das Streben nach Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen bezeichnet werden. Daraus leitet der DGB die Forderung ab, daß die Realeinkommen der abhängig Beschäftigten so zu erhöhen seien, daß die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen allmählich nivelliert werden.¹⁾ Gerechte Einkommensverteilung heißt für die Gewerkschaften also gleichmäßigere Einkommensverteilung.

1) Vgl. Markmann, Heinz: Wirtschaftliche Bestimmungsgründe der Lohnbildung aus der Sicht der Gewerkschaften, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Band 51, Duncker & Humblot, Berlin 1969, S. 757. Dr. Heinz Markmann ist Hauptgeschäftsführer des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften.

In der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft sind das Tarifvertragswesen, sowie ein zusätzliches steuer-, vermögens- und sozialpolitisches Instrumentarium als Mittel zur Förderung verteilungspolitischer Zielsetzungen vorgesehen.¹⁾ Diese Kombination von verbandsautonomer Lohnpolitik und staatlicher Fiskalpolitik zur Erreichung einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung bildet ebenfalls einen Hauptaspekt der verteilungspolitischen Zielvorstellungen des DGB, wobei die Lohnpolitik als "Zentrum und Basis einkommenspolitischer Aktivität der Gewerkschaften" im Vordergrund steht.²⁾

Die führenden Vertreter der sozialen Marktwirtschaft betonen die Bedeutung ökonomischer Faktoren, insbesondere der Arbeitsproduktivität für die Lohnbildung, also für den weitaus größten Teil der Arbeitnehmerinkommen.³⁾ Der Faktor "Macht" wird als zweitrangig eingestuft, weil in marktwirtschaftlicher Sicht die ökonomischen Sachgesetzmäßigkeiten nur einen geringen Spielraum für eine durch Machtausübung der Tarifvertragsparteien bewirkte Umverteilung des Produktionsertrages belassen.

Im Gegensatz dazu sind die Gewerkschaften der Auffassung, daß Machtfaktoren die Einkommensverteilung maßgeblich beeinflussen. Dennoch setzen die Arbeitnehmerorga-

1) Vgl. Müller-Armack, A.: a.a.O., S. 132

2) Vgl. Markmann, Heinz: a.a.O., S. 774; vgl. auch Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 6, S. 8

3) Neben der Arbeitsproduktivität als wichtigster Determinante werden vor allem folgende Einflußfaktoren genannt, die die Lohnhöhe in marktwirtschaftlicher Sicht zu einer weitgehend ökonomisch bestimmten Größe machen: Die Konjunkturlage, die allgemeine Preisentwicklung, d.h. die Entwicklung der Kaufkraft des Geldes, die branchenspezifische Preisentwicklung, also die am Markt durch den jeweiligen Industriezweig erzielbaren Preise, die erwünschte Kontinuität der Vollbeschäftigung, die Wettbewerbssituation, das Entwicklungsstadium, in dem sich die betreffende Branche befindet (Wachstums-, Schrumpfungsphase), die Gewinnsituation, das Existenzrisiko der Betriebe.

nisationen der Bundesrepublik der ökonomisch orientierten marktwirtschaftlichen Lohntheorie keine reine Machttheorie des Lohnes, wie sie z.B. Lujo Brentano vertrat, entgegen. Dessen Grundgedanke, daß die Lohnhöhe, und damit der Lebensstandard der Arbeiter, einzig und allein davon abhängig sei, einen wie großen Teil des Unternehmerprofits die Arbeiterklasse dem Unternehmertum im Verlaufe der Machtkämpfe um den Anteil am Sozialprodukt zu entreißen vermag, bildete das theoretische Fundament der Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften in der Weimarer Republik.¹⁾

Die von Heinrich Dietzel entwickelte²⁾ - für das marktwirtschaftliche Denken richtungweisende - Produktivitätstheorie des Lohnes hat in das Gedankengut des DGB insofern Eingang gefunden, als gegen die "Mitbenutzung des Datums der gesamtwirtschaftlichen Produktivität in Form einer sehr allgemeinen Faustregel für die Lohnpolitik" prinzipiell nichts eingewendet wird.³⁾

Adolf Webers Werk "Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit" beinhaltet eine Weiterentwicklung und Ergänzung der Produktivitätstheorie des Lohnes. Neben der Betonung der Arbeitsproduktivität als Lohneinflußfaktor findet sich hier die These, daß genügende Kapitalbildung eine unumgängliche Voraussetzung für jeden Dauererfolg der Gewerkschaften im Interesse der Gesamtarbeiterschaft ist.⁴⁾ Manche programmatische Aussagen des DGB berücksichtigen

1) Vgl. Wrede, Klaus M.: Produktivität und Distribution im Lichte der deutschen gewerkschaftlichen Lehrmeinungen der Weimarer Epoche, in: Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 56, Duncker & Humblot, Berlin 1960, S. 19

2) Vgl. Dietzel, Heinrich: Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit, Verlag Gustav Fischer, Jena 1903, S. 86 f., S. 99 f.

3) Vgl. Markmann, Heinz: a.a.O., S. 763

4) Vgl. Weber, Adolf: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 6. Aufl., J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1954, S. 252

diesen Gesichtspunkt, so z.B. Markmann, wenn er feststellt:¹⁾

"Daß die Vermögenspolitik der Gewerkschaften darauf achten muß, ein für Wachstum und Vollbeschäftigung ausreichendes Investitionsvolumen zu erhalten, versteht sich von selbst. Die Möglichkeit der Selbstfinanzierung ist noch immer ein wesentliches Motiv für unternehmerische Investitionen. Auch dies muß berücksichtigt werden, wenn auch mit einiger Distanz."

Die These, daß die Lohnbildung weitgehend durch ökonomische Faktoren und nicht durch Macht geprägt wird, findet eine indirekte Bestätigung in der gewerkschaftlichen Erkenntnis, daß eine dauerhafte raschere Steigerung der pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer gegenüber denjenigen der Selbständigen durch die Tarifpolitik nicht erreichbar zu sein scheint, obwohl die Arbeitsmarktlage den Gewerkschaften seit Jahren eine günstigere Ausgangsposition für Verhandlungen bietet.²⁾ Damit erlangt die Fiskalpolitik einen hohen Rang als Instrument zur Umverteilung des Sozialprodukts. Dies illustrieren die Vorschläge des DGB zur Steuerreform, die auf eine steuerliche Entlastung der sozial schwachen Schichten- und eine stärkere Belastung hoher Einkommen abzielen.³⁾

Die dargestellten Vorschläge zur Vermögenspolitik und Einkommensverteilung können aus folgenden Gründen als systemadäquat eingestuft werden. Zunächst lassen sie erkennen, daß von den beiden tendenziell konkurrierenden

1) Vgl. Markmann, Heinz: a.a.O., S. 776

2) Vgl. ebd., S. 774

3) Vgl. Wehner, Hans Georg: Die Vorschläge des DGB zur Steuerreform, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 22. Jg., Heft 7/1971, a.a.O., S. 436 ff.
Dr. Hans Georg Wehner ist beim Bundesvorstand des DGB, Abteilung Wirtschaftspolitik, für Fragen der Steuerpolitik zuständig.

Zielsetzungen "breitere Einkommensstreuung" und "Wirtschaftswachstum" auch in der gewerkschaftlichen Vermögenspolitik nicht nur das erstgenannte Ziel verfolgt wird. Die Erhaltung eines ausreichenden Investitionsvolumens auf unternehmerischer Selbstfinanzierungsbasis, also einer ausreichenden privatwirtschaftlichen Kapitalbildung wird in der zitierten Passage als zu berücksichtigender Begrenzungsfaktor von Umverteilungsmaßnahmen genannt. Zum zweiten dienen die genannten vermögenspolitischen Zielsetzungen, denen noch die Idee des Investivlohnes hinzuzufügen wäre, der privaten Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, also einem auch im Konzept der sozialen Marktwirtschaft formulierten Ziel. Die Steuerreformvorschläge des DGB nähmen allerdings systemverändernden Charakter an, wenn die angestrebte stärkere Belastung höherer Einkommen sich allein, oder in Verbindung mit anderen wirtschaftspolitischen Eingriffen, konfiskatorisch auswirkten. In diesem Fall würden die privatwirtschaftliche unternehmerische Investitionsbereitschaft und die individuellen Einkommensanreize zur Förderung der Leistungsbereitschaft lahmgelegt.

Problemlos erscheint die Einstufung der im Grundsatzprogramm genannten Ziele "Vollbeschäftigung" und "Stabilität des Geldwertes", sowie der wirtschaftspolitischen Instrumente staatliche Haushaltspolitik, Finanzpolitik, Kredit- und Währungspolitik, weil hierin weitgehende Übereinstimmung der DGB Forderungen mit den im Stabilitätsgesetz festgelegten Zielen und Instrumenten der staatlichen Wirtschaftspolitik konstatiert werden kann.

Die systembezogene Analyse der gewerkschaftlichen Forderung nach paritätischer Mitbestimmung in den Großunternehmen kann zunächst von den im Bericht der Sachverständigenkommission dargelegten Untersuchungsergebnissen zum Fragenkomplex der Mitbestimmung ausgehen.

Nach Abwägung der für und gegen die qualifizierte Mitbestimmung vorgebrachten Argumente gelangt die Kommission zu der Ansicht, daß die Mitbestimmung der Arbeitnehmer aus dem besonderen rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Charakter des Arbeitsverhältnisses und der Zugehörigkeit des Arbeitnehmers zum Unternehmen, d.h. dem Beitrag, den er im Rahmen der Organisation zur Verwirklichung der Unternehmensziele leistet, abzuleiten ist.¹⁾

Das Gutachten empfiehlt eine relative Vermehrung der Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat in jenen Unternehmen, in denen die Arbeitnehmerseite bisher ein Drittel der Sitze innehatte, unter Beibehaltung eines, wenn auch geringen zahlenmäßigen Übergewichtes der Vertreter der Anteilseigner.²⁾

Gegen eine Befürwortung des vom DGB geforderten Paritätsprinzips sprechen nach Ansicht der Kommissionsmitglieder vor allem zwei Gründe. Einmal eigne sich das Paritätsprinzip im sozialrechtlichen Bereich in erster Linie für richterliche und verwaltende Tätigkeiten unter Mitwirkung von Beamten als "neutralen" Dritten, die Aufsichtsrats-tätigkeit sei aber nicht auf Neutralisierung, sondern auf eine Kooperation unter der Maxime des Unternehmenserfolges gerichtet, wobei die Wahrung sozialer Gesichtspunkte selbstverständlich eine wesentliche Erfolgskomponente bildet.³⁾ Zum zweiten wird nach Auffassung der Kommission das Rentabilitätsinteresse von den Anteilseignern stärker geltend gemacht als von der Arbeitnehmerseite. Zur institutionellen Sicherung des Rentabilitätsprinzips wird deshalb die Einräumung einer Mehrheit an die Anteilseignerseite empfohlen.⁴⁾

1) Vgl. Mitbestimmung im Unternehmen: Bericht der Sachverständigenkommission, Kohlhammer Verlag, Stuttgart u.a. 1970, S. 99

2) Vgl. ebd., S. 171

3) Vgl. ebd., S. 181

4) Vgl. ebd., S. 183

Aufgrund der Bejahung der marktwirtschaftlichen Ordnung durch die befragten Vertreter des DGB und der DAG ging die Sachverständigenkommission davon aus, daß die gewerkschaftlichen Forderungen nach qualifizierter Mitbestimmung als mit dem System der sozialen Marktwirtschaft vereinbar interpretiert werden können.¹⁾

Im Text des Gutachtens werden mehrmals die unabdingbaren Voraussetzungen für die Systemadäquanz der qualifizierten Mitbestimmung hervorgehoben. So erklärt die Kommission z.B., "daß auf einzelwirtschaftliche Rentabilität als Grundorientierung des Unternehmens nicht verzichtet werden kann".²⁾

Aus dieser systemnotwendigen Prämisse folgert das Gutachten:³⁾

"Für die konkrete Ausgestaltung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Unternehmen bedeutet dies nach Auffassung der Kommission, daß die Integration der zusätzlichen Motivations- und Entscheidungsträger in die Leitungsorgane des Unternehmens die Rationalität unternehmerischen Verhaltens im Sinne der Rentabilität nicht gefährden darf. Dies gilt für den betriebswirtschaftlichen, also den innerbetrieblichen Bereich ebenso wie für den marktwirtschaftlichen Bereich, d.h. das Verhalten des Unternehmens im Markt."

Die ordnungspolitischen Grundsatzentscheidungen des marktwirtschaftlichen Systems werden nach Meinung der Kommission auch von den Gewerkschaften anerkannt.⁴⁾ Äußerungen von Gewerkschaftsvertretern, die eine ablehnende Haltung

1) Vgl. Mitbestimmung im Unternehmen: a.a.O., S. 27

2) Ebd., S. 136

3) Ebd., S. 138

4) Vgl. ebd., S. 153; vgl. auch S. 27, S. 145 f.

gegenüber den marktwirtschaftlichen Prinzipien offenbaren, konnten nach Ansicht der Mitbestimmungskommission für die Beurteilung der Systemkonformität der gewerkschaftlichen Forderungen außer acht gelassen werden.¹⁾

Aus der im vorhergehenden Kapitel durchgeführten Analyse der Zielvorstellungen des DGB geht jedoch hervor, daß in den Jahren seit der Erstellung des Mitbestimmungsgutachtens ablehnende programmatische Stellungnahmen führender DGB Funktionäre gegen die marktwirtschaftliche Ordnung sowohl hinsichtlich der Häufigkeit als auch des Nachdrucks, mit dem sie vorgebracht werden, eine solche Bedeutung erlangt haben, daß sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr als Quantité négligeable außer Betracht bleiben können.²⁾ Die zunehmend negative Beurteilung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems der Bundesrepublik durch die DGB Organe kann als Indiz dafür gewertet werden, daß sich die Grundhaltung der führenden Gewerkschaftsfunktionäre zur sozialen Marktwirtschaft in den letzten Jahren gewandelt hat. Die Darstellung der gegenwärtigen Gewerkschaftsideologie illustriert, daß heute nicht mehr von einem allgemeinen Consensus des DGB mit den marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien ausgegangen werden kann. Damit entfällt der entscheidende Gesichtspunkt, unter dem die Mitbestimmungskommission die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen als systemadäquat einstufte.

Wenn der DGB grundsätzliche Ordnungs- und Lenkungselemente der Marktwirtschaft ablehnt, so beinhaltet die nach gewerkschaftlicher Meinung durch die paritätische Mitbestimmung eingeleitete "Umgestaltung von Wirtschaft und

1) Vgl. Mitbestimmung im Unternehmen: a.a.O., S. 27

2) Vgl. z.B. DGB Protokoll 3. Außerordentlicher Bundeskongreß 14. bis 15. Mai 1971 in Düsseldorf, S. 24

Gesellschaft" ¹⁾ keine Reform im Sinne einer Verbesserung des bestehenden Systems, sondern eine Abkehr von der marktwirtschaftlichen Ordnung. Mitbestimmung wäre dann als historisches Entwicklungsstadium auf dem Weg zu einer anderen Grundsatzordnung für Wirtschaft und Gesellschaft zu verstehen, etwa im Sinne der von Fritz Naphtali entwickelten Thesen zur Wirtschaftsdemokratie. ²⁾

Bei Einführung der paritätischen Mitbestimmung in der vom DGB geforderten Repräsentationsform für den Produktionsfaktor Arbeit hätten die antimarktwirtschaftlichen, wirtschaftsdemokratischen Leitbilder eine Chance verwirklicht zu werden, weil der Fall eintreten könnte, daß die Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrats sich nicht an den Grundsätzen des herrschenden Wirtschaftssystems orientiert. ³⁾ Eine an marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtete Entscheidungsfindung wäre im obersten Kontrollorgan der Unternehmung institutionell nicht mehr gesichert.

Hier könnte eingewendet werden, daß von der paritätischen Mitbestimmung in den Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie keine systemverändernden Wirkungen ausgingen. Auf diesen Einwand ist zu erwidern, daß ordnungspolitische Sonderregelungen für zwei eng miteinander verbundene Industriezweige grundsätzlich mit dem System der sozialen Marktwirtschaft vereinbar sind. ⁴⁾ Es erscheint nicht als gerechtfertigt, aus dem systemadäquaten Charakter der Montan-Mitbestimmung die Folgerung zu ziehen, daß eine Übertragung dieses Mo-

1) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., Präambel, S. 4

2) Vgl. oben S. 120 f., S. 78 ff.

3) Die Gewerkschaften fordern eine Ausdehnung der Montan-Mitbestimmungsregelungen auf alle Großunternehmen.
Zur Montan-Mitbestimmung s. S.

4) Vgl. Müller-Armack, A.: a.a.O., S. 148

dells auf die Gesamtwirtschaft ebenfalls nicht systemverändernd wirken würde. Dann läge nämlich keine analoge, sondern eine gegensätzliche Situation vor. Bisher wird die auf marktwirtschaftlich orientierten Entscheidungen gegründete Wirtschaftsentwicklung von den Unternehmungen bestimmt, die den Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes unterstehen. Diesen Firmen kommt eine weitaus größere volkswirtschaftliche Bedeutung zu als den mitbestimmten Unternehmungen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß sich der Bergbau in einer Strukturkrise, also einer Sondersituation befindet.¹⁾ Die Verwirklichung der Forderungen des DGB würde bedeuten, daß das Wirtschaftsgeschehen durch montan-mitbestimmte Firmen entscheidend gestaltet würde, da dann die gegenwärtigen Ordnungsgrundsätze auf Unternehmensebene lediglich noch als Regelung für die Klein- und Mittelbetriebe weiterhin Geltung hätten.

Führende DGB Funktionäre lehnen das betriebswirtschaftliche Rentabilitätsstreben, das als unabdingbares Oberziel marktwirtschaftlichen unternehmerischen Verhaltens zu werten ist, entschieden ab. Daraus kann gefolgert werden, daß bei Verwirklichung der paritätischen Mitbestimmung in der vom DGB angestrebten Form die ordnungspolitischen Toleranzgrenzen des eingangs typisierten Systems der sozialen Marktwirtschaft mit großer Wahrscheinlichkeit überschritten würden.

1) Im Jahre 1971 unterlagen 56 Unternehmungen der Montan-Mitbestimmungsgesetzgebung.

423 Systemverändernde Aktivitäten des DGB

Die Mitbestimmungsforderungen des DGB bedeuten, daß die Gewerkschaftsvertreter zusammen mit den betrieblichen Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat eine marktwirtschaftliche Unternehmenspolitik paralysieren könnten. Darin liegt die Ambivalenz der DGB Forderung nach paritätischer Mitbestimmung in Bezug auf das System der sozialen Marktwirtschaft. Als systemadäquat können Mitbestimmungskonzeptionen nur eingestuft werden, wenn die Kontinuität marktwirtschaftlicher Unternehmenspolitik gesichert erscheint, wenn also in den Leistungs- und Kontrollorganen der Unternehmen prinzipiell marktwirtschaftlich orientierte Entscheidungsträger über eine Majorität verfügen. Bei dieser Überlegung wird davon ausgegangen, daß keine Wirtschaftsordnung langfristig weiterbestehen wird, wenn der Einfluß von Gruppen oder Individuen, die sich als Gegner der herrschenden Wirtschaftsordnung verstehen, ein solches Ausmaß annimmt, daß in den Entscheidungsgremien keine Beschlüsse mehr ohne ihre Zustimmung gefaßt werden können.

Briefs schätzt in seiner Analyse des Montan-Mitbestimmungsgesetzes die Chancen einer dauerhaften systemadäquaten Unternehmenspolitik als sehr gering ein und verweist darauf, daß die Partner des Condominiums schon von ihrem Ursprung her nach völlig verschiedenen Gesetzen antreten.¹⁾

Das Mitbestimmungsgutachten aus dem Jahre 1970 ging wegen der vorherigen gewerkschaftlichen Zustimmung zu den Grundsätzen der herrschenden Wirtschaftsordnung davon aus, daß die Mitbestimmungskonzeption eine marktwirtschaft-

1) Vgl. Briefs, Götz: Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus. Die Gewerkschaften am Scheideweg, Leo Lehnen Verlag GmbH., München 1952, S. 122

liche Unternehmenspolitik nicht in Frage stelle. Dennoch hielt sie zur Sicherung der Kontinuität marktwirtschaftlich orientierter Entscheidungsfindung auf Unternehmensebene eine leichte Majorität der Anteilseignerseite im Aufsichtsrat für erforderlich.¹⁾

Bei Einordnung in den Gesamtzusammenhang der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Maximen des DGB stellt sich die Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung weniger als Endziel gewerkschaftlicher Machtansprüche in marktwirtschaftlich orientierten Großunternehmen dar, sondern eher als erste Phase einer prinzipiellen Neuordnung der Wirtschaft. Demnach wäre das DGB Mitbestimmungsmodell als systemverändernd einzustufen.

Insbesondere die von DGB Spitzenfunktionären vertretene These, daß das privatwirtschaftliche unternehmerische Rentabilitätsstreben in offenem Widerspruch zu den gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Belangen stehe²⁾, bedeutet eine Abkehr von marktwirtschaftlichen Grundideen und Lenkungsprinzipien auf betriebswirtschaftlicher Ebene.

Das Ziel der Maximierung der Rentabilität des in der Unternehmung investierten Kapitals hat nach Meinung des DGB zur Folge, daß das marktwirtschaftliche System der Bundesrepublik bei der Lösung von Gemeinschaftsaufgaben versagt. Dem herrschenden Wirtschaftssystem wird die Fähigkeit abgesprochen, die im Gemeininteresse erforderlichen wirtschaftlichen Leistungen rational zu erbringen. Mit diesem schwerwiegenden Vorwurf verbindet sich die Frage, ob die Steuerungs- und Lenkungsinstrumente der

1) Vgl. Mitbestimmung im Unternehmen: a.a.O., S. 171

2) Vgl. Vetter, Heinz Oskar: Die Sozialpolitik als Herausforderung an die Industrienationen, a.a.O., S. 203; vgl. auch DGB Protokoll 3. Außerordentlicher Bundeskongreß: a.a.O., S. 24

sozialen Marktwirtschaft vom Standpunkt des Gemeininteresses aus überhaupt vertretbar sind. Um in dieser zentralen Frage Klarheit zu gewinnen, muß man sich zunächst die Funktion des Rentabilitätsziels in der Marktwirtschaft vergegenwärtigen.

Die Rentabilitätsquote als übergeordnete Leitkennziffer kommt als Ergebnis der Optimierungs-, Maximierungs- und Minimierungsbemühungen in den verschiedenen Aufgabebereichen des Unternehmens zustande, die für ein rationales betriebswirtschaftliches Verhalten charakteristisch sind. In ihr drückt sich nicht nur die Qualität der innerbetrieblichen Kombination der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital aus, sondern auch der Erfolg der unternehmerischen Aktivität am Markt.

Die Rentabilitätskennziffer hat also nichts mit einer anteilseignerfreundlichen oder -feindlichen Haltung der jeweiligen Unternehmensführung zu tun. Sie stellt vielmehr die Maßgröße für rationales unternehmerisches Verhalten dar, ist also das Erfolgskriterium für den Prozeß der betrieblichen Leistungserstellung schlechthin.

Eine wesentliche Voraussetzung für den betriebswirtschaftlichen Erfolg ist aber, daß das autonome Unternehmen richtig auf die Signale des Marktes reagiert, d.h., daß es den gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedarf in seinem Tätigkeitsbereich erkennt und in rationaler Weise die von der Gemeinschaft geforderten Leistungen erbringt.

Hohe Rentabilität ist im nachfrageorientierten marktwirtschaftlichen System ein Hinweis auf hohe Rationalität beim Prozeß der betrieblichen Leistungserstellung und auf die Befriedung der als dringend signalisierten Bedürfnisse, seien sie individueller oder gesellschaftlicher Art. Dies bedeutet, daß in Betrieben, die dringende

Bedürfnisse befriedigen, die Kapitalbildung, und damit die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten bei hoher Selbstfinanzierungsquote begünstigt wird.

Hinzu kommt, daß die Signalwirkungen der Rentabilitätskennziffer nicht nur auf Unternehmensebene Anpassungsreaktionen an wechselnde Bedarfsstrukturen auslösen. Auf dem Kapitalmarkt stellt die Rentabilität die wesentlichste Orientierungsgröße dar und erfüllt damit eine wichtige Lenkungsfunktion für die Allokation des Anlagekapitals.

In der Marktwirtschaft begünstigt also die Verfolgung des unternehmerischen Rentabilitätsziels sowohl aus einzel- als auch gesamtwirtschaftlicher Sicht die rationale Leistungserstellung gemäß dem vom Markt angezeigten Bedarf unter Berücksichtigung der Dringlichkeit.

Der Vorwurf des DGB, daß das privatwirtschaftliche Rentabilitätsstreben die Ursache dafür sei, daß in der Bundesrepublik zu wenige Krankenhäuser und Schulen gebaut würden, und daß dem Umweltschutz nicht in dem erforderlichen Maße Rechnung getragen werde, träfe allerdings zu, wenn durch die unternehmerischen Rentabilitätsbemühungen der Gemeinschaft finanzielle Mittel entzogen würden, die sonst für die genannten Zwecke zur Verfügung stünden. Das Gegenteil ist aber der Fall, denn steigende Rentabilität bedeutet auch tendenziell höhere Steuer- und Abgabebelastbarkeit. Unrentable Unternehmen können zur Lösung der Gemeinschaftsaufgaben keinen so hohen Beitrag leisten wie rentable. Mit sinkender Rentabilität wächst sogar die Wahrscheinlichkeit, daß das Unternehmen für seine Weiterexistenz der Unterstützung durch Mittel bedarf, die von der Gemeinschaft aufgebracht werden müssen.

Dennoch könnte der Vorwurf des gesellschaftlichen Versagens der Marktwirtschaft aufrecht erhalten werden, wenn bewiesen würde, daß die öffentliche Hand, die am Markt als Nachfrager für die Gemeinschaftsbedürfnisse auftritt, bei Verfolgung des privatwirtschaftlichen Rentabilitätsziels den Unternehmen prinzipiell zu wenig finanzielle Mittel entziehen kann, um den gesamtgesellschaftlichen Bedarf zu decken. Diese Frage kann nicht absolut beantwortet werden, sondern nur im Vergleich zu alternativen Ordnungs- und Lenkungsprinzipien. Bisher wurde der Nachweis nicht erbracht, daß beispielsweise gemeinwirtschaftlich organisierte oder verstaatlichte Betriebe prinzipiell in der Lage sind, langfristig einen höheren Beitrag für Gemeinschaftszwecke abzuführen als vergleichbare, nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführte Unternehmen.

Wenn aber die steuerliche Belastbarkeit privatwirtschaftlich geführter Unternehmen und der Personen, die aus ihnen ihren Lebensunterhalt beziehen ebenso hoch oder gar höher ist, wie die Belastbarkeit kollektivwirtschaftlich organisierter Unternehmen und ihres Personenkreises, so verliert die Anklage gegen das privatwirtschaftliche Rentabilitätsziel ihre Berechtigung.

Der kritisierte Mangel an Schulen und Krankenhäusern und die unbefriedigende Lösung der Umweltschutzaufgaben kann dann nicht mehr der marktwirtschaftlichen Ordnung angelastet werden. Vielmehr stellt sich dieser Fragenkomplex als ein Problem der Allokation knapper Mittel dar, deren Verwendung sich nach der Prioritätsskala der zuständigen öffentlichen Instanzen richtet.

Auf dem Bausektor stand in der Bundesrepublik bisher der Wohnungsbau im Vordergrund, weil hier auch den politischen Instanzen der Bedarf am dringlichsten erschien, wie die

vielfältige staatliche Förderung von Wohnungsbauvorhaben beweist. Diese staatliche Indikationssteuerung trug wesentlich dazu bei, daß sich die Baukapazitäten dem Wohnungsbau zuwandten. Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Baukapazitäten in anderen Sektoren eingesetzt worden wären, wenn die öffentliche Hand andere Gemeinschaftsprioritäten signalisiert hätte, z.B. durch keine Gewährung von Steuervergünstigungen für Wohnungsbauvorhaben, oder durch Verwendung der zur Förderung des Wohnungsbaus aufgewendeten Milliardenbeträge für den Schulhaus- oder Krankenhausbau.

Die Frage der Prioritäten, und im Zusammenhang damit der zeitlichen Reihenfolge der Lösung von Gemeinschaftsaufgaben, stellt sich in jedem Wirtschaftssystem.

Auch in kollektivwirtschaftlichen Systemen muß der Gemeinschaftsbedarf den Betrieben von außen angemeldet werden, denn ohne einen Auftrag der zuständigen Stellen können auch dort weder Schulen noch Krankenhäuser gebaut werden. Bei kollektivwirtschaftlicher Betriebsorganisation gehen von der Einzelwirtschaft also keine größeren Impulse zur Lösung der Gemeinschaftsaufgaben aus als vom privatwirtschaftlichen Unternehmen. In beiden Fällen werden die Interessen des Gemeinwohls durch die Verwendung der öffentlichen Haushalte - und über gesetzgeberische Maßnahmen, z.B. auf dem Gebiete des Umweltschutzes, wahrgenommen.

Dem Staat steht im System der sozialen Marktwirtschaft ein umfangreiches wirtschaftspolitisches und gesetzgeberisches Instrumentarium zur Verfügung, um die ökonomisch relevanten Gemeininteressen zu wahren. Das privatwirtschaftliche Rentabilitätsprinzip steht dem nicht entgegen, sondern fördert eine rationale einzel- und gesamtwirtschaftliche Leistungserstellung auch für den öffentlichen Bedarf. Die Abkehr vom privatwirtschaftlichen

Rentabilitätsstreben würde den Unternehmungen die Maßgröße für den Erfolg ihrer Tätigkeit nehmen und damit gleichzeitig eine Abkehr von rationalem ökonomischem Verhalten auf betriebswirtschaftlicher Ebene bewirken.

Wie in der Ablehnung des marktwirtschaftlichen Rentabilitätsziels kommt auch in den DGB Forderungen nach volkswirtschaftlicher Rahmenplanung des Staates und gezielter öffentlicher Investitionslenkung Skepsis gegenüber den Steuerungsinstrumenten der herrschenden Wirtschaftsordnung zum Ausdruck.¹⁾ Eine detaillierte öffentliche Investitionssteuerung hätte zur Folge, daß die Unternehmung nicht mehr autonom über die Schaffung neuer Kapazitäten entscheiden könnte. Damit entfielen die Grundlage selbstverantwortlicher Unternehmenspolitik. Die Einzelwirtschaft würde ihren Charakter als autonome dezentrale Entscheidungseinheit verlieren.

Die gleiche Wirkung hätte die Schaffung kollektiver Investitionsfonds, die seit einigen Jahren vom DGB verstärkt gefordert werden.²⁾ Diese Pläne stehen in zweierlei Hinsicht im Gegensatz zu den Wesensmerkmalen des herrschenden Systems.

Während in der sozialen Marktwirtschaft alle Umverteilungsmaßnahmen zur breiteren Einkommensstreuung der Förderung der privaten Vermögensbildung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten dienen, erklärt der DGB, daß nur durch eine Umverteilung über kollektive Fonds die Arbeitnehmerschaft am Produktivvermögen beteiligt werden könne.³⁾ In dieser Sicht eignet sich für die Arbeitnehmerschaft das Rechtsinstitut des Privateigentums nicht zur Vermögens-

1) Vgl. Grundsatzprogramm des DGB: a.a.O., S. 8

2) Vgl. Vetter, Heinz Oskar: Rede auf dem dritten außerordentlichen Kongreß des DGB, a.a.O., S. 325

3) Ebd.

bildung bzw. zur Beteiligung am Produktivvermögen. Für verschiedene Bevölkerungsschichten wären demnach verschiedene Eigentumsformen angemessen.

Der zweite Aspekt betrifft die Auswirkungen von Kollektivfonds auf die volkswirtschaftliche Kapitalbildung. Wenn ein großer Teil des Unternehmensertrages in Kollektivfonds einzubringen wäre, die unter der Kontrolle und Verwaltung außerbetrieblicher Instanzen stehen, so würden die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen entscheidend eingeschränkt. Die Masse der Investitionsentscheidungen bedürfte der Zustimmung der Fondsverwaltungsstellen. Der Investitionssektor, einer der wesentlichsten Bereiche der Unternehmenspolitik würde damit der autonomen Entscheidungsgewalt der Unternehmen entzogen.

Langfristig würde die Abführung eines wesentlichen Teils der Unternehmenserträge an Kollektivfonds dazu führen, daß sich der Schwerpunkt der volkswirtschaftlichen Kapitalakkumulation vom privaten in den kollektiven Sektor verlagert. Über die Kontrolle der Investitionen würde die Wirtschaft dann von außerbetrieblichen kollektiven Gremien geführt, von deren Mittelbewilligung die Betriebe abhängig wären.

Beide Gesichtspunkte, die Idee der kollektiven Eigentumbildung der Arbeitnehmerschaft und die sich daraus ergebende kollektivwirtschaftliche Kapitalakkumulation auf der Ebene der Volkswirtschaft widersprechen zentralen Prinzipien des marktwirtschaftlichen Systems. Bei Verwirklichung dieser DGB Vorschläge würden kollektiv- und planwirtschaftliche Züge in der Wirtschaftsordnung stärker hervortreten als marktwirtschaftliche Wesensmerkmale.

Eine radikale Änderung des gegenwärtigen Systems beinhaltet die gewerkschaftliche Forderung nach Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirt-

schaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum. Bei Realisierung dieser Forderung trifft für die wichtigsten Bereiche der Volkswirtschaft die für die soziale Marktwirtschaft typische Eigentumsordnung nicht mehr zu. Das prinzipiell privatwirtschaftliche Wirtschaftssystem der Bundesrepublik, das kollektivwirtschaftliche Ausnahmeregelungen zuläßt, würde sich in ein prinzipiell kollektivwirtschaftliches System verwandeln, wobei in den als unbedeutend eingestuften Wirtschaftsbereichen Privateigentum an Produktionsmitteln toleriert würde. Diese Charakterisierung gilt unabhängig davon, ob unter Gemeineigentum die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel, oder eine Vergesellschaftung in syndikalistischer Form verstanden wird.

43 Der Beitrag des FDGB zur Gestaltung des Ökonomischen Systems des Sozialismus

431 Systemfördernde Einflußnahme des FDGB

Die Gewerkschaften der DDR gehen davon aus, daß das sozialistische Wirtschaftssystem die optimale Lösung in der Frage der ökonomischen Machtverteilung und der Eigentumsproblematik bietet. Ferner ist der FDGB von der Richtigkeit der zentralen volkswirtschaftlichen Planung überzeugt, wobei der gewerkschaftlichen Zustimmung zu der von den Planungsinstanzen vorgenommenen Verteilung des Nationaleinkommens besondere Bedeutung zukommt, weil hieraus ersichtlich ist, daß der FDGB ein eigenständiges Mitbestimmungsrecht für die Festsetzung der zentral geplanten Lohnfonds nicht geltend macht.

Diese uneingeschränkte Befürwortung aller Aspekte des ökonomischen Systems des Sozialismus führt beim FDGB zu

der Auffassung, daß die Verwirklichung der Wachstums- und damit vor allem der Produktivitätsziele der sozialistischen Planwirtschaft gleichzeitig für jeden einzelnen Werktätigen bestmögliche soziale Sicherheit bedeutet. Da die Richtigkeit der planmäßigen Verteilung des Sozialprodukts im sozialistischen System in der DDR außer Diskussion steht, wird vom FDGB darauf hingewiesen, daß ökonomische Mehrleistungen an die Werktätigen nur auf der Grundlage vorher erzielter Steigerungen der Arbeitsproduktivität erfolgen können. Der FDGB fordert deshalb eine konsequente Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips. Die Bemessung des Lohnes soll nach Meinung der DDR Gewerkschaften ausschließlich unter Berücksichtigung leistungsbezogener Kriterien erfolgen.

In Erfüllung seiner ökonomischen Hauptaufgabe, der Mitwirkung bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität fördert der FDGB die Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus. In ihrer Eigenschaft als "Schulen des Sozialismus" tragen die Gewerkschaften zur Verwirklichung der allgemeinen gesellschaftlichen Ziele des herrschenden Systems in der DDR bei, indem sie die von der SED formulierten Leitsätze in der Arbeiterschaft propagieren. Neben der reinen Weitervermittlung der Parteiparolen ist die erzieherische und agitatorische Arbeit des FDGB dadurch gekennzeichnet, daß allgemeine Zielvorstellungen der politischen Zentralinstanzen in arbeiterspezifische Ziele umgesetzt werden.¹⁾

Im Rahmen der vom FDGB wahrgenommenen Erziehungsaufgaben spielen die individualbezogenen Aktivitäten eine wichtige Rolle. Betriebskollektivverträge, sozialistischer Wettbewerb und Konfliktkommissionen werden über ihre Funk-

1) Vgl. Sontheimer, Kurt und Bleek, Wilhelm: Die DDR, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 2. Aufl., Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1972, S. 157 f.

tionen im Rahmen der Wirtschaftsordnung hinaus als pädagogische Instrumente eingesetzt. Sie sollen den Einzelnen zu sozialistischem Verhalten erziehen und so den Prozeß der Entwicklung der Arbeitnehmer zu sozialistischen Persönlichkeiten stimulieren.

432 Systemadäquate Einflußnahme des FDGB

Dieser Konformitätsstufe sind jene Aktivitäten zuzuordnen, in denen vom FDGB eigenständige Impulse für die Regelung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Fragen ausgehen. Dies trifft vor allem für das Sozialversicherungswesen zu, wo der FDGB Kontroll- und Richtlinienkompetenzen ausübt, wie sie sonst den politischen Zentralinstanzen vorbehalten sind.

Die enge Zusammenarbeit des FDGB Bundesvorstandes mit dem Ministerrat, und die Eingliederung des Sozialversicherungshaushalts in den Staatshaushalt sichern den Einfluß der politischen Zentralinstanzen auch in diesem Bereich. Deshalb ist die vom FDGB ausgeübte soziale Selbstverwaltung als mit dem Ökonomischen System des Sozialismus vereinbar einzustufen.

Als systemneutral kann die Mitwirkung des FDGB in den Instanzen der Arbeitsgerichtsbarkeit gewertet werden. Dasselbe gilt für die gewerkschaftlichen Kontroll- und Aufsichtsfunktionen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes.

Ein Vergleich der systemadäquaten Aktivität des FDGB mit der des DGB zeigt, daß von den Gewerkschaften der DDR keine Ziele formuliert - oder Aufgaben wahrgenommen werden, die die Ordnungs- und Lenkungsprinzipien des Ökonomischen Systems des Sozialismus nennenswert einschränken. Die systemadäquate Einflußnahme des DGB umfaßt hingegen

einen breiten Fächer von Forderungen und Tätigkeiten, die bis an die Grenzen der Assimilationsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems hinsichtlich systeminkonformer Eingriffe heranreichen.

Während die Zielsetzungen und Aufgaben des FDGB einer in hohem Grade reinen Verwirklichung ökonomischer Zielvorstellungen des Sozialismus nicht im Wege stehen, trägt der DGB wesentlich zum Charakter der sozialen Marktwirtschaft als sich dynamisch entwickelndem Mischsystem bei.

433 Systemverändernde Einflußnahme des FDGB

Die drei Wesensmerkmale des Ökonomischen Systems des Sozialismus, Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln, zentrale staatliche Planung und Leitung des Wirtschaftsprozesses und Geltung des Leistungsprinzips werden vom FDGB in keiner Weise in Frage gestellt. Die Maxime des FDGB könnte in der Parole zusammengefaßt werden: Nicht das System ist zu verändern, sondern der Mensch.

Die Gewerkschaften der DDR unternehmen vielfältige Anstrengungen, um die Menschen systemgerecht umzuformen. Aktivitäten des FDGB, die als "systemverändernd" im Sinne der oben gegebenen Definition einzustufen wären, sind nicht feststellbar.

44 Gewerkschaftliche Tätigkeit und Konvergenz der Systeme

441 Thesen der Konvergenztheorie

Im Rahmen dieser Untersuchung kann keine ausführliche Darstellung des umfangreichen Schrifttums für und wider die Konvergenztheorie gegeben werden. Die Analyse der zukünftigen Entwicklung der Wirtschaftssysteme bei Verwirklichung der gewerkschaftlichen Zielvorstellungen darf jedoch die Frage nicht außer acht lassen, ob die Aktivität der Gewerkschaften eine Annäherung der Wirtschaftssysteme beider deutscher Staaten bewirkt. Dabei ist zu prüfen, ob sich die Hauptthesen der Konvergenztheorie am Beispiel der gewerkschaftlichen Aktivität verifizieren lassen.

Alle Vertreter der Konvergenztheorie gehen von der Tatsache aus, daß die moderne technologische Entwicklung in den verschiedenen Wirtschaftssystemen gewisse Analogien im technisch-ökonomischen Bereich hervorruft. Von diesem Grundgedanken her gabelt sich die Konvergenztheorie in zwei Hauptzweige. Der bekannteste Vertreter der mehr soziologischen Richtung ist John Kenneth Galbraith; typisch für die mehr ökonomische Richtung sind die Thesen Jan Tinbergens.

Die moderne Massenproduktion, der massive Kapitalbedarf, die hochentwickelte Technologie und gleichermaßen komplizierte Organisationsformen werden von Galbraith als Hauptmerkmale einer gleichläufigen Entwicklung der Wirtschaft in West und Ost hervorgehoben.¹⁾ Die Industrialisierung erfordert nach seiner Meinung in kapitalistischen und sozialistischen Systemen gleichermaßen

1) Vgl. Galbraith, John Kenneth: Die moderne Industriegesellschaft, Droemer Knaur Verlag, München 1968, S. 429

eine weitgehende Überspielung von Markt und Kunden. Galbraith meint, daß in den marktwirtschaftlichen Systemen Planung an die Stelle des freien Marktes treten wird, und daß die Großfirmen kommunistischer Länder immer mehr den Charakter autonomer Entscheidungsträger annehmen, in denen der Einfluß der Bürokratie verringert - oder ganz ausgeschaltet sei. Aus diesen Hypothesen zieht Galbraith den Schluß, daß es an allen wichtigen Stellen Berührungspunkte zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Industriegesellschaft gebe, so daß die Entwicklung zwangsläufig zu einer ungefähr gleichen Form der Planung und Organisation führe. Er glaubt, daß Ideologien auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens keinen entscheidenden Einfluß mehr ausüben könnten, und daß die zukünftige Entwicklung durch eine Angleichung der gesamten Gesellschaftssysteme gekennzeichnet sei.¹⁾ In seiner Sicht gewinnt die Gruppe der Technokraten für die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung immer mehr an Bedeutung, während der Einfluß der übrigen Machtgruppen, also z.B. der Gewerkschaften und der Kapitaleigner tendenziell sinkt.²⁾

Mit dem Gedanken, daß die Erkenntnis einer konvergenten Entwicklung dazu beitragen kann, die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen zu vermindern, unternimmt Galbraith den Versuch, eine Brücke von der Konvergenztheorie zum politischen Ziel der friedlichen Koexistenz zu schlagen,³⁾ das allerdings nicht von einer künftigen Gleichheit der

1) Vgl. Galbraith, John Kenneth: Die moderne Industriegesellschaft, a.a.O., S. 430 f.

2) Galbraiths Thesen zur künftigen Entwicklung der Gewerkschaften in der Industriegesellschaft (a.a.O., S. 299 ff.) werden in diesem Zusammenhang bewußt nicht näher behandelt, weil Galbraith ausschließlich die amerikanischen Unions im Auge hat. Sie weisen aber andere Wesenszüge auf als die deutschen Gewerkschaften und können nur im Zusammenhang mit einer Betrachtung der Wesensmerkmale des amerikanischen Wirtschaftssystems zutreffend charakterisiert werden.

3) Vgl. Ders., S. 432

Systeme ausgeht, sondern von einem friedlichen Zusammenleben der Völker trotz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen.

Während Galbraith an eine Angleichung der Gesellschaftssysteme in West und Ost in ihrer Gesamtheit glaubt, beschränkt Tinbergen seine Konvergenzthesen auf den ökonomischen Sektor.

Er sieht den Wandel der ökonomischen Ordnungen des kapitalistischen und sozialistischen Lagers unter dem Aspekt eines langfristigen Lernprozesses, in dessen Verlauf die verschiedenen Systeme versuchen, ihre Schwächen zu überwinden, wobei sie sich gegenseitig beeinflussen.¹⁾

Tinbergen weist darauf hin, daß die sozialistischen Staaten sich von der naturalen Mengenbetrachtung abgewendet haben und immer mehr zu einer Preis-Kostenrechnung übergehen. Ferner stellt er fest, daß der Kapitalzins, der nach kommunistischem Dogma als kapitalistisches Element privater Vermögensbildung abzulehnen ist, in Form der Kapitalkosten in den sozialistischen Staaten wiedererentdeckt wurde.²⁾ Schließlich sieht er eine wachsende Konsumorientierung der sozialistischen Wirtschaften.³⁾

Auf seiten der kapitalistischen Systeme hebt Tinbergen die zunehmende Bedeutung des öffentlichen Sektors im Wirtschaftsleben hervor und betont außerdem, daß das

1) Vgl. Tinbergen, Jan: Do Communist And Free Economies Show A Converging Pattern?, in: Morris Bornstein, Comparative Economic Systems, Models and Cases, Richard D. Irwin, Inc., Homewood, Illinois 1969, S. 433

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. ebd., S. 434

Element der Planung sowohl in den Unternehmen als auch auf volkswirtschaftlicher Ebene an Bedeutung gewinnt.¹⁾

Die sozialistischen Länder sehen sich im Verlauf dieser konvergenten Entwicklung seiner Meinung nach genötigt, kleinere Betriebe faktisch zu reprivatisieren, da in diesem Bereich die planwirtschaftliche Administration die allgemeine Effizienz des Systems beeinträchtigt. Ferner glaubt er, daß die Manager der sozialistischen Betriebe autonome Produktionsentscheidungen treffen können müßten, weil dieser Personenkreis dem Markt am nächsten stehe und deshalb am ehesten optimale Lösungen finden werde. Schließlich müßte in Tinbergens Sicht zur Erreichung optimaler Wirtschaftsbedingungen die zentrale Detailplanung wesentlich gelockert - und das System der starren Preisfixierung, das die relative Knappheit der Güter unberücksichtigt läßt, durch ein variables System von Knappheitspreisen ersetzt werden.²⁾

Für die marktwirtschaftlichen Systeme stellt sich nach Ansicht Tinbergens die Frage, ob der öffentliche Sektor des Wirtschaftslebens - sowohl hinsichtlich des Umfangs der öffentlichen Haushalte als auch hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Planung - ausreicht, um die Gemeinschaftsbedürfnisse zu befriedigen.³⁾

Tinbergen gelangt zu dem Ergebnis, daß das in kapitalistischen und sozialistischen Staaten gleichermaßen angestrebte Wohlfahrtsoptimum durch die Systeme in ihrer

1) Vgl. Tinbergen, Jan: a.a.O., S. 434

2) Zu den in Tinbergens Sicht für die sozialistischen Staaten auftretenden Konvergenzproblemen siehe a.a.O., S. 436

3) Vgl. ebd., S. 437

gegenwärtigen Form nicht erreicht werden könne. Die technologisch-ökonomische Entwicklung verlaufe in Richtung auf den jeweiligen Landesverhältnissen entsprechende, ökonomische Mischsysteme, die jene Merkmale kapitalistischer und sozialistischer Ordnungen in sich vereinigen, die die Erreichung des Wohlfahrtsoptimums fördern.¹⁾

Tinbergen betont allerdings, daß eine Konvergenz als Folge der technologisch-ökonomischen Entwicklung nur in den Grenzen wirksam werden kann, in denen diese Entwicklung die Gesellschaft prägt. Er hebt hervor, daß in der Vergangenheit auch außerökonomische Kräfte die gesellschaftliche Entwicklung geprägt haben.²⁾ Diese Einschränkung ist für die Fragestellung der vorliegenden Untersuchung wichtig, denn auch die Gewerkschaften sind als Machtfaktor anzusehen, dessen Zielvorstellungen im wesentlichen an sozialetischen Leitbildern und nicht am technologisch-ökonomischen Fortschritt orientiert sind.

Bei Galbraith verdichten sich die seiner Ansicht nach zu beobachtenden Analogieentwicklungen in Ost und West zur Vision einer zukünftigen universalen Industriegesellschaft, deren Ordnungsprinzipien monokausal durch die technologisch-ökonomische Entwicklung determiniert werden. Außerhalb des wirtschaftlich-technischen Bereichs vorhandene und eventuell entstehende Leitbilder und Ideologien sind seiner Meinung nach für die zukünftige Entwicklung der menschlichen Gemeinschaft belanglos.³⁾

1) Vgl. Tinbergen, Jan: a.a.O., S. 438

2) Vgl. ebd., S. 438

3) Die monokausal vom Sachzwang der technologisch-ökonomischen Verhältnisse ausgehende Vision einer universal gleichläufigen gesellschaftlichen Entwicklung bei Galbraith zeigt interessante Parallelen zum Determinismus in der Philosophie von Karl Marx, der die historische Entwicklung der Gesellschaft ebenfalls monokausal auf die sich wandelnden ökonomischen Verhältnisse zurückführt.

Tinbergen weist darauf hin, daß technologisch-ökonomische Abläufe und Organisationsformen nicht die einzigen Einflußgrößen auf die Entwicklung der Industriegesellschaften in Ost und West sind. Er läßt die Frage offen, welche gesellschaftliche Machtgruppe die Hauptrolle für die künftige Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft spielen wird.

442 Entwicklungstendenzen des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik bei Realisierung der Leitbilder des DGB

In seiner Rede auf dem dritten außerordentlichen Kongreß erklärte der DGB Vorsitzende:¹⁾

"Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften wird darin bestehen, in der politischen Auseinandersetzung solche Ideologien der Sachzwänge und Sachgesetzmäßigkeiten zu entlarven. Keine gesellschaftliche Ordnung ist sachnotwendig und unabänderlich. Alle Strukturen sind historisch und sozial bedingt und geprägt von zum Teil überflüssigen und geradezu sachwidrigen Herrschaftsstrukturen."

Daraus leitet Vetter die Notwendigkeit der Reform als permanente Aufgabe der Gewerkschaften ab:²⁾

"Wirtschaftlicher und technischer Wandel werden das Gesicht unserer Gesellschaft verändern. Zwänge und Abhängigkeiten werden nicht abnehmen; im Gegenteil. Rolle und Bedeutung der Gewerkschaften werden wachsen.

1) Vetter, Heinz-Oskar: Rede auf dem dritten außerordentlichen Kongreß des DGB, a.a.O., S. 330

2) Ebd., S. 333

Darauf müssen wir uns vorbereiten. Das ist der Sinn unserer Reform."

Diese Aussagen stimmen mit der Grundidee der Konvergenztheorie überein, daß der technologisch-ökonomische Wandel im Sinne einer Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft wirkt.

Ziel der reformerischen Aktivitäten des DGB ist ein Wirtschaftssystem, das auch dem Arbeitnehmer ein möglichst hohes Maß freier und selbstverantwortlicher Entfaltung der Persönlichkeit bietet, und das gleichzeitig das Gemeinwohl maximiert. Die Wirtschaftsordnung soll als instrumentales Gebilde so beschaffen sein, daß die Erreichung dieser Ziele mit möglichst großer Wahrscheinlichkeit in möglichst hohem Ausmaß gewährleistet wird.

Prägendes Merkmal der sozioökonomischen Entwicklung, die der DGB zur Erreichung der oben genannten Ziele für erforderlich hält, ist eine umfassende Schwächung des privatwirtschaftlichen Bereichs. Diesem Zweck dient die von den Gewerkschaften angestrebte qualitative und quantitative Einschränkung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Aus der vorliegenden Analyse der gewerkschaftlichen Aktivität läßt sich - Realisierung der DGB Ziele vorausgesetzt - eine in mehreren Etappen erfolgende Abkehr von der bisherigen Entwicklungsrichtung des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik prognostizieren.

Eine erste Richtungsänderung könnte durch die institutionalisierte paritätische Mitbestimmung im Sinne der vom DGB geforderten - wegen der Beschränkung auf die Repräsentation der ausführenden Arbeitnehmer - monolithischen Vertretung für den Produktionsfaktor Arbeit

herbeigeführt werden, da dann in den mitbestimmten Unternehmen die Verfolgung marktwirtschaftlicher Ziele nicht mehr institutionell abgesichert wäre. Durch die paritätische Mitbestimmung erfährt in jedem Fall das Rechtsinstitut des Privateigentums eine qualitative und nicht lediglich eine graduelle Einschränkung, weil die Eigentümer nun eine Koalition mit Nichteigentümern eingehen müssen, um ihre Verfügungsgewalt noch zur Geltung bringen zu können.

Einen stärkeren Knick gegenüber einer systemadäquaten Evolution der sozialen Marktwirtschaft würde die Verfolgung der vielfältigen gemeinwirtschaftlichen Zielvorstellungen des DGB markieren.

Bei diesen Überlegungen fallen die bestehenden gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften nicht ins Gewicht, weil sie sich bisher wie privatkapitalistische Firmen verhalten haben.¹⁾ Obwohl der DGB Vorsitzende auf dem dritten außerordentlichen Bundeskongreß ankündigte, daß noch im Jahre 1971 ein Instrumentarium für eine gleichgerichtete Politik der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen und der Gewerkschaften erarbei-

1) Vgl. Elvers, Gerd: a.a.O., S. 179; vgl. auch oben, S. 171. Der These von Elvers, daß den gewerkschaftlichen Unternehmen im marktwirtschaftlichen System der Bundesrepublik nichts anderes übrigbleibe als sich privatkapitalistisch zu verhalten, kann allerdings nicht zugestimmt werden. Die Marktmacht der gewerkschaftlichen Unternehmen ist stark genug, um gegebenenfalls eine dem Gemeinwohl dienlichere Unternehmenspolitik erfolgreich zu verfolgen, zumal anzunehmen ist, daß die Gemeinschaft in der Lage wäre zu erkennen, wenn die Gewerkschaftsunternehmen ihr besser dienen als privatwirtschaftliche Unternehmen. Gegen die Thesen von Elvers sprechen auch Beratungen des Bundesvorstands des DGB über die Notwendigkeit einer Verzahnung der Politik der Gewerkschaften und ihrer gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.

tet werde¹⁾, war bisher kein Wandel in der Verhaltensweise der gewerkschaftlichen Unternehmen zu erkennen.. Es ist im Interesse einer objektiven Beurteilung ohne Zweifel wünschenswert, daß die gewerkschaftlichen Unternehmen in Zukunft ein den DGB Zielvorstellungen entsprechendes institutionelles Gefüge, und die postulierten, nicht am privatwirtschaftlichen Rentabilitätsziel orientierten Verhaltensweisen in die Praxis umsetzen, weil dann die Thesen des DGB besser verifiziert oder falsifiziert werden könnten.

Auch mit dem bestehenden, sich an gemeinwirtschaftlichen Prinzipien orientierenden Bereich der Staatswirtschaft, der in der Bundesrepublik von erheblicher Bedeutung ist, beschäftigen sich die gewerkschaftlichen Reformbestrebungen nur am Rande.²⁾ Dieser umfangreiche gemeinwirtschaftliche Sektor erstreckt sich von der Bundesebene über regionale Wirtschaftseinheiten bis hin zu den Kommunalbetrieben. Bundesbahn, Bundespost, der überwiegende Teil des Verkehrswesens, die regionalen und kommunalen Betriebe der Energie- und Wasserversorgung, aber auch z.B. die Verwaltung der großen Ländereien und des Immobilienbesitzes der öffentlichen Hand sind der staatlichen Gemeinwirtschaft zuzurechnen.

Nicht der Ausbau der bestehenden - oder die Gründung neuer gemeinwirtschaftlicher Unternehmen der Gewerkschaften zur Sicherung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs, und auch nicht eine wesentlich ausgeprägtere Ergänzung des privatwirtschaftlichen Systems durch

1) Vgl. Vetter, Heinz Oskar: Rede auf dem dritten außerordentlichen Kongreß des DGB, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, a.a.O., Heft 6/1971, S. 331 f.

2) Zur Staatswirtschaft als Gemeinwirtschaft vgl. Ritschl, Hans: Gemeinwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft, Verlag von J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1931, S. 32 ff.

eine Ausweitung der gemeinwirtschaftlichen Aktivität des Staates bildet also den Schwerpunkt der Reformbestrebungen des DGB. Vielmehr soll die bisher privatwirtschaftlich organisierte Unternehmerwirtschaft, deren Verhalten sich am Erwerbsprinzip orientiert, in den bedeutenden Wirtschaftszweigen und Unternehmungen durch eine Gemeinwirtschaft ersetzt werden, die sich am Allgemeinwohl zu orientieren hätte.

Hieraus wird deutlich, daß in der Sicht des DGB das Konzept der Gemeinwirtschaft eine wünschenswerte Alternativordnung zum gegenwärtigen System der sozialen Marktwirtschaft darstellt, mit deren Hilfe die oben genannten Ziele in höherem Grade verwirklicht würden.

Die DGB Alternativordnung setzt eine umfassende Neugestaltung des Wirtschaftsgefüges, vor allem auch in rechtlich-institutioneller Hinsicht, voraus.

Im Konzept der sozialen Marktwirtschaft wird Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmerschaft am Sozialprodukt immer als Steigerung der individuellen Einkommen aus Arbeit verstanden.¹⁾ Die DGB Forderungen nach Bildung kollektiver Investitionsfonds stehen im Gegensatz zu dieser Auffassung. Sie geben Gemeineigentum an Produktionsmitteln den Vorzug gegenüber dem Rechtsinstitut des Privateigentums. Gemeineigentum allerdings nicht als Staatseigentum, sondern als kollektives Gruppeneigentum.

1) Die Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmerschaft am Sozialprodukt ist auch die zentrale verteilungspolitische Forderung der christlichen Soziallehre. Vgl. hierzu z.B. v. Nell-Breuning, Oswald: Kapitalismus und gerechter Lohn, Verlag Herder KG., Freiburg im Breisgau 1960, S. 138 ff.

Auf diese Eigentumsform zielen die DGB Vorschläge zur überbetrieblichen Vermögensbildung der Arbeitnehmerschaft ab.

Die Meinungsbildung innerhalb des DGB zu diesem Fragenkomplex ist noch nicht abgeschlossen. Die beiden größten Einzelgewerkschaften, IG Metall und Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, sowie die Postgewerkschaft lehnen die Vermögensbildungskonzeption der DGB Zentrale ab.¹⁾ Gegen den Widerstand dieser drei Gewerkschaften billigte der Bundesausschuß des DGB mit 55 gegen 52 Stimmen die kollektivistischen Vorschläge des Bundesvorstands zur Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Produktivvermögen.²⁾ Nach den Plänen des DGB sollen die Unternehmen Beteiligungen an überbetriebliche Fonds abführen, die unter Ausschluß der Banken und privater Kapitalanlagegesellschaften zu bilden wären, und die nicht miteinander konkurrieren sollten. Die Verwaltung des Kollektivvermögens würde Repräsentanten der Arbeitnehmer aus der Domäne des jeweiligen Fonds obliegen, unter Einbeziehung des öffentlichen Interesses.³⁾

In jedem Fall hätte die Bildung derartiger Fonds zur Folge, daß ein großer Teil der Finanzierungsgelder für Investitionen sich bei einer Anzahl überbetrieblicher, kollektiver Fonds ansammelte, deren Verwaltungsorgane über die Verwendung der Akkumulationsfonds entscheiden könnten. Da die Betriebe durch entsprechende Verordnungen zur Abführung erheblicher finanzieller Mittel gezwungen wären, würden die einzelwirtschaftlichen

1) Vgl. Vermögensplan gegen Konzentration, in: FAZ vom 5.4.1973, S. 13

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. ebd.

Selbstfinanzierungsmöglichkeiten zunehmend ausgedörrt. Damit würden die im Verlauf der Entwicklung dominierenden kollektivwirtschaftlichen Kapitalsammelstellen immer mehr die Lenkungs- und Steuerungsfunktion für die Verwirklichung betrieblicher Investitionsvorhaben übernehmen.

Im ökonomischen System des DGB wäre folglich die Einzelwirtschaft in ihren Investitions- und damit auch in ihren Produktionsprogrammentscheidungen wesentlich stärker von außenstehenden Gremien abhängig als die Unternehmung im System der sozialen Marktwirtschaft. Diese Abhängigkeit würde erfordern, daß sich die Einzelwirtschaft weitgehend die Zielsetzungen der Kollektivgremien zu eigen macht, die die Investitionsmittel bewilligen. Dies bedeutet aber, daß die Einzelwirtschaft ihren Charakter als selbstverantwortlich planendes, marktorientiertes Entscheidungszentrum verliert.

Die Verlagerung der Entscheidungsgewalt über Investitionen auf überbetriebliche Gremien bewirkt also gleichzeitig eine Zentralisierung der Planung und der ökonomischen Entscheidungen im Vergleich zur gegenwärtigen dezentralen Planung und Entscheidungsbildung auf Unternehmensebene. Der Grad der Zentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen hinge vom Grad der Zentralisierung der Verwaltungsstellen für die Investitionsfonds und von deren Entscheidungsautonomie ab.

Die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft der Bundesrepublik muß nach Meinung des DGB durch die weitgehende Ausschaltung individualistischer Einflüsse auf produktionswirtschaftliche Entscheidungen gekennzeichnet sein. Bei Überführung der Hauptzweige der Wirtschaft in Gemeineigentum wäre die Gruppe der privaten Anteilseigner in den bedeutenden Wirtschaftszweigen nicht mehr

vorhanden. Individualistische Rechtsansprüche aus Eigentum an Produktionsmitteln könnten folglich nicht mehr geltend gemacht werden.

Es erhebt sich die Frage, wer an die Stelle der Privateigentümer treten soll, wem also die Verwaltung und damit die Verfügungsgewalt über das Gemeineigentum zusteht. Nach Meinung des DGB müssen die Gewerkschaften in der von ihnen angestrebten Kollektivwirtschaft in allen planenden und lenkenden Gremien entscheidend beteiligt sein. Zusätzlich zu ihren bisherigen Einflußmöglichkeiten würden den Arbeitnehmerorganisationen dann Funktionen zufallen, die jetzt von der Anteilseigner- und damit Arbeitgeberseite wahrgenommen werden.¹⁾

Eine derartige Machtkumulation bei den Gewerkschaften - vom außerökonomischen Einfluß ganz abgesehen - läßt es als gerechtfertigt erscheinen, das vom DGB angestrebte Wirtschaftssystem als kollektivistische Selbstverwaltungswirtschaft unter gewerkschaftlicher Kontrolle zu typisieren.

Der syndikalistische Charakter dieser Ordnung ergibt sich aus dem gewerkschaftlichen Autonomieanspruch gegenüber den anderen gesellschaftlichen Kräften, insbesondere gegenüber den politischen Instanzen.²⁾ Das Autonomieproblem der Wirtschaftszweige und der Betriebe im Rahmen der Volkswirtschaft würde dann weitgehend zu einem Problem der Selbständigkeit der Industriegewerk-

1) Einen Schritt in dieser Richtung stellen z.B. auch die gegenwärtigen Bemühungen der Gewerkschaften um Verdrängung der Arbeitgeberseite aus den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger dar.

2) Vgl. Vetter, Heinz-Oskar: Gewerkschaftliche Forderungen an die politischen Parteien, a.a.O., S. 603

schaften gegenüber dem DGB und der regionalen bzw. kommunalen und betrieblichen Gewerkschaftsinstanzen gegenüber den Zentralen der Einzelgewerkschaften.

Verglichen mit den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung hätten die syndikalistischen Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft nach den Zielvorstellungen des DGB eine größere Unabhängigkeit von staatlichen Instanzen, weil die Gewerkschaftsforderungen keine staatlichen Aufsichtsämter für die Produktionswirtschaft vorsehen. Der staatliche Einfluß käme über das gegenwärtige Maß hinaus allerdings in einem volkswirtschaftlichen Rahmenplan zum Ausdruck, auf dessen Grundlage die selbständigen wirtschaftsleitenden Gremien ihre Entscheidungen trafen.

Das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat wäre in der geschilderten syndikalistischen Ordnung problematisch. Die Definition des Allgemeinwohls käme ohne Zweifel auch hier den aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen, demokratisch legitimierten politischen Instanzen zu. Differenzen zwischen den politischen Gemeinschaftszielen und den gewerkschaftlichen Auffassungen vom Gemeinwohl wären nicht auszuschließen.

Gegenwärtig ist das Verhalten der Wirtschaft an spezifisch ökonomischen Zielsetzungen, etwa der Rentabilität orientiert. Das marktwirtschaftliche System geht davon aus, daß diese Ziele zwar nicht mit dem Gemeininteresse identisch sind, ihm aber am besten dienen, indem durch ihre Verfolgung die ökonomischen Voraussetzungen für eine Maximierung des Gemeinwohls geschaffen werden. Die gegenwärtige Unternehmerwirtschaft beansprucht also lediglich, nach rationalen Gesichtspunkten einen ökonomischen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Sie stellt für die politischen Instanzen keine Konkurrenz-

macht dar, die einen Anspruch auf verbindliche Formulierung der Gemeininteressen geltend machen, oder gar durchsetzen könnte. Hierfür sind zwei Gründe ausschlaggebend. Zum einen bildet die Unternehmerschaft keine solidarische Massenorganisation mit großer Breitenwirkung; zum anderen ist die Unternehmermacht durch vielfältige Begrenzungsfaktoren ökonomischer und außerökonomischer Natur stark eingeschränkt.¹⁾

Beide Kriterien treffen für die Gewerkschaften nicht zu. Als mitgliederstärkste Massenorganisation beanspruchen sie, Vertreter des Gemeininteresses zu sein.²⁾ Die deutschen Gewerkschaften sind ferner am Solidaritätsprinzip orientierte Verbände zwischen denen keine Konkurrenz besteht.³⁾ Gegen ihre gesellschaftliche Macht wurde kein Netz von Gegenmachtspositionen und Kontrollmechanismen entwickelt. Wenn die Macht der Eigentümer von Produktionsmitteln ausgeschaltet wäre, hätten die Gewerkschaften keine ins Gewicht fallenden sozialen Gegenspieler mehr. Als gesellschaftlicher Faktor, der die Macht der Gewerkschaften wirksam eindämmen könnte, käme dann nur noch der Staat in Frage. Damit wäre die Wahrscheinlichkeit von Interessenkollisionen zwischen Staat und Gewerkschaften im syndikalistischen System größer als bei der gegenwärtigen pluralistischeren Machtverteilung im ökonomischen Bereich. Die syndikalistische Kollektivwirtschaft wäre also durch eine bipolare sozioökonomische Machtkonstellation zwischen Staat und Gewerkschaften gekennzeichnet.

Eine weitere Konsequenz aus der Übernahme der Funktionen, die gegenwärtig von der Anteilseignerseite ausgeübt werden, wäre eine Veränderung im Verhältnis der Gewerk-

1) Vgl. oben: S. 36 ff.

2) Vgl. oben: S. 116 f.

3) Vgl. oben: S. 41

schaften zu den einzelnen Arbeitnehmern. Dies soll am Beispiel der Lohnbildung aufgezeigt werden.

In einer Kollektivwirtschaft, die unter der Kontrolle von Repräsentanten des Produktionsfaktors Arbeit steht, wäre das gegenwärtige Tarifwesen nicht mehr praktikabel. Die von den Aufsichtsorganen der syndikalistischen Selbstverwaltungswirtschaft berufenen Managementvertreter, die vielleicht als Repräsentanten der Arbeitgeberseite fungieren würden, könnten nicht als unabhängige Tarifvertragspartei im Sinne des gegenwärtig gültigen Tarifvertragsgesetzes angesehen werden. Die Festlegung der Tariflöhne könnte also nicht mehr das Ergebnis von Kollektivverhandlungen im Sinne der bisherigen Tarifautonomie der Sozialpartner sein.

Die Gewerkschaften lehnen staatliche Lohnfestsetzungen ab; deshalb wäre eine autonome Lohnplanung durch überbetriebliche Organe der Selbstverwaltungswirtschaft denkbar. Diese Überlegung ist allerdings reine Spekulation, denn zum Verfahren der Lohnfestsetzung nach Überführung der Hauptindustriezweige in Gemeineigentum konnten keine Äußerungen führender DGB Funktionäre festgestellt werden.

Anders verhält es sich mit der Vermögensbildung. Hierzu hat der DGB eigene Zielvorstellungen entwickelt, die das folgende Zitat nochmals zusammenfassend illustriert:¹⁾

"Was nun das Verhältnis der Vermögensbildung zum Gemeineigentum angeht, so ist im Grundsatzprogramm und auch in den jetzt beschlossenen Forderungen an die Parteien die öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht im Sinne einer Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum verankert."

1) Vetter, Heinz-Oskar: Gewerkschaftliche Forderungen an die politischen Parteien, a.a.O., S. 609

In dieser Frage setzt der DGB dem Konzept der individuellen Vermögensbildung bei den Arbeitnehmern die Idee des Kollektiveigentums an Produktionsmitteln entgegen. Nach seiner Meinung ist nur auf diesem Wege eine gerechtere Vermögensverteilung erzielbar.

"Gerechtigkeit in der Vermögensverteilung" läßt sich mangels allgemeinverbindlicher Wertmaßstäbe nicht in einem exakten Verteilungsschlüssel ausdrücken, der absolute Gültigkeit und damit allgemeine Anerkennung beanspruchen kann. Deshalb ist es üblich, das Ziel einer volkswirtschaftlich vertretbaren, möglichst gleichmäßigen Verteilung des Volkseinkommens als Hilfsgröße für eine gerechte Vermögensverteilung heranzuziehen. Zur Beurteilung der gewerkschaftlichen Thesen zur Vermögensbildung eignen sich folglich die statistischen Zahlen zur Einkommensverteilung.

Für das Jahr 1970 errechnet sich für die Einkommen aus unselbständiger Arbeit ein Anteil von knapp 71 % des Gesamteinkommens der privaten Haushalte.¹⁾ Die Gruppe der abhängig Beschäftigten umfaßte im April 1971 83,5 % der Erwerbstätigen der Bundesrepublik.²⁾ Der Gruppe der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen gehörten zum gleichen Zeitpunkt 16,5 % der Erwerbstätigen an.³⁾ Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden mit ca. 29 % des Einkommens der privaten Haushalte ausgewiesen.⁴⁾ Zieht man von

1) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972: a.a.O., S. 520

2) Die Gruppe der abhängig Beschäftigten gliedert sich in: Arbeiter (46,7 % der Erwerbstätigen), Angestellte (31,2 %) und Beamte (5,6 %); vgl. a.a.O., S. 123

3) Davon Selbständige 10,2 % der Erwerbstätigen, mithelfende Familienangehörige 6,3 %, vgl. ebd.

4) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972: a.a.O., S. 520

diesen 29 % den Gegenwert der Tätigkeit der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen ab, so wird erkennbar, daß die Einkommen aus Vermögen höchstens einen Anteil von 12 - 13 % des Gesamteinkommens der privaten Haushalte ausmachen.

Daraus ergibt sich, daß für vermögenspolitische Umschichtungen nur ein sehr geringer Spielraum verbleibt, der sich auch bei Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum nicht vergrößern würde.

Die zentrale Schwierigkeit der Verteilungspolitik liegt darin, daß mehr Verteilung für Konsumzwecke tendenziell weniger Wirtschaftswachstum bedeutet, weil dann weniger Mittel für Investitionszwecke zur Verfügung stehen. Diese gegenläufige Wechselbeziehung gilt gleichermaßen für kapitalistische und sozialistische Systeme.

Zwei weitere Faktoren wirken einer Erhöhung der Arbeitnehmerinkommen bei Verwirklichung der DGB Ziele entgegen. Der erste Aspekt ist die vom DGB geforderte Abkehr vom privatwirtschaftlichen, unternehmerischen Rentabilitätsprinzip, das auf die Erzielung möglichst hoher Überschüsse in der einzelnen Unternehmung gerichtet ist. Die Höhe der insgesamt für eine Verteilung in Betracht kommenden gesamtwirtschaftlichen Überschüsse wird durch die Höhe der einzelwirtschaftlichen Überschüsse bestimmt. Sinkende einzelwirtschaftliche Rentabilität bedeutet demnach sinkende Tendenz für die Entwicklungsrate des Volkseinkommens und damit sinkende Tendenz für den ökonomischen Beitrag zum Allgemeinwohl. Ein zweiter Faktor für die tendenzielle Schrumpfung des Sozialprodukts als Folge des Übergangs zu Kollektiveigentum wäre die stark reduzierte, auf wirtschaftliche Randgebiete zurückgedrängte Leistungsmotivation für selbständige unternehmerische Tätigkeit.

Die Initiatoren der DGB Vorschläge zur Beteiligung der Arbeitnehmerschaft am Produktivvermögen räumen durchaus ein, daß die Realisierung ihrer Pläne keine wesentliche Erhöhung der privaten Arbeitnehmereinkommen bewirken würde. Sie heben hervor, daß die gewerkschaftliche Vermögenspolitik nicht in erster Linie als ein Instrument zur individuellen Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu verstehen ist. Vielmehr soll durch die Bildung kollektiver Fonds die Macht des Kapitals einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden, wie sie nach Meinung des DGB im bisherigen Wirtschaftssystem der Bundesrepublik nicht in ausreichendem Maße gewährleistet ist.

Umverteilung des Produktivvermögens bedeutet für den DGB vor allem Beschneidung der ökonomischen und sozialen Macht aus privatem Kapitaleigentum.

Eine an quantitativen verteilungspolitischen Daten orientierte, ökonomisch-rationale Betrachtung geht von einem völlig anderen Denkansatz aus als die machtpolitische, sozialetische Argumentation des DGB, dessen Pläne für die Bildung kollektiven Produktivvermögens im Zeichen der überlieferten geistesgeschichtlichen Tradition der deutschen Arbeiterbewegung stehen. Seit der Gründung der ersten Gewerksgenossenschaften durch August Bebel und Wilhelm Liebknecht im Jahre 1869¹⁾ war das Denken der deutschen Gewerkschaften stets von der Vorstellung einer übergroßen und gemeinschaftsschädlichen Macht des Privatkapitals geprägt. Dieses Dogma gewerkschaftlichen Denkens in Deutschland stammt aus der marxistischen Philosophie, die im privatkapitalistischen System die Ursache für die Entfremdung der Arbeiterklasse sieht. Deshalb ist zu untersuchen, ob bei Verwirklichung der DGB Vorschläge ein größeres Maß an freier Selbstentfaltung, d.h. weniger Fremdbestimmung für den einzelnen Arbeitnehmer zu erwarten ist.

1) Vgl. Streithofen, Heinrich: a.a.O., S. 61

Als Hemmungsfaktor für die freie Entfaltung der Persönlichkeit im Arbeitsleben ist zunächst der Prozeß der industriellen wirtschaftlichen Leistungserstellung zu nennen. Die sehr weitgehende Arbeitsteilung macht den Einzelnen zum Spezialisten, der im Berufsleben nur ein eng begrenztes Tätigkeitsfeld hat. Darüber hinaus erfordert der arbeitsteilige technologisch-ökonomische Leistungsprozeß eine Disziplinierung des Individuums hinsichtlich der Arbeitszeiten und der mengenmäßigen und qualitativen Arbeitsleistung im weitesten Sinn. Jede der genannten Regelungen bedeutet eine wesentliche Einschränkung der freien Selbstentfaltung der Persönlichkeit, verglichen mit einer sozial ungebundenen, individualistischen Verfügungsgewalt über die Zeit und den Einsatz des gesamten Fächers der persönlichen Begabungen. Diese hemmenden Faktoren für die freie Entfaltung der Persönlichkeit spielen im Berufsleben des Unternehmers eine ebenso große Rolle wie im Leben des Arbeiters.

Auch die innerbetriebliche Hierarchie mit ihrer Gliederung in dispositive und ausführende Tätigkeiten kann als Folge des arbeitsteiligen Produktionsprozesses angesehen werden.

Die aufgrund der arbeitsteiligen industriellen Produktionsmethoden erforderliche Disziplinierung des Individuums und seine Einordnung in eine betriebliche Hierarchie gilt für kollektivistische und individualistische, für marktwirtschaftliche und für planwirtschaftliche Systeme.

Planwirtschaftliche Systeme tendieren aus systemimmanenten Gründen zu einer größeren Disziplinierung des Individuums, weil dessen Leistungen exakter vorherbestimmt werden müssen, und weil diese Ordnungen gegenüber Planabweichungen wesentlich empfindlicher reagieren und unanpassungsfähiger sind als dezentrale marktwirtschaftliche Systeme.

Die aus der Arbeitsteilung erwachsende Fremdbestimmung und Einschränkung der persönlichen Freiheit ist ein gemeinsames Merkmal aller modernen Industriewirtschaften. Die Kritik an der privatwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik richtet sich nicht gegen diese systemunabhängige Begleiterscheinung industrieller Produktionsmethoden, sondern gegen die systemspezifischen Machtverhältnisse in der sozialen Marktwirtschaft. Die Ablehnung privaten Produktivvermögens hat ihre geistige Wurzel in der im ersten Kapitel dieser Untersuchung skizzierten Lehre von Karl Marx, und hier speziell in der Ausbeutungstheorie.

Die Thesen der Ausbeutungstheorie wurden unter dem Eindruck der sozialen, insbesondere auch der arbeitsrechtlichen Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts formuliert. Sie müssen im Zusammenhang mit dem damaligen Glauben an die Geltung des "ehernen Lohngesetzes" in kapitalistischen Systemen gesehen werden. An der Entwicklung und an der gegenwärtigen Höhe des Anteils der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen der Bundesrepublik lassen sich die Thesen der Ausbeutungstheorie nicht verifizieren. Deshalb kommt in gewerkschaftlicher Sicht dem quantitativen Aspekt in der vermögenspolitischen Diskussion nur sekundäre Bedeutung zu. Die zentrale Frage lautet vielmehr, ob privates Produktivkapital überhaupt als eigenständiger Produktionsfaktor mit einem berechtigten ökonomischen Machtanspruch angesehen werden sollte, dem ein Teil des Produktionsertrags zusteht.

Der Tradition der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung folgend interpretiert der DGB auch die gegenwärtigen Rechte der Kapitaleigner im Aufsichtsrat klassensoziologisch als Fremdbestimmung der Arbeiter. Die Gewerkschaften sind der Meinung, daß nach Entmachtung der privaten Kapitaleigentümer die Fremdbestimmung der abhängig Beschäftigten endgültig aufgehoben wäre.

Der DGB geht von der Identität der Interessen der Gewerkschaften und des einzelnen Arbeitnehmers aus. Diese Interessenidentität wäre nach Meinung der Gewerkschaften auch nach Übergang zu einem syndikalistischen System unverändert gegeben. Deshalb glauben die Arbeitnehmerorganisationen, daß durch gewerkschaftsbestimmte kollektive Planungs- und Entscheidungsgremien die individuelle Selbstverwirklichung des Arbeiters besser gewährleistet sei als im privatwirtschaftlichen System.

Eine Zunahme der gewerkschaftlichen Macht in dem angestrebten Ausmaß würde aber bedeuten, daß die Gewerkschaften in ihrer gesamtwirtschaftlichen und einzelwirtschaftlichen Politik das gesamte ökonomische Datenspektrum berücksichtigen müßten, wenn die wirtschaftliche Effektivität erhalten bleiben soll. Damit müßten sie aber ihren Partikularinteressenstandpunkt bei der Beurteilung ökonomischer Probleme aufgeben. Von einer Interessenidentität zwischen dem einzelnen Arbeiter und den wirtschaftsleitenden Gewerkschaften könnte dann nicht mehr ohne weiteres ausgegangen werden. Der einzelne Arbeiter wäre also ebenfalls fremdbestimmt in dem Sinne, daß die wirtschaftsleitenden Organe auch arbeiterfremden Gesichtspunkten Rechnung tragen müßten.

Auch in einem kollektivwirtschaftlichen System muß die volkswirtschaftliche Kapitalbildung gefördert werden, wenn die wirtschaftliche Entwicklung nicht Schaden leiden soll. In kollektivwirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Systemen gelten die gleichen ökonomischen Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftswachstum und Höhe der Kapitalakkumulation bzw. des Konsums. Der Unterschied liegt in der rechtlichen Stellung des Individuums zum Produktionsfaktor Kapital.

Bei repräsentativ verwaltetem Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln kann der einzelne Arbeiter keine individuellen Eigentumsrechte an diesen Gütern geltend machen. Dies wäre ihm im privatwirtschaftlichen System - wenn auch nur in unbedeutendem Umfang - durch den Erwerb entsprechender Vermögenswerte möglich.

Die Alternative lautet also, das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln in den bedeutenden Wirtschaftszweigen und Unternehmungen allen Individuen zu entziehen, weil sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt diese Eigentumsart in den Händen einer relativ kleinen Zahl von Privathaushalten konzentriert, oder die Chance zum Erwerb privaten Kapitalvermögens allen zu erhalten, bei gleichzeitiger Förderung einer breiteren personalen Vermögensstreuung.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß eine auf Gemeineigentum an den Produktionsmitteln beruhende syndikalistische Selbstverwaltungswirtschaft für die wirtschaftliche und individualrechtliche Stellung des Arbeitnehmers im Berufsleben mit hoher Wahrscheinlichkeit keine größeren Fortschritte erbringen wird als sie das gegenwärtige privatwirtschaftliche System erbracht hat und zu erbringen in der Lage ist. Weder im Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis noch hinsichtlich des individuellen Arbeitereinflusses auf Entscheidungen der wirtschaftsleitenden Organe wäre eine umwälzende Veränderung im Sinne einer Stärkung der Machtposition des einzelnen Arbeiters zu erwarten. Die Machtverschiebung findet nicht von Individuum zu Individuum, d.h. von Unternehmer oder Kapitaleigner zu einzelner Arbeitnehmer statt, sondern von Individuen zu Verbänden. Kollektive, quasi öffentlich-rechtliche Machtpositionen träten an die Stelle personaler, individueller Macht und Verantwortung. Die Kontrolle der kollektiven Machtträger erscheint problematisch, weil keine ausgleichenden und kontrollierenden gesellschaftlichen Gegenpositionen ersichtlich sind, wie sie in vielfältiger Weise gegen die Macht der Unternehmer und Kapitaleigner wirken.

443 Entwicklungstendenzen des ökonomischen Systems des Sozialismus bei Verwirklichung der Leitbilder des FDGB

Die Schlußpassage aus der Rede des FDGB Vorsitzenden auf dem letztjährigen Gewerkschaftskongreß illustriert den Beitrag, den die Arbeiterorganisationen der DDR zur Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus anstreben:¹⁾

"Die Gewerkschaften sind Organisationen der Arbeiterklasse. Wir geloben der Partei der Arbeiterklasse und führenden Kraft unseres Volkes, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ihr stets ein treuer Helfer bei der Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages zu sein und erfolgreich für das Wohl der arbeitenden Menschen zu wirken."

Nicht eigenständige Vorstellungen zur Gestaltung des Wirtschaftslebens, sondern die Befolgung und Realisierung des von der SED vorgezeichneten Wegs zum Sozialismus sind für die Einstellung der DDR Gewerkschaften zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung maßgebend.

Ziel des FDGB ist analog zu den von der Kommunistischen Partei ausgegebenen Parolen die planmäßige Ausmerzung aller Überreste privatwirtschaftlicher Aktivität auch im kleinbetrieblichen Bereich des Handwerks.²⁾ Die Abschaffung des Individualeigentums an Produktionsmitteln hängt also nicht von der Betriebsgröße ab; sie wird in der DDR in einer den Grundsätzen des kommunistischen Dogmas entsprechenden, prinzipiellen Form praktiziert und nicht etwa im Sinne der Thesen Galbraiths oder

1) Warnke, Herbert: Aus dem Bericht des Bundesvorstandes, a.a.O., S. 6

2) Vgl. oben: S. 21 f.

Tinbergens nach pragmatischen, sachbezogenen Organisationsgesichtspunkten.

Vom FDGB gehen keine Impulse aus, die das ökonomische System des Sozialismus in eine andere als die von der Kommunistischen Partei festgelegte Entwicklungsrichtung lenken könnten. Aus der Untersuchung der Aktivitäten und Zielsetzungen des FDGB ergibt sich eindeutig, daß die Gewerkschaften der DDR eine immer vollkommeneren Verwirklichung der sozialistischen und kommunistischen Thesen für Wirtschaft und Gesellschaft anstreben, also eine reinere Form des Sozialismus.

Sozialistische Eigentumsordnung, zentrales staatliches Plansystem und konsequente Verwirklichung des sozialistischen Leistungsprinzips bei der Festsetzung der Einkommen der Werktätigen bilden in der Sicht des FDGB die drei Hauptorientierungspunkte für die künftige Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus.

444 Wirkt die gewerkschaftliche Aktivität im Sinne der Konvergenztheorie?

Die bisherigen Ergebnisse verdeutlichen, daß die Beantwortung dieser Frage für die Tätigkeit des FDGB leichter ist als für die Einflußnahme des DGB.

Entscheidungen, welche die Entwicklung des Wirtschaftssystem der DDR betreffen, werden ausschließlich von den politischen Zentralinstanzen getroffen. Deshalb hängt eine konvergente Entwicklung in Richtung auf die soziale Marktwirtschaft von entsprechenden Impulsen der SED und nicht vom FDGB ab, der keine eigenen ordnungspolitischen Zielvorstellungen entwickelt.

Die seit der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der DDR eingesetzten ökonomischen Hebel¹⁾ können als Übergang zu einer elastischen Preis-Kostenrechnung - und damit als rein ökonomisches Konvergenzmerkmal im Sinne Tinbergens verstanden werden.

Was die zentrale Planung und Lenkung der Wirtschaft anbetrifft, so zeigt sich, daß in jüngster Vergangenheit in der DDR die Wirtschaftsplanung wieder rezentralisiert wurde.²⁾ Der Grad der Selbständigkeit der Einzelbetriebe und der Vereinigungen volkseigener Betriebe hat also nicht zugenommen, sondern wieder abgenommen.³⁾ Auch aus der Entwicklung der Eigentumsordnung ergibt sich, daß die Überführung der Produktionsmittel in Kollektiveigentum planmäßig in allen Wirtschaftsbereichen vorangetrieben wird.

Alle genannten Maßnahmen wurden vom FDGB im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gefördert, so daß davon auszugehen ist, daß der FDGB hinsichtlich der beiden morphologischen Merkmale, durch die Wirtschaftssysteme in marxistischer Sicht bestimmt werden, nämlich Eigentumsordnung und Plansystem, keine Annäherung an privat- und marktwirtschaftliche Verhältnisse, sondern eine Eliminierung noch vorhandener Überreste anstrebt.

Diese die ordnungspolitischen Grundsätze betreffende Entwicklung hat ohne Zweifel größere Bedeutung für eine Konvergenz oder Divergenz der Systeme als Analogien in der Gestaltung des technologisch-ökonomischen Ablaufs des Wirtschaftsprozesses. Diese prozeßpolitische Paral-

1) Vgl. oben: S. 29 f.

2) Vgl. oben: S. 31 f.

3) Vgl. oben: S. 33

lelität kann als systemunabhängige Folgeerscheinung des Wirtschaftlichkeitsprinzips gedeutet werden.

Die konvergente Entwicklung vor allem im technologischen Bereich zeigt offensichtlich bisher keine Auswirkungen auf die ordnungspolitischen Prinzipien des Ökonomischen Systems des Sozialismus, bzw. auf die Zielvorstellungen der SED und des FDGB. Es könnte jedoch sein, daß diese Auswirkungen erst längerfristig wirksam werden.

Eine Prognose darf jedoch die außerökonomischen Einflußfaktoren nicht außer acht lassen. Dies gilt im besonderen Maße für das sozialistische System, das von der marxistischen Idee der politischen Ökonomie ausgeht und die Einheit aller Lebensbereiche postuliert.

Organisationsprinzip für alle Lebensbereiche ist der demokratische Zentralismus, der alle wesentlichen Machtbefugnisse in der Hand der politischen Zentralinstanz konzentriert. Die vorliegende Untersuchung der Stellung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft hat gezeigt, daß es diese politische Organisationsform ist, die das Ökonomische System des Sozialismus prägt, und nicht technologisch-ökonomische Sachzwänge.

Die Vertreter der Konvergenztheorie unterstellen, daß die Gesellschaften in zunehmendem Maße den Charakter von Wirtschaftsgesellschaften annehmen. Dies trifft für die kommunistischen Staaten nicht zu, denn ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung orientiert sich an den Lehren von Marx/Engels und Lenin. Die materialistische Umkehr der Hegelschen Philosophie durch Marx kann nicht daningehend ausgelegt werden, daß die sozialistische Gesellschaft eine Wirtschaftsgesellschaft sei. Die Zuordnung des Menschen zur Gemeinschaft und zur Güterwelt erfolgt bei Marx ja gerade nicht nach technologisch-

ökonomischen, sondern nach sozialetischen Gesichtspunkten. Ausgehend von der Lage der Arbeiterschaft im kapitalistischen System des 19. Jahrhunderts entwickelte Marx seine kommunistische Gesellschaftslehre, die in der DDR, wie in allen Staaten des sozialistischen Lagers dogmatische Gültigkeit hat.¹⁾ Der Charakter der kommunistischen Ideologie als verbindlicher gesellschaftlicher Heilslehre bleibt von der Konvergenztheorie unberücksichtigt.

Wenn man beachtet, daß in der DDR die kommunistische Gesellschaftsphilosophie als geniale Erkenntnis mit übergeschichtlichem Geltungsanspruch aufgefaßt wird, so kommt man zu dem Ergebnis, daß einer Konvergenz der sozialistischen Wirtschaftssysteme in Richtung auf kapitalistische Wirtschaftsordnungen sehr enge Grenzen gesetzt sind. Nur wenn Veränderungen nicht im Widerspruch zu dogmatischen Wertvorstellungen des Marxismus/Leninismus stehen, haben sie eine Chance auf dauerhafte Verwirklichung.

Wo können sich nun in den dogmatisch starren sozialistischen Staaten dynamische Elemente entfalten? Die Antwort hierauf lautet: In der technologischen Entwicklung, deren Förderung im marxistischen Denken eine Schlüsselrolle zukommt. Technische Weiterentwicklung und Veränderungen aufgrund wissenschaftlicher Vervollkommenung des technologisch-ökonomischen Produktionsprozesses stehen nicht in Widerspruch, sondern in Einklang mit den marxistisch-leninistischen Prinzipien.

Die rationale, wissenschaftliche Organisation des Produktionsprozesses steht in der DDR jedoch ganz im Dienste

1) Vgl. das Zitat aus der Rede Erich Honeckers, oben, S. 20

der besseren Verwirklichung sozialistischer Prinzipien. Eine Abkehr von sozialistischen Wertvorstellungen und auch ein Zusammenhang zwischen friedlicher Koexistenz und Konvergenz der Systeme werden vom FDGB strikt abgelehnt, wie folgendes Zitat zeigt:¹⁾

"Gerade in einer Situation, in der sich die Idee der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung mehr und mehr Bahn bricht, muß unmißverständlich klargestellt werden: Im ideologischen Kampf gegen den Imperialismus gibt es keinen Waffenstillstand. Die ideologische Auseinandersetzung zwischen dem Sozialismus und dem Imperialismus vollzieht sich mit zunehmender Schärfe. Es gilt, alle Gewerkschaftsmitglieder für diese ideologische Auseinandersetzung zu wappnen und sie zu unnachsichtigem Auftreten gegen alle Formen der bürgerlichen Ideologie zu befähigen."

"Zwischen der Weltanschauung der Arbeiterklasse und den Äußerungen der imperialistischen Ideologie besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz."

Als Imperialismus wird, den Lenren Lenins gemäß, insbesondere die gegenwärtige Form der kapitalistischen Wirtschaftssysteme gebrandmarkt.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß wegen der uneingeschränkten Bejahung des kommunistischen Wertsystems und der bedingungslosen Förderung des ökonomischen Systems des Sozialismus vom FDGB keine der Konvergenztheorie entsprechenden Impulse ausgehen, sondern eher gegenteilige Einflüsse.

Auch sind keine Anzeichen dafür feststellbar, daß in Analogie zu einer These Hegels eine "List der techno-

1) Warnke, Herbert: Aus dem Bericht des Bundesvorstandes, abgedruckt in: Neues Deutschland vom 27.6.1972, S. 6

logisch-ökonomischen Entwicklung" am Werke ist, die unabhängig von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leitbildern der politischen Führungsgremien eine Entwicklung des Ökonomischen Systems des Sozialismus weg von den ordnungspolitischen, sozialetischen Wertvorstellungen des Marxismus/Leninismus und hin zu einem universal gleichartigen Mischsystem bewirkt.

Im Gegensatz zum FDGB, der sich nur insofern als systemgestaltender Faktor versteht, als er das bestehende System fördert, begreift sich der DGB als gestaltende Gesellschaftsmacht mit dem Ziel einer Veränderung des bestehenden Systems.

Wie aus der bisherigen Untersuchung hervorgeht, betreffen die Änderungsvorstellungen des DGB nicht den technologisch-ökonomischen Entwicklungsprozeß, sondern die ordnungspolitischen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Diese wiederum stellt hinsichtlich ihrer Wertvorstellungen den Versuch einer Synthese individualistischer Leitbilder des Liberalismus und sozialetischer Forderungen der christlichen Moralphilosophie und des Kathedersozialismus dar.

Es muß berücksichtigt werden, daß in der Bundesrepublik als weltanschaulich weitgehend neutralem Staat der ordnungspolitischen Diskussion ein sehr weiter Spielraum verbleibt, ehe sie die verbindlichen Verfassungsgrenzen erreicht. Diese Feststellung trifft speziell für Probleme der Wirtschaftsordnung zu, zu der sich das Grundgesetz im Gegensatz zur Verfassung der DDR nicht ausdrücklich äußert.¹⁾ Ähnlich wie hinsichtlich der Systemkonformität verbleibt auch bei der Beurteilung der Verfassungskonformität eine Übergangszone, deren Zuordnung von der

1) Vgl. oben: S. 9

Interpretation des Grundgesetzes abhängt.¹⁾

Hieraus wird ersichtlich, daß ökonomische Ordnungsgrundsätze in der Bundesrepublik keinen dogmatischen Charakter haben. Politische und gesellschaftliche Wertvorstellungen stellen in der Bundesrepublik in einem wesentlich geringeren Maße Hemmungsfaktoren für ordnungspolitische Änderungen dar als in der DDR.

Betrachtet man die vom DGB angestrebten Reformen im einzelnen, so ist festzustellen, daß sie den Thesen der Konvergenztheorie entsprechen.

Das anstelle des Privateigentums angestrebte Kollektiveigentum an Produktionsmitteln, die Verstärkung der staatlichen Wirtschaftsplanung und die Schwächung der Autonomie der Einzelunternehmung kommen den Wesensmerkmalen des Ökonomischen Systems des Sozialismus ohne Zweifel näher als die gegenwärtigen Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft. In diesem Sinne kann von einer Annäherung an das Wirtschaftssystem der DDR bei Verwirklichung der Zielvorstellungen des DGB gesprochen werden. Annäherung bedeutet jedoch nicht zukünftige Gleichheit der Systeme.

Schon aus Gründen der Selbsterhaltung als autonomer Verband erstrebt der DGB kein Wirtschaftssystem, das dem Ökonomischen System des Sozialismus entspricht. In der vom DGB konzipierten syndikalistischen Ordnung kommt den Gewerkschaften die entscheidende Führungsrolle im Wirtschaftsleben zu.

Wie oben bereits dargelegt wurde, wäre eine durch syndikalistischen Kollektivismus gekennzeichnete Ordnung der

1) Diese Untersuchung beschäftigt sich nur mit der wesentlich enger zu fassenden Systemkonformität. Das juristische Problem der Verfassungskonformität bleibt unberücksichtigt.

Wirtschaft wahrscheinlich sehr labil und würde tendenziell entweder zum Gewerkschaftsstaat oder zur Staatsgewerkschaft führen. Dies sind jedoch rein hypothetische Überlegungen, die im Gegensatz zu den Zielvorstellungen des DGB stehen.

Die vom DGB vorgeschlagene Alternativordnung für das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik steht im Einklang mit den Thesen der Konvergenztheorie, weil an die Stelle der sozialen Marktwirtschaft ein System des syndikalistischen Sozialismus treten würde. Ein nach den Zielvorstellungen des DGB erfolgreicher Übergang zu sozialistisch geprägten ordnungspolitischen Vorstellungen entspricht allerdings eher den Thesen Tinbergens als jenen Galbraiths, da die Gewerkschaften der Bundesrepublik sich von der totalitären Gesellschaftsordnung der DDR ausdrücklich distanzieren. Die ökonomische Konvergenz sollte nach Meinung des DGB nicht mit einer gesamtgesellschaftlichen Konvergenz Hand in Hand gehen.

5 Schlußbemerkungen

Die Untersuchung hat gezeigt, daß die Einflußnahme der Gewerkschaften nicht durch die technologisch-ökonomischen Verhältnisse, also von den Prämissen der Konvergenztheorie aus zu erklären ist, sondern aus der geistesgeschichtlichen Entwicklung. Dies gilt sowohl für die von den Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen ausgehenden Bemühungen um Integration der Arbeitnehmerorganisationen als auch für die von den Gewerkschaften entwickelten Zielvorstellungen.

Insbesondere im vierten Kapitel wurde dargelegt, daß von der Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses auf die Gewerkschaften der Bundesrepublik und der DDR keine spezifischen Impulse für eine Annäherung der Systeme ausgehen. Eine Analogie in der Entwicklung der modernen technologisch-ökonomischen Produktionsprozesse und der sozialphilosophischen Wertvorstellungen, die die rechtliche Zuordnung der Individuen und der gesellschaftlichen Gruppen zueinander und zur Sachwelt bestimmen, war im Verlauf der Untersuchung weder bei der institutionalisierten Einflußnahme der Gewerkschaften noch bei der Analyse ihrer Zielvorstellungen feststellbar.

Vielmehr wird vom FDGB die durch Anwendung mathematisch wissenschaftlicher Verfahren auch in der DDR gesteigerte ökonomische Leistung als Erfolg des herrschenden Wirtschaftssystems und als Beweis seiner Richtigkeit gewertet. Technischer und ökonomischer Fortschritt i.w.S. bewirken hier also tendenziell eher eine Verfestigung des bestehenden Systems und nicht einen Übergang zu anderen ordnungspolitischen Leitbildern. Die technologische Entwicklung steht ganz im Dienste einer besseren Verwirklichung des Ökonomischen Systems des Sozialismus und der

ihm spezifischen, ideologisch determinierten Ordnungsprinzipien. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Einflußnahme des FDGB durch eine gezielte Förderung sozialistischer Wertvorstellungen und eine verstärkte Abgrenzung der ideologischen Leitbilder gegenüber am Individuum orientierten Zielvorstellungen gekennzeichnet ist.

Für die institutionalisierte Einflußnahme und die Leitbilder der DGB Gewerkschaften treffen zwar die von der Konvergenztheorie aufgezählten Symptome für eine Annäherung an die sozialistischen Wirtschaftsordnungen zu, nicht aber die dargelegten Prämissen Galbraiths und Tinbergens.

Die im dritten Kapitel behandelten Prinzipien der Alternativordnung des DGB entsprechen weitgehend den Leitbildern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Weimarer Republik, die ihrerseits an der marxistischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre orientiert waren. Die Philosophie von Karl Marx als geistesgeschichtliche Wurzel ist also die Ursache für das Streben des DGB nach einer mehr sozialistischen Wirtschaftsordnung, nicht die Entwicklung der industriellen Produktionsmethoden in der Bundesrepublik. Auch bei der Untersuchung der vom DGB angestrebten syndikalistischen Variante des Sozialismus im Gegensatz zum Staatssozialismus der DDR konnte kein Zusammenhang mit der technologisch-ökonomischen Entwicklung festgestellt werden. Sie ist durch das Bemühen der Gewerkschaften der Bundesrepublik zu erklären, ihre Machtposition im Rahmen der Wirtschaftsordnung als autonome Entscheidungsträger auszubauen, und nicht zu Planerfüllungsgehilfen der politischen Zentralinstanzen zu werden.

Aus den Untersuchungsergebnissen ist zu entnehmen, daß die wirtschaftliche- und die staatlich-rechtliche Ordnung

der DDR nach einhelliger Meinung der politischen Führung und des FDGB als einheitliches sozialistisches Gesellschaftsgebilde aufzufassen sind. Die Betrachtung der Aktivität des DGB ließ hingegen einen Dualismus in den Zielvorstellungen der Gewerkschaften der Bundesrepublik erkennen. Während sie für die Wirtschaftsordnung kollektivistische Lösungen anstreben, beziehen sich ihre staatlich-rechtlichen Zielvorstellungen mit Ausnahme der Eigentumsordnung auf liberale, am Individuum orientierte Leitbilder. Der Hypothese des DGB, daß eine Verwirklichung der kollektivistischen Zielsetzungen eine bessere Realisierung der individuellen Grundrechte des Arbeitnehmers zur Folge hätte als sie in der sozialen Marktwirtschaft erreichbar sei, kann auf der Grundlage dieser Untersuchung nicht zugestimmt werden.

Die eingangs erläuterten sozialen und ökonomischen Zielsetzungen des Wirtschaftssystems der Bundesrepublik und die im zweiten Kapitel dargelegten institutionalisierten Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften im Rahmen der Wirtschaftsordnung zeigen, daß im gegenwärtigen, an pluralistischen, marktwirtschaftlichen Leitbildern orientierten System die ökonomischen Interessen der Arbeitnehmer wirksamer vertreten werden können, als in einer an monistische, planwirtschaftliche Zielvorstellungen anknüpfenden Ordnung.

Die soziale Marktwirtschaft stellt kein ökonomisches System dar, das durch den Ausdruck "Wirtschaftsdarwinismus" charakterisiert werden könnte. Schon das angestrebte Ziel des Sozialhumanismus zeigt, wie weit die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik von den liberalistischen Leitbildern des 19. Jahrhunderts entfernt ist. Ein breiter Fächer arbeitsrechtlicher, sozial- und verteilungspolitischer Institutionen und Maßnahmen dient der

Sicherstellung einer die Interessen aller Gesellschaftsschichten berücksichtigenden Entwicklung.

Mit dem Leitbild des Sozialhumanismus nimmt die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik etwa eine Mittelposition zwischen den beiden Extremen ein, die das heutige Gedankengut in West und Ost maßgeblich beeinflußt haben. Sie distanziert sich vom reinen Liberalismus, wie er sich zum Beispiel in den Ideen Ralph Waldo Emersons manifestiert. Dessen individualistische These, daß jeder Mensch für sein Schicksal ausschließlich selbst verantwortlich sei, daß die Umwelt stets richtig auf den Einzelnen reagiere, und daß es deshalb kein soziales Unrecht geben könne, blieb für die Gestaltung der sozialen Marktwirtschaft ohne Bedeutung. Aus dem Liberalismus übernommen wurde das Ziel einer möglichst freien Entfaltung der Einzelpersönlichkeit und der Gedanke, daß das Rechtsinstitut des Privateigentums eine Voraussetzung für die Verwirklichung der Freiheitsrechte des Individuums sei. Das Verhältnis der sozialen Marktwirtschaft zum Kommunismus als anderem Extrem ist durch die Ablehnung der im ersten Kapitel kurz dargestellten marxistischen Philosophie gekennzeichnet, die vom Individuum abstrahiert und die Entwicklung der Gesellschaft zum Hauptgegenstand ihrer Überlegungen macht. Sozialethische Gesichtspunkte aus dem marxistischen Gedankengut haben jedoch in starkem Maße Eingang in die Zielvorstellungen der sozialen Marktwirtschaft gefunden. Sowohl in der starken sozialen Bindung der Unternehmermacht durch den Staat, als auch in der den Gewerkschaften der Bundesrepublik eingeräumten Einflusssphäre spiegelt sich diese Mittelposition des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der Bundesrepublik zwischen Liberalismus und Sozialismus.

Dieser Standort in der Mitte zwischen einer rein liberalistischen und einer sozialistischen Position kann durch eine Gegenüberstellung des institutionalisierten Einflusses der Gewerkschaften in den USA, in der Bundesrepublik und in der DDR illustriert werden. In den USA, deren Wirtschaftsordnung stark durch liberalistische Leitbilder geprägt wurde, sind die Gewerkschaften Interessenverbände, die eine rein privatrechtliche Aktivität zur Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder entfalten. Im monistischen Ökonomischen System des Sozialismus der DDR bildet die Durchsetzung staatlicher Ordnungsvorstellungen den Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Aktivität. Eine autonome Schutzfunktion der Gewerkschaften für die Belange der Arbeitnehmer ist hier nicht mehr gegeben. In der sozialen Marktwirtschaft üben die Gewerkschaften als autonome Verbände sowohl privatrechtliche als auch öffentlich-rechtliche Funktionen aus. Ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Machtposition ist also stärker als die der unions im mehr liberalistischen System der USA und als der Einfluß des FDGB im sozialistischen System der DDR.

Die Gegenüberstellung der Aktivität des DGB und des FDGB läßt eine bessere Verwirklichung individueller Grundrechte durch Übergang zu einer kollektivistischen Wirtschaftsordnung als zweifelhaft erscheinen. Der Übergang von individualistisch geprägten Leitbildern zu kollektivistisch geprägten Leitbildern impliziert eine Tendenz vom Pluralismus zum Monismus. Diese Tendenz birgt nicht nur Gefahren für die Rechte des Individuums in der Gemeinschaft, sondern auch für die Macht der Gewerkschaften in sich. Auf lange Sicht ist es unwahrscheinlich, daß in einem monistisch orientierten System die politischen Zentralinstanzen eine außerstaatliche Macht tolerieren, wie sie der DGB in seiner Alternativordnung zur sozialen Marktwirtschaft anstrebt.

Literaturverzeichnis

Bücher und Dissertationen

- Akademie der Wissenschaften der UdSSR (Hrsg.); Politische Ökonomie, Lehrbuch, deutsche Übersetzung, Dietz Verlag, Berlin 1964
- Auffahrt, Fritz und Schönherr, Rudolf; Arbeitsgerichtsgesetz, Kommentar, 2. Aufl., Erich Schmidt Verlag, Bielefeld 1968
- Autorenkollektiv; Arbeitsrecht der DDR, Staatsverlag der DDR, Berlin 1970
- Autorenkollektiv; Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Dietz Verlag Berlin 1969
- Barion, Jakob; Hegel und die marxistische Staatslehre, H. Bouvier u. Co. Verlag, Bonn 1963
- Behlke, Reinhard; Der Neoliberalismus und die Gestaltung der Wirtschaftsverfassung in der Bundesrepublik Deutschland, Duncker & Humblot, Berlin 1961
- Brackmann, Kurt; Handbuch der Sozialversicherung, Bd. 1, 1. - 7. Aufl., Asgard Verlag GmbH., Bonn-Bad Godesberg 1972
- Briefs, Götz; Gewerkschaftsprobleme in unserer Zeit Fritz Knapp Verlag, Frankfurt/M. 1968
- Briefs, Götz; Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus, Die Gewerkschaften am Scheideweg, Leo Lehnen Verlag GmbH., München 1952
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.); Reform der Betriebsverfassung, Bonn 1971
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Hrsg.); DDR Wirtschaft, Fischer Bücherei GmbH., Frankfurt/M. 1971
- Dietzel, Heinrich; Das Produzenteninteresse der Arbeiter und die Handelsfreiheit, Verlag Gustav Fischer, Jena 1903
- Drewes, Günter; Die Gewerkschaften in der Verwaltungsordnung, Verlagsgesellschaft "Recht und Wirtschaft" MbH., Heidelberg 1958

VIII

- Ebert, Georg, u.a.; Ökonomische Gesetze im gesellschaftlichen System des Sozialismus, Dietz Verlag, Berlin 1969
- Elvers, Gerd; Gewerkschaftspolitik und Marktwirtschaft, Verlag Uni Druck, München 1968
- Endler, Kurt und Wenzel, Manfred; Führungsentscheidungen im sozialistischen Betrieb, Dietz Verlag, Berlin 1967
- Eucken, Walter; Die Grundlagen der Nationalökonomie, 7. Aufl., Springer Verlag, Berlin usw. 1959
- Eucken, Walter; Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 7. Aufl., J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1968
- Fitting-Auffahrt; Betriebsverfassungsgesetz, Handkommentar, 10. Aufl., Verlag Franz Vahlen, München 1972
- Galbraith, John, Kenneth; Der amerikanische Kapitalismus im Gleichgewicht der Wirtschaftskräfte, A.J. Walter Verlag, Stuttgart usw. 1956
- Galbraith, John, Kenneth; Die moderne Industriegesellschaft, Droemer Knaur Verlag, München 1968
- Gutenberg, Erich; Unternehmensführung, Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1962
- Halm, George N.; Wirtschaftssysteme. Eine vergleichende Darstellung, Duncker & Humblot, Berlin 1960
- Hegel, G.W.F.; Grundlinien der Philosophie des Rechts; Fr. Frommanns Verlag, Stuttgart 1928
- Hirsch, Joachim; Die öffentlichen Funktionen der Gewerkschaften, Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1966
- Hueck, Alfred und Nipperdey, Hans C.; Kommentar zum Tarifvertragsgesetz, 4. Aufl., Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München und Berlin 1964
- Hueck, Alfred und Nipperdey, Hans, C.; Lehrbuch des Arbeitsrechts, 7. Aufl., Verlag Franz Vahlen GmbH., Berlin und Ffm. 1967
- Keßler, Ansgar; Wirtschaftsordnungspolitische Probleme der kommunistischen Gesellschaft, Dissertation Marburg 1966

- Kötter, Hans-Wilhelm; Mitbestimmungsrecht, Guttentagsche Sammlung Deutscher Gesetze, Walter de Gruyter & Co., Berlin 1952
- Krüger, Herbert; Allgemeine Staatslehre, 2. Aufl., Kohlhammer Verlag, Stuttgart usw. 1966
- Krupp, Hannelore; Der demokratische Zentralismus in der mitteldeutschen Wirtschaftsordnung, Dissertation Marburg 1961
- Lenin, W.J.; Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Werke Bd. 27, Berlin 1960
- Lenin, W.J.; Über Gewerkschaften, Marxistische Bibliothek, Band 10, Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin 1927
- Limmer, Hans; Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Günter Olzog Verlag, München 1966
- Locke, John; Two Treatises of Civil Government, J.M. Dent & Sons, London, New York 1955
- Mahr, Werner; Einführung in die Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH., Wiesbaden 1971
- Mahr, Werner; Einführung in die Versicherungswirtschaft, Duncker & Humblot, Berlin 1951
- Mampel, Siegfried; Beiträge zum Arbeitsrecht in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Deutscher Bundesverlag, Bonn 1963
- Mampel, Siegfried; Das System der sozialen Leistungen in Mitteldeutschland und in Ost-Berlin, Deutscher Bundes-Verlag, Bonn 1961
- Menzzer, Heinz; Sozialistisches Gesellschaftssystem, Sozialistische Demokratie und Gewerkschaften, Materialien der 2. theoretischen Konferenz des Bundesvorstandes des FDGB, Verlag Tribüne, Berlin 1970
- Müller-Armack, Alfred; Diagnose unserer Gegenwart, C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh 1949
- Müller-Armack, Alfred; Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Verlag Rombach, Freiburg im Breisgau 1966

- Naphtali, Fritz; Wirtschaftsdemokratie, Ihr Wesen, Weg und Ziel, 5. Aufl., Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH., Berlin 1931
- Nawroth, Egon, Edgar; Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus, P.H. Kerle Verlag, Heidelberg 1966
- Nell-Breuning, Oswald von; Kapitalismus und gerechter Lohn, Herder Verlag, Freiburg im Breisgau 1960
- Nemitz, Kurt und Becker, Richard; Mitbestimmung und Wirtschaftspolitik, Bund Verlag, Köln 1967
- Nikisch, Arthur; Arbeitsrecht, 2. Aufl., J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1959
- Odenthal, Willy; Der Begriff des demokratischen Zentralismus und seine Durchsetzung beim Staatsaufbau der Deutschen Demokratischen Republik, Dissertation Marburg 1961
- Ohm, Hans; Allgemeine Volkswirtschaftspolitik, Band I, Systematisch-theoretische Grundlegung, Walter de Gruyter & Co., Berlin 1962
- Petzold, Siegfried; Die Gewerkschaften und das neue sozialistische Recht in der Deutschen Demokratischen Republik, Verlag Tribüne, Berlin 1963
- Pichert, Hermann; Der Beitrag des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Lösung des betrieblichen Leistungsproblems in der Deutschen Demokratischen Republik, Dissertation Marburg 1967
- Raupach, Hans; System der Sowjetwirtschaft, Theorie und Praxis, Rohwolt Verlag, Reinbek b. Hamburg 1968
- Ritschl, Hans; Gemeinwirtschaft und Kapitalistische Marktwirtschaft, Verlag von J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1931
- Röpke, Wilhelm; Fronten der Freiheit, Seewald Verlag, Stuttgart 1965
- Rosenberg, Ludwig; Entscheidungen für morgen - Gewerkschaftspolitik heute, Econ Verlag, Düsseldorf 1969
- Rüthers, Bernd; Streik und Verfassung, Bund Verlag GmbH., Köln 1960

- Schaub, Günter; Arbeitsrechtshandbuch, Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1972
- Schlecht, Otto; Konzertierte Aktion als Instrument der Wirtschaftspolitik, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968
- Schoeck, Helmut; Ist Leistung unanständig?, in: FAZ vom 30.10.1971
- Sik, Ota; Plan und Markt im Sozialismus, Molden Verlag, Wien 1967
- Smith, Adam; An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, 3rd edition, London 1789
- Smith, Adam; Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, Alfred Kröner Verlag, Leipzig 1933
- Sontheimer, Kurt und Bleek, Wilhelm; Die DDR, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 2. Aufl., Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1972
- Steiner, Kurt; Die Gewerkschaften in der heutigen Wirtschaftsordnung, Polygraphischer Verlag Zürich und St. Gallen 1960
- Streithofen, Heinrich; Wertmaßstäbe der Gewerkschaftspolitik, F.H. Kerle Verlag, Heidelberg u.a. 1967
- Thalheim, Karl, C.; Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung, Duncker & Humblot, Berlin 1965
- Thalheim, Karl, C.; Die Wirtschaft der SBZ in Krise und Umbau, Duncker & Humblot, Berlin 1964
- Thalheim, Karl, C. und Höhmann, H. (Hrsg.); Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1968
- Ulbricht, Walter; Zum Ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1968
- Weber, Adolf; Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 6. Aufl., J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1954
- Weber, Christian Egbert; Der freie und der gekündete Arbeitsmarkt, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1953

- Weber, Christian Egbert; Die Integration eines Kontinents als Problem, Amerika, Europa, Duncker & Humblot, Berlin 1971
- Weber, Christian Egbert; Lohnwertbildung und Eigentumsordnung in der modernen Marktwirtschaft, Duncker & Humblot, Berlin 1957
- Wrede, Klaus, M.; Produktivität und Distribution im Lichte der deutschen gewerkschaftlichen Lehrmeinungen der Weimarer Epoche, Duncker & Humblot, Berlin 1960
- Zinn, Karl, Georg; Sozialistische Planwirtschaftstheorie, Verlag W. Kohlhammer GmbH., Stuttgart 1971
- v. Zwiedineck-Südenhorst; Mensch und Wirtschaft, Duncker & Humblot, Berlin 1955

Beiträge in Sammelbänden, Zeitschriften und Zeitungen

- Arbeit, die; Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Hrsg. Bundesvorstand des FDGB, Jg. 1972, Berlin 1972
- Brenner, Otto; Mitbestimmung - eine Idee im Wandel der Zeit, in: Soziologische Texte, Bd. 35, Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1968
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; Sozialpolitik in Deutschland, Band 18, W. Kohlhammer Verlag GmbH., Stuttgart 1961
- Erhard, Ludwig; Marktwirtschaft und individuelle Freiheit, in: Schweizer Monatshefte, 49. Jg., Heft 3, Zürich, Juli 1969
- Frankfurter Allgemeine Zeitung; verschiedene Aufsätze und Artikel
- Gäfigen, Gérard; Allgemeine Wirtschaftspolitik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Band 2, 2. Aufl., Vandenhoeck & Rupprecht, Göttingen 1969
- Gahlen, Bernhard; hat die Soziale Marktwirtschaft versagt?, in: Wirtschaftswoche Nr. 4 vom 22.1.1971
- Gewerkschafter, der; Monatsheft für die Funktionäre der IG Metall, Jg. 1971

- Gewerkschaftliche Monatshefte; Bund Verlag Köln, Jahrgänge 1970, 1971, 1972
- Gleitze, Bruno, u.a.; Das Ökonomische System der DDR nach dem Anfang der Siebziger Jahre, in: Reihe Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, Band 9, Duncker & Humblot, Berlin 1971
- Gleitze, Bruno; Planvollzug der abgelaufenen Perspektivpläne der DDR und die Zielsetzungen des Fünfjahrplans 1971 bis 1975, a.a.O.
- Goldberg, Jörg; Gemeinwirtschaft als Gegenmacht, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 23. Jg., 1972, Heft 3
- Grebing, Helga; Ordnungsmacht oder Gegenmacht?, in: Zur Debatte, Themen der Katholischen Akademie in Bayern, 2. Jg., Nr. 9, München 1972
- Gutmann, G., u.a.; Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland, Entwicklung und ordnungspolitische Grundlagen, in: Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, Heft 4, Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1964
- Handelsblatt Deutsche Wirtschaftszeitung vom 14.12.1972; Der neue Bundestag: Jung und progressiv
- Hartwich, Hans-Hermann; Der soziale Rechtsstaat - Motor erweiterter Mitbestimmung oder restriktive Bedingung der Gesellschaftsreform?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 22. Jg. 1971, Heft 10
- Heintze, Horst; Aufgaben der Gewerkschaften in der Lohnpolitik nach dem 8. FDGB Kongreß, in: Die Arbeit, Heft 9/72
- Hennis, Wilhelm; Verfassungsordnung und Verbandseinfluß, in: Politische Vierteljahresschrift, 2. Jg., Heft 1, Westdeutscher Verlag Köln und Opladen 1961
- Honecker, Erich; Die Verwirklichung der leninschen Lehre von der führenden Rolle der Partei durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Internationale wissenschaftliche Konferenz, Dietz Verlag, Berlin 1970
- Honecker, Erich; Rede auf dem 8. FDGB Kongreß; in: Neues Deutschland vom 28.6.1972

- Kaltenborn, Wilhelm; Einheitsgewerkschaft und Parteien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Bund Verlag Köln, 23. Jg., Heft 10/72
- Kalweit, Werner; Lenins Plan für den Aufbau des Sozialismus und seine Verwirklichung, in: Lenin und die Arbeiterbewegung heute, Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M 1970
- Katterle, Siegfried; Infrastrukturpolitik und Wirtschaftsordnung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 22. Jg., 1971, Heft 10
- Leptin, Gerd; Das Neue Ökonomische System Mitteleuropas, in: Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1968
- Loderer, Eugen; Begrüßungsansprache auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall, in: Der Gewerkschafter, Jg. 19, 1971, Heft 10
- Loderer, Eugen; Die Rolle des DGB in der modernen Gesellschaft, Rede am 30.9.1972 auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern, in: Zur Debatte, 2. Jg., Nr. 9, München 1972
- Markmann, Heinz; Wirtschaftliche Bestimmungsgründe der Lohnbildung aus der Sicht der Gewerkschaften, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F., Bd. 51, Duncker & Humblot, Berlin 1969
- Mayr, Hans; Zielbewußte Tarifpolitik, in: Der Gewerkschafter, Jg. 19, 1971, Heft 9
- Mittag, G.; Zu einigen Problemen der Gewerkschaftsarbeit beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, in: Die Arbeit, Jg. 1966, Heft 4
- Oehler, H.; Gewerkschaftliche Interessenvertretung bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, in: Menzzer, Heinz, Sozialistisches Gesellschaftssystem, Sozialistische Demokratie und Gewerkschaften, Materialien der 2. theoretischen Konferenz des Bundesvorstandes des FDGB, Berlin 1970
- Oehler, Heinz und Kinke, Rudolf; Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes - Kernstück gewerkschaftlicher Interessenvertretung, in: Die Arbeit, Jg. 1972, Heft 6, Berlin 1972

- Ohm, Wolfgang; Mitwirkungsbefugnisse in der DDR - Mitbestimmung in der Bundesrepublik, Berichte des Deutschen Industrieinstituts zu Gewerkschaftsfragen, Jg. 6/Nr. 13, August 1972
- Ohne Autor; 8. FDGB Kongreß - Kampfgemeinschaft von Partei und Gewerkschaften fester denn je, in: Die Wirtschaft, Jg. 7, vom 5.7.72
- Otto, Bernd; Die überbetriebliche Mitbestimmungskonzeption des DGB, in: Das Mitbestimmungsgespräch, Hans Böckler Gesellschaft e.V., Heft 6/7, Düsseldorf 1969
- Rösel, Fritz; Das sozialpolitische Programm des VIII. Parteitages wird konsequent verwirklicht, in: Die Arbeit, Jg. 1972, Heft 6
- Rupp, Hans, Heinrich; Konzertierte Aktion und freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie, in: Hoppmann, Erich, Konzertierte Aktion, Athenäum Verlag GmbH., Frankfurt 1971
- Steussloff, Hans; Über die Bedeutung materialistisch-philosophischer Grundsätze für die Fragen der Gemeinschafts- und Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus; Philosophischer Kongreß der DDR 1970, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1970
- Thalheim, Karl, C.; Die neue Phase des Ökonomischen Systems des Sozialismus, in: Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, Band 9, Duncker & Humblot, Berlin 1971
- Tinbergen, Jan; Do Communist And Free Economies Show A Converging Pattern?, in: Morris Bornstein; Comparative Economic Systems, Models and Cases, Richard D. Irwin, Inc. Homewood, Illinois, 1969
- Ulbricht, Walter; Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Rede auf dem VI. Parteitag der SED, in: Thalheim, Karl, C., Die Wirtschaft der SBZ in Krise und Umbau
- Vetter, Heinz, Oskar; Die Sozialpolitik als Herausforderung an die Industrienationen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 1972, Heft 6

- Vetter, Heinz, Oskar: Forderungen an die politischen Parteien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/72, Bund Verlag Köln, Oktober 1972
- Vetter, Heinz, Oskar; Rede auf dem 3. außerordentlichen Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 22. Jg. 1971, Heft 6
- Warnke, Herbert; Aus dem Bericht des Bundesvorstandes des FDGB an den 8. FDGB Kongreß, in: Neues Deutschland, Organ des ZK der SED, vom 27.6.1972
- Watrin, Christian; Geldwertstabilität, Konzertierte Aktion und autonome Gruppen, in: Hoppmann, Erich (Hrsg.), Konzertierte Aktion, Athenäum Verlag GmbH., Frankfurt 1971
- Wehner, Hans, Georg; Die Vorschläge des DGB zur Steuerreform, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 22. Jg., 1971, Heft 7
- Werner, Josua; Funktionswandel der Wirtschaftsverbände durch die Konzertierte Aktion, in: Hoppmann, Erich (Hrsg.), Konzertierte Aktion, Athenäum Verlag GmbH., Frankfurt 1971
- Wirtschaft, die; Zeitung für Politik, Wirtschaft und Technik, Jg. 7, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1972
- Wirtschaftswoche/Der Volkswirt; Nr. 32/1972 vom 11.8.1972, Zeitverlag, Frankfurt/M.

Gesetzliche Verordnungen, Satzungen, sonstige Dokumentationen

- Aktiengesetz; Großkommentar, 3. Aufl., Erster Band, Walter de Gruyter & Co., Berlin, New York 1971
- Anordnung Nr. Pr. 13 über die Ermittlung der ökonomischen Planinformationen für die Industriepreisplanung im Perspektivplanzeitraum 1971-1975 vom 30.9.1968, GBl der DDR, Teil III Nr. 9, Staatsverlag der DDR, Berlin 1968
- Arbeitsgerichtsgesetz; Kommentar von Auffahrt, Fritz und Schönherr, Rudolf, 2. Aufl., Erich Schmidt Verlag, Bielefeld 1968

Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1971; Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1971

Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation 1972; Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1972

Beschluß über die Durchführung des Ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971 vom 1. Dezember 1970

Betriebsverfassungsgesetz in der Fassung vom 19.1.1972

Bürgerliches Gesetzbuch

DGB Aktionsprogramm Juli 1970

DGB (Hrsg.), Protokoll Gründungskongreß des DGB, Bund Verlag Köln 1950

DGB (Hrsg.), Protokoll 3. Außerordentlicher Bundeskongreß, 14./15. Mai 1971 in Düsseldorf

DGB (Hrsg.), Protokoll 9. Ordentlicher Bundeskongreß, Berlin vom 25. bis 30. Juni 1972

DGB Landesbezirk Bayern, Landespolitisches Aktionsprogramm, München, ohne Jg.

Entschliefungen des 8. Kongresses des FDGB zum Bericht des Bundesvorstandes, in: Die Arbeit, Heft 7/8 1972

Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege vom 4.4.1963

FDGB (Hrsg.), Handbuch des Bevollmächtigten für Sozialversicherung; Verlag Tribüne, Berlin 1970

FDGB (Hrsg.), Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär, Verlag Tribüne, Berlin 1970

FDGB (Hrsg.), Handbuch für den Kulturobmann, Verlag Tribüne, Berlin 1970

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Neufassung vom 15.9.1965

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8.7.1967

- Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik in der gegenwärtig gültigen Fassung, in: Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär, Berlin 1970
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
- Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- Mitbestimmung im Unternehmen; Bericht der Sachverständigenkommission, Kohlhammer Verlag, Stuttgart, u.a. 1970
- Ökonomisches Lexikon; 2. Aufl., Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1970
- Richtlinie des Ministerrats der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB zur Gestaltung der Betriebskollektivverträge im Perspektivzeitraum 1971-1975 vom 17. Juni 1970
- Richtlinie für das "Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft", in: Thalheim, Karl, C., Die Wirtschaft der SBZ in Krise und Umbau, Duncker & Humblot Verlag, Berlin 1964
- Richtlinie über die Wahl und die Arbeitsweise der Bescherdekommission für Sozialversicherung des FDGB vom 23.6.1961
- Richtlinie über die Wahl und die Arbeitsweise der Konfliktkommission vom 30. März 1963
- Satzung des DGB; Beschlossen vom 3. Außerordentlichen Bundeskongreß 1971 in Düsseldorf
- Satzung des FDGB; Beschlossen auf dem 7. FDGB Kongreß 1968, in: Handbuch für den Gewerkschaftsfunktionär, Berlin 1970
- Schlichtungsvereinbarung zwischen dem DGB und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in: Hueck-Nipperdey, Kommentar zum TVG
- Statistisches Jahrbuch 1971 der DDR; Staatsverlag der DDR, Berlin 1971
- Statistisches Jahrbuch 1972 der DDR; a.a.O., 1972
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972; W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart usw. 1972

Tarifvertragsgesetz vom 9.4.1949 in der Fassung des
Bundesgesetzes vom 11.1.1952

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom
6.4.1968, Staatsverlag der DDR, Berlin 1968,
GBI der DDR I 1968, S. 199

Verordnung über die Sozialversicherung der Arbeiter und
Angestellten - SVO - vom 21.12.1961

Verordnung über die Tätigkeit der Kreis- und Bezirks-
arbeitsgerichte vom 29.6.1961

Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetz-
buches der Arbeit der Deutschen Demokratischen
Republik vom 23.11.1966

L e b e n s l a u f

Name: Alfons Schad

Geboren: 24. Dezember 1938
in Öhringen, Baden-Württemberg

Eltern: Max Schad, Arbeiter
Klara Schad, geb. Fischer

Schulen: 1944-1957 Besuch der Volksschule und des
Gymnasiums. Reifeprüfung am 9. März 1957
am Robert-Mayer-Gymnasium in Heilbronn.

Bundeswehr: 1957-1960 Pioniertruppe,
Leutnant der Reserve.

Studium: SS 1960 - WS 1965/66 Studium der Philologie
(Amerikanistik/Anglistik, Spanisch,
Französisch) an der Universität München;
25. 1. 1966 Magisterprüfung;
Ab WS 1962/63 Doppelstudium der Philologie
und der Wirtschaftswissenschaften;
Studienunterbrechung während der Jahre 1966
und 1967 wegen einer längeren Studienreise
durch Nord- und Mittelamerika und anschließen-
der beruflicher Tätigkeit;
WS 1967/68 - WS 1969/70 Fortsetzung des
Studiums der Wirtschaftswissenschaften
an der Universität München;
30. 6. 1970 Diplomprüfung für Kaufleute.

Beruf: 1. 3. 1967 - 31. 10. 1967 Export-Sachbearbeiter
in einer Unternehmung der Automobilindustrie
in Stuttgart;
1. 9. 1970 - 31. 1. 1973 freier Mitarbeiter in
der Geschäftsleitung eines Unternehmens der
metallverarbeitenden Industrie.

